

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

40. Jahrgang (2014), Heft 2

Inhalt

Editorial

Budget stabilisiert, aber Arbeitslosigkeit und Vermögenskonzentration steigen 195

Paul Eckerstorfer, Viktor Steiner, Florian Wakolbinger
Steuerreformvorschläge in der Diskussion – Eine Mikrosimulations-
analyse der Aufkommens- und Verteilungswirkungen für Österreich 203

Philipp Heimberger
„Innere Abwertung“ in Südeuropa: Erwartungen, Ergebnisse und Folgen ... 235

Michael Mesch
Veränderungen der Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien 2001-2012 .. 263

Petra Rodiga-Laßnig, Birgit Aigner-Walder
Kinderbetreuung und Beschäftigung von Frauen –
Eine Analyse für Kärnten 307

Bücher

Thomas Piketty, Capital in the Twenty-First Century (Jakob Kapeller) 329

Walter Otto Ötsch, Gerd Grözing, Karl Michael Beyer, Lars Bräutigam
(Hrsg.), The Political Economy of Offshore Jurisdictions
(Margit Schratzenstaller) 347

Hannah Kreis, Das Wirtschaftsdenken in Japan. Eine Studie
zur japanischen Rezeption europäischer Wirtschaftstheorien
im ausgehenden 19. Jahrhundert (Josef Schmee) 350

Georg-Hans Schmit, Die Christliche Arbeiterbewegung 1933-1946.
Vom Untergang der Demokratie bis zum Beginn der Zweiten Republik
(Karl Stubenvoll) 354

Erich Hackl, Evelyn Polt-Heinzl (Hrsg.), Im Kältefieber.
Februargeschichten 1934. Anthologie (Martin Mailberg) 358

Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten
Weltkrieg zog (Josef Schmee) 361

Friedrich Lenger, Metropolen der Moderne. Eine europäische
Stadtgeschichte seit 1850 (Andreas Weigl) 366

Unsere AutorInnen:

Birgit Aigner-Walder ist Mitarbeiterin des Instituts für Höhere Studien (IHS) Kärnten in Klagenfurt.

Paul Eckerstorfer ist Mitarbeiter des Budgetdienstes Parlament in Wien.

Philipp Heimberger studiert Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Petra Rodiga-Laßnig ist Mitarbeiterin des Instituts für Höhere Studien (IHS) Kärnten in Klagenfurt.

Michael Mesch ist Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Viktor Steiner ist Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre der Freien Universität Berlin.

Florian Wakolbinger ist Mitarbeiter der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbh in Innsbruck.

Editorial

Budget stabilisiert, aber Arbeitslosigkeit und Vermögenskonzentration steigen

So wie die Nationalratswahlen keinen Regierungswechsel brachten, so waren auch die Ende April vorgelegten überarbeiteten Budgetpläne der neuen Regierung von einer Tendenz zum „Weiter wie bisher“ geprägt. Es dominiert nach wie vor das Ziel der Budgetkonsolidierung – und dies, obwohl die strukturelle Stabilisierung der öffentlichen Haushalte 2013 bereits erreicht wurde. Weiterhin wird aber nicht nur die Konsolidierung fortgesetzt, sondern auch die sogenannten Offensivmaßnahmen, d. h. Mehrausgaben für Schwerpunktbereiche.

Die Budgeterstellung wurde von zwei Ereignissen geprägt: einerseits der Debatte um das sogenannte Budget- oder Prognoseloch Ende 2013, dergemäß der Budgetpfad deutlich abgewichen wäre und Milliarden fehlen, um die selbst gesteckten mittelfristigen Budgetziele zu erreichen. Andererseits stellte sich Ende März heraus, dass das Ergebnis für das gesamtstaatliche Defizit 2013 um rund 2 Mrd. Euro geringer ausgefallen ist, als noch im vergangenen Herbst angenommen wurde: So ging das Maastricht-Defizit auf 1,5% des BIP zurück. Hätten die Banken nicht neuerlich milliardenschwere Hilfen erhalten, hätte das Defizit sogar nur mehr 0,8% des BIP betragen. Dieses Ergebnis wäre sogar leicht unter jenen der Jahre 2007 und 2008 gelegen, die aber von Hochkonjunktur und merklich besserer Beschäftigungssituation geprägt waren. Das drückt sich auch im strukturellen Defizit aus, das mit 1,1% des BIP sogar noch deutlicher unter dem Vorkrisenwert von 1,9% des BIP lag.

Unterm Strich ergibt sich somit gegenüber den alten mittelfristigen Zielwerten aus dem Frühjahr 2013 ein deutlich geringeres Defizitniveau, wenn auch mit einer verlangsamten mittelfristigen Abwärtsdynamik in Richtung Nulldefizit. Einerseits ist der Bundesfinanzrahmen für die Jahre bis 2018 ein Zeichen für politische Kontinuität. Andererseits enthält er aber substantielle Änderungen der Zahlen, sodass das administrative Defizit des Bundes nun 2017 um knapp 2 Mrd. Euro höher ausfällt, als bislang geplant war. Die vorgesehene ambitionierte Übererfüllung der europäischen Vorgaben wird damit obsolet. Die Abweichung von 2 Mrd. Euro ist in erster Linie auf eine Revision der erwarteten Einzahlungen zurückzuführen – und hier wiederum zu rund zwei Drittel auf ein geringeres Abgabenaufkommen (netto). Die Auszahlungen steigen rascher als bislang angenommen, allerdings wird dieser

Anstieg durch deutlich niedrigere Zinsauszahlungen, neue Steuermaßnahmen sowie zusätzliche Einsparungen gedämpft.

Die Kosten für die Bankenrettung sind nach wie vor die wesentlichste Belastung für den Staatshaushalt und verdecken den erreichten Konsolidierungsfortschritt. Ohne weitere Bankenrettungsmaßnahmen würde das Maastricht-Defizit 2014 nicht 2,7% des BIP gemäß Budgetvorlage betragen, sondern lediglich 1,3% des BIP. Angesichts der schlechten Wirtschaftslage ist dieses Defizit erstaunlich niedrig, wahrscheinlich sogar zu niedrig in dem Sinn, dass faktisch vorhandene Spielräume zur Bekämpfung der Rekordarbeitslosigkeit nicht ausreichend genutzt wurden. Die Budgetbelastungen aufgrund des Bankenpakets belaufen sich seit 2008 bereits auf 7 Mrd. Euro, und das Finanzministerium rechnet noch mit weiteren 5,65 Mrd. Euro bis 2018, die insbesondere für die Abwicklung der Hypo Alpe Adria anfallen werden.

Zum Verhältnis von Budget- und Beschäftigungspolitik

Der Staatshaushalt kann daher, was das strukturelle Budgetdefizit betrifft, als konsolidiert bezeichnet werden (auch wenn die Staatsschuldenquote weiterhin zu hoch ist). Die relativ günstige Lage der öffentlichen Finanzen ist erstaunlich, wenn man die anhaltenden Belastungen für die Staatsausgaben durch das Bankensystem und die merklichen Nachwirkungen der realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise auf die Staatseinnahmen bedenkt. Hingegen ist Österreich weiter denn je vom wirtschaftspolitischen Ziel der Vollbeschäftigung entfernt. In den Prognosen wird davon ausgegangen, dass selbst 2018 die Zahl der Arbeitslosen – im Gegensatz zum Defizit – markant höher sein wird als im Jahr 2013, geschweige denn als im Jahr 2008. Die Zahl der Arbeitslosen liegt auf Rekordniveau – eine Folge der krisenbedingt schwachen Ausweitung des Arbeitsvolumens bei gleichzeitig kräftigem Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Budgetpolitisch ist die Überwindung der Finanzkrise inzwischen absehbar, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entfernen wir uns jedoch zunehmend vom Vorkrisenniveau.

Angesichts dieser Fakten muss der Wirtschaftspolitik mangelnde Ausgewogenheit vorgeworfen werden. Das Ziel der Budgetkonsolidierung wird gegenüber dem Ziel der Vollbeschäftigung priorisiert. Dies ist unter anderem das Ergebnis einer völlig falschen und einseitigen Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Vorgaben auf europäischer Ebene. Dort wird die Verringerung von Defizit und Staatsschulden als alleiniges Ziel der Budgetpolitik postuliert und dadurch Massenarbeitslosigkeit geduldet. Dies ist weder politisch akzeptabel noch wirtschaftlich funktional. Es widerspricht zudem dem eigentlich zentralen politischen

Vorhaben der EU-2020-Strategie, welche explizit ein Beschäftigungsziel vorsieht. Das Verfehlen dieses Ziels sollte politisch prioritär behandelt werden, denn wie die Erfahrung lehrt, kann eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nur dann gelingen, wenn Beschäftigung und Einkommen steigen und die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Die österreichische Wirtschaftspolitik hat die falsche Prioritätensetzung auf europäischer Ebene kritiklos akzeptiert und im Rahmen der Ministerrattreffen mitgetragen. An eigenen Erfahrungen wurde nicht angeknüpft. Damit wurde es verabsäumt, eine Politik voranzutreiben, die das Ziel der Senkung der Arbeitslosigkeit politisch in den Vordergrund stellt.

Trotz der falschen Weichenstellungen auf europäischer Ebene bleiben auf nationalstaatlicher Ebene genügend Spielräume, um der Rekordarbeitslosigkeit erfolgreich entgegenzuwirken. In den Regierungsvorlagen zum Bundesfinanzgesetz und zum Budgetrahmengesetz ist ein gewisses Bemühen zur Ausnutzung dieser Spielräume zwar zu erkennen, es bleibt aber zu wenig konsequent. Eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik muss auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Eine konsequente Ausrichtung der Staatsausgaben und der Staatseinnahmen an den Beschäftigungswirkungen würde eine deutliche Umschichtung zugunsten der Sachleistungen im Bereich der sozialen Dienstleistungen gebieten; im Familienbudget hätte es dafür Spielraum gegeben. Hohe Beschäftigungseffekte kommen auch den Investitionen im Wohnbau zu, die gleichzeitig dem Ziel des leistbaren Wohnens dienen; hier bleibt die Politik viel zu zaghaft. Schließlich besteht hohes beschäftigungspolitisches Potenzial durch eine Entlastung der Leistungseinkommen aus Arbeit bei stärkerer Belastung von Vermögensbeständen und Vermögenseinkommen.

Neben der Stimulierung der Arbeitskräftenachfrage besteht eine wichtige Aufgabe der Beschäftigungspolitik in der Intensivierung von Vermittlungstätigkeit und Qualifizierung von Arbeitslosen und Beschäftigten. Hier wurden in den letzten Jahren aner kennenswerte Fortschritte erzielt. Das Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik wurde wesentlich ausgeweitet, die Instrumente geschärft, und ganz besonders im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen unter 19 Jahren wurden bemerkenswerte Erfolge erzielt. Die Kürzung des Bundeszuschusses zur Beschäftigungs offensive für Menschen mit Behinderung ist hingegen ein falsches Signal. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit darf es hier kein Nachlassen geben.

Es ist daher zu betonen, dass die Folgen der – gegenüber einer aktiveren Beschäftigungspolitik einseitigen – Priorisierung der Konsolidierung selbst wiederum negative Rückwirkungen auf die öffentlichen Haushalte haben. So führt das Rekordniveau der Arbeitslosigkeit –

nicht zuletzt auch aufgrund der hohen Belastung des Faktors Arbeit – zu umfangreichen Einnahmenausfällen sowie Mehrausgaben (insbesondere in der Arbeitslosenversicherung).

Hinsichtlich der neuen Offensivmaßnahmen, die großteils die Beschäftigung fördern sollten, ist die Schwerpunktsetzung der Mittelausweitung im Detail zu hinterfragen: Während etwa das Landwirtschaftsbudget abermals aufgestockt wird, ist der sozial und wirtschaftlich eigentlich prioritäre Bildungsbereich unzureichend dotiert. Oder während in Deutschland der sogenannte Handwerkerbonus wegen weitgehender Wirkungslosigkeit wieder abgeschafft wurde, wird er nun in Österreich eingeführt – gleichzeitig aber die im Vorjahr beschlossene Aufstockung der tatsächlich wirksamen Wohnbauförderung bereits wieder gekürzt.

Verteilungspolitik zweiter vernachlässigter Bereich

In der Finanz- und Wirtschaftskrise steigt die Ungleichheit. Dies ist die Folge des markanten Anstiegs der Arbeitslosigkeit einerseits und des raschen Wachstums der Vermögen andererseits. Diese Tendenz wird durch den Sozialstaat gemildert. Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich gezeigt, dass – anders als in den 1930er-Jahren – der Sozialstaat die Krise und die sozialen Folgen für die Menschen abfedern konnte. Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung bieten den Menschen Schutz, Unterstützung und Sicherheit. Zudem sichern sie die Nachfrage für die Wirtschaft und stabilisieren die Konjunktur in der Rezession. Denn über zwei Drittel des Wohlstandes werden auch in Österreich nach wie vor im Inland erwirtschaftet.

Der Sozialstaat hat sich in der Krise einmal mehr bewährt und sollte weiterentwickelt werden. Vor allem der Ausbau sozialer Dienstleistungen wird den Anforderungen moderner Gesellschaften gerecht. Er bildet eines der wesentlichsten Instrumente der Verbesserung der Chancengleichheit für Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft. Darüber hinaus erfüllen Investitionen in soziale Dienstleistungen in vielfältiger Weise den hohen Anspruch einer intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstumsstrategie – auf europäischer Ebene ebenso wie in Österreich. Eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung und eine faire Verteilung von Einkommen und Lebenschancen sind kein Widerspruch. Jüngst haben der Internationale Währungsfonds (IWF) und die OECD in Studien auf die positiven Wirkungen einer gerechten Verteilung auf das Wirtschaftswachstum hingewiesen.

In Österreich ist der Sozialstaat gut ausgebaut. Dennoch bestehen bei sozialen Dienstleistungen, Versorgung mit leistbarem Wohnraum und Integration wachsende Herausforderungen. Mit einer Senkung der

Sozialausgabenquote wird diesen nicht erfolgreich begegnet werden können. Es ist deshalb eine Illusion zu glauben, budgetäre Spielräume könnten durch Einschränkungen im Sozialstaat geschaffen werden. Das würde auf Kosten der gesamten Bevölkerung gehen.

Weitere Verbesserungen in der Effizienz der öffentlichen Verwaltung und vor allem eine Föderalismusreform sind ohne Zweifel notwendig. Doch auch hier können weder große noch rasche Einsparungen erhofft werden. Gleichzeitig engen die Fiskalregeln die Budgetspielräume drastisch ein. Deshalb ist eine Beibehaltung der im europäischen Vergleich hohen Steuer- und Abgabenquote notwendig.

Die große verteilungspolitische Herausforderung besteht somit in einer aufkommensneutralen Steuerstrukturreform, bei der – vor allem niedrige – Arbeitseinkommen entlastet werden. Das wird nur zu erreichen sein, wenn der in Österreich nach wie vor äußerst geringe Anteil vermögensbezogener Steuern erhöht wird, bspw. durch eine Besteuerung von hohem Vermögen, die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer oder einer Reform der Grundsteuer. Es braucht auch weiterhin die Bankenabgabe als zentralen Beitrag des Finanzsektors zur Bewältigung der Krisenkosten – gerade solange die Finanztransaktionssteuer nicht in der vorgesehenen Höhe von 500 Mio. Euro fließt.

Die Chancen für eine solche Steuerstrukturreform stehen einerseits nicht sehr gut, da angesichts der politischen Kräfteverhältnisse auf nationaler Ebene nicht mit einer substanziellen Erhöhung vermögensbezogener Steuern zu rechnen ist. Andererseits besteht aber Grund zu Optimismus, sodass deren Durchsetzung gerade mit dem Rückenwind des internationalen Diskurses – egal ob nun von OECD, IWF oder wichtigen WirtschaftswissenschaftlerInnen im Zuge der Debatte um das neue Buch von Thomas Piketty – doch realisierbar erscheint.

Restriktive Fiskalregeln zwingen zu einseitiger Wirtschaftspolitik

Die fortgesetzte Budgetkonsolidierung liegt nicht nur an der aktiven Schwerpunktsetzung der Bundesregierung, sondern auch an den in den letzten Jahren auf europäischer Ebene zunehmend restriktiven Fiskalregeln. Nachdem allerdings die FinanzministerInnen aus Österreich seit 2010 an jeder Verschärfung beteiligt waren, ist eine klare Trennung in politische Prioritätensetzung, europäische Fiskalregeln und überschießende eigene nationale Fiskalregeln nicht möglich.

Die übertriebene Verschärfung der Fiskalregeln führte in Österreich dazu, dass die Bundesregierung nur wenige Tage nach Vorlage des Budgetentwurfs weitere Verschärfungen gegenüber der EU-Kommission zugesagt hat. Und das, obwohl die Einhaltung der wichtigsten na-

tionalen wie europäischen Fiskalregel – die mittelfristige Erreichung eines strukturellen Defizits von 0,45% des BIP – mit dem vorliegenden Budget bereits gelungen wäre. Eine der Änderungen im Rahmen der Reform des sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspaktes („Six-Pack“) – und später verschärft im Fiskalpakt – bestand jedoch gerade darin, dass diese nationalen Ziele („MTOs“) noch schneller erreicht werden müssen. Konkret haben sich in erster Linie die FinanzministerInnen darauf geeinigt, dass jährlich eine strukturelle Verbesserung von mehr als 0,5% des BIP zu erreichen ist und bei einer signifikanten Abweichung (Pfadabweichung von mehr als 0,5% des BIP in den letzten 2 Jahren) nun eine verzinste Einlage von 0,2% des BIP zur Sicherstellung der zukünftigen Einhaltung der Vorgaben zu leisten ist. So lange es jedoch zu keiner Überschreitung der „alten“ 3-Prozent-Grenze für das Maastricht-Defizit kommt, sind keine weiteren Sanktionen vorgesehen, sodass die „Strafe“ harmlos bleiben würde.

Nachdem das strukturelle Defizit 2013 mit nur mehr 1,1% des BIP deutlich besser als erwartet ausgefallen ist, führen die verschärften Regeln dazu, dass die nationale Schuldenbremse nun schon fast 2014 eingehalten werden müsste, obwohl sie – zum Zeitpunkt ihres Beschlusses durchaus noch konform mit den EU-Regeln – erst 2017 in Kraft treten soll. Das ist eine der absurden Logiken der neuen Fiskalregeln: Gerade weil die Budgetkonsolidierung bereits besonders weit fortgeschritten ist, muss sie nun noch konsequenter vorangetrieben werden. Die Bundesregierung wird die Geister, die sie auf europäischer Ebene selbst gerufen hat, nun nicht mehr los. Nachdem auf Basis der aktuellen Wirtschaftsprognose der EU-Kommission vom 5. Mai sogar eine signifikante Abweichung schon im Jahr 2014 gedroht hätte – und damit eine verzinste Einlage etwa ab Ende 2015 –, verpflichtete sich Finanzminister Spindelegger präventiv in schriftlicher Form gegenüber seinen europäischen KollegInnen zu weiteren Konsolidierungsmaßnahmen.

Die Budgetpolitik in Österreich ist damit exemplarisch für die weit überschießende Reform der *Economic Governance* auf europäischer und nationaler Ebene, die eine sinnvolle Ausrichtung gerade nicht ermöglicht. Eine Wirtschaftspolitik, die die möglichst ausgewogene mittelfristige Erreichung unterschiedlicher Ziele bezweckt, wird so dem Defizitabbau um jeden Preis geopfert. Damit geraten aber gerade die Erfolgsfaktoren der relativ guten Budget- und Wirtschaftsentwicklung in Österreich während der Krise aus dem Blickfeld – wie etwa der stabilisierende Sozialstaat oder die nachfrageschonende Form der Budgetkonsolidierung.

Die wirtschaftspolitischen Erfahrungen in Österreich bilden ein relativ positives Gegenbeispiel zur gescheiterten Austeritätspolitik in der EU:

Letztere hatte eine deutlich rascher steigende Arbeitslosigkeit bzw. einen stärkeren Rückgang des Wohlstandsniveaus zur Folge. Auf Basis dieser Erfahrung könnte auf europäischer Ebene die falsche Politik kritisiert werden. Dabei sollte erstens die höchst revisionsanfällige und ökonomisch unsinnige Berechnungsmethoden des strukturellen Defizits der EU-Kommission zum Thema gemacht werden. Das darf allerdings nicht zur Rückkehr zur noch unsinnigeren Orientierungsgröße „Maastricht-Defizit“ führen, denn eine schlechte Bereinigung um mittel- bis langfristig praktisch kaum relevante Einmal- und Konjunkturreffekte ist allemal besser als gar keine Bereinigung.

Wichtiger als die Frage der Methode ist allerdings die Frage nach dem Zielwert (und ferner der Anpassungsgeschwindigkeit). Deshalb ist zweitens der Spielraum für eine sinnvolle Budgetpolitik allgemein zu erhöhen, indem langfristige Investitionen in einem größeren Ausmaß auch wieder langfristig finanziert werden können. Entsprechend der sogenannten „Goldenen Regel der Finanzpolitik“ sollen sie deshalb weder auf europäischer noch auf nationaler oder subnationaler Ebene in die Berechnung der sanktionierbaren Budgetgrößen – wie allen voran des strukturellen Defizits – eingehen. Sowohl die drastischen Kürzungen der Investitionen in den Krisenstaaten aufgrund der 3-Prozent-Maastricht-Grenze als auch die strukturell zu niedrige Investitionsquote aufgrund der Vorgabe des nahezu strukturell ausgeglichenen Haushalts in Deutschland zeigen die Notwendigkeit einer solchen Reform. Ein besonderes Problem zeichnet sich zudem in rasch wachsenden Ballungsräumen ab, deren größerer Investitionsbedarf einem stark eingeschränkten Finanzierungsspielraum gegenübersteht. So überrascht es nicht, dass europäische Stadtregierungen wie jene in Wien bereits mehrfach öffentlich auf die Umsetzung der „Goldenen Regel der Finanzpolitik“ drängen.

Dem Aufschrei von neoliberaler Seite gegen diese Art der Reform ist entgegenzuhalten, dass es ökonomisch unvernünftig ist, notwendige, langfristig wirkende Investitionen zu verschieben oder gar zu streichen, nur um kurzfristig das Maastricht-Defizit gering zu halten. Mit dieser ökonomisch vernünftigen Regel ließen sich letztlich auch problematische Fälle wie die aktuelle Streichung der „Breitbandmilliarde“ bzw. die Kürzung der Wohnbauinitiative vermeiden und der dringende Ausbau der sozialen Dienstleistungen vorantreiben. Es ist deshalb einer der erfreulichen Konsequenzen der Europawahlen, dass eine solche Reform nun auch von Holland in Frankreich, Renzi in Italien und dem EU-Staatsminister Roth im Auswärtigen Amt in Deutschland unterstützt wird.

[STARTSEITE](#) [ÜBER DIESEN BLOG](#) [DAS MAGAZIN](#) [KONTAKT](#) [abonnieren: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>](#)

Arbeit & Wirtschaft

Arbeit & Wirtschaft – auf den Blog gebracht!

Der Blog „Arbeit & Wirtschaft“ versteht sich als digitales Informations- und Diskussionsangebot ergänzend zur gleichnamigen Zeitschrift. Wir richten uns an Menschen, die an Perspektiven für eine Gestaltung der Gesellschaft im Sinne der arbeitenden Menschen interessiert sind. Wir setzen Diskussionsimpulse und liefern kurze aktuelle Analysen an der Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft, Vertretung der arbeitenden Menschen und interessierter Öffentlichkeit.

Der Blog dient der Diskussion aktueller Fragestellungen und liefert abseits des Mainstreams kritische Interpretationsangebote.

abonnieren: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>

SUCHE

BLOG VIA E-MAIL ABONNIEREN

Geben Sie Ihre E-Mail-Adresse ein, um diesen Blog zu abonnieren und Benachrichtigungen über neue Artikel per E-Mail zu erhalten. Nach Erhalt des Bestätigungsemails können Sie die Häufigkeit der Benachrichtigung einstellen.

Steuerreformvorschläge in der Diskussion – Eine Mikrosimulationsanalyse der Aufkommens- und Verteilungs- wirkungen für Österreich*

Paul Eckerstorfer, Viktor Steiner, Florian Wakolbinger

1. Einleitung

In diesem Beitrag werden Reformvorschläge für das österreichische Steuersystem analysiert, die in der wirtschaftspolitischen Diskussion zur Disposition stehen. Als größter Kritikpunkt des österreichischen Steuersystems gilt die auch im internationalen Vergleich sehr hohe Belastung von Arbeitseinkommen.¹ Auch in der politischen Diskussion scheint Konsens darüber zu bestehen, dass es in naher Zukunft zu einer Entlastung von Arbeitseinkommen und von Familien kommen soll. Allerdings unterscheiden sich die Vorstellungen hinsichtlich der Gruppen, die besonders von einer Entlastung profitieren sollen: Die Arbeitnehmerseite und die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) fordern vor allem eine Entlastung von unteren und mittleren Einkommensbezieher*innen. Die Arbeitgeberseite und die Österreichische Volkspartei (ÖVP) fordern vor allem mittlere und hohe Einkommen (die „Leistungsträger“) zu entlasten. Uneinigkeit herrscht auch über die Finanzierung der fiskalischen Kosten von Steuerentlastungen. Während von Arbeitnehmerseite eine Finanzierung mittels der Einführung von Vermögenssteuern gefordert wird, favorisieren Arbeitgebervertreter eine Finanzierung über Einsparungsmaßnahmen bei den Staatsausgaben. Die aktuellen Koalitionspläne für die laufende Regierungsperiode sehen Erhöhungen bestimmter Verbrauchssteuern, aber keine grundlegende Reform der Lohn- und Einkommensteuer vor.² Geeignet hat sich die Regierungskoalition hingegen auf eine moderate Anhebung der Familienbeihilfe, die allerdings die seit der letzten Anpassung 2001 aufgrund der Inflation entstandenen Verluste nicht ausgleicht.

Wir diskutieren sowohl aktuelle Vorschläge zur Entlastung von Arbeitseinkommen als auch zur Gegenfinanzierung der damit verbundenen Steuerausfälle durch eine Vermögenssteuer und Einsparungen bei den Staats-

ausgaben. Auf der Basis eines Mikrosimulationsmodells, dem „Austrian Tax Transfer Model“ (ATTM),³ können wir empirisch fundierte Aussagen über die potenziellen Aufkommens-, Beschäftigungs- und Verteilungswirkungen einer Reformalternative, die Elemente der verschiedenen Reformvorschläge integriert und konkretisiert, treffen. Unsere empirische Analyse soll zu einer informierten Diskussion über eine Reform des österreichischen Steuersystems beitragen. Wie unter Verteilungs- und Gerechtigkeitsgesichtspunkten das Steuersystem ausgestaltet sein sollte, das heißt, welche Gruppen in welchem Ausmaß zur Finanzierung staatlicher Ausgaben beitragen sollen, ist eine politische Entscheidung. Ebenso ist es Aufgabe der Politik, über das Ausmaß staatlicher Tätigkeit zu entscheiden. Im Kontext der oben skizzierten Debatte ist daher von der Politik zu bestimmen, ob eine Entlastung von Arbeitseinkommen über neue Steuern oder über Ausgabenkürzungen finanziert werden sollte. Als Ökonomen können wir aber untersuchen, wie eine gewünschte Verteilung effizient erreicht werden kann und wie sich Steuerreformen auf die Einkommens- und Vermögensverteilung auswirken würden.

Ausgehend von aktuellen Steuerreformvorschlägen spezifizieren wir eine Reformalternative der Lohn- und Einkommensteuer, die einen Ausgleich der höheren Steuerbelastung durch Preissteigerungen („kalte Progression“), eine Reduktion der Grenzsteuersätze und eine Steuervereinfachung bei gleichzeitiger Verbreiterung der Steuerbasis beinhaltet. Außerdem berücksichtigen wir die aktuell beschlossene Erhöhung der Familienbeihilfe sowie in einer Alternativrechnung auch eine stärkere Anpassung zum Ausgleich der Inflation seit der letzten Anpassung der Familienbeihilfe. Wir führen die Simulationen für das Basisjahr 2014 und für das Referenzjahr 2018 durch, da der aktuelle Regierungsvorschlag neben einer Erhöhung der Familienbeihilfe im Basisjahr weitere Anpassungen bis 2018 vorsieht. Dadurch können wir auch zeigen, welche Effekte die kalte Progression im Zeitraum 2014 bis 2018 nach sich zieht, sofern das Steuer- und Transfersystem nicht angepasst wird.

Zur Gegenfinanzierung der mit der Tarifreform verbundenen Steuerausfälle werden in der aktuellen politischen Diskussion die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Kürzungen bei den Staatsausgaben genannt. Wir zeigen auf der Basis der ersten Erhebung zur Vermögenslage österreichischer Haushalte, dem „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS), unter Vernachlässigung möglicher Ausweichreaktionen und zu erwartender Verteilungseffekte, in welchem Umfang durch alternative Vermögenssteuermodelle die fiskalischen Kosten der Tarifreform ausgeglichen werden könnten. Bei den Überlegungen zu den Ausgabenkürzungen beziehen wir uns auf Studien der Industriellenvereinigung (2012) und des WIFO (2010), die von jährlichen Einsparungsmöglichkeiten im Umfang von 3-5 Mrd. € ausgehen.

Im nächsten Abschnitt wird auf der Basis aktueller Reformvorschläge zur Lohn- und Einkommensteuer und zur Gegenfinanzierung eine Reformalternative abgeleitet, die für eine Mikrosimulationsanalyse hinreichend konkretisiert ist. In Kapitel 3 stellen wir das Mikrosimulationsmodell ATTM und unsere Vorgehensweise zur Schätzung des zu erwartenden Aufkommens einer Vermögenssteuer vor. Unsere Simulationsergebnisse zu den Aufkommens- und Verteilungswirkungen der Reformalternative werden in Kapitel 4, die Schätzergebnisse zum Vermögenssteueraufkommen in Kapitel 5 präsentiert. Kapitel 6 fasst unsere wichtigsten Ergebnisse und die Schlussfolgerungen unserer Analyse zusammen.

2. Begründung und Ausgestaltung einer Steuerreform für Österreich

2.1 Reform der Lohn- und Einkommensteuer

In Österreich ist die Lohn- und Einkommensbesteuerung durch hohe Grenzsteuersätze bei gleichzeitiger Aushöhlung der Bemessungsgrundlage gekennzeichnet. Insgesamt entspricht die gegenwärtige Struktur der Lohn- und Einkommensbesteuerung in Österreich nicht der Forderung nach einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei gleichzeitiger Senkung der Grenzsteuersätze.⁴ Aus wirtschaftspolitischer Sicht gelten insbesondere der hohe Eingangssteuersatz und die starke Belastung geringer Erwerbseinkommen als problematisch, da sie die finanziellen Arbeitsanreize im Niedriglohnbereich schwächen und damit zur Verfestigung der Arbeitslosigkeit beitragen.⁵ Zudem wirkt aufgrund der relativ starken Belastung geringer und mittlerer Einkommen durch die Sozialbeiträge die Abgabenbelastung insgesamt (Lohn- und Einkommensteuer sowie Sozialbeiträge) ab der oberen Sozialversicherungsgrenze (Höchstbemessungsgrundlage) regressiv. Problematisch erscheinen zudem die vielen Sonderregelungen, insbesondere die begünstigte Besteuerung von Sonderzahlungen (13. und 14. Monatsgehalt) sowie diverse spezifische Absetzbeträge (z. B. Arbeitnehmer- und Pensionistenabsetzbetrag), die neben dem relativ hohen allgemeinen Freibetrag gewährt werden. Durch die mit den vielen steuerlichen Begünstigungen verbundene Aushöhlung der Bemessungsgrundlage und die relativ hohen nominalen Grenzsteuersätze erscheint die steuerliche Belastung wesentlich höher, als sie effektiv ist. Dazu kommt aufgrund der fehlenden Indexierung des Steuersystems und der Familienleistungen an die laufenden Preissteigerungen eine ausgeprägte „kalte Progression“, die auch bei konstantem oder sinkendem Realeinkommen zu deutlich höheren Steuerbelastungen führt. Dies ist auch wegen der damit verbundenen nicht intendierten Verteilungseffekte problematisch.

Die seitens der Wissenschaft und der Politik für Österreich vorliegenden Vorschläge zur Reform der Lohn- und Einkommensbesteuerung sind nicht ausreichend konkretisiert, um deren Aufkommens- und Verteilungswirkungen empirisch abschätzen zu können. Ausgehend von diesen Reformvorschlägen spezifizieren wir hier daher eine konkrete Reform der Lohn- und Einkommensteuer, die ähnlich wie in Steiner und Wakolbinger (2008) ausgestaltet ist. Die Reform soll die kalte Progression ausgleichen, das bestehende System vereinfachen und durch niedrigere Grenzsteuersätze insbesondere im unteren und mittleren Einkommensbereich die Arbeitsanreize verbessern. Die Vereinfachung des Steuersystems ist mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch die Abschaffung verschiedener Steuervergünstigungen verbunden. In Tabelle 1 sind die wesentlichen Parameter des Status quo und der Reformalternativen gegenübergestellt.

Tabelle 1: Tarifreform

Status quo 2014/2018		Reformalternativen		
Einkommensgrenzen (Euro/Jahr)	Grenzsteuersatz (%)	Einkommensgrenzen (Euro/Jahr)	Grenzsteuersatz (%)	Verbreiterung Bemessungsgrundlage
bis 11.000	0,0	bis 12.500	0	Keine gesonderte Besteuerung von Sonderzahlungen (13. u. 14. Monatsgehalt); Abschaffung der begünstigten Besteuerung (nicht entnommener) Gewinne bei Einzelunternehmen; Abschaffung von Arbeitnehmer-, Verkehrs-, Pensionisten- und Landarbeiterabsetzbetrag; Indexierung aller verbleibenden Absetzbeträge (z. B. Alleinerzieher-/verdienerabsetzbetrag, Kinderabsetzbetrag); Variante „Durchgängige Anpassung“ (Indexierung von Familienbeihilfe/Kinderbetreuungsgeld an die Inflationsrate); Variante „FBH/KBG gemäß Regierungsbeschluss“ (Erhöhung der Familienbeihilfe und des Kinderbetreuungsgeldes gemäß Regierungsbeschluss).
11.000-25.000	36,5	12.501-30.000	25	
25.000-60.000	43,2	30.001-51.960	33	
>60.000	50,0	51.961-70.000	40	
		>70.000	47	

Der nominale Eingangsgrenzsteuersatz wird von derzeit 36,5% auf 25% gesenkt, der Grundfreibetrag wird von derzeit 11.000 auf 12.500 € im Basisjahr 2014 erhöht. Die begünstigte Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts (des „Jahressechstels“) mit 6% entfällt, ebenso wie die als Kompensation für diese Steuervergünstigung für Arbeitnehmer gedachte begünstigte Besteuerung (nicht entnommener) Gewinne von Einzelunternehmen.⁶ Die Erhöhung des Grundfreibetrags soll zum einen die kalte Progression, zum anderen den Wegfall der begünstigten Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts sowie spezieller Freibeträge partiell ausgleichen. Zum Ausgleich der kalten Progression werden der Grundfreibetrag und die Grenzen der Progressionsstufen mit der durchschnittlichen Preis-

steigerung seit 2005, dem Jahr der letzten größeren Steuerreform, fortgeschrieben. Entsprechend beginnt die nächste Progressionsstufe bei 30.000 € statt wie bisher bei 25.000 €. Ab dann gilt ein Grenzsteuersatz von 33%. Im oberen Einkommensbereich führen wir eine zusätzliche Progressionsstufe bei 51.960 € ein, in der ein Grenzsteuersatz von 40% gilt. Da ab dieser Steuerbemessungsgrundlage keine Arbeitnehmer-Sozialbeiträge mehr anfallen, kann durch diese zusätzliche Progressionsstufe die regressive Wirkung, die von der Höchstbemessungsgrundlage ausgeht, etwas entschärft werden. Ab einer Bemessungsgrundlage von 70.000 € erhöht sich der Grenzsteuersatz auf 47%. Zusätzlich zu den Änderungen bei Grundfreibetrag und Progressionsstufen werden die verbleibenden Absetz- und Freibeträge an die Inflation angepasst. Als Basisjahr für die Indexierung des Steuersystems (mit Ausnahme des Kinderabsetzbetrags, der 2008 erhöht wurde, und des erst 2009 eingeführten Kinderfreibetrags), haben wir den Zeitpunkt der letzten größeren Steuerreform 2005 gewählt. Die Basisjahre für Kinderabsetzbetrag und Kinderfreibetrag sind entsprechend 2008 bzw. 2009.

Zusätzlich zu den erwähnten Änderungen des Steuersystems spezifizieren wir in einer Reformalternative die von der neuen Regierung geplante Anpassung der Familienbeihilfe und des Kinderbetreuungsgeldes.⁷ Diese sieht vor, die Familienbeihilfe im Juli 2014 durchschnittlich um 4%, 2016 und 2018 um jeweils weitere 2% zu erhöhen.^{8, 9} Für das Kinderbetreuungsgeld plant die Regierung, die derzeit vier Pauschalvarianten, die sich durch die Bezugsdauer sowie den monatlich ausbezahlten Betrag unterscheiden, auf eine zusammenzuführen. Dabei soll eine Gesamtsumme auf beliebig viele Bezugsmonate von den Beziehern individuell aufgeteilt werden können.¹⁰ Die Höhe der Gesamtsumme wurde allerdings noch nicht bekanntgegeben, weshalb wir hier davon ausgehen, dass es wie bisher zu keiner Anpassung kommt.

In einer weiteren Reformalternative berücksichtigen wir eine durchgängige Indexanpassung auch bei Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld. Für die Familienbeihilfe bildet der Zeitpunkt der letzten größeren Erhöhung (2001) das Basisjahr. Für das Basisjahr 2014 haben wir die verbleibenden Absetz- und Freibeträge des Steuersystems daher um 19,3 bzw. 11,1 Prozent (Kinderabsetzbetrag und Kinderfreibetrag¹¹) erhöht. Die Erhöhung der Familienbeihilfe aufgrund der Indexanpassung beträgt 28,7% und die Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes 11,1%. Für das Simulationsjahr 2018 betragen die Erhöhungen der Absetz- und Freibeträge 29,3%, der Familienbeihilfe 39,4% sowie des Kinderbetreuungsgeldes, Kinderabsetz- und Kinderfreibetrags 20,4%. Zusätzlich werden die in Tabelle 1 dargestellten Steuer-Progressionsstufen der Reformalternative um 8,3 Prozent (prognostizierte Inflation 2014 bis 2018, vgl. dazu Bundesministerium für Finanzen 2013) angehoben, da der Steuerreformvorschlag

eine durchgängige jährliche Indexierung aller Parameter des Systems vorsieht.

2.2 Finanzierung der Reformalternativen

Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren gestiegenen Staatsverschuldung und der in der wirtschaftspolitischen Diskussion als erforderlich angesehenen Budgetkonsolidierung sollte die Reform der Lohn- und Einkommensbesteuerung ohne zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte erfolgen. Die Gegenfinanzierung der Steuerausfälle könnte durch andere Steuern, wie z. B. eine Vermögenssteuer, und/oder Ausgabenkürzungen erfolgen.

2.2.1 Vermögenssteuer

Aktuell wird in Österreich über die Wiedereinführung einer allgemeinen Vermögenssteuer diskutiert. Im internationalen Vergleich ist der Anteil der Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern an den gesamten Steuereinnahmen in Österreich sehr gering.¹² Allerdings wird nur noch in wenigen Ländern eine reine Vermögenssteuer angewendet (z. B. in Frankreich und Norwegen), die in Österreich 1993 abgeschafft wurde. Größere Bedeutung haben die Grundsteuer sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern, die in Österreich 2008 abgeschafft wurden. Als Hauptargument für eine Vermögenssteuer wird vor allem ihre Verteilungswirkung genannt. Vermögen sind in Österreich sehr ungleich verteilt,¹³ und eine Vermögenssteuer könnte einer weiter zunehmenden Konzentration von Vermögen zumindest entgegenwirken.

Die in Diskussion stehenden Vermögenssteuermodelle sehen hohe Freibeträge vor, weshalb bei einer Einführung wohl nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung Vermögenssteuern zahlen müsste. Auch soll die Einführung einer Vermögenssteuer mit einer Entlastung der Arbeitseinkommen verbunden sein. Gegen eine Vermögenssteuer werden vor allem Effizienzargumente angeführt. Von der Besteuerung von Vermögen gehen negative Anreize auf die Kapitalbildung und die Investitionstätigkeit aus. Dies betrifft insbesondere die Besteuerung von Finanz- und Firmenvermögen. Wenn sich die Steuer nicht auf die Substanz auswirken soll, muss sie aus den Erträgen bezahlt werden und wirkt somit wie eine Besteuerung der Kapitalerträge. Des Weiteren ist eine Vermögenssteuer mit vergleichsweise hohen Verwaltungs- und Erhebungskosten verbunden.¹⁴ Unklar ist, wie groß die Gefahr der Abwanderung sehr vermögender Haushalte bei der Einführung einer Vermögenssteuer wäre. Ebenso ist das potenzielle Ausmaß an Aktivitäten zur Steuervermeidung und Steuerhinterziehung schwer absehbar. Ein großes Hindernis für die Einführung einer Vermögenssteuer ist zudem das bestehende Bankengeheimnis in Öster-

reich. Dadurch könnte Finanzvermögen problemlos vor den Behörden versteckt werden. Hier würde bei der Einführung einer Vermögensteuer jedenfalls Handlungsbedarf bestehen.

Ebenso wie bei der Besteuerung von Arbeitseinkommen gibt es also auch bei der Besteuerung von Vermögen einen *Trade-off* zwischen Effizienz und Gerechtigkeit. Wenn bei einer einnahmeneutralen Steuerreform die Effizienzgewinne, die durch eine Senkung der Einkommensteuer entstehen, größer sind als die Effizienzverluste, die durch die Einführung einer Vermögensteuer entstehen, kann auch aus Effizienzgründen für die Einführung einer Vermögenssteuer argumentiert werden. In der theoretischen Literatur wird eine Vermögenssteuer weitgehend als äquivalent zu einer Steuer auf Kapitaleinkommen betrachtet, weshalb es kaum theoretische Arbeiten zu einer reinen Vermögenssteuer gibt. Die Frage, ob Kapitaleinkommen besteuert werden sollen, ist eine der umstrittensten Fragen in der Steuertheorie. Lange dominierte in der Optimalsteuer-Literatur die Sichtweise, dass Kapitaleinkommen nicht besteuert werden sollten.¹⁵ Dieses Ergebnis beruht u. a. auf der Annahme, dass bereits kleine Veränderungen der Zinssätze stark verzerrenden Wirkungen auf die private Ersparnis und Kapitalbildung haben, wofür es aber kaum empirische Evidenz gibt.¹⁶ In den letzten Jahren sind einige sehr prominente Arbeiten erschienen, die dem Resultat, dass Kapitaleinkommen nicht besteuert werden sollten, widersprechen.¹⁷ Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, diese Diskussion ausführlich darzustellen. Wir verweisen hier auf Banks und Diamond (2010) und Kopczuk (2013), die diese Debatte ausführlich behandeln.

Die jüngeren Resultate deuten darauf hin, dass es auch aus theoretischer Sicht starke Argumente für die Besteuerung von Kapitaleinkommen gibt. Allerdings kann daraus nicht automatisch abgeleitet werden, dass dies in Form einer Vermögensteuer passieren sollte. Bei der Überlegung zur Äquivalenz von Vermögensteuer und Kapitaleinkommensteuer ist zu berücksichtigen, dass eine Vermögenssteuer den Vermögensstand und nicht den Ertrag als Bemessungsgrundlage hat. Je geringer der Ertrag, desto höher ist der zur Vermögenssteuer äquivalente Kapitaleinkommenssteuersatz, was bedeutet, dass die Vermögenssteuer niedrige Erträge implizit stärker besteuert als hohe Erträge. Dieser Effekt lässt eine Vermögensteuer weniger attraktiv als eine direkt Besteuerung der Erträge erscheinen. Ein weiterer Nachteil der Vermögensteuer gegenüber der direkten Besteuerung der Erträge ist, dass der Vermögensbestand oft schwieriger zu ermitteln ist als der Ertrag.

Als Bemessungsgrundlage für die Vermögenssteuer dient das gesamte Nettovermögen eines Haushaltes. Das Nettovermögen umfasst den Wert aller Vermögensbestände abzüglich der Verbindlichkeiten. Die Vermögensbestände bestehen im Wesentlichen aus den Komponenten Immobi-

lienvermögen, Finanzvermögen, Betriebsvermögen und sonstiges Vermögen (z. B. Schmuck, Fahrzeuge).¹⁸ In Kapitel 3 bei der Beschreibung der Daten und des Mikrosimulationsmodells gehen wir noch genauer auf die verschiedenen Vermögenskomponenten ein. In der politischen Diskussion erhält die Besteuerung von Betriebsvermögen durch eine Vermögenssteuer besondere Aufmerksamkeit.¹⁹ Es wird argumentiert, dass vor allem mittelständische Unternehmen durch eine Vermögenssteuer in Bedrängnis geraten würden. Aus diesem Grund analysieren wir auch eine Variante, bei der es einen gesonderten Freibetrag für Betriebsvermögen gibt. Wir präsentieren Aufkommensschätzungen für die folgenden drei Steuermodelle, wobei die Steuer auf Ebene der Haushalte erhoben wird und somit die Freibeträge pro Haushalt gelten:

- Linearer Tarif mit einem einheitlichen Steuersatz von 0,5% und einem allgemeinen Freibetrag von 1 Mio. €.
- Progressiver Tarif (Stufengrenzsatztarif) mit einem allgemeinen Freibetrag von 1 Mio. € und einem Grenzsteuersatz von 0,25% für Nettogesamtvermögen zwischen 1 und 2 Mio. €, 0,33% zwischen 2 und 3 Mio. €, 0,5% zwischen 3 und 4 Mio. € und 0,67% für Vermögen über 4 Mio. €.
- Progressiver Tarif mit Freibetrag für das Betriebsvermögen von 2 Mio. € zusätzlich zu dem allgemeinen Freibetrag von 1 Mio. € und dem Stufengrenzsatztarif wie oben.

Da der allgemeine Freibetrag für das Nettogesamtvermögen von 1 Mio. € auch unter dem Vermögenssteuermodell III bestehen bleibt, bleibt ein Haushalt mit einem Betriebsvermögen von über 2 Mio. bis zu einem Gesamtvermögen von 3 Mio. € steuerfrei. Dies führt dazu, dass etwa 90% der Unternehmen, bei denen ein Haushaltsmitglied eine aktive Rolle als Unternehmer einnimmt („Mittelständler“), von der Vermögenssteuer verschont bleiben dürften. Mit Bezug auf den im Zentrum der öffentlichen Diskussion stehenden „Mittelständler“ berücksichtigen wir nur das Betriebsvermögen das in Unternehmen gebunden ist, bei denen nach der im HFCS erhobenen Information mindestens ein Haushaltsmitglied eine aktive Rolle als Unternehmer einnimmt. Anteile am Betriebsvermögen von Unternehmen, in dem kein Haushaltsmitglied aktiv tätig ist, werden hingegen dem Finanzvermögen zugeordnet.²⁰

2.2.2 Einsparungsmaßnahmen

Vor allem von Arbeitgeberseite wird regelmäßig gefordert, die Staatsquote in Österreich zu verringern. Auch von Seite der Wirtschaftsforschungsinstitute²¹ wird immer wieder Effizienzsteigerungspotenzial im Bereich der öffentlichen Ausgaben geortet. Im Kontext dieser Studie würde durch diverse Einsparungsmaßnahmen Spielraum für eine Lohn- und Ein-

kommensteuerreform geschaffen werden. Das größte Einsparungspotenzial wird in den Bereichen Pensionen, Gesundheit und Verwaltung sowie bei den Förderungen und Subventionen gesehen.²²

Der Anteil der Pensionsausgaben am BIP ist mit 12% im internationalen Vergleich sehr hoch.²³ Vor allem das niedrige Pensionsantrittsalter bei gleichzeitig hoher Ersatzrate ist problematisch. Daher wird etwa im Wirtschaftsbericht über Österreich von der OECD (2013) gefordert, sämtliche Anreize zur Frühpension abzuschaffen und die Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere zu verbessern. Bekannte Forderungen in diesem Zusammenhang sind ein gänzlich Auslaufen der Langzeitversichertenregelung („Hacklerregelung“), eine raschere Anpassung des gesetzlichen Frauenpensionsalters an das der Männer und die Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten zur Invaliditätspension. Einige Verschärfungen traten bereits in Kraft. So wurde mit 1.1.2014 der Zugang zur Invaliditätspension erschwert. Die befristete Invaliditätspension wurde für unter 50-Jährige abgeschafft und durch Rehabilitations- und Umschulungsmaßnahmen soll dafür gesorgt werden, dass ältere Dienstnehmer mit gesundheitlichen Problemen länger im Arbeitsprozess bleiben können. Außerdem wird der Zugang zur vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer („Hacklerregelung“) und der Anspruch auf Korridorpension bis 2017 schrittweise verschärft. Im Regierungsprogramm wird als Ziel genannt, das faktische Pensionsantrittsalter von 58,4 Jahren (Stand 2012) bis 2018 auf 60,1 Jahre zu erhöhen. Es wird sich zeigen, wie die aktuell getroffenen Maßnahmen dazu beitragen werden. Um dem langfristigen Kostenanstieg im Pensionssystem entgegenwirken zu können,²⁴ werden jedoch weiterer Reformmaßnahmen erforderlich sein.

Auch der Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben an der Wirtschaftsleistung ist im europäischen Vergleich in Österreich sehr hoch. Neben dem hohen Leistungsumfang des öffentlichen Gesundheitssystems sind hierfür vor allem die verhältnismäßig große Bedeutung des (teuren) stationären Bereichs (z. B. die hohe Krankenhausbettendichte) und das Vorhandensein von Parallelstrukturen in der Behandlung verantwortlich. Mit der aktuellen Gesundheitsreform werden bereits erste Schritte in die richtige Richtung gesetzt, es scheint aber noch Spielraum für weitere Effizienzsteigerungen zu geben. Dies ist auch im Hinblick auf die zukünftigen zusätzlichen Belastungen des öffentlichen Gesundheitssystems durch die zunehmende Alterung der Gesellschaft von besonderer Bedeutung.

Im Bereich der Verwaltung ist etwa Einsparungspotenzial bei der Zusammenführung von Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenkompetenzen vorhanden. Hier herrscht in Österreich große Intransparenz, und politische Verantwortlichkeiten sind oft nicht klar erkennbar. Das WIFO (2010) fordert in diesem Zusammenhang, dass sich die Kompetenzaufteilung

zwischen Bund und Ländern am Gedanken einer definierten Leistungsbeziehung orientieren sollte. Der Bund soll die strategischen Ziele setzen und als Auftraggeber fungieren, während die Länder die Rolle ausführender Einheiten einnehmen sollten. Einsparungspotenzial wird auch bei einer Reform des öffentlichen Dienst- und Besoldungsrechts geortet. Eine Erhöhung der Flexibilität und der Mobilität (räumlich und fachlich) des Personals kann dazu beitragen, dass die vorhandenen Personalressourcen effizienter eingesetzt werden. Ebenso könnten eine Abflachung der Besoldungsschemata und ein stärkerer Fokus auf Leistungsentlohnung zu Einsparungen führen.²⁵ Weitere Vorschläge für Einsparungen im Bereich der Verwaltung sind die Fusion kleiner Gemeinden sowie die Zusammenlegung von Behörden und Agenturen (z. B. die Wetterdienste von ZAMG, Austro Control und Bundesheer sowie der Statistikeinrichtungen des Bundes und der Länder).

Auch im Bereich der Förderungen und Subventionen ist sowohl hinsichtlich der Höhe der Förderungen (und deren Effizienz) als auch bei deren Organisation und Verwaltung Einsparungspotenzial vorhanden. Im internationalen Vergleich liegt Österreich im Spitzenfeld,²⁶ was das Fördervolumen betrifft. Pitlik et al. (2008) schätzen, dass im Bereich der Förderungen ein langfristiges Effizienzsteigerungspotenzial von 3,5-5 Mrd. € pro Jahr existiert. In diesem Bereich erscheinen relativ rasch umsetzbare Einsparungen möglich, sofern der politische Wille dazu vorhanden ist. Vorstellbar wäre etwa eine Kürzung der Förderungen um pauschal 10%, womit sich ein Einsparungspotenzial von ca. 1 Mrd. € jährlich ergeben würde.²⁷ Aus ökonomischer Sicht wäre allerdings eine differenzierte Korrektur des Fördervolumens nach bestimmten Kriterien einer pauschalen Kürzung vorzuziehen. Aufgrund verschiedenster politischer Begehrlichkeiten dürfte dies allerdings politisch schwieriger durchsetzbar sein. Eine weitere relativ rasch umsetzbare Maßnahme ist die Einführung einer Transparenzdatenbank zur Vermeidung von Doppel- und Mehrfachförderungen.

Obwohl es in den genannten Bereichen sicherlich erhebliches Einsparungspotenzial gibt, durch das mittel- bis langfristig die fiskalischen Kosten einer Steuerreform finanziert werden könnten, ist letztlich der politische Wille zur Umsetzung ausschlaggebend. Es ist jedoch zu bedenken, dass es bei solchen Reformen in der Regel einer langen Vorlaufzeit für Verhandlungen und Umsetzung bedarf, und Ausgabenkürzungen z. B. im Bereich der Renten und Gesundheitsausgaben erst längerfristig budgetwirksam werden. Eine Steuerreform wirkt sich dagegen sofort auf das Budget aus. In Zeiten der Budgetkonsolidierung erscheint es daher als problematisch, eine Steuerreform ausschließlich mit angekündigten oder sich in Vorbereitung befindenden Einsparungsmaßnahmen zu finanzieren. Kurzfristiges Einsparungspotenzial sehen wir am ehesten im Bereich der För-

derungen und Subventionen. Es ist allerdings mehr als fraglich, ob dieses für die Finanzierung einer Steuerreform ausreicht.

3. Mikrosimulation der Reformalternative und Schätzung des Vermögensteueraufkommens

3.1 Mikrosimulationsmodell ATTM

Wir analysieren die Entlastungs- und Aufkommenswirkungen der im vorhergehenden Kapitel beschriebenen Reformalternative der Lohn- und Einkommensteuer und der Familienleistungen auf Basis des Steuer-Transfer-Mikrosimulationsmodells „Austrian Tax-Transfer Model“ (ATTM).²⁸ Das ATTM basiert auf den Mikrodaten der „Gemeinschaftsstatistiken über Einkommen und Lebensbedingungen“ („Statistics on Income and Living Conditions“, SILC). Ein wesentlicher Vorteil der SILC-Daten besteht darin, dass der für Verteilungsanalysen zentrale Haushaltszusammenhang berücksichtigt werden kann.²⁹ SILC erfasst die in Österreich in Privathaushalten lebende Bevölkerung auf Basis einer nach Bundesland und Haushaltsgröße geschichteten Stichprobe. Neben den einzelnen Einkommenskomponenten werden insbesondere auch Informationen zu haushaltsspezifischen Variablen (Familienstand, Kinder, Erwerbsstatus) erfasst, die für Verteilungsanalysen von zentraler Bedeutung sind.³⁰ Die in SILC für 2009 nachgewiesenen Einkommensdaten werden mit der durchschnittlichen Inflationsrate bis zum Jahr 2013 fortgeschrieben. Die SILC-Daten können mittels der Hochrechnungsfaktoren auf die Gesamtpopulation hochgerechnet werden.³¹

Das ATTM bildet den Steuertarif für die verschiedenen Einkommensarten, die Sozialabgaben (Arbeitnehmer und Arbeitgeberbeiträge), die Ausgleichs- und Ergänzungszulagen für Pensionen, die Familienförderungsmaßnahmen (Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Mehrkindzuschlag sowie die Familienzuschüsse der Bundesländer) und die bedarfsorientierte Mindestsicherung ab. Das ATTM bestimmt für die Population der natürlichen Personen die festgesetzte Einkommensteuer sowie die anzurechnende Lohnsteuer und die anzurechnenden Kapitalertragsteuern für jeden im Datensatz enthaltenen Steuerpflichtigen im jeweiligen Simulationsjahr. Dabei werden die Veränderung der steuerpflichtigen Einkünfte, die sonstigen steuerrelevanten Merkmale sowie die im Veranlagungsjahr geltenden steuerlichen Regelungen berücksichtigt. Simuliert werden die Wirkungen, die sich für die Steuerbelastung bezogen auf die Besteuerungsgrundlagen des Veranlagungsjahrs 2009 ergeben („Entstehung“). Die unmittelbaren Wirkungen auf die laufenden Zahlungsverpflichtungen der Steuerpflichtigen im Rahmen der Lohnsteuer oder der Einkommen-

steuer-Vorauszahlungen und somit die kassenmäßigen Steuereinnahmen können davon abweichen.

Im ATTM können auch die zu erwartenden Beschäftigungseffekte von Steuer- und Transferreformen simuliert werden. Wir verzichten hier jedoch darauf, da diese für die in Abschnitt 2.1 definierte Tarifreform relativ klein sind und die im Folgenden analysierten Aufkommens- und Verteilungswirkungen nur geringfügig beeinflussen würden.³²

3.2 Schätzung der Bemessungsgrundlage für eine Vermögenssteuer

Wir verwenden den „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) als Datenbasis zur Berechnung der Bemessungsgrundlage für eine Vermögenssteuer. Der HFCS erfasst erstmals die Vermögenssituation privater Haushalte in Österreich und wird im Auftrag der Europäischen Zentralbank (EZB) in 15 Euro-Ländern durchgeführt. In Österreich werden die Daten von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) gemeinsam mit dem Institut für empirische Sozialforschung (IFES) erhoben.³³ Neben zahlreichen sozioökonomischen Variablen (Einkommen, Haushaltsstruktur, Alter und Bildung des Haushaltsvorstands etc.) wird das Vermögen der privaten Haushalte detailliert erhoben, das differenziert nach den Komponenten Immobilienvermögen (z. B. Hauptwohnsitz, Nebenwohnsitz), Finanzvermögen (z. B. Sparbücher, Aktien, Anleihen), Firmenvermögen und sonstiges Vermögen (z. B. Fahrzeuge, Schmuck) angegeben wird. Der Wert dieser Vermögensbestandteile wird den Verbindlichkeiten gegenübergestellt, woraus das Nettovermögen eines Haushalts resultiert. Zum Firmenvermögen zählt ein Betrieb, der sich im Eigentum des Haushalts befindet (oder an dem der Haushalt Anteile hält) und in dem zumindest ein Haushaltmitglied aktiv tätig ist. Betriebsvermögen in der Form von stillen Beteiligungen wird genauso wie der Besitz von Aktien dem Finanzvermögen zugerechnet.

Ein bekanntes Problem von Umfragedaten zur Vermögenslage privater Haushalte besteht darin, dass sehr hohe Vermögen nicht oder nicht repräsentativ erfasst werden.³⁴ Sehr vermögende Haushalte gelangen entweder nicht in die Stichprobe und wenn doch, nehmen sie in der Regel an solchen Befragungen nicht teil. Daher ist der Datensatz ab ungefähr 4 Mio. € Nettovermögen sehr dünn, die reichste Person im Datensatz hat ein Nettovermögen von etwa 14 Mio. €. Allerdings weiß man, dass es in Österreich einige Milliardäre gibt (siehe z. B. die jährlich veröffentlichte Liste der reichsten Österreicher im magazin „Trend“).³⁵ Daraus kann man schließen, dass es hier eine Lücke in der Datenlage am rechten Rand der Verteilung gibt. Da aber für die hier gestellte Fragestellung zur Aufkommenschätzung einer Vermögenssteuer die Topvermögen besonders relevant sind, wenden wir eine in der Literatur gängige Methode zur Schließung

dieser Lücke an.³⁶ Die Grundidee bei dieser Methode ist, den rechten Rand der Verteilung mithilfe der Pareto-Verteilung zu schätzen. Es ist bekannt, dass der rechte Rand von Einkommens- und Vermögensverteilungen recht gut durch die Pareto-Verteilung approximiert werden kann. Wir nützen diese Eigenschaft und können so die oben erwähnte Lücke schließen.

Ein weiteres Problem stellen fehlende Vermögensangaben aufgrund von Antwortverweigerungen in den HFCS-Daten dar. Da diese als nicht rein zufällig angenommen werden, sondern insbesondere auch von der Höhe des Vermögens abhängen, wäre deren Vernachlässigung mit der Gefahr verzerrter und inkonsistenter Schätzung statistischer Maßzahlen verbunden. Um diese potenzielle Selektionsverzerrung zu vermeiden, werden in der HFCS imputierte Werte für fehlende Vermögensangaben bereitgestellt, sodass für jeden Haushalt fünf unterschiedliche Vermögenswerte zur Verfügung stehen, die als „*Implicants*“ bezeichnet werden. Entsprechend können Analysen der Vermögensdaten auf zwei unterschiedliche Methoden durchgeführt werden. Eine Möglichkeit wäre, zuerst die Mittelwerte der Vermögensangaben über alle fünf Beobachtungen für jeden einzelnen Haushalt zu bilden und die interessierende Statistik auf der Basis dieser Mittelwerte zu berechnen. Eine alternative Möglichkeit wäre, statistische Maßzahlen zuerst mit jeder einzelnen dieser Beobachtungen zu berechnen und dann den Mittelwert über die fünf resultierenden Maßzahlen zu bilden. Bei Statistiken bzw. Maßzahlen, die auf linearen Transformationen der Ursprungsdaten basieren (wie z. B. dem Mittelwert einer Variablen), spielt es natürlich keine Rolle, welche Berechnungsweise gewählt wird. Bei Maßzahlen, die auf nicht-linearen Datentransformationen basieren, können sich die Ergebnisse jedoch unterscheiden. Wie von den HFCS-Datenproduzenten empfohlen und auch in Fessler et al. (2012) umgesetzt, führen wir alle Berechnungen mit der letzteren Methode durch.

Unser Ansatz zur Imputation sehr großer Vermögen kann wie folgt beschrieben werden.³⁷ Wir schätzen für die Daten aus dem HFCS eine Pareto-Verteilung für alle Haushalte mit einem Nettovermögen über 700.000 €, was ungefähr den reichsten 7% der Haushalte entspricht. Bei der Schätzung ermitteln wir mittels *Maximum-Likelihood*-Methode für den Parameter der Pareto-Verteilung („Pareto-Alpha“) einen Wert von $\alpha = 1,36$. In einem nächsten Schritt zensieren wir die HFCS-Daten bei 4 Mio. € ab, da ab diesem Wert die Datenlage als problematisch erscheint, und imputieren die Vermögen über die Pareto-Verteilung. Dabei fügen wir dem Originaldatensatz knapp 28.000 Haushalte bzw. Hochrechnungsfaktoren hinzu. Diese zusätzlichen Haushalte werden von den Haushaltsgewichten im Intervall 700.000 – 4 Mio. € abgezogen, sodass die Gesamtanzahl der Haushalte unverändert bleibt.

Bei dieser Vorgehensweise ist entscheidend, ab welchem Wert man annimmt, dass die Vermögen der Pareto-Verteilung folgen. Wir haben uns aus mehreren Gründen für 700.000 € entschieden. Erstens können wir ziemlich genau die Liste der reichsten Österreicher aus dem „Trend“-Magazin replizieren. Zweitens können wir mit der so geschätzten Pareto-Verteilung recht genau das im HFCS-Datensatz im Bereich zwischen 700.000 und 4 Mio. € nachgewiesene Gesamtvermögen replizieren.³⁸ Schließlich ist im Originaldatensatz mit knapp 200 Haushalten, die über ein Gesamtnettovermögen von mindestens 700.000 € verfügen, noch eine ausreichende Anzahl an Beobachtungen für eine relativ präzise Schätzung des α -Parameters verfügbar.³⁹

Durch die Imputation sehr hoher Vermögen erhöht sich das Nettogesamtvermögen von 1 Billion € im Originaldatensatz auf rund 1,254 Billionen (vgl. Tab. 2). Für die Haushalte mit Nettovermögen über 4 Mio. € imputieren wir ein Gesamtvermögen von 455,3 Mrd. €. Nach Korrektur der Haushaltsgewichte ergibt sich für die Haushalte mit einem Vermögen unter 4 Mio. ein Gesamtvermögen von ca. 790 Mrd. €. Im Originaldatensatz beträgt das Gesamtvermögen der Haushalte mit Nettovermögen über 4 Mio. nur 194 Mrd. € und jenes der Haushalte mit Nettovermögen unter

Tabelle 2: Gesamtvermögen vor und nach der Imputation sehr hoher Vermögen im HFCS

	Einheit	Originaldaten	Mit imputiertem Vermögen >4 Mio. Euro
Nettogesamtvermögen	Mrd. Euro	1.000,00	1.254,00
Vermögen ≤4 Mio. Euro	Mrd. Euro	806,20	790,20
Vermögen >4 Mio. Euro	Mrd. Euro	194,00	455,30
Vermögen oberste 1% in % am Gesamtvermögen	Mrd. Euro	244,90 24,49	494,90 39,73
Mittelwert	Euro	265.032	329.988
Median (50%-Perzentil)	Euro	76.360	76.360
90%-Perzentil	Euro	544.862	544.862
95%-Perzentil	Euro	923.889	905.990
99%-Perzentil	Euro	3.029.026	3.062.422
99,9%-Perzentil	Euro	12.913.407	17.796.884
Perzentilverhältnisse			
90%-Perzentil/Median		7,14	7,14
95%-Perzentil/Median		12,10	11,86
99%-Perzentil/Median		39,67	40,11
99,9%-Perzentil/Median		169,11	233,07
Gini-Koeffizient		0,77	0,81

Quelle: eigene Berechnungen mit HFCS-Daten.

4 Mio. 806 Mrd. €. Die Differenz im Bereich unter 4 Mio. zwischen Originaldatensatz und adaptierten Datensatz entsteht durch die Korrektur der Haushaltsgewichte in diesem Bereich (siehe Eckerstorfer et al. [2013]). Das Vermögen der reichsten 1% Haushalte verdoppelt sich durch die Imputation sehr hoher Vermögen von rund 245 Mrd. auf knapp 500 Mrd. €, der Anteil am jeweiligen Gesamtvermögen steigt von knapp 25 auf 40%.

Auch das durchschnittliche Nettovermögen erhöht sich beträchtlich von rund 265.000 auf 330.000 €. Der Median und das 90%-Perzentil des Nettogesamtvermögens bleiben unverändert bei 76.360 bzw. knapp 545.000 €, da Vermögensimputationen nur im obersten Bereich der Verteilung erfolgen. Während aufgrund der Imputation sehr hoher Vermögen und der Anpassung der Haushaltsgewichte im Bereich zwischen 700.000 und 4 Mio. € das 95%-Perzentil etwas sinkt, steigt das 99%-Perzentil und insbesondere das 99,9%-Perzentil an. Während die obersten 0,1% der Haushalte nach den Originaldaten über ein Vermögen von mindestens 12,9 Mio. € verfügen, beträgt in den Daten mit Imputation der Vermögen über 4 Mio. € das entsprechende Perzentil knapp 17,8 Mio. €.

Der Gini-Koeffizient als gebräuchliche summarische Maßzahl der Vermögenskonzentration erhöht sich durch die Imputation sehr hoher Vermögen von 0,77 auf 0,81. Die Vermögenskonzentration im oberen Bereich der Verteilung wird durch die in Tab. 2 ausgewiesenen Perzentilverhältnisse ersichtlich. Das Verhältnis des 99%-Perzentils zum Median zeigt eine starke Konzentration des Vermögens auf die reichsten Haushalte: Die 1% reichsten Haushalte verfügen mindestens über das 40-Fache des Medianvermögens. Dieses Verhältnis erhöht sich trotz der Imputation eines erheblichen Gesamtvermögens im obersten Bereich gegenüber den Originaldaten nur geringfügig. Der relativ starke Anstieg des 99,9%-Perzentilverhältnisses von 169 in den Originaldaten auf 233 in den Daten mit Imputation der Vermögen weist darauf hin, dass die Vermögen auch im obersten Perzentil der Verteilung sehr stark konzentriert sind.

4. Aufkommens- und Verteilungseffekte der Lohn-/Einkommensteuerreform

Die Simulationen der Aufkommens- und Verteilungseffekte der Reformalternativen werden für das Jahr 2014 mit gegenwärtigem Recht (Basis-szenario) sowie für das Referenzjahr 2018 durchgeführt, auf das sich auch die geplante mittelfristige Anpassung der Familienbeihilfe⁴⁰ der Regierungskoalition bezieht. Dazu werden die Einkommen aus SILC sowie die Parameter des Steuer- und Transfersystems auf Basis von Prognosen des Wachstums von Arbeitnehmerentgelten und Preisen von BMF (2013) fortgeschrieben.⁴¹ Die Gegenüberstellung von zwei Simulationsjahren er-

möglicht uns einerseits, die von der Bundesregierung geplante Anpassung der Familienleistungen mit der weiteren Erhöhung 2018 durchgängig zu simulieren. Andererseits können wir so auch zeigen, welche Effekte die kalte Progression im Zeitraum 2014 bis 2018 nach sich zieht, sofern das Steuer- und Transfersystem nicht angepasst wird.

4.1 Aufkommenseffekte

Aus Tab. 3 ist ersichtlich, dass das Aufkommen aus der Lohn-/Einkommensteuer und den Sozialbeiträgen abzüglich der Transfers ohne Steuerreform und ohne Anpassung der Familienleistungen zwischen 2014 und 2018 um über 10 Mrd. € zunehmen würde. Davon entfielen knapp 6 Mrd. € auf die Lohn- und Einkommensteuer und 5 Mrd. € auf die Sozialbeiträge. Von der Steigerung des Steueraufkommens um 6 Mrd. € sind 2,2 Mrd. durch die im Zeitraum 2014-2018 prognostizierte Inflation und weitere 1,6 Mrd. durch Reallohnsteigerungen erklärbar. Die restlichen 2,1 Mrd. € sind auf die kalte Progression zurückzuführen. Im Jahr 2018 ist das Steueraufkommen daher um 2,1 Mrd. € höher, als durch Reallohnsteigerungen und die Inflation gerechtfertigt wäre. Der gesamte Anstieg des Aufkommens an Sozialbeiträgen ist hingegen zur Gänze durch Inflation (3,5 Mrd. €) und Reallohnwachstum (1,3 Mrd. €) erklärbar. Bei den Sozialbeiträgen tritt daher keine kalte Progression auf, da im derzeit gültigen System die relevanten Parameter (Geringfügigkeitsgrenze, Höchstbeitragsgrundlage, Abstufungen bei Arbeitslosenversicherungsbeiträgen) jährlich in etwa im Ausmaß der Inflation erhöht werden.

Sollte es in den nächsten Jahren zu keinen Anpassungen bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Familienleistungen kommen, ergäbe sich eine stark steigende Belastung der Steuerzahler aufgrund der kalten Progression. Hingegen wären die Reformalternativen mit deutlichen Steuerausfällen im Basisjahr und im Referenzjahr 2018 verbunden. Werden die Familienleistungen nur entsprechend dem Regierungsbeschluss angepasst, wäre die Reformalternative im Basisjahr 2014 mit fiskalischen Kosten von knapp 3,2 Mrd. € verbunden, wovon nur knapp 120 Mio. € auf die Anpassung der Familienleistungen entfallen. Im Referenzjahr 2018 ergeben sich für diese Alternative fiskalische Kosten von etwa 5,8 Mrd. Euro, wovon knapp 240 Mio. € auf die Anpassung der Familienleistungen entfallen. Werden zum Ausgleich der Inflation die Familienleistungen durchgängig seit der letzten Erhöhung angepasst, ergeben sich deutlich höhere fiskalische Kosten: Im Basisjahr belaufen sie sich auf ca. 4,2 Mrd. €, 2018 auf 7,3 Mrd. €, wovon ca. 1,7 Mrd. € auf die Anpassung der Familienleistungen entfallen. Die im Regierungsbeschluss vorgesehene Anhebung der Familienleistungen reicht offenbar bei Weitem nicht aus, um die früheren und in den nächsten Jahren zu erwartenden Preissteigerungen auszuglei-

chen. Auf der anderen Seite wurden die Sachleistungen erheblich ausgeweitet. Bemerkenswert ist außerdem, dass die fiskalischen Kosten der Reformalternative mit durchgängiger Indexanpassung der Familienleistungen noch immer deutlich unter dem Anstieg des Aufkommens aus Lohn-/Einkommensteuer und der Sozialbeiträge liegen, der im Status quo durch Reallohnsteigerungen und die kalte Progression zu erwarten ist.

Tabelle 3: Aufkommenseffekte (fiskalische Kosten) der Steuerreform ohne/mit Reform der Familienbeihilfe (in Mio. Euro)

	Aufkommen im Status quo		Entlastung durch Steuerreform			
			FBH/KBG gemäß Regierungsbeschluss		Durchgängige Indexanpassung	
	2014	2018	2014	2018	2014	2018
Lohn-/EKSt	26.302	32.225	-3.030	-5.477	-3.030	-5.477
Sozialbeiträge	42.667	47.562	2	3	2	3
Arbeitslosengeld/Notstandshilfe	4.015	4.290	112	161	112	161
Familienbeihilfe/Kinderabsetzbetrag/ Kinderbetreuungsgeld	5.556	5.574	117	237	1.134	1.699
BMS	414	439	-12	-27	-19	-33
Sonstige	1.472	1.593	-4	-14	-7	-15
Saldo	57.512	67.892	-3.242	-5.832	-4.249	-7.287

Quelle: eigene Berechnungen mit fortgeschriebenen Werten von SILC 2009.

4.2 Verteilungseffekte

4.2.1 Entlastungswirkungen nach Einkommensdezilen

Durch die kalte Progression und die unzureichende Anpassung der Familienleistungen ergeben sich auch Umverteilungswirkungen, die aus verteilungs- und sozialpolitischer Sicht problematisch sind. Diese sind für die Reformalternativen in Tab. 4 durch die Abweichung der jeweiligen Entlastung in den einzelnen Einkommensdezilen relativ zur Abgabenbelastung im Status quo ausgewiesen. Einer üblichen Konvention folgend, teilen wir die Personen nach ihrem sogenannten „Nettoäquivalenzeinkommen“ (NÄEK) im Status quo 2014 den Einkommensdezilen zu. Wie ebenfalls üblich, berechnen wir die NÄEK mittels der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.⁴² Durch die Verwendung von Äquivalenzeinkommen soll berücksichtigt werden, dass in der Regel nur ein Teil der Haushaltsmitglieder eigenes Einkommen bezieht und dieses auch zum Wohl der restlichen Haushaltsmitglieder eingesetzt wird. Die Verteilung der Äquivalenzeinkommen bezieht sich auf Personen, sodass auch Kinder, die über kein eigenes Einkommen verfügen, berücksichtigt werden können. Die Simulationsergebnisse wurden mittels der mit Äquivalenzgewichten angepas-

Tabelle 4: Entlastungswirkungen der Steuerreform ohne/mit Reform der Familienbeihilfe nach Einkommensdezilen (Nettoäquivalenzeinkommen)

NÄEK- Dezil	Aufkommen im Status quo						Entlastung durch Steuerreform					
	2014			2018			2014			2018		
	Mio. Euro		%	Mio. Euro		%	FBH/KBG gemäß Regierungsbeschluss		%	Durchgängige Indexanpassung		%
	Mio. Euro	%		Mio. Euro	%		Mio. Euro	%		Mio. Euro	%	
1.	-458	-0,8		-316	-0,5		-41	1,3		-147	3,5	
2.	682	1,2		1.001	1,5		-65	2,0		-191	4,5	
3.	1.768	3,1		2.320	3,4		-117	3,6		-244	5,7	
4.	2.550	4,4		3.237	4,8		-168	5,2		-289	6,8	
5.	3.619	6,3		4.353	6,4		-214	6,6		-331	7,8	
6.	4.878	8,5		5.949	8,8		-297	9,2		-403	9,5	
7.	6.370	11,1		7.540	11,1		-397	12,3		-497	11,7	
8.	7.956	13,8		9.198	13,5		-517	15,9		-599	14,1	
9.	10.863	18,9		12.577	18,5		-659	20,3		-718	16,9	
10.	19.285	33,5		22.034	32,5		-768	23,7		-831	19,5	
Gesamt	57.512	100,0		67.892	100,0		-3.242	100,0		-4.249	100,0	
										-5.832	100,0	
										-849	11,7	
										-860	14,8	
										-1.045	17,9	
										-1.215	20,8	
										-1.300	17,8	
										-7.287	100,0	

Anmerkungen: Die Einteilung in Dezile erfolgt auf Basis der Nettoäquivalenzeinkommen (NÄEK) im Status quo 2014. Hochgerechnet auf die Gesamtpopulation mit SILC-Hochrechnungsfaktoren, angepasst mit den Äquivalenzgewichten.
Quelle: eigene Berechnungen mit fortgeschriebenen Werten von SILC 2009.

ten SILC-Personenhochrechnungsfaktoren auf die Gesamtpopulation hochgerechnet.

Die Verteilung der Steuerentlastung auf die einzelnen Einkommensdezile zeigt, dass im Status quo 2014 knapp ein Drittel des gesamten Nettoaufkommens des hier erfassten Steuer-Transfer-Systems auf das oberste Einkommensdezil entfällt und die entsprechenden Anteile in den unteren Einkommensdezilen relativ gering sind. Käme es zu keiner Änderung des Status quo, würde sich die Steuerbelastung bis 2018 leicht zugunsten der obersten drei Einkommensdezile verschieben. Die kalte Progression hätte also leicht regressive Umverteilungswirkungen. Entsprechend ihrem hohen Anteil am Steueraufkommen profitieren die oberen Einkommensdezile auch am stärksten von der Entlastung durch die Tarifreform. Allerdings werden die Haushalte in den unteren Einkommensdezilen relativ zu ihrem Anteil am Nettosteueraufkommen in beiden Reformalternativen stärker entlastet als in den oberen Dezilen. Die relative Entlastung der unteren Einkommensdezile fällt in der Reformalternative mit durchgängiger Anpassung der Familienleistungen aber deutlich stärker aus als in der Reformalternative, bei der die Familienleistungen nur gemäß dem Regierungsbeschluss angepasst werden. Im Referenzjahr 2018 ist die relative Entlastung im untersten Einkommensdezil bei Ersterer mit 3,5% mehr als doppelt so hoch wie bei Letzterer, während die relative Entlastung von Personen insbesondere in den zwei obersten Einkommensdezilen in der Reformalternative mit durchgängiger Indexanpassung der Familienleistungen deutlich geringer ausfällt. Im Vergleich zum Basisjahr werden im Referenzjahr 2018 Personen in den unteren Einkommensdezilen in beiden Reformalternativen relativ stärker entlastet.

4.2.2 Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen

Aus verteilungspolitischer Sicht ist vor allem von Interesse, wie sich die steuerliche Entlastung bzw. der Anstieg des nominalen Nettohaushaltseinkommens auf die einzelnen Einkommensbezieher verteilt. Die Verteilung der NÄEK in Tab. 5 zeigt, dass sich sowohl im Basisjahr als auch im Referenzjahr die relative Entlastung zwischen den beiden Reformalternativen nach Einkommensdezilen deutlich unterscheidet. In der Reformalternative mit Anpassung der Familienleistungen gemäß dem Regierungsbeschluss käme es in den oberen Einkommensdezilen zu einer deutlich größeren relativen Entlastung als in den unteren Dezilen. Auch in der Reformalternative mit Anpassung der Familienleistungen im Basisjahr an die vergangene Inflationsentwicklung („durchgängige Indexanpassung“) käme es zu einer stärkeren relativen Entlastung in den oberen Einkommensdezilen; die Unterschiede zwischen den oberen und unteren Dezilen sind aber weit weniger stark ausgeprägt. Ein ähnliches Bild zeigen die Simula-

Tabelle 5: Verteilungswirkungen der Steuerreform ohne/mit Reform der Familienbeihilfe nach Einkommensdezilen (Nettoäquivalenzeinkommen)

NÄEK-Dezil	Nettoäquivalenzeinkommen im Status quo			Entlastung durch Steuerreform					
	2014		2018	2014			2018		
	Euro/Jahr		Euro/Jahr	FBH/KBG gemäß Regierungsbeschluss		Durchgängige Indexanpassung	FBH/KBG gemäß Regierungsbeschluss		Durchgängige Indexanpassung
				Euro/Jahr	%	Euro/Jahr	%	Euro/Jahr	%
1.	10.952,4	11.834,5	11.834,5	66,7	0,6	254,6	2,3	173,0	1,5
2.	14.463,1	15.647,3	15.647,3	105,4	0,7	325,3	2,2	353,2	2,3
3.	16.905,2	18.289,7	18.289,7	193,7	1,1	417,2	2,5	505,2	2,8
4.	18.965,3	20.554,0	20.554,0	281,6	1,5	494,9	2,6	650,4	3,2
5.	20.944,4	22.741,9	22.741,9	360,3	1,7	563,7	2,7	782,9	3,4
6.	23.162,1	25.192,0	25.192,0	504,1	2,2	689,1	3,0	997,2	4,0
7.	25.590,6	27.853,6	27.853,6	676,5	2,6	846,5	3,3	1.217,7	4,4
8.	28.847,7	31.429,1	31.429,1	888,0	3,1	1.030,9	3,6	1.491,9	4,7
9.	33.686,7	36.755,6	36.755,6	1.136,7	3,4	1.241,0	3,7	1.813,2	4,9
10.	51.460,1	56.346,3	56.346,3	1.335,6	2,6	1.447,1	2,8	2.127,6	3,8
Gesamt	24.494,5	26.659,6	26.659,6	554,7	2,3	730,9	3,0	1.010,9	3,8
Gini	0,300	0,300	0,300	0,300			0,300		

Anmerkungen: Die Einteilung in Dezile erfolgt auf Basis der Nettoäquivalenzeinkommen (NÄEK) im Status quo 2014. Hochgerechnet auf die Gesamtpopulation mit SILC-Hochrechnungsfaktoren, angepasst mit den Äquivalenzgewichten.
Quelle: eigene Berechnungen mit fortgeschriebenen Werten von SILC 2009.

tionsergebnisse auch für das Referenzjahr 2018 bei einer entsprechend höheren durchschnittlichen Entlastung: Während bei der ersten Reformalternative die relative Entlastung im obersten Einkommensdezil knapp 4% und im untersten Dezil nur 1,5% beträgt, unterscheidet sich die relative Entlastung in diesen Einkommensbereichen bei der zweiten Reformalternative mit 4% bzw. 3,8% nur geringfügig.

Aus Tab. 6 ist ersichtlich, dass durch die Reformalternative mit durchgängiger Indexanpassung nicht erwerbstätige Personen, also insbesondere auch Kinder, im Referenzjahr 2018 mit 6% im Vergleich zum Basisjahr am stärksten entlastet werden, während sich die relative Entlastung für die anderen Gruppen nur geringfügig unterscheidet. Hingegen ergibt sich bei der Reformalternative mit Anpassung der Familienleistungen gemäß dem Regierungsbeschluss im Referenzjahr für Nicht-Erwerbstätige nur eine durchschnittliche Entlastung von 3,8%.

5. Aufkommens- und Verteilungseffekte einer Vermögenssteuer

Anhand der adaptierten Daten des HFCS kann erstmals eine seriöse Aufkommensschätzung einer Vermögenssteuer auf das Privatvermögen österreichischer Haushalte durchgeführt werden.⁴³ Leider ist trotz der guten Datenqualität unsere Schätzung mit einigen Unsicherheiten verbunden. So ist das Ausmaß der Ausweichreaktionen auf eine solche Steuer nur schwer absehbar. Es ist zu erwarten, dass es von Seite der betroffenen Haushalte sowohl legale (Steuervermeidung) als auch illegale (Steuerhinterziehung) Bestrebungen geben wird, um die Bemessungsgrundlage zu vermindern. Ebenso ist die Auswirkung der Vermögenssteuer auf die Kapitalbildung und die Investitionstätigkeit schwer absehbar. Dieser Effekt würde erst verzögert wirksam werden, also vor allem die mittel- bis langfristigen Einnahmen aus der Steuer betreffen. Außerdem besteht eine Abwanderungsgefahr sehr vermögender Haushalte. Eine weitere Unsicherheit betrifft die Annahme, dass eine Vermögenssteuer ohne Ausnahmen für bestimmte Vermögensbestandteile eingeführt wird (abgesehen von der Variante mit dem zusätzlichen Freibetrag für Betriebsvermögen). Es ist zu vermuten, dass *eine* Vermögenssteuer in dieser Reinform nur schwer realisierbar sein wird, da davon auszugehen ist, dass verschiedene Interessenvertretungen auf Ausnahmen oder Ermäßigungen für ihr Klientel bestehen würden. Trotz dieser Unsicherheiten glauben wir, dass unsere Berechnung einen plausiblen Anhaltspunkt bietet, da erstmals Schätzungen auf solider Datenbasis gemacht werden können.

Bei unserer Aufkommensschätzung bleiben die oben erwähnten Ausweichreaktionen außer Acht, da diese *ex ante* kaum quantifizierbar sind.⁴⁴ Ebenso werden Erhebungs- und Verwaltungskosten einer Vermögens-

steuer außer Acht gelassen. Daher sind unsere Ergebnisse als eine Obergrenze der tatsächlich realisierbaren Einnahmen zu verstehen. In Tab. 7 sind die Ergebnisse der Aufkommensschätzung zusammengefasst.

Tabelle 7: Aufkommensschätzung alternativer Vermögenssteuermodelle

Vermögen		Vermögenssteuer Persönlicher Freibetrag = 1 Mio. Euro			
		Kein FB auf BV			Freibetrag BV: 2 Mio. Euro
		Linearer Tarif, Steuersatz = 0,5%	Progressiver Tarif		Progressiver Tarif
Klasse	Mrd. Euro	Mrd. Euro	Tarif (%)	Mrd. Euro	Mrd. Euro
<1 Mio. Euro	531,1	0	0	0	0
1-2 Mio. Euro	144,9	0,73	0,25	0,36	0,15
2-3 Mio. Euro	70,5	0,35	0,33	0,23	0,09
3-4 Mio. Euro	43,7	0,22	0,50	0,22	0,11
>4 Mio. Euro	455,3	2,28	0,67	3,05	2,51
Gesamt	1.245,5	3,57	–	3,86	2,87

Quelle: eigene Berechnungen mit HFCS Daten.

Aus Tabelle 7 wird ersichtlich, dass das vorhandene Aufkommenspotenzial trotz der geringen Steuersätze und der hohen Freibeträge beträchtlich ist. So könnte mit dem linearen Tarif (Freibetrag 1 Mio. € und Steuersatz 0,5%) ein jährliches Aufkommen von 3,57 Mrd. € erzielt werden, sofern es zu keinen Ausweichreaktionen kommt. Bei einem progressiven Tarif mit einem persönlichen Freibetrag von 1 Mio. € und den in Tab. 7 angegebenen Steuersätzen ergäbe sich nach unseren Berechnungen ohne Ausweichreaktionen ein Steueraufkommen von knapp 3,9 Mrd. €. Allerdings ist zu erwarten, dass mögliche Ausweichreaktionen beim progressiven Tarif in stärkerem Maße auftreten werden als beim linearen Tarif mit dem etwas niedrigeren Steuersatz im Spitzenbereich, auf den ein wesentlich größerer Teil der gesamten Belastung durch die Vermögenssteuer entfallen würde.

Wird die häufig geforderte Freistellung des Betriebsvermögens durch einen zusätzlichen Freibetrag von 2 Mio. € berücksichtigt und der gleiche progressive Tarif angenommen, reduziert sich das zu erwartende Vermögenssteueraufkommen um ca. 1 Mrd. €, wobei der Großteil dieses Rückgangs auf die Haushalte mit Vermögen von über 4 Mio. € entfällt. Gegenüber der progressiven Variante ohne Freibetrag auf das Betriebsvermögen werden alle Vermögensklassen durch den zusätzlichen Freibetrag geringer. Der zusätzliche Freibetrag von 2 Mio. € auf das Betriebsvermö-

gen würde dazu führen, dass etwa 90% der Unternehmer von der Steuer befreit wären. Etwas überraschend ist, dass sich dies beim Steueraufkommen nicht stärker bemerkbar macht. Der Grund dafür ist, dass der größte Teil der Einnahmen bei einer kleinen Anzahl sehr vermögender Haushalte erzielt wird. So stammen beim progressiven Tarif ohne zusätzlichen Freibetrag knapp 80% der Einnahmen von Haushalten mit einem Nettovermögen über 4 Mio. Euro (das sind etwa 0,7% aller Haushalte). Beim progressiven Tarif mit zusätzlichem Freibetrag für Betriebsvermögen stammen sogar knapp 90% der Einnahmen von diesen Haushalten.

Da bei allen Vermögenssteuermodellen der Großteil des Steueraufkommens auf die sehr hohen Vermögen entfällt und von einer starken positiven Korrelation zwischen Vermögen und Einkommen auszugehen ist, würde die Finanzierung der Tarifreform durch eine Vermögenssteuer vor allem Personen mit hohen laufenden Einkommen belasten. Da die Entlastung durch die Tarifreform im obersten Dezil der Einkommensverteilung nur durchschnittlich ausfällt und die Vermögenssteuer Personen in diesem Einkommensdezil vermutlich besonders stark betrifft, dürften diese bei der Gegenfinanzierung durch eine Vermögenssteuer insgesamt deutlich unterdurchschnittlich entlastet werden oder insgesamt sogar durch die Reform verlieren. Eine genauere Verteilungsanalyse setzt die Schätzung der gemeinsamen Verteilung von Einkommen und Vermögen unter Einbeziehung der imputierten Werte im obersten Bereich dieser Verteilung voraus, was den Rahmen der vorliegenden Studie übersteigt.

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Wir haben in diesem Beitrag die Aufkommens- und Verteilungswirkungen von zwei Reformalternativen zur Lohn- und Einkommensteuer und zur Verbesserung der Effizienz des Steuersystems auf der Basis eines Mikrosimulationsmodells analysiert und Alternativen zur Gegenfinanzierung der damit verbundenen Steuerausfälle durch eine Vermögenssteuer und Einsparungen bei den Staatsausgaben diskutiert. Die Reformalternativen beinhalten eine Reduktion der Grenzsteuersätze, eine Steuervereinfachung bei gleichzeitiger Verbreiterung der Steuerbasis und einen Ausgleich der „kalten Progression“ durch die Anpassung des Grundfreibetrags und der Grenzen der Progressionszonen, spezifischer Absetz- und Freibeträge sowie der Familienleistungen. Neben der von der Regierung geplanten Anpassung der Familienleistungen und des Kinderbetreuungsgeldes haben wir alternativ auch die durchgängige Indexanpassung der Familienleistungen seit der bereits länger zurückliegenden letztmaligen Erhöhung berücksichtigt. Wir haben die Simulationen für das Basisjahr 2014 und für das Referenzjahr 2018 durchgeführt, um die Aufkommens- und Vertei-

lungswirkungen der im aktuellen Regierungsvorschlag geplanten Erhöhung der Familienleistungen in diesem Zeitraum mit denen zu vergleichen, die sich bei Inflationsindexierung auch der Familienleistungen ergeben würden.

Ohne Steuerreform und Anpassung der Familienleistungen wäre das für das Referenzjahr 2018 zu erwartende Aufkommen aus der Lohn- und Einkommensteuer sowie Sozialbeiträgen um gut 10 Mrd. € höher als im Basisjahr 2014. Dieser erhebliche Anstieg des Abgabenaufkommens entfällt zu etwa 55% auf die prognostizierte Inflationsentwicklung und etwa 25% auf Reallohnsteigerungen. Die restlichen 20% sind der kalten Progression zuzuschreiben. Je nach Reformalternative betragen die zu erwartenden fiskalischen Kosten im Basisjahr 2014 zwischen 3,2 und 4,2 Mrd. €, wobei die durchgängige Indexierung der Familienleistungen mit gut 1 Mrd. € zu Buche schlägt. Mögliche positive Beschäftigungseffekte der Tarifreform bleiben dabei unberücksichtigt, dürften aber relativ gering sein.⁴⁵ Im Referenzjahr 2018 ergeben sich bei der Reformalternative mit Anpassung der Familienleistungen gemäß dem vorliegenden Regierungsbeschluss fiskalische Kosten in Höhe von knapp 5,8 Mrd. €, bei durchgängiger Indexierung von ca. 7,3 Mrd. €. Während die von der Regierung im Zeitraum 2014-2018 geplante Anpassung der Familienleistungen die zu erwartenden Preissteigerungen nur zum geringen Teil kompensiert, würde die Reformalternative mit durchgängiger Indexanpassung der Familienleistungen die steuerliche Belastung durch die kalte Progression sowie die seit Längerem ausgesetzte Anpassung der Familienleistungen an die Inflationsentwicklung vollständig kompensieren. Die Mikrosimulationsanalyse der Verteilungswirkungen der Reformalternativen hat gezeigt, dass die oberen Einkommensdezile entsprechend ihrem hohen Anteil am Steueraufkommen auch am stärksten von der Entlastung durch die Tarifreform profitieren, sich die relative individuelle Entlastung zwischen den Einkommensdezilen bei der Reformalternative mit durchgängiger Indexanpassung aber nur geringfügig unterscheidet. Bei der von der Bundesregierung geplanten Anpassung der Familienleistungen werden Personen in den unteren Einkommensdezilen deutlich weniger entlastet als in den oberen. Während sich bei dieser Reformalternative die nominalen Nettoäquivalenzeinkommen für Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige prozentuell annähernd gleich verbessern würden, würden sich diese bei durchgängiger Indexanpassung für Haushalte mit Kindern (Nicht-Erwerbstätige) deutlich überdurchschnittlich erhöhen.

Die steigende Steuerbelastung der privaten Haushalte durch die kalte Progression wird seitens der Regierung anscheinend als ein Mittel zur Budgetsanierung genutzt. Eine Alternative dazu wäre eine zumindest teilweise Budgetsanierung durch eine Reduktion der Staatsausgaben. Eine weitere aktuell diskutierte Alternative wäre die Wiedereinführung der Ver-

mögenssteuer. Auf der Basis der ersten Erhebung zur Vermögenslage österreichischer Haushalte, dem „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) haben wir gezeigt, dass durch eine allgemeine Vermögenssteuer mit einem Freibetrag von 1 Mio. € und einem allgemeinen Steuersatz von 0,5% oder einem progressiven Steuertarif mit relativ geringen Steuersätzen die fiskalischen Kosten der Tarifreform ausgeglichen werden könnten. Auch eine Vermögenssteuer mit einem allgemeinen Freibetrag von 1 Mio. €, einem zusätzlichen Freibetrag von 2 Mio. € auf das Betriebsvolumen und einem progressiven Steuertarif würde nach unseren Berechnungen ohne Berücksichtigung möglicher Verhaltensanpassungen ein Aufkommen von knapp 3 Mrd. € pro Jahr ergeben. Bei allen hier betrachteten Vermögenssteuermodellen entfällt der Großteil des Steueraufkommens auf Personen mit sehr hohem Vermögen, wodurch die Entlastung dieser Personengruppe durch die Tarifreform vermutlich deutlich abgeschwächt würde. Unsere Aufkommensschätzungen der Vermögenssteuer stellen allerdings eine Obergrenze dar, die aufgrund zu erwartender Ausweichreaktionen in der Praxis wahrscheinlich nicht erreicht werden dürfte. Neben einem höheren Aufkommen aus Vermögenssteuern erscheinen daher Einsparungen bei den Staatsausgaben zur Gegenfinanzierung der Einkommensteuerreform und der Erhöhung von Familienleistungen angezeigt. Vorschläge dazu liegen vor (vgl. z. B. WIFO [2010]).

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Reiss und Köhler-Töglhofer (2011).
- ² Im aktuellen Regierungsprogramm wird die Einrichtung einer Steuerreformkommission angekündigt. Diese soll Vorschläge zu einer Vereinfachung des Steuersystems und unter Finanzierungsvorbehalt auch Vorschläge für eine Entlastung von Arbeitseinkommen ausarbeiten. Ein konkretes Datum für die Umsetzung einer größeren Steuerreform wird allerdings nicht genannt.
- ³ Vgl. Steiner und Wakolbinger (2009).
- ⁴ Vgl. Aiginger et al. (2008); Steiner und Wakolbinger (2008).
- ⁵ Vgl. z. B. Steiner und Wakolbinger (2013).
- ⁶ Die (partielle) Abschaffung der begünstigten Besteuerung (nicht entnommener) Gewinne von Einzelunternehmern wird auch im aktuellen „Steuerreformkonzept“ der Regierungskoalition genannt.
- ⁷ Die Familienbeihilfe wurde, abgesehen von geringfügigen Erhöhungen der Geschwisterstaffelung und der vorübergehenden 13-maligen Auszahlung im Jahr 2008, seit 2001 nicht mehr erhöht (BMWFJ 2009). Beim Kinderbetreuungsgeld kann aus mittlerweile fünf verschiedenen Varianten gewählt werden, wobei lediglich die einkommensabhängige Variante implizit (über Lohnerhöhungen) an die Inflation angepasst wird. Die Beträge für die weiteren vier Varianten sowie der Minimal- und Maximalbetrag des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes wurden hingegen seit 2008 bzw. ihrer Einführung nicht mehr angepasst.
- ⁸ Wiener Zeitung (2014).
- ⁹ Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels war noch nicht bekannt, ob im Rahmen der Erhöhung 2014 auch die (altersabhängigen) vier Stufen der Familienbeihilfe verändert

werden. Wir gehen hier daher davon aus, dass die derzeit gültigen Stufen 2014 jeweils um vier Prozent angehoben werden.

- ¹⁰ Die Presse (2013).
- ¹¹ Zur Berechnung der Inflationsrate wurde jeweils der Inflationsindex aus dem Juni des betreffenden Jahres herangezogen. Der Indexwerte aus Juni 2008 und Juni 2009 sind ident.
- ¹² Reiss und Köhler-Töglhofer (2011).
- ¹³ Fessler et al. (2012).
- ¹⁴ Vgl. z. B. Bach und Beznoska (2012).
- ¹⁵ Siehe etwa Chamley (1986); Judd (1985); Atkeson et al. (1999).
- ¹⁶ Siehe etwa Bernheim (2002).
- ¹⁷ Siehe z. B. Conesa et al. (2009); Piketty und Saez (2013).
- ¹⁸ Quantitativ spielt das sonstige Vermögen nur eine geringe Rolle in der Bemessungsgrundlage. Die Miteinbeziehung von Wertgegenständen wie Schmuck in die Bemessungsgrundlage ist durchaus umstritten, da die Erfassung problematisch ist (Bestimmung des Wertes, Möglichkeit der Hinterziehung). Natürlich würde bei Nichtberücksichtigung ein Anreiz bestehen, Vermögen in Form von Wertgegenständen zu halten.
- ¹⁹ Im Gegensatz zur alten Vermögenssteuer, die 1993 abgeschafft wurde, würde Betriebsvermögen in diesem Modell nicht auf der Ebene der juristischen Personen besteuert werden, sondern auf der Ebene der natürlichen Personen, also der Eigentümer.
- ²⁰ Das Betriebsvermögen wird hier auf Basis der HFCS-Variablen da1140 berechnet.
- ²¹ Siehe z. B. WIFO (2010).
- ²² Siehe dazu WIFO (2010); BMF (2011); IV (2012).
- ²³ OECD (2012).
- ²⁴ Siehe etwa Gutachten der Pensionskommission (2013).
- ²⁵ Hier ist allerdings anzumerken, dass es bei einer Abflachung der Gehaltsschemen aufgrund der höheren Einstiegsgehälter anfänglich zu höheren Kosten kommen würde.
- ²⁶ BMF (2011); Pitlik et al. (2008).
- ²⁷ Kürzungen von Förderungen in den Bereichen Gesundheitswesen, Arbeitsmarktförderungen, Förderungen sozialer Dienste sowie Förderungen von Forschung und Entwicklung werden ausgenommen.
- ²⁸ Vgl. Steiner und Wakolbinger (2009).
- ²⁹ Ein Nachteil dieser Datenbasis besteht darin, dass sehr hohe Einkommen nicht erfasst werden. Das höchste erfasste Monatseinkommen beträgt ca. 30.000 Euro, das 99%-Perzentil liegt unter 10.000 Euro. Zur Bedeutung sehr hoher Einkommen für das Steueraufkommen und die effektive Progressivität der Einkommensteuer vgl. für Deutschland Bach, Corneo und Steiner (2013).
- ³⁰ Vgl. Statistik Austria (2009).
- ³¹ Zu den Details vgl. Steiner und Wakolbinger (2009).
- ³² Zu den Beschäftigungswirkungen einer integrierten Reform der Lohn-/Einkommensteuer und Reform der Mindestsicherung für Geringverdiener vgl. Eckerstorfer et al. (2013).
- ³³ Vgl. www.hfcs.at und Fessler et al. (2012) für eine detaillierte Beschreibung der Datenbasis und erste Ergebnisse für Österreich
- ³⁴ Siehe dazu z. B. Avery et al. (1986); Atkinson (2006); Bach et al. (2013).
- ³⁵ Vgl. <http://www.trendtop500.at/die-reichsten-oesterreicher/>.
- ³⁶ Siehe z. B. Atkinson und Harrison (1978); Cowell und Victoria-Feser (2008); Bach et al. (2013).
- ³⁷ Für die technischen Details vgl. Eckerstorfer, Steiner und Wakolbinger (2013) Anhang 8.2.
- ³⁸ Die detaillierten Ergebnisse dieser beiden Spezifikationschecks sind in Eckerstorfer, Steiner und Wakolbinger (2013) Anhang 8.2 dokumentiert.

- ³⁹ Eine Imputation sehr hoher Vermögen auf Basis der HFCS-Daten erfolgt auch in der Studie von Eckerstorfer et al. (2013). Unsere Vorgehensweise unterscheidet sich davon vor allem dadurch, dass in dieser Studie die Pareto-Verteilung bereits für Nettovermögen von knapp unter 300.000 Euro angenommen wird, die über die Pareto-Verteilung generierten Vermögen bei 1 Milliarde Euro zensiert werden (die integrierte Datenbasis also keine Vermögens-Milliardäre enthält) und sich entsprechend auch die Anpassung der Hochrechnungsgewichte zwischen dieser und unserer Vorgehensweise unterscheidet. Als problematisch empfinden wir neben dem angenommenen relativ geringen Wert für die untere Grenze der Pareto-Verteilung vor allem die Vernachlässigung der Vermögensmilliardäre. Wie unser Spezifikationstest im Anhang zeigt, können die Nettovermögen der nach der „Trend“-Liste reichsten Österreicher auf Basis der von uns geschätzten Pareto-Verteilung recht gut approximiert werden, sodass aus unserer Sicht kein Grund für deren Vernachlässigung bei der Vermögensimputation besteht. Trotz dieser erheblichen methodischen Unterschiede ergibt sich in beiden Studien eine sehr gute Übereinstimmung des gesamten imputierten Nettovermögens, auch wenn sich die Verteilung in den obersten Perzentilen unterscheidet.
- ⁴⁰ Im Folgenden steht „Familienleistungen“ immer für „Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld“.
- ⁴¹ Für das Wachstum der Einkommen und Preise bis 2014 wurden Daten von Statistik Austria (2013, 2014) über Bruttolöhne und -gehälter sowie den Verbraucherpreisindex herangezogen.
- ⁴² Die neue OECD-Skala ordnet dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von eins, jedem weiteren im Haushalt lebenden Erwachsenen ein Gewicht von 0,5 und Kindern (bis zu 14 Jahren) jeweils ein Gewicht von 0,3 zu. Dies bedeutet, dass das Einkommen eines Haushalts mit beispielsweise 2 Erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren durch den Faktor 2,1 ($= 1 + 0,5 + 2 \times 0,3$) geteilt wird. Im Vergleich zu anderen gebräuchlichen Äquivalenzskalen weist die neue OECD-Skala größeren Haushalten, insbesondere solchen mit älteren Kindern, ein relativ kleines Gewicht zu.
- ⁴³ Für die Abschätzung der potenziellen Aufkommenswirkungen einer Vermögenssteuer in IHS (2013), die im Vergleich zur vorliegenden Studie ein geringes Aufkommen ergab, stand diese Datenbasis noch nicht zur Verfügung.
- ⁴⁴ Das DIW (Bach und Beznoska (2012)) unternimmt einen Versuch, diese Ausweichreaktionen zu quantifizieren. Dabei wird errechnet, dass bei einer Steuer von 1% bei Finanzvermögen die Bemessungsgrundlage um 24% reduziert werden würde und bei Firmenvermögen um 12%. Für Immobilienvermögen wird angenommen, dass es keine Ausweichreaktionen gibt. Diese Schätzungen sind allerdings mit erheblichen Unsicherheiten verbunden.
- ⁴⁵ Vgl. dazu Eckerstorfer et al. (2013).

Literatur

- Aiginger, Karl; Handler, Heinz; Schratzenstaller, Margit; Tichy, Gunther, Ziele und Optionen der Steuerreform. Plädoyer für einen anspruchsvollen Ansatz (WIFO, Wien 2008).
- Albacete, Nicolás; Lindner, Peter; Wagner, Karin; Zottel, Siegfried, Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010: Methodische Grundlagen für Österreich, in: Geldpolitik und Wirtschaft 3 (2012) – Addendum (2012).
- Atkeson, Andrew; Chari, Varadarajan V.; Kehoe, Patrick J., Taxing capital income: a bad idea, in: Federal Reserve Bank of Minneapolis Quarterly Review 23/3 (1999) 3-17.
- Atkinson, Anthony B., Concentration among the rich (= World Institute for Development Economics Research, Research Paper No. 2006/151, Helsinki/Helsingfors 2006).

- Atkinson, Anthony B.; Harrison, Allan J., *Distribution of personal wealth in Great Britain* (Cambridge 1978).
- Avery, Robert B.; Elliehausen, Gregory E.; Kennickell, Arthur B., *Measuring wealth with survey data: an evaluation of the 1983 survey of consumer finances*, in: *Review of Income and Wealth* 34/4 (1986) 339-369.
- Bach, Stefan; Beznoska, Martin, *Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Wiederbelegung der Vermögensteuer*, in: *DIW Politikberatung kompakt* 68 (2012).
- Bach, Stefan; Beznoska, Martin; Steiner, Viktor, *A wealth tax on the rich to bring down public debt? Revenue and distributional effects of a capital levy*, in: *Fiscal Studies* 35/1 (2014) 67-89.
- Bach, Stefan; Corneo, Giacomo; Steiner, Viktor, *Effective taxation of top incomes in Germany*, in: *German Economic Review* 14/2 (2013) 115-137.
- Banks, James; Diamond, Peter, *The base for direct taxation*, in: Mirrlees, James; Adam, Stuart; Besley, Tim; Blundell, Richard; Bond, Stephen; Chote, Robert; Gammie, Malcolm; Johnson, Paul; Myles, Gareth; Poterba, James (Hrsg.), *Dimensions of Tax Design: the Mirrlees Review* (Oxford 2010) 548-674.
- Bernheim, Douglas B., *Taxation and Saving*, in: Auerbach, Alan J.; Feldstein Martin (Hrsg.), *Handbook of Public Economics* 1/3 (Amsterdam 1999) 1173-1249.
- Bundesministerium für Finanzen, *Förderdschungel Österreich – Facts and Figures*, (Wien 2009); https://www.bmf.gv.at/ministerium/facts-and-figures/Foerderschungel_Oesterreich_1.pdf?3vtfko.
- Bundesministerium für Finanzen, *Österreichisches Stabilitätsprogramm. Fortschreibung für die Jahre 2012 bis 2017*, (Wien 2013); http://www.parlament.gv.at/ZUSD/BUDGET/Stabilitaetsprogramm_2012-2017.pdf.
- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, *5. Familienbericht 1999 bis 2009. Die Familie an der Wende zum 21. Jahrhundert Band II* (Wien 2009); <http://www.bmwfj.gv.at/Familie/Familienforschung/Documents/Familienbericht%202009/Band%20II%20-%20Familienpolitische%20Akzente.pdf>.
- Chamley, Christophe, *Optimal taxation of capital income in general equilibrium with infinite lives*, in: *Econometrica* 54/3 (1986) 607-622.
- Conesa, Juan C.; Kitao, Sagiri; Krueger, Dirk, *Taxing capital? Not a bad idea after all*, in: *American Economic Review* 99/1 (2009) 25-48.
- Cowell, Frank A.; Victoria-Feser, Maria P., *Modelling Lorenz curves: robust and semi-parametric issues*, in: Chotikapanich, Duangkamon (Hrsg.), *Modeling income distributions and Lorenz curves* (New York 2008) 241-255.
- Die Presse, *Kindergeldkonto kommt, Familienbeihilfe wird erhöht*. Online-Ausgabe (12.12.2013); <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1503755/Kindergeldkonto-kommt-Familienbeihilfe-wird-erhoht?from=suche.intern.portal>.
- Eckerstorfer, Paul; Halak, Hannes; Kapeller, Jakob; Schütz, Bernhard; Springholz, Florian; Wildauer, Rafalel, *Bestände und Verteilung der Vermögen in Österreich (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* 122, Wien 2013).
- Eckerstorfer, Paul; Steiner, Viktor; Wakolbinger, Florian, *Steuerreformvorschläge in der Diskussion – Eine Mikrosimulationsanalyse der Aufkommens-, Beschäftigungs- und Verteilungswirkungen für Österreich (= Working Paper No. 1314, JKU Linz, Linz 2013)*.
- Fessler, Pirmin; Mooslechner, Peter; Schürz, Martin, *Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010: Erste Ergebnisse für Österreich*, in: *Geldpolitik und Wirtschaft* 3 (2012) 26-67.
- Gutachten der Pensionskommission, *Bericht über die langfristige Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung für den Zeitraum 2012 bis 2060* (Wien 2013); http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/8/6/7/CH2818/CMS1383132160631/langfristmodell_beschluss_incl_tabs.pdf.

- Industriellenvereinigung, FAIRSteuern – Ein neues Steuerkonzept für Österreich (Wien 2012); www.fairsteuern.at.
- Jenkins, Stephen P.; Van Kerm, Philippe, PARETOFIT: Stata module to fit a Type 1 Pareto Distribution, (2007); <http://ideas.repec.org/c/boc/bocode/s456832.html>.
- Judd, Kenneth L., Redistributive taxation in a simple perfect foresight model, in: *Journal of Public Economics* 28/1 (1985) 59-83.
- Keuschnigg, Christian; Fortin, Ines; Schönpflug, Karin; Schuster, Phillip; Schwab, Thomas; Schwarzbauer, Wolfgang, Zur Besteuerung von Vermögen in Österreich: Aufkommen, Verteilung und ökonomische Effekte (= Projektbericht IHS, Wien 2013); http://www.ihs.ac.at/publications/lib/vermoegenssteuer_volltext.pdf.
- Kopczuk, Wojciech, Taxation of intergenerational transfers and wealth, in: Auerbach, Alan J.; Chetty, Raj; Feldstein, Martin; Saez, Emmanuel (Hrsg.), *Handbook of Public Economics* 1/5 (Amsterdam 2013) 329-390.
- OECD, Revenue Statistics 2012 (Paris 2012).
- OECD, OECD Economic Survey: Austria 2013 (Paris 2013).
- Pesendorfer, Konrad, Steuern und Wachstum in Österreich, in: *Geldpolitik und Wirtschaft* 3 (2008) 22-43.
- Piketty, Thomas; Saez, Emmanuel, A theory of optimal inheritance taxation, in: *Econometrica* 81/5 (2013) 1851-1886.
- Reiss, Lukas; Köhler-Töglhofer, Walpurga, Österreichische Steuerstruktur im internationalen Vergleich – Eine statistisch-ökonomische Analyse, in: *Geldpolitik und Wirtschaft* 1 (2011) 22-43.
- Statistik Austria, EU-Survey on Income and Living Conditions – Wave 2009 (Wien 2009).
- Statistik Austria, Bruttojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 1997 bis 2012 (Wien 2013).
- Statistik Austria, Inflationsraten und Indizes des VPI von 1999 bis 2013 (Wien 2014).
- Steiner, Viktor; Wakolbinger, Florian, Reformvorschläge zur Lohn- und Einkommensbesteuerung in Österreich – Eine Mikrosimulationsanalyse der Entlastungs- und Verteilungswirkungen, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 66/4 (2009) 797-818.
- Steiner, Viktor; Wakolbinger, Florian, The Austrian Tax-Transfer Model ATTM – Version 1.0 (Berlin und Innsbruck 2009); http://www.gaw-mbh.at/proj_mikrosim.php.
- Steiner, Viktor; Wakolbinger, Florian, Wage subsidies, work incentives, and the reform of the Austrian welfare system, in: *Empirica* 40/2 (2013) 259-285.
- Wiener Zeitung, Details zur Aufstockung der Familienbeihilfe. Online-Ausgabe (15.1.2014); http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/600450_Details-zur-Aufstockung-der-Familienbeihilfe.html.
- WIFO, Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich (Wien 2010); http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38441&typeid=8&display_mode=2.

Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert die Aufkommens- und Verteilungswirkungen von Reformalternativen zur Lohn- und Einkommensteuer in Österreich auf der Basis eines Mikrosimulationsmodells. Die Reformalternativen beinhalten einen Ausgleich der „kalten Progression“, eine Reduktion der Grenzsteuersätze und eine Steuervereinfachung bei gleichzeitiger Verbreiterung der Steuerbasis. Sie unterscheiden sich in alternativen Anpassungen bei der Familienbeihilfe. Die analysierten Reformalternativen wären mit unterschiedlichen Umverteilungswirkungen und hohen fiskalischen Kosten verbunden. Wir zeigen auf der Basis der ersten Erhebung zur Vermögenslage österreichischer Haushalte, dem Household Finance and Consumption Survey (HFCS), in welchem Umfang die fiskalischen Kosten der Reform durch alternative Vermögenssteuermodelle ausgeglichen werden könnten. Als Alternative zu einer Vermögenssteuer werden auch Möglichkeiten der Gegenfinanzierung durch Einsparungen bei den Staatsausgaben dargestellt.

Abstract

By using a microsimulation model, we analyze income-tax-reform proposals for Austria. The proposals include compensation for bracket creeping during the last years and a reduction of marginal tax rates, combined with a broader tax base. Moreover, they make the tax regime simpler. They are to be distinguished by different adjustments of family benefits, and they also differ in distributional effects and fiscal costs. On the basis of the first survey of household wealth in Austria, the "Household Finance and Consumption Survey" (HFCS), we show to what extent the fiscal costs of the income-tax-reform proposals could be financed by different wealth-tax regimes. Furthermore, we discuss the potentials of reducing government expenditure as an alternative to taxing wealth.

Reihe „Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK-Wien“

Band 7: „Wirtschaftspolitische Koordination in der Europäischen Währungsunion“, hrsg. von Silvia Angelo und Michael Mesch, 138 Seiten, 2003, € 20.

Band 8: „US-amerikanisches und EUropäisches Modell“, hrsg. von Michael Mesch und Agnes Streissler, 190 Seiten, 2004, € 25.

Band 9: „Öffentliche Wirtschaft, Geld- und Finanzpolitik: Herausforderungen für eine gesellschaftlich relevante Ökonomie“, hrsg. von Wilfried Altzinger, Markus Marterbauer, Herbert Walther und Martin Zagler, 154 Seiten, 2004, € 25.

Band 10: „Steigende wirtschaftliche Ungleichheit bei steigendem Reichtum?“, hrsg. von Günther Chaloupek und Thomas Zotter, 178 Seiten, 2006, € 25.

Band 11: „Aspekte kritischer Ökonomie. Gedenkschrift für Erwin Weissel“, hrsg. von Markus Marterbauer und Martin Schürz, 97 Seiten, 2006, € 15.

Band 12: „Ende der Stagnation? Wirtschaftspolitische Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa“, hrsg. von Günther Chaloupek, Eckhard Hein und Achim Truger, 156 Seiten, 2007, € 23.

Band 13: „Pensionskassen: Europa – Österreich; Strukturen, Erfahrungen, Perspektiven“, hrsg. von Thomas Zotter, 145 Seiten, 2008, € 20.

Band 14: „Entwürfe für die Zukunft von Wirtschafts- und Sozialpolitik – Alois Guger und Ewald Walterskirchen zum 65. Geburtstag“, hrsg. von Markus Marterbauer und Christine Mayrhofer, 158 Seiten, 2009, € 24.

Band 15: „Ausgliederungen aus dem öffentlichen Bereich – Versuch einer Bilanz“, hrsg. von Christa Schlager, 178 Seiten, 2010, € 24.

Band 16: „Alternative Strategien der Budgetkonsolidierung in Österreich nach der Rezession“, hrsg. von Georg Feigl und Achim Truger, 107 Seiten, 2010, € 16.

Band 17: 75 Jahre „General Theory of Employment, Interest and Money“, hrsg. von Günther Chaloupek und Markus Marterbauer, 176 Seiten, 2012, € 24.

Die Reihe erscheint im LexisNexis Verlag ARD Orac,
1030 Wien, Marxergasse 25, Tel 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140,
e-mail: verlag@lexisnexus.at

„Innere Abwertung“ in Südeuropa: Erwartungen, Ergebnisse und Folgen

Philipp Heimberger

1. Einleitung

Nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 rückte die Entstehung von makroökonomischen Ungleichgewichten während der Vorkrisenjahre in den Untersuchungsfokus über die Ursachen und Verstärkungsmechanismen der Krise.¹ Die Europäische Kommission identifizierte sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit in den südeuropäischen Ländern Griechenland, Italien, Portugal und Spanien als zentrales makroökonomisches Problem in der Eurozone.² Dem liegt die dominante Krisen-erzählung zugrunde, dass der „exzessive“ Anstieg von Löhnen und Preisen in den Vorkrisenjahren für die Ungleichgewichte in der Eurozone ursächlich sei. Die Peripherieländer müssten ihre Löhne und Preise gegenüber ihren Handelspartnern in der EU senken, um die Krise zu überwinden. Dies könne nur durch drastische Austeritätspolitik, „Strukturreformen“ der Arbeitsmärkte und Lohnsenkungen erreicht werden.³ Die Akkumulation hoher Leistungsbilanzdefizite im Süden der Eurozone wird in diesem Erzählungszusammenhang üblicherweise primär als Folge der abnehmenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit gesehen; dies habe die Krise maßgeblich verstärkt, als die Kapitalströme in die Peripherieländer krisenbedingt schlagartig stoppten.⁴

Die Politik der Troika – bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds – macht im Umgang mit der Krise im Süden des Euroraums die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zum zentralen wirtschaftspolitischen Leitmotiv⁵ und die Löhne zur wichtigsten Anpassungsvariable.⁶ Dabei setzt sie auf eine makroökonomische Anpassungsstrategie, die im Folgenden als Strategie der „inneren Abwertung“ bezeichnet wird: Innere Abwertung zielt darauf ab, in den betroffenen Krisenländern zum einen Lohnsenkungen durchzusetzen und so die Lohnstückkosten⁷ zu reduzieren; zum anderen wird durch Troika-Vorgaben gezielt Abwärtsdruck auf das Verbraucherpreisniveau ausgeübt, um in den südeuropäischen Ländern niedrigere Inflationsraten als in den Nordländern der Eurozone und damit relative Preisanpassungen zu erreichen.⁸ Dahinter stehen die Erwartungen einer Verbesserung der

preislichen Wettbewerbsfähigkeit und einer Ankurbelung der Exporttätigkeit in den Krisenländern. Dies werde zum einen eine Verbesserung der Leistungsbilanzsalden ermöglichen, die maßgeblich über die Exportseite abläuft. Zum anderen werde die Beseitigung der Wachstumsbeschränkungen, die durch die mangelnde preisliche Wettbewerbsfähigkeit bedingt seien, mittel- bis langfristig expansive angebotsseitige Effekte auf Wachstum und Beschäftigung haben.⁹

Diese Arbeit beschäftigt sich mit den makroökonomischen Erwartungen, Ergebnissen und Folgen der Strategie der inneren Abwertung in den süd-europäischen Ländern Griechenland, Italien, Portugal und Spanien. Im zweiten Kapitel wird die Debatte über die Entstehung makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum vor dem Hintergrund der dominanten Krisenerzählung diskutiert. Das dritte Kapitel liefert eine Auseinandersetzung mit den institutionellen Rahmenbedingungen in der Eurozone und den von der Troika erwarteten Effekten der inneren Abwertung. In den Kapiteln 4 und 5 wird auf die makroökonomischen Folgen und Probleme von Lohnsenkungen und Deflationspolitik eingegangen. Kapitel 6 stellt die innere Abwertung in Südeuropa in einen historischen Kontext. Kapitel 7 arbeitet die Entwicklung von Lohnstückkosten, realem Wechselkurs, Inflation und Leistungsbilanzsalden zwischen 2010 und 2013 auf. Kapitel 8 beinhaltet schließlich die Schlussfolgerungen der Arbeit.

2. Die Debatte über makroökonomische Ungleichgewichte in den Vorkrisenjahren

Die dominante Erzählung über die Entstehung makroökonomischer Ungleichgewichte in den Vorkrisenjahren im Euroraum ist besonders mit dem Namen Jean-Claude Trichet verbunden, der bis Oktober 2011 EZB-Präsident war. Die „Krisen-Story“ Trichets wird jedoch nicht nur von dessen Nachfolger Mario Draghi, sondern auch von anderen hochrangigen Troika-Vertretern geteilt.¹⁰ In Trichet (2011) werden die ökonomischen Probleme im Euroraum primär auf ein Auseinanderdriften in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zurückgeführt: Da in Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Irland die Lohnstückkosten in den Vorkrisenjahren deutlich stärker angestiegen waren als im Rest der Eurozone, seien in den genannten Ländern die Inflationsraten deutlich höher gewesen als im Eurozonendurchschnitt – besonders hoch aber im Vergleich zu den Nordländern des Euroraums, angeführt durch Deutschland, wo Lohnzurückhaltung praktiziert wurde. Dies habe zu einem kontinuierlichen Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit geführt, was wiederum die Akkumulation hoher Leistungsbilanzdefizite zur Folge gehabt habe. Als die Kapitalflüsse aus dem Kern der Eurozone im Zuge der Krise abrupt stoppten,

wurde die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite zum akuten Problem und verstärkte die Krise. Länder wie Griechenland, Irland und Portugal mussten in der Folge der Finanzierungsprobleme offiziell um internationale Zahlungshilfe ansuchen. Auch Italien und Spanien gerieten an den Staatsanleihemärkten unter Beschuss; als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise brach die Staatsschuldenkrise über Europa herein.¹¹

Auf der Grundlage der einseitigen Fokussierung auf die Lohnstückkostenentwicklung in der Trichet-Krisenerzählung ist die Lösung klar vorgezeichnet: Die Korrektur bestehender Ungleichgewichte müsse über eine Reduktion der Lohnstückkosten in der Peripherie der Eurozone stattfinden: „*The correction within a monetary union can and must be achieved through lower unit labour costs.*“¹² Diese Sichtweise hatte wesentlichen Einfluss auf Veränderungen im *Economic Governance*-System der EU in den Krisenjahren: Dieses etabliert die Löhne als zentrale Anpassungsva-

Tabelle 1: Entstehung von makroökonomischen Ungleichgewichten in den Vorkrisenjahren 2001-2008

	Lohnstückkosten*	Realer Wechselkurs**	Inflation***	Leistungsbilanz****
Belgien	13,28	4,84	17,22	-3,24
Deutschland	-0,39	-11,13	13,64	6,32
Luxemburg	20,55	10,74	23,32	-3,40
Niederlande	13,44	5,94	15,33	-0,49
Österreich	7,10	-0,41	15,04	5,61
Finnland	11,70	4,15	11,48	-5,30
Nordländer-Durchschnitt	10,95	2,36	16,01	-0,08
Griechenland	25,85	15,97	27,10	-6,52
Spanien	27,78	17,15	26,20	-5,25
Italien	22,17	13,45	19,04	-3,14
Portugal	18,36	6,01	21,42	-2,00
Südeuropa-Durchschnitt	23,54	13,15	23,44	-4,23

Daten: AMECO (Stand: 25.2.2014), eigene Berechnungen.

* Nominelle Lohnstückkosten (gesamte Wirtschaft) 2001-2008 (Veränderung in %);

** Realer Wechselkurs (Basis Lohnstückkosten, gesamte Wirtschaft) gegenüber dem Rest der früheren EU15 (doppelte Exportgewichte), 2001-2008 (Veränderung in %). Ein positives Vorzeichen bedeutet eine Aufwertung, ein negatives Vorzeichen eine Abwertung im betrachteten Zeitraum;

*** Inflation (HVPI), 2001-2008 (Veränderung in %);

**** Leistungsbilanzsaldo in % des BIP 2001-2008 (Veränderung in Prozentpunkten). Ein positives Vorzeichen bedeutet eine Entwicklung hin zu einem Abbau bestehender Leistungsbilanzdefizite bzw. einen Ausbau bestehender Überschüsse im betrachteten Zeitraum.

Anmerkung: Die Durchschnitte für die Nordländer und die südeuropäischen Länder wurden jeweils ungewichtet berechnet.

riable, um bestehende makroökonomische Ungleichgewichte abzubauen. So existiert seit dem Jahr 2011 ein neues EU-Verfahren zur Vorbeugung und Beseitigung von makroökonomischen Ungleichgewichten, bei dem die ökonomische Entwicklung der Mitgliedsländer anhand eines „Scoreboard“ überprüft wird. Als eine von elf Kennzahlen wird dabei die Entwicklung der Lohnstückkosten eingehend überwacht und bei Überschreiten des Schwellenwerts¹³ gegebenenfalls sanktioniert.¹⁴

Tabelle 1 zeigt, dass die Länder Südeuropas in den Vorkrisenjahren zwar tatsächlich stark steigende Lohnstückkosten, Aufwertungen ihrer realen Wechselkurse, höhere Inflationsraten als in den Nordländern der Eurozone und eine Akkumulation von Leistungsbilanzdefiziten verzeichneten. Die dominante Krisenerzählung, welche die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in Südeuropa als ursächliches Problem abstempelt, ist jedoch aus mehreren Gründen einseitig und geht mit einer falschen Darstellung der Krisenursachen einher.

Erstens sollte die Bedeutung der Löhne zum Beitrag der steigenden Inflation nicht überschätzt werden. Eine Analyse der einzelnen Komponenten des BIP-Deflators zeigt beispielsweise für Spanien, dass die Unternehmensgewinne sogar mehr zur Inflation beitrugen als die Lohnentwicklung.¹⁵ Zweitens verschleiert der einseitige Fokus auf die Lohnstückkosten, dass die Lohnquoten in einigen südeuropäischen Ländern sogar deutlich rückläufig waren: In Griechenland fiel die Lohnquote in Prozent des BIP von 2004 bis 2007 von 55,5% auf 53,5%, in Portugal von 58,7% auf 57,2%, in Spanien von 55,9% auf 55,3%.¹⁶ Dies bedeutet eine Verschlechterung der relativen Wohlfahrtsposition der ArbeitnehmerInnen bereits vor der Krise.

Drittens waren Leistungsbilanzüberschüsse insbesondere in Deutschland, aber auch in anderen Überschussländern nur durch Lohnzurückhaltung möglich. In Deutschland lagen die Lohnstückkosten 2008 sogar auf einem niedrigeren Niveau als 2001, während im selben Zeitraum die Lohnstückkosten in Spanien um 27,8% angestiegen waren.¹⁷ Legt man ein zweiprozentiges jährliches Wachstumsziel der Lohnstückkosten – was in etwa konsistent mit dem Preisstabilitätsziel der EZB ist – zugrunde, dann unterschritt Deutschland dieses Ziel (+16% zwischen 2001 und 2008) deutlicher als die südeuropäischen Länder es in den Vorkrisenjahren überschritten. Deutschland setzte eine stark zurückhaltende Lohnpolitik durch, während die Peripherie der Eurozone wirtschaftlich expandierte – und trug dadurch maßgeblich zur Entstehung der makroökonomischen Ungleichgewichte bei.

Viertens sind Lohnstückkosten weit davon entfernt, ein umfassendes, perfektes Maß für Wettbewerbsfähigkeit auf der Kostenseite zu sein. Denn sie beziehen die Entwicklung von Kapitalkosten im Verhältnis zur Kapitalproduktivität nicht ein. Zudem ist die Arbeitsproduktivität zum Teil pro-

zyklisch, was zu Variationen in den Lohnstückkosten führen kann, die nicht auf die zugrundeliegende Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen sind.¹⁸ Fünftens ist es kaum sinnvoll, das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit auf „konkurrierende Volkswirtschaften“ umzulegen: Krugman (1994) argumentierte bereits lange vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, dass in erster Linie Unternehmen – und eben nicht Staaten – miteinander im Wettbewerb stehen. Wenn dies vernachlässigt wird, kann es zu falschen wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen kommen. Dies trifft, wie im Anschluss argumentiert wird, auf die Strategie der inneren Abwertung zu.

Zusammenfassend erscheint es als nicht sinnvoll, die Entwicklung von Lohnstückkosten und Inflation in der Peripherie der Eurozone isoliert zu betrachten, um die Entstehung makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum zu erklären. Dennoch ist die Fokussierung auf die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in den Vorkrisenjahre der Ausgangspunkt für den wirtschaftspolitischen Zugang der Europäischen Kommission bzw. der Troika.

3. Institutionelle Rahmenbedingungen und erwartete Effekte der „inneren Abwertung“

Die Verbesserung von wesentlichen Außenhandelsindikatoren einer Volkswirtschaft – Ankurbelung der Exporte und Reduktion bestehender Leistungsbilanzdefizite – wird in der Regel durch das traditionelle makroökonomische Stabilisierungsinstrument einer Währungsabwertung unterstützt.¹⁹ Die institutionellen Besonderheiten innerhalb des Euroraumes bedingen jedoch eine Einschränkung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums, das zur Reaktion auf Schocks zur Verfügung steht: In einem standardmäßigen Anpassungsprogramm, wie es der IWF in den letzten Jahrzehnten schon in vielen Ländern zur Umsetzung brachte, würde man sich von der Wechselkurspolitik und der Geldpolitik erwarten, dass die gewünschte Anpassung des realen Wechselkurses durch diese Instrumente unterstützt wird.²⁰ In der Eurozone steht jedoch Wechselkurspolitik auf nationaler Steuerungsebene nicht zur Verfügung. Auch die Geldpolitik liegt nicht in nationaler Hand; sie wird von der EZB für die gesamte Eurozone festgelegt, was das Eingehen auf besondere geldpolitische Erfordernisse in einzelnen Ländern erschwert.²¹ Weil die Wechselkurse in der Eurozone festgesetzt, die Geldpolitik zentralisiert und außerdem der Spielraum nationaler Fiskalpolitik durch für alle Mitgliedsländer geltende fiskalische Regelungen eingegrenzt ist, sind aus der Sicht einzelner Mitgliedsländer im gemeinsamen Währungsraum stark eingeschränkte wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten festzuhalten.

Vor diesem Hintergrund legte die Troika den Fokus in den mit Griechen-

land und Portugal ausverhandelten offiziellen Anpassungsprogrammen²² auf das gezielte Ausüben von Abwärtsdruck auf Löhne und Preise, um die bestehenden makroökonomischen Ungleichgewichte abzubauen; ebenso in dem Finanzmarkt-Hilfsprogramm für Spanien.²³

Auf welche Maßnahmen baut die Troika zur Erreichung ihrer makroökonomischen Zielsetzungen, die sich auf Reduktionen der Lohnstückkosten, die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch niedrigere Inflationsraten, eine Ankurbelung der Exporte und den Abbau der Leistungsbilanzdefizite beziehen? Weder der Troika noch den durch die Troika-Vorgaben gebundenen Regierungen ist es möglich, auf die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Preisentwicklung im jeweils betroffenen Land direkt Einfluss zu nehmen. Die Strategie der inneren Abwertung basiert deshalb zu einem Großteil auf Maßnahmen, die über indirekte Wirkungskanäle laufen. So sollen Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor Signalcharakter für Lohnabschlüsse im privaten Sektor haben. Die kurzfristig wichtigste Stellschraube der Strategie der inneren Abwertung sind die Nominallöhne. „Strukturenreformen“ der Arbeitsmärkte, welche die Lohnverhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen verschlechtern – etwa durch die Dezentralisierung von Lohnverhandlungen, das heißt die Schwächung der Gewerkschaften – sollen verstärkend hinzutreten. Beschäftigungspolitik beschränkt sich in den Anpassungsprogrammen fast ausschließlich auf den Abbau von Inflexibilitäten am Arbeitsmarkt. Indem Arbeitsmarktrigiditäten beseitigt werden, sollen Lohnkürzungen einfacher und schneller in Preisanpassungen umsetzbar sein: *„Labour market reforms will spur job creation and increase wage flexibility.“*²⁴

Die Vorgaben der Troika verlangen in den Krisenländern Kürzungen von Mindestlöhnen, Arbeitslosenunterstützung und anderen Sozialausgaben, um den Abwärtsdruck auf die Löhne zu verstärken. Auch Steuerreformen, die zu einer Senkung der Lohnkosten führen, werden von der Europäischen Kommission als Maßnahmen einer inneren Abwertung diskutiert.²⁵ Als Folge des durch die genannten Maßnahmen ausgeübten Abwärtsdrucks auf die Löhne werden Anpassungen des inländischen Preisniveaus erwartet, die zu Abwertungen des realen Wechselkurses führen. In den zur Simulation verwendeten Allgemeinen Gleichgewichtsmodellen der Kommission führen innere Abwertungen zu langfristig anhaltenden Steigerungen der Wettbewerbsfähigkeit und Abwertungen des realen Wechselkurses.²⁶

Zwischen der durch die Troika eingeforderten Austeritätspolitik und der Durchsetzung der inneren Anpassung von Löhnen und Preisen besteht ein wichtiger Zusammenhang: Löhne im öffentlichen Sektor machen einen erheblichen Teil der Staatsausgaben in den betroffenen Ländern aus; auch die Kürzung von Sozialausgaben wie Arbeitslosenunterstützung und Pensionen ist ausgabenwirksam und unterstützt demnach die Budgetkon-

solidierungsziele, welche die Krisenländer als Gegenleistung für Hilfszahlungen erreichen müssen.²⁷

Die Erwartungen der Troika im Hinblick auf die Maßnahmen der inneren Abwertung liegen darin, dass positive Effekte auf der Angebotsseite mittel- und langfristig expansive Effekte auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung entfalten: Sinkende Lohnkosten führen zu niedrigeren Produktionskosten; das inländische Preisniveau geht zurück; der reale Wechselkurs sinkt; aufgrund der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich der Leistungsbilanzsaldo maßgeblich über die Exportseite. Die expansiven Effekte auf der Angebotsseite würden die negativen Auswirkungen des niedrigeren Lohnwachstums auf Konsumausgaben und Binnennachfrage überwiegen. Die Wirtschaftsakteure würden aufgrund der glaubwürdigen Anpassungsmaßnahmen eine niedrigere zukünftige Steuerlast und bessere Wachstumsaussichten antizipieren, weshalb in Modellsimulationen der Europäischen Kommission davon ausgegangen wird, dass die Wirtschaft – unter der Annahme von relativ flexiblen Löhnen und Preisen – rasch wieder zu Vollauslastung zurückkehren kann, nachdem die Anpassungsmaßnahmen durchgesetzt wurden.²⁸ Diese Erwartung steht im Widerspruch zu keynesianischen Modellen, welche die Möglichkeit lang anhaltender Unterauslastung aufgrund von persistenter Nachfrageschwäche ins Zentrum rücken.²⁹

Die gewünschte wirtschaftliche Anpassung zwischen Nordländern und der Peripherie der Eurozone hat gemäß den Troika-Vorgaben in den Krisenländern stattzufinden. Eine Beteiligung der Nordländer der Eurozone anhand konkreter Zielvorgaben ist nicht vorgesehen. Das Konzept der relativen Lohnstückkosten impliziert zwar, dass die makroökonomische Anpassung durch steigende Lohnstückkosten in den Nordländern der Eurozone unterstützt werden könnte. Die Troika geht jedoch davon aus, dass die Strategie der inneren Abwertung den Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte in den Krisenländern sicherstellen werde, sodass es für die Überschussländer in der Eurozone nicht notwendig sei, von ihrem bevorzugten wirtschaftspolitischen Kurs von Lohnzurückhaltung und einer restriktiven Fiskalpolitik abzuweichen.³⁰

4. Makroökonomische Folgen der Lohnsenkungen

Was waren die makroökonomischen Folgen des gezielten Ausübens von Lohnabwärtsdruck? Griechenland forcierte im Sinne der Umsetzung relevanter Troika-Vorgaben³¹ massive Nominallohnkürzungen im öffentlichen Sektor.³² Zwischen 2009 und 2013 fiel die Entlohnung pro ArbeitnehmerIn im öffentlichen Sektor um 18,6%. Im Laufe der Zeit verschärfte die Troika die Konditionalität der griechischen Anpassungsprogramme; die

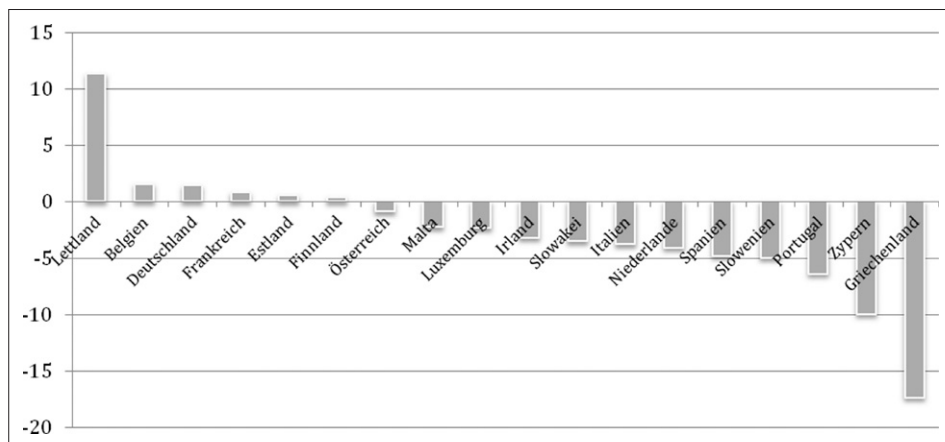
Vorgaben zur Durchsetzung einer inneren Abwertung wurden detaillierter und umfangreicher.³³ In Spanien kam es unter der Führung des konservativen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy 2012 zu verstärkten Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor; die Entlohnung pro ArbeitnehmerIn ging in diesem Jahr um 3,8% zurück. Im Juli 2012 war ein Hilfsprogramm zur Rekapitalisierung und Restrukturierung des spanischen Finanzsektors zwischen der spanischen Regierung und der Troika beschlossen worden. Dieses sieht das Ausüben von Abwärtsdruck auf Löhne und Preise als Gegenleistung für Finanzierungsunterstützung vor.³⁴ Auch in Portugal bedeutete die Durchsetzung des offiziellen Troika-Anpassungsprogrammes ab 2011 u. a. Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor.³⁵ In Italien wirkte die von der Troika unterstützte Regierung unter der Führung Mario Montis³⁶ ebenfalls auf sinkende Löhne hin. Die Jahre 2011 und 2012 fielen in Montis Amtszeit; das nominelle Lohnwachstum im öffentlichen Sektor war in diesem Zeitraum mit -0,2% negativ.

Die gesamtwirtschaftliche, nominelle Lohnentwicklung folgte in Südeuropa nur bedingt jener im öffentlichen Sektor. Der Widerstand der Arbeit(nehm)erInnenseite gegen Lohnkürzungen formierte sich rasch; es kam zu ausgedehnten Protesten in der Bevölkerung. Viele Unternehmen in Südeuropa suchten Nominallohnsenkungen zu vermeiden, um nicht die Gunst ihrer ArbeitnehmerInnen zu verlieren. Diese Entwicklung ist mit einer breiten empirischen Literatur konsistent, die dokumentiert, dass nominelle Lohnrigiditäten makroökonomische Realität sind.³⁷ Moghadam et al. (2014) zeigen beispielhaft für Spanien, dass die innere Abwertung mit einem drastischen Anstieg des Anteils der ArbeitnehmerInnen einherging, der sich mit einem Einfrieren der Nominallöhne konfrontiert sah; umfangreiche nominelle Lohnkürzungen blieben auf einzelne Sektoren beschränkt.³⁸ Die Troika sieht diese nach unten gerichteten Einschränkungen der Anpassungsmöglichkeit bei Nominallöhnen grundsätzlich als Problem: Im Arbeitsmarktbericht der EZB (2012) werden Lohnrigiditäten beispielhaft als Hindernis im makroökonomischen Anpassungsprozess dargestellt, das den Lohnanpassungen im Wege stehe und dementsprechend durch „Strukturreformen“ zu beseitigen sei. Aus progressiver Perspektive werden Lohnrigiditäten hingegen als Früchte harter Verhandlungs- bzw. Protesterfolge der Arbeiter(nehm)erInnen interpretiert.³⁹

Doch auch wenn sich die politischen Vertreter der Strategie der inneren Abwertung Einschränkungen bezüglich des durchsetzbaren Ausmaßes nomineller Lohnkürzungen gegenübersehen, so führte das Ausüben von Lohnabwärtsdruck doch zu hohen Reallohnverlusten. Dies zeigt Abbildung 1 im Vergleich der Eurozonенländer für den Zeitraum zwischen 2010 und 2013. Den mit Abstand stärksten Rückgang der Reallöhne verzeichnete Griechenland (-17,4%) – das einzige Eurozonенmitglied außer Zypern, wo im betrachteten Zeitraum sogar die Nominallöhne auf gesamt-

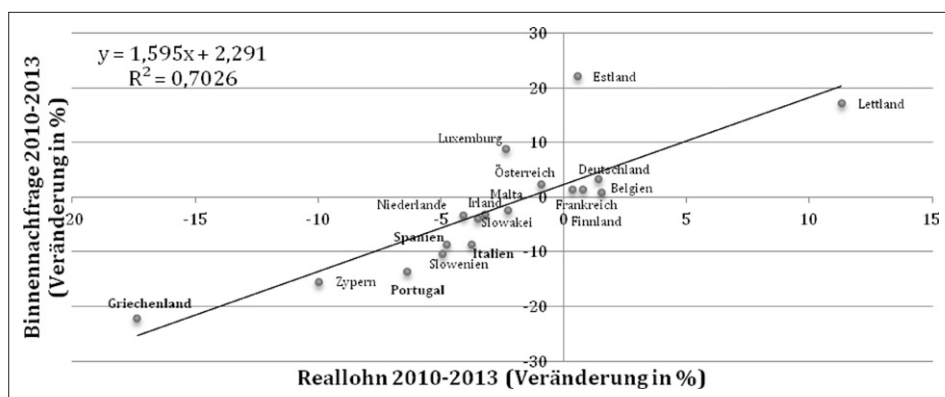
wirtschaftlicher Ebene zurückgingen. In Portugal betrug der Reallohnverlust 6,4%, in Spanien 4,8%, in Italien 3,8%.

Abbildung 1: Reallohnentwicklung in der Eurozone 2010-2013 (in %)



Daten: AMECO, Stand 25.2.2014 (Nominale Entlohnung pro ArbeitnehmerIn, gesamte Wirtschaft, deflationiert mit dem nationalen HVPI), eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Korrelation zwischen Reallohn und Binnennachfrage (zu konstanten Preisen) in der Eurozone



Daten: AMECO, Stand 25.2.2014 (Binnennachfrage inklusive Bestandsveränderungen zu konstanten Preisen; Nominale Entlohnung pro ArbeitnehmerIn in der Gesamtwirtschaft deflationiert um den HVPI); eigene Berechnungen

Diese hohen Reallohnverluste stehen im Zusammenhang mit der Reduktion des privaten Konsums und dem Rückgang der Binnennachfrage in Südeuropa. Abbildung 2 zeigt, dass eine starke Korrelation zwischen dem Rückgang der Reallohne und dem Einbruch der Binnennachfrage besteht: In jenen Ländern, in denen der meiste Druck auf das Lohnniveau ausge-

übt wurde, ging auch die Inlandsnachfrage am stärksten zurück. In Griechenland fiel die Binnennachfrage (zu konstanten Preisen) zwischen 2010 und 2013 um 22,4%, in Portugal um 13,6%, in Italien um 8,7% und in Spanien um 8,6%. Der gezielt ausgeübte Lohnabwärtsdruck verstärkte in den letzten Jahren nachfrageseitig die negativen gesamtwirtschaftlichen Kreislaufeffekte, was zu einer Vertiefung und Perpetuierung der Krise führte.

Die innere Abwertung verursachte im Zuge der Krise besonders starke negative Effekte auf Wachstum und Beschäftigung, bedingt durch die Schwächung der automatischen Stabilisatoren. Die Wirkung der automatischen Stabilisatoren ist ausgabenseitig durch den Umfang der sozialen Transferleistungen bestimmt.⁴⁰ Automatische Stabilisatoren des Steuer- und Transfersystems trugen in der Wirtschaftskrise signifikant zur Abfederung des Abschwungs bei, da sie unmittelbar wirksam waren. In Südeuropa waren die automatischen Stabilisatoren auch vor der Krise schon deutlich schwächer ausgeprägt als in Ländern wie Deutschland und Österreich: Die niedrigsten automatischen Stabilisierungswerte in Europa stellten Dolls et al. (2012) für Estland, Spanien, Griechenland, Polen und Portugal fest. Portugal, Spanien und Griechenland sind demnach in der Gruppe der fünf europäischen Länder mit den schwächsten automatischen Stabilisatoren. Durch die Kürzungen von Sozialausgaben wurden die automatischen Stabilisatoren in Südeuropa ausgabenseitig jedoch noch weiter geschwächt. Dies wird die Stabilisierung der Wirtschaft über die Nachfrageseite auch in zukünftigen Krisen erschweren.

Kürzungen von Sozialausgaben (Pensionen, Arbeitslosenunterstützung usw.) sowie von Löhnen im öffentlichen Sektor haben eine höhere Fiskalmultiplikatorwirkung als andere Konsolidierungsmaßnahmen (beispielsweise Steuererhöhungen in den obersten Einkommensgruppen). Dies ist darauf zurückzuführen, dass besonders untere Einkommensgruppen mit hoher Konsumneigung überproportional von solchen Kürzungen betroffen sind.⁴¹ Aus den Maßnahmen der Strategie der inneren Abwertung resultierte in den letzten Jahren durch Nachfragerückgänge eine Verstärkung der negativen gesamtwirtschaftlichen Kreislaufeffekte. Die Arbeitslosenrate stieg in den südeuropäischen Ländern zwischen 2010 und 2013 stark an: in Griechenland von 12,6% auf 27,3%; in Spanien von 20,1% auf 27,3%; in Italien von 8,4% auf 12,2%; und in Portugal von 12% auf 16,5%.⁴² Zurückzuführen ist diese ausgeprägt negative Beschäftigungsentwicklung darauf, dass die Fiskalmultiplikatoren unter den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der letzten Jahre deutlich höher als eins waren.⁴³ Jene Länder, welche die schärfste Austeritätspolitik durchsetzten, verzeichneten – wie Blanchard und Leigh (2013) zeigen – auch den größten Rückgang der Wirtschaftsleistung.

5. Schuldendeflationsspirale in Südeuropa?

Die Politik der Lohnsenkungen verstärkt nachfrageseitig den Abwärtsdruck auf die Preisniveaus in Südeuropa. Die Verbraucherpreise blieben zwar nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise zunächst relativ stabil. Die Inflation war im Jahr 2009 in Spanien, Portugal und Italien – nicht jedoch in Griechenland – über einige Monate hinweg zeitweise negativ. Die ökonomische Theorie hätte angesichts der Tiefe der Rezession jedoch eine stärker voranschreitende deflationäre Entwicklung erwarten lassen. Im World Economic Outlook des IWF (2013) wird argumentiert, dass die Phillips-Kurve, welche die Beziehung zwischen Inflation und Arbeitslosenrate abbildet, flacher verlaufe als dies in früheren Zeiträumen der Fall war. Die Inflation habe deshalb im Zuge der Wirtschaftskrise in der Eurozone schwächer auf den Anstieg der Arbeitslosigkeit reagiert, als dies gemäß der ökonomischen Theorie zu erwarten gewesen wäre.

Der durch die fortgesetzte Austeritätspolitik entstehende Rezessionsdruck in Südeuropa führte jedoch dazu, dass im Zuge des Jahres 2013 immer mehr Länder von zunächst niedrigen positiven Inflationsraten sukzessive in Deflationsterrain abrutschten. Griechenland verzeichnet seit März 2013 eine durchgehend deflationäre Entwicklung. Im März 2014 lag die griechische Inflationsrate bei $-1,5\%$. Auch Spanien erlebte in diesem Monat erstmals seit 2009 wieder Deflation, Portugal hatte bereits im Februar 2014 negative Inflation verzeichnet. Italien lag im März 2014 mit $0,3\%$ nur noch knapp im positiven Inflationsbereich.⁴⁴ Die Deflationstendenzen in Südeuropa sind nachfragegetrieben und somit eine Folge der Strategie der inneren Abwertung, die sich negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt.

Verfechter der inneren Abwertung erwähnen zwar, dass die Deflationspolitik „schmerzhaft“ sei, da sie mit Wachstums- und Beschäftigungsverlusten einhergeht. Nichtsdestotrotz seien die Maßnahmen notwendig, um die relative Preisanpassung der südeuropäischen Länder gegenüber den Nordländern der Eurozone sicherzustellen und ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen.⁴⁵ Die aktuelle Situation in der Eurozone fördert jedoch ein zentrales Problem zutage: Die Inflation ist nicht nur in den südeuropäischen Ländern niedrig oder sogar negativ. Vielmehr liegt die Entwicklung des Verbraucherpreisniveaus mittlerweile flächendeckend deutlich unter dem mittelfristigen Preisstabilitätsziel der EZB, das als unter, aber nahe bei zwei Prozent definiert ist.⁴⁶ Selbst in Deutschland lag die Inflation zuletzt im März 2014 mit $0,9\%$ signifikant unter diesem Zielwert; Österreich wies bei einer Inflation von $1,4\%$ den höchsten Wert aller Eurozoneländer aus. Die Inflation ist also in der gesamten Eurozone niedrig. Dies bedeutet, dass jede Einheit von Deflation bzw. niedriger Inflation, die in einem südeuropäischen Land durch Maßnahmen der inneren Abwertung

erzielt wird, ein geringeres Ausmaß der relativen Preisanpassung gegenüber Überschussländern wie Deutschland und Österreich liefert – jedoch bei hohen Kosten bezüglich Wachstum und Beschäftigung.⁴⁷

Niedrige oder sogar negative Inflationsraten bringen für die südeuropäischen Länder erhebliche Probleme mit sich. Denn steigender Deflationsdruck erhöht die reale Schuldenlast: Die nominal fixierten Schulden müssen mit einem steigenden realen Eurowert bedient und zurückbezahlt werden. Dies ist nicht nur ein Problem für die Staaten Spanien, Griechenland, Portugal und Italien, deren Staatsschuldenquoten als Folge der Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise stark anstiegen. Es betrifft vielmehr auch die privaten Haushalte und Unternehmen in diesen Ländern, die seit Jahren mit dem Schuldenabbau beschäftigt sind. Denn die eigentliche Verschuldungsproblematik der Vorkrisenjahre war nicht die Entwicklung der Staatsverschuldung, die in der Eurozone zwischen 2004 und 2007 von 69,7% auf 66,4% zurückging. In diesem Zeitraum fiel die Staatsverschuldung beispielsweise im späteren Krisenland Spanien sogar von 46,3% auf 36,3% des BIP.⁴⁸ Das tatsächliche Verschuldungsproblem entwickelte sich vielmehr im Privatsektor, das heißt bei privaten Haushalten und Unternehmen. Dort stieg in Spanien zwischen 2004 und 2007 die Verschuldung von 224% auf 285% des BIP an. Auch in Portugal war die Privatverschuldung vor der Krise beinahe drei Mal so hoch wie die Wirtschaftsleistung; in Italien lag sie 2007 bei etwa 176%, in Griechenland bei 118%.⁴⁹

Was sich ab 2008 in weiten Teilen der Eurozone abspielte, kann – wenn man dem japanischen Ökonomen Richard Koo folgt – nur vor dem Hintergrund des akuten Problems der Überschuldung des Privatsektors in einigen Mitgliedsländern verstanden werden. Als beispielsweise in Spanien die Immobilienblase platzte, kam es zu einem dramatischen Verfall der Immobilienpreise. Koo (2008) beschreibt eine solche Situation mit dem Konzept der „Bilanzrezession“: Die Bilanzen des Privatsektors stehen nach dem Platzen einer Vermögensblase aufgrund der Überschuldung unter Wasser, da die Vermögenswerte stark fallen, während die Verbindlichkeiten weiter bedient werden müssen. Dies führt dazu, dass Unternehmen und Haushalte angestrengt sparen, um ihre Bilanzen zu sanieren. So lange der Schuldenabbau andauert, führt dies zu Nachfragerückgängen, die sich negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirken. Der Staat müsse expansive Fiskalpolitik betreiben, um die entstehenden Nachfrage-lücken zu schließen. Passiere dies nicht, drohe als Folge des Schuldenabbaus eine lange, schmerzhaft Phase wirtschaftlicher Unterauslastung, wie Koo (2011) anhand der Erfahrungen der Großen Depression der 1930er-Jahre und des „verlorenen Jahrzehnts“ Japans in den 1990er-Jahren argumentiert.

In Südeuropa besteht aufgrund der fortgesetzten Austeritätspolitik, wel-

che die nachfrageseitig getriebenen Deflationstendenzen anheizt, die akute Gefahr einer sich weiter selbst verstärkenden Schuldendeflationsspirale, wie sie von Fisher (1933) beschrieben wird: Aufgrund von Überschuldung müssen die Schuldner Vermögenswerte abstoßen. Der Ausverkauf von Vermögenswerten löst Abwärtsdruck auf das allgemeine Preisniveau aus. Die sinkenden Preise verschlechtern die Nettovermögensposition der Unternehmen; die Profite gehen zurück; Produktion und Beschäftigung fallen. Nach der Schuldendeflationstheorie Fishers wurde die Große Depression der 1930er-Jahre durch einen Teufelskreis fallender Preise verursacht, was zu einer steigenden realen Schuldenlast führte, die wiederum weitere Deflation zur Folge hatte. Wenn die Preise schneller fallen, als der Schuldenabbau voranschreiten kann, dann sind die Entschuldungsbemühungen sogar ein Schuss ins eigene Knie: Je mehr die Schuldner den Schuldenabbau forcieren, desto höher wird aufgrund des entstehenden Deflationsdrucks die Schuldenlast. Das Abrutschen Südeuropas in Deflationsterrain bringt die von Fisher eindringlich beschriebenen Probleme des erschwerten Schuldenabbaus mit sich.

ÖkonomInnen, die sich intensiv mit historischen Deflationserfahrungen auseinandergesetzt haben, warnten in den letzten Jahren immer wieder eindringlich davor, dass es das oberste wirtschaftspolitische Ziel sein müsse, das Entstehen einer deflationären Entwicklung mit allen Mitteln zu verhindern.⁵⁰ Ben Bernanke (2002) argumentierte beispielsweise bereits Jahre vor der Krise in einer viel beachteten Rede, dass es äußerst schwierig sei, eine erst einmal eingetretene Deflation zu bekämpfen; dies gelte insbesondere dann, wenn die konventionellen geldpolitischen Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind, weil die Untergrenze für Nominalzinsen bereits erreicht ist. Denn das Erreichen der sogenannten *Zero Lower Bound* bedeutet, dass die Zentralbank die Leitzinsen nicht weiter absenken kann, um die Wirtschaft zu stimulieren. Dieses Problem ist derzeit in der Eurozone akut: Die EZB hat die Leitzinsen auf 0,25% abgesenkt, was kaum weiteren Spielraum für Zinssenkungen lässt. Umso problematischer erscheint es, dass die südeuropäischen Länder als Folge des gezielten Ausübens von Abwärtsdrucks auf Löhne und Preise zuletzt immer weiter in Deflationsterrain abglitten. Es ist nicht auszuschließen, dass die Schuldendeflation eine lange Periode von niedriger Inflation bzw. Deflation zur Folge haben könnte, wie Japan sie in den 1990er-Jahren erlebte. In Japan schlugen sich die sinkenden Verbraucherpreise ab Mitte der 1990er-Jahre auch in sehr niedrigen Inflationserwartungen nieder.⁵¹ Ist erst einmal die Erwartung vorherrschend, dass die Preise in Zukunft fallen werden, kommt es zum Aufschieben von Konsumausgaben, aber auch von Investitionstätigkeiten seitens der Unternehmen. Dies hat weitere Nachfragerückgänge zur Folge, die sich negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirken. Sinkende Inflationserwartungen in der Eurozone

würden demnach für die südeuropäischen Länder eine Verschärfung der Schuldendeflationsproblematik mit sich bringen.

6. Die Erfahrungen in Südeuropa in einem historischen Kontext

Die makroökonomischen Probleme mit der Deflationspolitik in der Eurozone sind nicht ohne historische Analogien: Bereits die Erfahrungen mit dem Goldstandard weisen auf die realwirtschaftlichen Konsequenzen von Deflation in Krisenländern hin, die zu relativen Preisanpassungen gegenüber Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen durch eine innere Abwertung gezwungen sind. Die institutionellen Rahmenbedingungen in der Eurozone unterscheiden sich zwar erheblich von jenen im Goldstandard. Nichtsdestotrotz bestehen bezüglich der Einschränkungen des wirtschaftspolitischen Instrumentariums relevante Parallelen: Weil der Wert ihrer Währungen an den Goldpreis gebunden war, konnten die Mitgliedsländer des Goldblocks – darunter die großen Staaten USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien – im klassischen Goldstandard (1844–1913) und im nach dem Ersten Weltkrieg wiederhergestellten Goldstandard keine Währungsabwertungen mehr vornehmen. Die Zentralbanken aller Goldblockländer mussten ausreichend Reserven halten, um die Glaubwürdigkeit der Goldbindung zu untermauern. Die geldpolitischen Handlungsmöglichkeiten waren damit de facto stark eingeschränkt. Die Parallelen zur Situation der südeuropäischen Länder in der Eurozone liegen darin, dass auch im Euroraum keine Währungsabwertungen möglich sind.⁵² Zudem kann die Geldpolitik nicht auf die Bedürfnisse einzelner Krisenländer ausgerichtet werden; denn die EZB setzt für Deutschland und Griechenland denselben Leitzins, obwohl – wie beispielsweise Darvas (2014) zeigt – die wirtschaftliche Situation dieser beiden Länder eigentlich sehr unterschiedliche geldpolitische Vorgehensweisen erfordern würde.

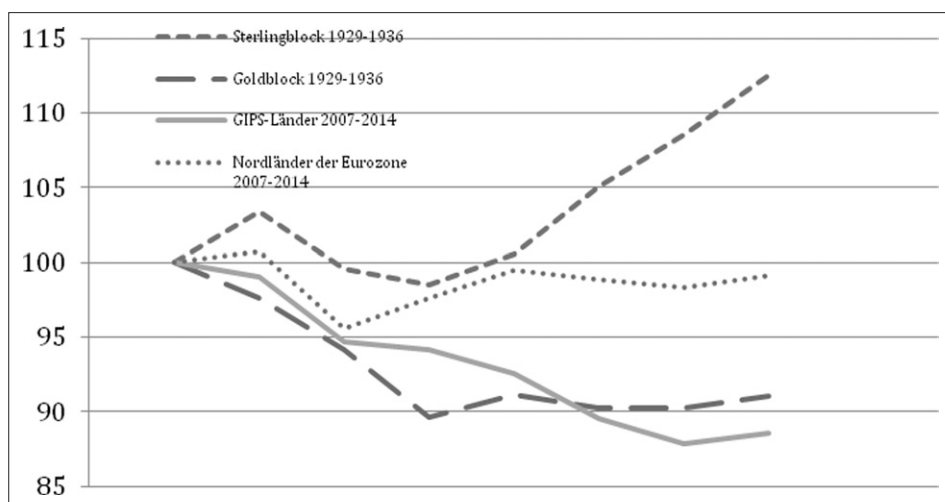
Die historische Vergleichbarkeit zwischen dem Goldstandard damals und der Eurozone heute eröffnet sich durch den de facto bestehenden Zwang der Krisenländer, bestehende makroökonomische Ungleichgewichte über eine innere Abwertung zu bewerkstelligen – ohne dass die Überschussländer sich an der makroökonomischen Anpassung beteiligen würden. Denn die Überschussländer weigerten sich damals genau so wie heute, den Abbau bestehender Ungleichgewichte durch vorübergehend höhere Inflationsraten zu unterstützen. Wirtschaftspolitische Maßnahmen der Überschussländer (insbesondere der USA und Frankreichs) verschärften in den 1920er- und 1930er-Jahren die Krisenentwicklung in den damaligen Defizitländern. Die USA setzten noch während der Amtszeit des republikanischen Präsidenten Hoover im Oktober 1931 eine starke Erhöhung des Zinsniveaus durch, und Frankreich kaufte ab den späten

1920er-Jahren Gold auf, um die Geldmenge des Franc zu erhöhen. Die Folge dieser Maßnahmen waren ein Goldabfluss von den Defizitländern des Goldblocks (v. a. Deutschland und Großbritannien) und ein Rückgang der Geldmenge, was zu massivem Deflationsdruck führte.⁵³

Die Verweigerung expansiver Maßnahmen in den Überschussländern nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise hatte eine Verstärkung des wirtschaftlichen Einbruchs in den Defizitländern zur Folge. Die Krisenländer mussten ihrerseits eine Hochzinspolitik betreiben, um ihre Mindestreserven zu verteidigen; allerdings vergeblich, da mit dem Deflationsdruck Bankenkrise und massive Turbulenzen im Finanzsystem einhergingen, die in den 1930er-Jahren eine verheerende wirtschaftliche Entwicklung zur Folge hatten. Der anhaltende Rückgang von Löhnen und Preisen wirkte sich negativ auf Wachstum und Beschäftigung aus. Der Deflationsdruck erhöhte die reale Schuldenlast, was die Schuldner dazu zwang, ihre Ausgaben weiter einzuschränken, um ihre Kreditwürdigkeit sicherzustellen.⁵⁴

Die angesprochenen Parallelen zwischen der Eurozone heute und dem Goldstandard damals spiegeln sich in einer ähnlich tiefen wirtschaftlichen Krise. Abbildung 3 zeigt, dass die ökonomische Entwicklung der europäischen Goldblockländer Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande und Schweiz in den 1930er-Jahren – gemessen am realen BIP pro Kopf – stark

Abbildung 3: Reales BIP pro Kopf (Vorkrisenniveau = 100)



Daten: Maddison Project, AMECO (Stand 25.2.2014); eigene Berechnungen.

Sterlingblock: Dänemark, Norwegen, Schweden, UK;

Goldblock: Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Schweiz;

GIPS-Länder: Griechenland, Italien, Portugal, Spanien;

Nordländer der Eurozone: Belgien, Deutschland, Österreich, Niederlande, Finnland;

Anmerkung: Für die einzelnen Ländergruppen wurde der Index jeweils ungewichtet berechnet.

den Erfahrungen der südeuropäischen Länder seit 2007 ähnelt. Denn auch diese in den 1930er-Jahren lange am Goldstandard festhaltenden Länder litten unter den realwirtschaftlichen Konsequenzen des Deflationsdrucks. Großbritannien hingegen setzte im September 1931 die Goldkonvertibilität des Pfund Sterling aus. Auch einige dem UK nahestehende Länder (Dänemark, Norwegen und Schweden) traten Anfang der 1930er-Jahre aus dem Goldstandard aus und koppelten ihre Währung an das britische Pfund; so entstand der sogenannte Sterlingblock. 1931 wurde die britische Währung stark abgewertet, was eine rasche wirtschaftliche Erholung einleitete.⁵⁵ Die am Goldstandard festhaltenden Länder litten hingegen unter der Deflation und lagen im Jahr 1936 etwa 9% unter dem BIP-Niveau aus dem Jahr 1929. Die südeuropäischen Länder verzeichneten seit Beginn der aktuellen Krise sogar eine noch schlechtere Entwicklung; das BIP pro Kopf wird laut Prognosen der Europäischen Kommission 2014 rund 11,5% unter dem Niveau des Jahres 2007 liegen.

7. Lohnstückkosten, realer Wechselkurs, Inflation, Leistungsbilanzsalden

Gemäß der dominanten Krisenerzählung, die bereits in Kapitel 2 diskutiert wurde, ist der Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte in der Eurozone über eine Reduktion der Lohnstückkosten in der Peripherie der Eurozone zu erreichen. Die dadurch erwarteten Verbesserungen in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sollten Abwertungen des realen Wechselkurses zur Folge haben, was die Exporte ankurbeln und die in den Vorjahresjahren akkumulierten Leistungsbilanzdefizite abbauen werde. Tatsächlich zeigt Tabelle 2, dass die Länder Südeuropas – mit der Ausnahme Italiens – zwischen 2008 und 2013 starke Reduktionen ihrer nominellen Lohnstückkosten und Abwertungen der realen Wechselkurse verzeichneten, wobei die Anpassung in Griechenland und Spanien besonders drastisch ausfiel. Zudem ist festzuhalten, dass sich die Leistungsbilanzsalden rasch und umfassend anpassten: Mit der Ausnahme Griechenlands, das noch ein Defizit von -2,29% des BIP auswies – verzeichneten alle südeuropäischen Länder 2013 bereits einen Leistungsbilanzüberschuss.⁵⁶

Hat die Strategie der inneren Abwertung demnach die in Kapitel 3 diskutierten Erwartungen der Troika weitgehend erfüllt und eine erfolgreiche makroökonomische Anpassung ermöglicht? Dies ist aus mehreren Gründen nicht der Fall:

Erstens war die Anpassung in den Lohnstückkosten asymmetrisch: Während die südeuropäischen Krisenländer – mit der Ausnahme Italiens – ihre Lohnstückkosten stark reduzierten und real abwerteten, blieben Deutschland und andere Überschussländer wie Österreich und die Nie-

Tabelle 2: Abbau von makroökonomischen Ungleichgewichten 2010-2013

	Lohnstückkosten*	Realer Wechselkurs**	Inflation***	Leistungsbilanz****
Belgien	8,46	3,54	7,34	-2,56
Deutschland	6,38	1,71	6,34	0,62
Luxemburg	9,53	4,23	8,55	-1,25
Niederlande	3,79	-1,35	8,07	4,17
Österreich	6,74	1,43	8,46	-0,74
Finnland	10,1	4,15	8,95	-1,83
Nordländer-Durchschnitt	7,50	2,29	7,95	-0,27
Griechenland	-15,08	-19,28	3,30	10,49
Spanien	-5,48	-9,71	7,17	5,48
Italien	4,83	0,40	7,67	4,39
Portugal	-2,87	-5,38	6,90	10,76
Südeuropa-Durchschnitt	-4,65	-8,49	6,26	7,78

Daten: AMECO (25.2.2014), eigene Berechnungen.

* Nominelle Lohnstückkosten (gesamte Wirtschaft) 2010-2013 (Veränderung in %);

** Realer Wechselkurs (Basis Lohnstückkosten, gesamte Wirtschaft) gegenüber dem Rest der früheren EU15 (doppelte Exportgewichte), 2010-2013 (Veränderung in %). Ein positives Vorzeichen bedeutet eine Aufwertung, ein negatives Vorzeichen eine Abwertung im betrachteten Zeitraum;

*** Inflation (HVPI), 2001-2008 (Veränderung in %);

*** Inflation (HVPI), 2010-2013 (Veränderung in %);

**** Leistungsbilanzsaldo in % des BIP 2010-2013 (Veränderung in Prozentpunkten). Ein positives Vorzeichen bedeutet eine Entwicklung hin zu einem Abbau bestehender Leistungsbilanzdefizite bzw. einen Ausbau bestehender Überschüsse im betrachteten Zeitraum.

Anmerkung: Die Durchschnitte für die Nordländer und die südeuropäischen Länder wurden jeweils ungewichtet berechnet.

derlande bei ihrer Politik der Lohnzurückhaltung. Die Anpassungslast lag damit fast ausschließlich auf den Krisenländern. Zweitens ist darauf hinzuweisen, dass ein Teil der Anpassung in den Lohnstückkosten in Südeuropa auf krisenbedingte Produktivitätseffekte zurückzuführen ist: Weil besonders viele Arbeitsplätze mit niedriger Produktivität verloren gingen, stieg die durchschnittliche Produktivität an und sorgte – ceteris paribus – für sinkende Lohnstückkosten. Dies hat jedoch wenig mit der zugrundeliegenden Produktivität, sondern mit den Auswirkungen der Krise zu tun. Das Ausmaß der angesprochenen Verschiebungen in der Produktivität aufgrund der Wirtschaftskrise unterscheidet sich im Ländervergleich. Kang und Shambaugh (2013) zeigen, dass sie für Südeuropa in Spanien und Portugal am stärksten ausgeprägt waren.⁵⁷ Drittens zeigt eine Zerlegung des Inflationsbeitrages zum BIP-Deflator, dass ein Großteil der Lohn-

stückkostenanpassungen in den Krisenländern dadurch zunichte gemacht wurde, dass die Unternehmen ihre Gewinnspannen – gemessen am Bruttobetriebsüberschuss – anhoben, statt Preisanpassungen vorzunehmen. Die Inflationsdifferenzen in Griechenland, Spanien und Portugal waren zwischen 2008 und 2012 im Vergleich zum Euro-Währungsgebiet größtenteils darauf zurückzuführen, dass der Beitrag der Gewinne zum BIP-Deflator hoch war.⁵⁸

Viertens verdeutlicht Tabelle 2 in der vierten Spalte, dass von 2010 bis 2013 keine substanzielle relative Anpassung der Verbraucherpreisniveaus zwischen Südeuropa und den Nordländern der Eurozone stattfand. Im wirtschaftlich starken Deutschland stieg die Inflation sogar in geringerem Ausmaß an als in Spanien, Portugal und Italien. Die Erwartungen der Troika hinsichtlich signifikanter relativer Preisanpassungen haben sich in den letzten Jahren damit nicht erfüllt. So lange die Inflation in der ganzen Eurozone niedrig bleibt, was derzeit – wie in Kapitel 5 diskutiert wurde – der Fall ist, weil die Überschussländer vorübergehend höhere Inflationsraten nicht zu akzeptieren bereit sind, sind signifikante relative Preisanpassungen nur mit sehr hohen Kosten zu realisieren. Denn dies würde – bei gegebener niedriger Inflation im Rest der Eurozone – starke Deflation in Südeuropa voraussetzen, die verheerende realwirtschaftliche Auswirkungen haben und die Gesellschaften dieser Länder noch stärker auf die soziale Zerreißprobe stellen würde.

Fünftens ist bezüglich des starken Rückgangs der Leistungsbilanzdefizite in Südeuropa festzuhalten, dass diese Entwicklung maßgeblich über die Importseite stattfand. Tabelle 3 zeigt für Griechenland und Portugal, dass sich die Leistungsbilanzsalden während der Troika-Programmjahre umfassender verbesserten, als dies in den Prognosen, die den offiziellen Anpassungsprogrammen beigelegt sind, erwartet worden war. Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen wuchsen während der Troika-Programmjahre jedoch in geringerem Ausmaß als prognostiziert. Die starken Anpassungen der Leistungsbilanzsalden während der Troika-Programmjahre sind vielmehr in erheblichem Ausmaß auf Nachfrageeinbrüche und damit einhergehende Importrückgänge zurückzuführen. Die Importe gingen deutlich stärker zurück als erwartet, weil die Fiskalmultiplikatorwirkung der Austeritätsmaßnahmen und die Auswirkungen der Lohnsenkungen auf Wachstum und Beschäftigung unterschätzt wurden. Auch für Spanien und Italien ist festzuhalten, dass sich die Importe zwischen 2010 und 2013 im Zusammenhang mit der einbrechenden Binnennachfrage schwach entwickelten. Diese Importentwicklung ist allerdings kein Erfolg der Strategie der inneren Abwertung, sondern ein Nebenprodukt der Wirtschaftskrise, die sich durch das gezielte Ausüben von Abwärtsdruck auf Löhne und Preise vertiefte.

Tabelle 3: Veränderung der Leistungsbilanzen und ihrer Komponenten in den Troika-Programmjahren (alle Zahlen in % des nominellen BIP 2013 des jeweiligen Landes)

	Griechenland (2010-2013)	Portugal (2011-2013)	Spanien (2010-2013)	Italien (2010-2013)
Prognose in offiziellen Anpassungsprogrammen*				
Leistungsbilanzsaldo	6,4	3,57	–	–
Exporte von Gütern und Dienstleistungen	6,29	5,75		
Importe von Gütern und Dienstleistungen	–0,44	1,39		
Andere Beitragsfaktoren	–0,33	–0,79		
Tatsächlich**	***	***	***	***
Leistungsbilanzsaldo	13,32	7,82	5,59	4,37
Exporte von Gütern und Dienstleistungen	1,98	3,82	6,21	3,96
Importe von Gütern und Dienstleistungen	–7,15	–1,76	1,49	–0,48
Andere Beitragsfaktoren	4,18	2,24	0,87	–0,07

* Die Prognosewerte stammen aus den Anhängen der offiziellen Anpassungsprogrammen: Für Griechenland siehe Europäische Kommission, 2010; für Portugal siehe Europäische Kommission, 2011b.

** Diese Daten stammen aus der AMECO-Datenbank (Stand: 25.2.2014); eigene Berechnungen.

Anmerkung: Die Zahlen zum Leistungsbilanzsaldo ergeben sich als: Exporte – Importe + Andere Beitragsfaktoren. Unter „Andere Beitragsfaktoren“ fallen etwa Veränderungen in der Erwerbs- und Vermögensbilanz sowie laufende Übertragungen.

Sechstens hat bereits die Analyse in den Kapiteln 5 und 6 die hohen wirtschaftlichen Kosten der inneren Abwertung in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung verdeutlicht. In diesem Zusammenhang können auch die Erfahrungen Lettlands und Irlands diskutiert werden – zwei Länder, die von Troika-Vertretern immer wieder als Musterbeispiele einer erfolgreichen inneren Abwertung genannt werden, an denen sich die Länder Südeuropas orientieren sollten.⁵⁹ Tatsächlich ist es so, dass Irland und Lettland schon früh, nämlich bereits zwischen 2008 und 2010, eine innere Abwertung durchsetzten. Die beiden Länder verzeichneten in diesen Jahren starke Reduktionen der Lohnstückkosten, seit 2011 weisen sie wieder durchgehend positive Wachstumsraten des realen BIP aus. Noch dazu verzeichneten beide Länder eine vorteilhafte Exportentwicklung: In Irland stiegen die Exporte von Gütern und Dienstleistungen zwischen 2009 und 2013 um 21,4% an, in Lettland um 70,5%.⁶⁰ In dieser Darstellung wird jedoch zweierlei oft nicht erwähnt oder unterbeleuchtet: Erstens die sehr hohen Kosten der inneren Abwertung in Irland und Lettland; zweitens die Besonderheiten der lettischen und irischen Exportwirtschaften, die ein Übertragen ihrer Erfahrungen auf Südeuropa unmöglich machen.

Irland verzeichnete in den Jahren der inneren Abwertung einen starken

wirtschaftlichen Einbruch; die reale Wirtschaftsleistung fiel zwischen 2008 und 2010 um 7,4% und lag 2013 weiterhin um rund 5% unter dem Niveau von 2008. Zudem stieg die Arbeitslosenrate stark an, im Jahr 2013 war sie mit 13,1% weiterhin mehr als doppelt so hoch als im Jahr 2008.⁶¹ Zudem sind die Lehren aus den irischen Erfahrungen aufgrund der Besonderheiten der irischen Exportwirtschaft nicht auf andere Eurozoneländer übertragbar: Bei Irland handelt es sich a) um eine kleine, besonders offene, flexible Volkswirtschaft,⁶² die b) aufgrund der Tatsache, dass mit den USA und Großbritannien die beiden wichtigsten Handelspartner außerhalb der Eurozone liegen, von der Entwicklung des Eurowechselkurses zum Dollar zwischen 2010 und 2012 und damit von externen Faktoren profitieren konnte.⁶³ Auf spezifische Besonderheiten ist auch im Falle Lettlands hinzuweisen: Blanchard et al. (2013) zeigen, dass es sich bei der inneren Abwertung Lettlands aufgrund der Besonderheiten Lettlands und seiner Handelsbeziehungen um einen nicht verallgemeinerbaren Spezialfall handelt. Darüber hinaus waren in Lettland die Kosten der makroökonomischen Anpassung beispiellos: Das Ausmaß der Wohlstandsvernichtung in den Jahren der inneren Abwertung war ähnlich heftig wie jenes in der Großen Depression der 1930er-Jahre.⁶⁴ Zwischen 2008 und 2010 fiel die reale Wirtschaftsleistung in Lettland um 19,1%; 2013 lag sie trotz mehrerer Jahre von jährlichen Wachstumsraten in der Höhe zwischen 4,1% bis 5,3% ab 2011 weiterhin um 6,6% unter dem Niveau des Jahres 2008.⁶⁵ Die Arbeitslosenrate schoss 2010 auf beinahe 20% in die Höhe; die Auswanderung aus Lettland beschleunigte sich rasant – unter den Auswanderern sind auch viele junge, gut ausgebildete Menschen.⁶⁶ Weder Irland noch Lettland sind demnach Erfolgsbeispiele einer inneren Abwertung, die auf die Länder Südeuropas übertragen werden sollten, zumal in großen Volkswirtschaften wie Spanien und Italien die Binnennachfrage eine noch deutlich größere Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung spielt als in den relativ kleinen, offenen Volkswirtschaften Irlands und Lettlands.

8. Schlussfolgerungen

Die schmerzhaften Erfahrungen der südeuropäischen Länder mit der Strategie der inneren Abwertung sind den historischen Erfahrungen europäischer Goldblockländer in den 1930er-Jahren nicht unähnlich. Das gezielte Ausüben von Lohnabwärtsdruck hatte hohe Reallohnverluste zur Folge; diese führten zwischen 2010 und 2013 in Südeuropa zu Nachfrageeinbrüchen und einer Vertiefung der Krise. Die Bedeutung des Exportsektors wird im Modellrahmen der Europäischen Kommission überschätzt; die Anpassungen der Leistungsbilanzen fanden deutlich stärker über die Importseite statt, als dies erwartet worden war. Die Lohnsenkungen tragen

zudem kaum zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bei. Zum einen fehlen für eine stärker exportorientierte Politik in den südeuropäischen Ländern oftmals schlichtweg die industriellen Strukturen und Handelsbeziehungen, zum anderen stehen diese Länder in vielen Exportbereichen nicht mit Überschussländern wie Deutschland in Konkurrenz, was den starken Fokus auf die Bedeutung der Inflationsdifferenziale zu den Nordländern des Euroraumes zweifelhaft erscheinen lässt.

DeGrauwe und Ji (2013) argumentieren, dass es sich bei der Annahme, die Krisenländer des Euroraumes könnten gleichzeitig dem Beispiel Deutschlands aus den Vorkrisenjahren folgen, das heißt durch Lohnzurückhaltung und einen restriktiveren fiskalpolitischen Kurs Leistungsbilanzüberschüsse erzielen, um einen „Trugschluss der Verallgemeinerung“ handelt. Wenn mehrere Länder im Euroraum simultan eine innere Abwertung forcieren, dann macht es der Versuch jedes Landes, dadurch Leistungsbilanzüberschüsse über die Exportseite zu erzielen, für die anderen Länder gleichzeitig schwieriger, dieses wirtschaftspolitische Ziel zu erreichen. Enge Handelsbeziehungen innerhalb der Eurozone haben zur Folge, dass Nachfragerückgänge in Handelspartnerländern die Möglichkeiten einer nachhaltigen exportseitigen Wachstumsstrategie de facto unmöglich machen. Deutschland profitierte im Zuge seiner Politik der Lohnzurückhaltung zur Erzielung von Leistungsbilanzüberschüssen in den Vorkrisenjahren davon, dass die Peripherieländer der Eurozone gleichzeitig wirtschaftlich expandierten und hohe Leistungsbilanzdefizite auswiesen. Das deutsche Beispiel kann demnach kein Vorbild für eine Anpassungsstrategie zum Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte unter den derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Eurozone sein. Selbst wenn die Troika davon überzeugt ist, dass eine innere Abwertung in den südeuropäischen Ländern unvermeidlich sei, um deren Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, müsste sie demnach zumindest ein Problem darin sehen, dass die Überschussländer wenig tun, um die Anpassung durch aktive Lohn- und Fiskalpolitik und eine Stärkung ihrer Binnennachfrage zu unterstützen.

Ein weiteres Problem besteht in der Erwartung der Troika, die beispielsweise in den offiziellen Anpassungsprogrammen mit Griechenland und Portugal explizit formuliert wird, wonach die Strategie der inneren Abwertung das Vertrauen der Finanzmärkte in die makroökonomische Stabilität der Krisenländer wiederherstellen werde. Dies erscheint als fragwürdig, wenn man DeGrauwes (2011) Argumentation folgt: Da Griechenland, Italien, Portugal und Spanien keine eigenständige Geldpolitik betreiben können, haben sie auch keine Kontrolle über die Währung, in der sie sich verschulden. Dies eröffnet den Finanzmärkten die Möglichkeit, einzelne Eurozonenländer in die Zahlungsunfähigkeit zu treiben. Die Finanzierungskosten der südeuropäischen Staaten an den Staatsanleihemärkten

hängen nicht zuletzt von den Erwartungen der Gläubiger über den potenziellen Erfolg der makroökonomischen Anpassungsstrategie ab. Die hohen Wachstums- und Beschäftigungskosten, welche die Strategie der inneren Abwertung in den letzten Jahren verursachte, ließen jedoch nicht nur die Staatsschuldenquoten der betroffenen Staaten weiter ansteigen; sie stellen diese Länder vielmehr auf die gesellschaftliche Zerreißprobe und verstärken so die politische Instabilität. Wenn also an den Finanzmärkten bezüglich einzelner südeuropäischer Länder die Stimmungslage eine Eigendynamik entwickeln würde, wonach die Strategie der inneren Abwertung keine erfolgreiche Krisenbewältigung verspricht, könnte dies aufgrund von steigenden Risikoaufschlägen bei Staatsanleihen zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden, die in einem „schlechten Gleichgewicht“ und dem Austritt einzelner südeuropäischer Länder aus der Eurozone münden würde. Dies hätte auch für die restlichen Eurozoneländer verheerende Konsequenzen, wie Eichengreen (2007) argumentiert.

Was sind die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen? Erstens müsste der Anpassungsprozess zum Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte in der Eurozone symmetrischer ausgestaltet werden: Überschussländer wie Deutschland und Österreich sollten durch aktive Lohn- und Fiskalpolitik ihre Binnennachfrage ankurbeln, ihre Lohnstückkosten stärker steigen lassen und damit einen Teil der überbordenden Anpassungslast von den südeuropäischen Ländern nehmen. Zweitens müssten die Nordländer der Eurozone vorübergehend höhere Inflationsraten – im Bereich von 3-4% – in Kauf nehmen, wenn die von der Troika vorgegebenen relativen Preisanpassungen durchsetzbar sein sollen, ohne die südeuropäischen Länder in eine Schuldendeflationsspirale zu manövrieren, die eine noch viele Jahre anhaltende wirtschaftliche Depression zur Folge haben könnte. Drittens müsste für die südeuropäischen Länder die Bedeutung der Löhne für die Entwicklung der Binnennachfrage anerkannt werden. Notwendig wäre eine Politik zur Stabilisierung der Konsum- und Investitionsnachfrage. Das absolute Minimum der Anforderungen wäre es, die Austeritätspolitik auf einen längeren Zeitraum anzulegen und gradueller umzusetzen, um eine wirtschaftliche Erholung nicht weiter zu torpedieren. Viertens wäre es sinnvoll, das Inflationsziel der EZB auf 4% anzuheben, wie etwa Blanchard et al. (2010) dies bereits vor einigen Jahren angeregt haben. Denn aus der ökonomischen Theorie und der empirischen Literatur geht nicht hervor, warum eine um ca. 2 Prozentpunkte höher avisierte Inflationsrate zu einer „Entankerung“ der Inflationserwartungen und nicht beherrschbarer Inflation führen sollte. Ball (2013) argumentiert vielmehr, dass die ökonomischen Vorteile eines Inflationsziels von 4% die Kosten bei Weitem überwiegen würden. Dies erscheint angesichts der aktuellen Lage im Euroraum als überzeugend: Zum einen würde ein höheres Inflationsziel das Problem der Nulluntergrenze der Nominal-

zinsen abschwächen. Die EZB hätte in zukünftigen Krisen mehr Spielraum, um durch Leitzinssenkungen die Krise zu bekämpfen. Zum anderen würden relative Preisanpassungen zwischen Defizit- und Überschussländern, wie sie von der Troika seit Jahren gefordert werden, einfacher umsetzbar sein. Denn läge die Inflation in Deutschland und anderen Überschussländern derzeit bei 3-4%, könnten die südeuropäischen Länder auch mit einer Inflation von 1-2% rascher und ohne die mit einer Schulden-deflationsspirale einhergehenden realwirtschaftlichen Probleme den Abbau bestehender makroökonomischer Ungleichgewichte bewerkstelligen.

Anmerkungen

- ¹ Giavazzi, Spaventa (2010).
- ² Europäische Kommission (2012a).
- ³ Sinn (2013).
- ⁴ Sapir et al. (2014).
- ⁵ Feigl, Zuckerstätter (2012).
- ⁶ Müller, Schulten (2013).
- ⁷ Lohnstückkosten messen die durchschnittlichen Lohnkosten pro Outputeinheit; sie werden als Quotient der gesamten Lohnkosten und des realen Outputs berechnet. Die Idee hinter der Analyse von Lohnstückkosten ist, dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit negativ beeinflusst wird, wenn die nominellen Löhne stärker ansteigen als die Arbeitsproduktivität, was sich in steigenden Lohnstückkosten niederschlägt (siehe zum Beispiel Niechoj et al. (2010)).
- ⁸ Die Nordländer des Euroraums sind in diesem Artikel als folgende Ländergruppe definiert: Belgien, Deutschland, Niederlande, Finnland, Luxemburg, Österreich.
- ⁹ Europäische Kommission (2011a).
- ¹⁰ Draghi (2012).
- ¹¹ Lane (2012).
- ¹² Trichet (2009).
- ¹³ Der Schwellenwert des *Scoreboard* bei den nominalen Lohnstückkosten ist definiert als prozentuale Veränderung über 3 Jahre und liegt für Euroländer bei +9%, für Nicht-Euroländer bei +12%.
- ¹⁴ Amtsblatt der Europäischen Union (2011a); Amtsblatt der Europäischen Union (2011b).
- ¹⁵ Vgl Feigl, Zuckerstätter (2013) 29.
- ¹⁶ Daten: AMECO (Stand: 25.2.2014). Bereinigte Lohnquote in % des BIP (zu Marktpreisen).
- ¹⁷ Auch in Österreich, das ebenfalls Leistungsbilanzüberschüsse ausweist, stiegen die Lohnstückkosten zwischen 2001 und 2008 mit nur 7,1% markant unterdurchschnittlich. Daten: AMECO (25.2.2014), eigene Berechnungen. Nominelle Lohnstückkosten (gesamte Wirtschaft).
- ¹⁸ Turner, Van't Dack (1993).
- ¹⁹ Shambaugh (2012).
- ²⁰ Pisani-Ferry et al. (2013).
- ²¹ Arestis, Sawyer (2010).
- ²² Europäische Kommission (2010, 2011b, 2012b).
- ²³ Europäische Kommission (2012c).
- ²⁴ Vgl Europäische Kommission (2011d) 14.

- ²⁵ Europäische Kommission (2011a).
- ²⁶ Ratto et al. (2008); Roeger et al. (2008); D'Auria et al. (2009).
- ²⁷ Europäische Kommission (2011d).
- ²⁸ Vogel (2012).
- ²⁹ Siehe zum Beispiel Hall (2009).
- ³⁰ Merler, Pisani-Ferry (2012).
- ³¹ Das erste griechische Anpassungsprogramm wurde im Mai 2010 beschlossen (Europäische Kommission (2010)). Im März 2012 kam es zum Abschluss eines zweiten Pakets (Europäische Kommission (2012b)).
- ³² Die nachfolgend ausgewerteten Zahlen definieren den öffentlichen Sektor als öffentliche Verwaltung und Verteidigung, inklusive verpflichtende Sozialversicherung, Bildung, Gesundheit und Sozialarbeitsaktivitäten. Die Daten sind zu Marktpreisen ausgewiesen und stammen aus der Datenbank der EZB (Stand: April 2014).
- ³³ Pisani-Ferry et al. (2013).
- ³⁴ Europäische Kommission (2012c).
- ³⁵ Mit den griechischen und spanischen Angaben vergleichbare Daten liegen für Portugal nicht vor.
- ³⁶ Monti war von 16.11.2011 bis 28.3.2013 Ministerpräsident Italiens; sein Kabinett, das einen harten Sparkurs vertrat, folgte auf den Rücktritt Silvio Berlusconis, ohne dass es dazwischen Neuwahlen gegeben hätte.
- ³⁷ Für eine aktuelle Studie, die auch einen Literaturüberblick über Theorie und Empirie in der Frage nomineller Lohnrigiditäten liefert, siehe Du Caju et al. (2013).
- ³⁸ In IWF (2014) finden sich beispielsweise Berechnungen zum Ausmaß nomineller Lohnrigiditäten für Portugal.
- ³⁹ Siehe zum Beispiel Stiglitz (2002).
- ⁴⁰ Leoni et al. (2011).
- ⁴¹ Marterbauer (2010).
- ⁴² Daten: AMECO (Stand: 25.2.2014).
- ⁴³ Heimberger, Rippitsch (2013).
- ⁴⁴ Daten: Eurostat (Stand: 25.4.2014); monatliche Daten zur Entwicklung des HVPI.
- ⁴⁵ Siehe zum Beispiel Rehn (2013).
- ⁴⁶ Das vorrangige Preisstabilitätsziel ist in Artikel 127 Absatz 1 des AEU- Vertrags festgeschrieben.
- ⁴⁷ Moghadam et al. (2014).
- ⁴⁸ Daten: AMECO (Stand: 25.2.2014).
- ⁴⁹ Daten: OECD (Stand April 2014).
- ⁵⁰ Siehe zum Beispiel Svensson (2013).
- ⁵¹ Nishizaki et al. (2014).
- ⁵² O'Rourke, Taylor (2013).
- ⁵³ Eichengreen, Temin (2010).
- ⁵⁴ Bernanke, James (1991).
- ⁵⁵ Crafts (2013).
- ⁵⁶ Daten zu Leistungsbilanzsalden: AMECO (Stand: 25.2.2014).
- ⁵⁷ Vgl Kang, Shambaugh (2013) 19.
- ⁵⁸ Europäische Zentralbank (2013).
- ⁵⁹ Siehe zum Beispiel Barroso (2013); Rehn (2013).
- ⁶⁰ Daten: AMECO (Stand: 25.2.2014), eigene Berechnungen.
- ⁶¹ Daten zu Irlands realem BIP und Arbeitslosenrate: AMECO (Stand: 25.2.2014); eigene Berechnungen zur Veränderung der realen Wirtschaftsleistung.
- ⁶² Siehe zum Beispiel Blanchard (2012).
- ⁶³ Walsh (2012).

⁶⁴ Weisbrot, Ray (2011).

⁶⁵ Daten zum realen BIP Lettlands: AMECO (Stand: 25.2.2014); eigene Berechnungen.

⁶⁶ Hazans (2011).

Literatur

Amtsblatt der Europäischen Union, Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 des europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (= Amtsblatt der Europäischen Union L 306/25, Brüssel 2011a).

Amtsblatt der Europäischen Union, Verordnung (EU) Nr. 1174/2011 des europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet (= Amtsblatt der Europäischen Union L 306/8, Brüssel 2011b).

Arestis, Philip; Sawyer, Malcolm, The Problems of the Economic and Monetary Union: Is There Any Escape?, in: The Journal of Economic Analysis 1/1 (2010) 1-14.

Ball, Larry, The Case for 4% Inflation, in: Central Bank Review 13 (2013) 17-31.

Barroso, José Manuel, Ireland's success is proof that tough policies can produce positive results, in: Irish Independent (24.4.2013); <http://www.independent.ie/opinion/analysis/jose-manuel-barroso-irelands-success-is-proof-that-tough-policies-can-produce-positive-results-29217596.html> (letzter Zugriff am 30.4.2014).

Bernanke, Ben; James, Harold, The Gold Standard, Deflation, and Financial Crisis in the Great Depression: An International Comparison, in: Hubbard, Glenn (Hrsg.), Financial Markets and Financial Crises (Chicago 1991) 33-68.

Bernanke, Ben, Deflation: Making Sure „It“ Doesn't Happen Here. Remarks by Governor Ben S. Bernanke before the National Economists Club (Washington, D.C., 2002).

Blanchard, Olivier; Dell'Arricia, Giovanni; Mauro, Paolo, Rethinking Macroeconomic Policy (= IMF Staff Position Note 10/03, Washington, D.C., 2010).

Blanchard, Olivier, Lessons from Latvia, IMF direkt – The IMF Blog (11.6.2012); <http://blog-imfdirect.imf.org/2012/06/11/lessons-from-latvia/> (letzter Zugriff am 30.4.2014).

Blanchard, Olivier; Griffiths, Mark; Gruss, Bertrand, Boom, Bust, Recovery. Forensics of the Latvia Crisis (= Final Conference Draft to be presented at the Fall 2013 Brookings Panel on Economic Activity, Washington, D.C., 2013).

Crafts, Nicholas, If Only It Were the 1930s, in: VoxEU (13.12.2013); <http://www.voxeu.org/article/eurozone-if-only-it-were-1930s> (zuletzt abgerufen am 30.4.2014).

D'Auria, Francesca; Pagano, Andrea; Ratto, Marco; Varga, Janos, A comparison of structural reform scenarios across the EU member states – Simulation-based analysis using the QUEST model with endogenous growth (= European Economy Economic Papers No. 392, Brüssel 2009).

Darvas, Zolt, Taylor-rule interest rates for euro-area countries: diversity remains, in: Bruegel Blog (2.4.2014); <http://www.bruegel.org/nc/blog/detail/article/1292-taylor-rule-interest-rates-for-euro-area-countries-diversity-remains/> (zuletzt abgerufen am 30.4.2014).

DeGrauwe, Paul, Governance of a Fragile Eurozone (= CEPS Working Documents, Brüssel 2011).

DeGrauwe, Paul; Ji, Yumei, The Legacy of Austerity in the Eurozone (= CEPS Commentary, Brüssel 2013).

Dolls, Mathias; Fuest, Clemens; Peichl, Andreas, Automatic stabilizers and economic crisis: US vs. Europe, in: Journal of Public Economics 96/3 (2012) 279-294.

- Draghi, Mario, Competitiveness of the euro area and within the euro area. Speech at the colloquium „Les défis de la compétitivité“ (Paris 2012).
- Du Caju, Philip; Kosma, Theodora; Lawless, Martina; Messina, Julian; Room, Tairi, Why Firms Avoid Cutting Wages: Survey Evidence from European Firms (= Central Bank of Ireland Research Technical Paper 3/RT/13, Dublin 2013).
- Eichengreen, Barry, The Break-Up of The Euro Area (= NBER Working Paper 13393, Cambridge 2007).
- Eichengreen, Barry; Temin, Peter, Fetters of Gold and Paper, in: Oxford Review of Economic Policy 26/3 (2010) 370-384.
- Europäische Kommission, The Economic Adjustment Programme for Greece (= European Economy Occasional Papers No. 61, Brüssel 2010).
- Europäische Kommission, Internal devaluation and external imbalances: a model-based analysis, in: Quarterly Report on the Euro Area 10/3 (2011a) 22-27.
- Europäische Kommission, The Economic Adjustment Programme for Portugal (= European Economy Occasional Papers No. 79, Brüssel 2011b).
- Europäische Kommission, A Primer on EU/IMF adjustment programmes in the euro area, in: Quarterly Report on the Euro Area 10/2 (2011d) 11-19.
- Europäische Kommission, Alert Mechanism Report 2013 (= COM (2012) 751 final, Brüssel 2012a).
- Europäische Kommission, The Second Economic Adjustment Programme for Greece (= European Economy Occasional Papers No. 94, Brüssel 2012b).
- Europäische Kommission, The Financial Sector Adjustment Programme for Spain (= European Economy Occasional Papers No. 118, Brüssel 2012c).
- Europäische Zentralbank, Euro Area Labour Markets And the Crisis (= Occasional Papers Series No. 138, Frankfurt 2012).
- Europäische Zentralbank, Stand der Anpassungen in den Ländern des Euro-Währungsgebietes (= EZB Monatsbericht 5/13, Frankfurt 2013).
- Feigl, Georg; Zuckerstätter, Sepp, Wettbewerbs(des)orientierung (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 117, Wien 2012).
- Fisher, Irving: The Debt-Deflation-Theory of Great Depressions, in: *Econometrica* 1/4 (1933) 337-357.
- Giavazzi, Francesco; Spaventa, Luigi, Why the Current Account Matters in a Monetary Union: Lessons from the Financial Crisis in the Euro Area (= CEPR Discussion Paper No. 8008, London 2010).
- Hall, Robert, By How Much Does GDP Rise If the Government Buys More Output?, in: *Brookings Papers on Economic Activity* (2009) 183-249.
- Hazans, Mihails, Chapter 2, in: *Latvia: Human Development Report 2010/2011* (Advanced Social and Political Research Institute, Riga 2011).
- Heimberger, Philipp; Rippitsch, Lukas, Aktuelle Konsolidierungserfahrungen in einem historischen Kontext: Ein Beitrag zur Fiskalmultiplikatordebatte, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39/4 (2013) 545-569.
- Internationaler Währungsfonds, The Dog That Didn't Bark: Has Inflation Been Muzzled Or Was It Just Sleeping? (= *World Economic Outlook* April 2013, Washington, D.C., 2013).
- Internationaler Währungsfonds, Portugal. Tenth Review Under The Extended Arrangement and Request For Waivers of Applicability of End-December Performance Criteria – Staff Report (= *IMF Country Report* No. 14/56, Washington, D.C., 2014).
- Kang, Joong Shik; Shambaugh, Jay, The Evolution of Current Account Deficits in the Euro Area Periphery and the Baltics: Many Paths to the Same Endpoint (= *IMF Working Paper* 13/169, Washington, D.C., 2013).
- Koo, Richard, The Holy Grail of Macroeconomics. Lessons from Japan's Great Recession (Singapur 2008).

- Koo, Richard, The world in balance sheet recession: causes, cure and politics, in: *Real-world Economics Review* 58 (2011) 19-37.
- Krugman, Paul, Competitiveness: A Dangerous Obsession, in: *Foreign Affairs* 73/2 (1994) 28-44.
- Lane, Phillip, The European Sovereign Debt Crisis, in: *The Journal of Economic Perspectives* 26/3 (2012) 49-67.
- Leoni, Thomas; Marterbauer, Markus; Tockner, Lukas, Die stabilisierende Wirkung der Sozialpolitik in der Finanzmarktkrise, in: *WIFO-Monatsberichte* 3 (2011) 187-198.
- Marterbauer, Markus, Budgetkonsolidierung in Zeiten verminderter Erwartungen, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 36/3 (2010) 299-324.
- Müller, Torsten; Schulten, Thorsten, Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen *Economic Governance* auf Löhne und Tarifpolitik, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39/3 (2013) 291-321.
- Merler, Silvia; Pisani-Ferry, Jean, The simple macroeconomics of North and South in EMU (= mimeo Bruegel, Brüssel 2012).
- Moghadam, Reza; Teja, Ranjit; Berkmen, Pelin, Euro Area – „Deflation“ versus „Lowflation“, in: IMF direct blog (4.3.2014); <http://blog-imfdirect.imf.org/2014/03/04/euro-area-deflation-versus-lowflation/> (zuletzt abgerufen am 30.4.2014).
- Niechoj, Torsten; Stein, Ulrike; Stephan, Sabine; Zwiener, Rudolf, Deutsche Arbeitskosten und Lohnstückkosten im europäischen Vergleich – Auswirkungen der Krise (= IMK Report No. 60, Düsseldorf 2010).
- Nishizaki, Kenji; Sekine, Toshikata; Ueno, Yoichi, Chronic Deflation in Japan, in: *Asian Economic Policy Review* 9/1 (2014) 20-39.
- O'Rourke, Kevin; Taylor, Alan, Cross of Euros, in: *Journal of Economic Perspectives* 27/3 (2013) 167-192.
- Pisani-Ferry, Jean; Sapir, Andre; Wolff, Guntram, EU-IMF assistance to euro-area countries: an early assessment (= Bruegel Policy Paper Blueprint, Brüssel 2013).
- Ratto, Marco; Roeger, Werner; in't Veld, Jan, QUEST III: an estimated open-economy DSGE model of the euro area with fiscal and monetary policy, in: *Economic Modelling* 26 (2009) 222-233.
- Rehn, Olli, Spanish Sketches A.D. 2013: Can Spain Achieve what Ireland and Latvia did?, in: Ollie Rehn's Blog (6.8.2013); <http://blogs.ec.europa.eu/rehn/spanish-sketches-a-d-2013-can-spain-achieve-what-ireland-and-latvia-did/> (letzter Zugriff am 30.4.2014).
- Roeger Werner; Varga, Janos; in 't Veld, Jan, Structural Reforms in the EU: A simulation-based analysis using the QUEST model with endogenous growth (= European Economy Economic Papers No. 351, Brüssel 2008).
- Sapir, Andre; Wolff, Guntram; de Sousa, Carlos; Terzi, Alessia, The Troika and financial assistance in the euro area: successes and failures (= Study on the request of the Economic and Monetary Affairs Committee, Brüssel 2014).
- Shambaugh, Jay, The Euro's Three Crises, in: *Brookings Papers on Economic Activity* 1 (2012) 1-54.
- Sinn, Hans-Werner, Austerity, Growth and Inflation. Remarks on the Eurozone's Unresolved Competitiveness Problem (= CESIFO Working Paper No. 4086, München 2013).
- Stiglitz, Joseph, Demokratische Entwicklungen als Früchte der Arbeit(-erbewegung), in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 28/1 (2002) 9-41.
- Svensson, Lars, „Leaning Against the Wind“ Leads To a Higher (Not Lower) Household Debt-to-GDP ratio (= Stockholm University Working Paper, Preliminary Draft, Stockholm 2013).
- Trichet, Jean-Claude, The external and internal dimensions of Europe's competitiveness. Speech at the Institute of International and European Affairs (Dublin 2009).

- Trichet, Jean-Claude, Competitiveness and the smooth functioning of the Economic and Monetary Union. Speech (Liège/Lüttich 2011).
- Turner, Philip; Van't Dack, Jozef, Measuring International Price and Cost Competitiveness (= BIS Economic Papers No. 39, Basel 1993).
- Vogel, Lukas, Structural reforms, fiscal consolidation and external rebalancing in monetary union: a model-based analysis, in: Economic Modelling 29 (2012) 1286-1298.
- Walsh, Brendan, Regaining Competitiveness, The Irish Economy – Blog (18.8.2012); <http://www.irisheconomy.ie/index.php/2012/07/24/regaining-competitiveness/> (letzter Zugriff am 30.4. 2014).
- Weisbrot, Mark; Ray, Rebecca, Latvia's Internal Devaluation: A Success Story? (= Center for Economic and Policy Research Working Paper, Washington, D.C., 2011).

Zusammenfassung

Die Troika forciert im Umgang mit der Krise in den südeuropäischen Ländern Griechenland, Italien, Portugal und Spanien eine „innere Abwertung“ als Lösungsweg zum Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte in der Eurozone. Abwärtsdruck auf Löhne und Preise soll Verbesserungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zur Folge haben und Anpassungen der Leistungsbilanzsalden maßgeblich über die Exportseite ermöglichen. Allerdings drohen einige südeuropäische Länder als Folge des durch die Lohnsenkungen verschärften nachfrageseitigen Deflationsdrucks noch weiter in eine sich selbst verstärkende Schuldendeflationsspirale abzugleiten. Die Troika unterschätzte in den letzten Jahren die negativen Effekte der inneren Abwertung auf Wachstum und Beschäftigung. Die aktuellen Erfahrungen mit den Konsequenzen der Deflationspolitik sind den historischen Erfahrungen europäischer Goldblockländer während der 1930er-Jahre nicht unähnlich. Eine Folge der verschärften Nachfragerückgänge sind besonders starke Anpassungen der Leistungsbilanzsalden im Süden des Euroraumes, die in erheblichem Ausmaß auf die Entwicklung der Importe zurückzuführen sind.

Abstract

In dealing with the crisis in the Southern European countries Greece, Italy, Portugal and Spain, the Troika pushes for internal devaluation: Putting downward pressure on wages and prices in the South of the Eurozone is expected to cause improvements in price competitiveness and adjustments in current account balances via the export channel. As a consequence of demand-driven deflation tendencies, the Southern European countries are in danger of falling further into a vicious cycle of debt deflation. Over the last couple of years, the Troika has underestimated the negative effects of internal devaluation on economic growth and employment. Current developments in Southern Europe are broadly consistent with deflation experiences of European gold bloc countries during the 1930s. To a significant extent, drastic adjustments in current account balances between 2010 and 2013 are due to the slump in aggregate demand and the corresponding effects on imports.

Veränderungen der Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien 2001-2012

Michael Mesch

1. Einleitung

Zu jenen Indikatoren, welche über die Richtung des Strukturwandels und mithin die Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit von hoch entwickelten und hochrangigen urbanen Zentren Aufschluss geben können, zählen der Wandel der Bildungs- und der Berufsstruktur der Beschäftigung. Verbesserungen der Bildungs- bzw. der Berufsstruktur der städtischen Beschäftigung zeigen fortschreitende Spezialisierung der urbanen Wirtschaft auf wissensintensive Dienstleistungs- und Fertigungsbereiche an.

In diesem Beitrag soll anhand von Volkszählungs- und Mikrozensusdaten untersucht werden, in welche Richtung sich die Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien während des Zeitraums 2001-2012 verschob. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob – wie aufgrund von standorttheoretischen Überlegungen und internationalen Vergleichen zu erwarten ist – ein Berufsstrukturwandel zugunsten von hoch qualifizierten Angestelltenberufen erfolgte. Änderungen der berufsbezogenen Qualifikationsstruktur der Beschäftigung ergeben sich nicht nur aus dem Branchenstrukturwandel, sondern auch aus dem brancheninternen Berufsstrukturwandel. In diesem Zusammenhang soll geklärt werden, ob und in welchem Ausmaß eine etwaige berufsstrukturelle Verschiebung in Richtung auf hoch qualifizierte Angestelltenberufe auf Branchenstruktureffekte und/oder brancheninterne Berufsstruktureffekte (qualifikationsbezogene Aufwertung von Sparten und Branchen) zurückgeht.

2. Spezialisierung und wirtschaftsstruktureller Wandel in hochrangigen urbanen Zentren

Hoch entwickelte Volkswirtschaften, deren Unternehmen relativ nahe an der Technik- bzw. Effizienzgrenze operieren, müssen auf innovationsorientierte Wachstumsstrategien setzen.¹ Standorttheoretische Überlegungen lassen erwarten, dass sich hochrangige urbane Zentren mit Hauptstadtfunktion in diesen Ländern vor allem auf wissensintensive

Marktdienstleistungen, auf öffentlich finanzierte Dienstleistungen (Gesundheits-, Bildungswesen, öffentliche Verwaltung) und auf hochrangige Funktionen (Hauptverwaltung etc.) im Bereich anderer Marktdienstleistungen spezialisieren.

Neuere Ansätze der Standorttheorie² wie die „Neue Wirtschaftsgeografie“ tragen der Tatsache Rechnung, dass die Standortentscheidungen von Unternehmen nicht unabhängig voneinander sind, sondern Wechselwirkungen zwischen ihnen bestehen. Die zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebene räumliche Verteilung von Aktivitäten beeinflusst also die Standortbedingungen für neu hinzukommende Betriebe.

Bei den Agglomerationseffekten lassen sich (unternehmens-)interne Effekte (Skaleneffekte) und externe Effekte (Interdependenzen zwischen Betrieben) unterscheiden, bei letzteren Effekten wiederum Lokalisationseffekte (externe Effekte zwischen Betrieben einer Branche) und Urbanisationseffekte (externe Effekte zwischen Betrieben verschiedener Branchen).

Zu den Lokalisationseffekten zählen beispielsweise technische Externalitäten innerhalb einer Branche: Sind Firmen räumlich konzentriert, so kann implizites Wissen über technische und organisatorische Innovationen von Firma zu Firma sickern (*Wissens-Spillovers*, innovative Milieus). Die Vorteile eines regional konzentrierten branchenspezifischen Arbeitsmarktes bestehen darin, dass Unternehmen leichter qualifizierte und angemessen spezialisierte Arbeitskräfte finden.

Urbanisationseffekte sind beispielsweise die wechselseitigen Vorteile (Kosten- und Nachfrageeffekte), die sich aus der regionalen Konzentration von End- und Zwischengüterproduzenten ergeben. Diese Vorteile steigen mit der Größe des regionalen Marktes.

Für wissensintensive, spezialisierte „gebundene“ Dienstleistungen (d. s. solche, die die gleichzeitige physische Anwesenheit von Produzenten und Konsumenten erfordern) sind ein großes Marktgebiet und interne Agglomerationsvorteile von entscheidender Bedeutung: Sie benötigen ein größeres Marktgebiet, um das Kaufkraftvolumen, welches für das Überleben ihrer Anbieter erforderlich ist (die „untere Grenze der Reichweite“) zu erreichen. Derartige gebundene Dienste werden daher vorwiegend in großen Zentren angeboten. Dort können die betreffenden Unternehmungen auch Skalenerträge erzielen: Diese internen Ballungsvorteile kommen u. a. durch eine höhere Auslastung der Kapazitäten zustande.

Für wissensintensive „ungebundene Dienstleistungen“ erweisen sich die Verfügbarkeit und die Zugangskosten zu den benötigten Inputs (v. a. hoch qualifizierte WissensbearbeiterInnen, Informationen und Wissen) sowie externe Agglomerationsvorteile (Lokalisations- und/oder Urbanisationseffekte) als bestimmend für die Standortwahl. Zu den hier relevanten Urbanisationseffekten gehören Kontaktvorteile, eine hohe Informations-

und Wissensdichte (insbesondere in Bezug auf nicht kodifiziertes Wissen), welche Wissens-*Spillovers* begünstigt, ein innovatives Milieu, die Größe des Absatzmarktes, die räumliche Nähe (Standortgemeinschaft) von anderen Unternehmungen aus diesen Branchen, von Unternehmenszentralen von Großfirmen aus der Sachgüterproduktion und dem tertiären Sektor, von öffentlichen Forschungseinrichtungen und Universitäten, ein großes und differenziertes Angebot an hoch qualifizierten Arbeitskräften, die hochwertige Infrastruktur im Verkehrs- und im Telekommunikationsbereich, das reiche Angebot an Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Daraus resultiert für komplexe und nicht standardisierbare Dienstleistungen dieses Typs eine erhebliche räumliche Konzentration. Nur größere Städte und deren Umfeld bieten die relevanten externen Agglomerationsvorteile (Verfügbarkeit von hoch qualifizierten Arbeitskräften, differenziertes Angebot von Wirtschafts- und anderen intermediären Diensten, Wissens-*Spillovers*, generell höhere Informationsdichte).

Empirische Daten zur Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur der europäischen Großstädte bestätigen die theoretischen Erwartungen:³ Hoch entwickelte Großstädte sind auf Marktdienstleistungen und hier vor allem auf wissensintensive Dienste spezialisiert. Sofern diese hochrangigen urbanen Zentren Hauptstädte sind, bilden sie auch national dominierende Zentren öffentlich finanzierter Dienstleistungen.

Beides trifft auch auf Wien zu, wie einschlägige Studien über die Wiener Wirtschaftsstruktur in den letzten Jahren zeigen.⁴ Anhand der Lokalisationskoeffizienten der Erwerbstätigen 2008 belegen Mayerhofer et al. (2010, S. 100f) die Spezialisierung Wiens auf Marktdienste im Allgemeinen (LQ 105,8; hoch entwickelte europäische Großstädte 107,9), im Besonderen auf wissensintensive Dienstleistungen wie Finanzdienste (LQ 108,5 bzw. 131,8) und Sonstige Marktdienstleistungen (darunter die Unternehmensbezogenen Dienste) (LQ 114,5 bzw. 114,1), aber auch auf den Fremdenverkehr (LQ 108,1 bzw. 105,8) sowie Verkehr und Nachrichtenwesen (LQ 105,4 bzw. 100,9) und schließlich die Nicht-Marktdienste (Bildungs-, Gesundheits-, Sozialwesen, öffentliche Verwaltung etc.) (LQ 113,1 bzw. 100,0).

Wandel in der Beschäftigungsstruktur resultiert zum einen aus Verschiebungen zwischen Branchen (Branchenstruktureffekt), zum anderen aus Verschiebungen innerhalb der einzelnen Branchen (brancheninterner Strukturwandel). Letztere ergeben sich aus Änderungen der Anteile von Industrie- bzw. Dienstleistungssparten (ÖNACE-Gruppen = Dreistellern) innerhalb von Branchen (ÖNACE-Abteilungen = Zweistellern) sowie innerhalb der Sparten aus Anteilsänderungen von Unternehmungen, z. B. durch Unternehmensgründungen bzw. -schließungen und durch unterschiedliches Unternehmenswachstum. Ein adäquates Bild des Strukturwandels und folglich der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit von Städ-

ten liefert daher nur eine gemeinsame Analyse des Strukturwandels zwischen und innerhalb der Branchen.⁵

Ursachen der weiter anhaltenden Verschiebungen in der Branchenstruktur der Beschäftigung urbaner Zentren zugunsten des tertiären Sektors können erstens branchenweise unterschiedliche Produktivitätstrends sein, zweitens Veränderungen in der Zusammensetzung der Nachfrage der privaten Haushalte nach Sachgütern und Dienstleistungen, und zwar infolge von unterschiedlichen Einkommenselastizitäten der Nachfrage, von Geschmacksänderungen, von exogen induzierten Änderungen der relativen Preise, aber auch infolge von Änderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung etc. Drittens können tertiäre Branchen auch aufgrund von überproportionalem Wachstum der intermediären Nachfrage und der Endnachfrage (Investitionen, Exporte) von Seiten der Unternehmungen an Bedeutung gewinnen. Viertens fördern die oben ausgeführten Besonderheiten der städtischen Standortbedingungen die Tertiärisierung der Beschäftigung.⁶

Die Studie von Mayerhofer et al. (2010, S. 101ff) zur Wettbewerbsfähigkeit Wiens fördert mehrere hoch relevante Ergebnisse bezüglich des Beschäftigungsstrukturwandels in Wien in den 1990er- und 2000er-Jahren zutage:

1.) verlief der Beschäftigungsstrukturwandel in Wien 1991-2008, gemessen am „Index of Compositional Structural Change“ (ISC), um fast die Hälfte rascher als im Durchschnitt der europäischen Großstädte. Angesichts des empirisch erwiesenen positiven Einflusses strukturellen Wandels auf Produktivitätsentwicklung und Wirtschaftswachstum ist schon dieses Faktum allein grundsätzlich positiv zu bewerten.⁷

Zweifelloos war die erhebliche Beschleunigung des Beschäftigungsstrukturwandels in Wien während der 1990er-Jahre v. a. eine (indirekte) Folge der Ostöffnung ab 1989 und des österreichischen EU-Beitritts 1995. Diese historischen Umbrüche wirkten als „Strukturpeitsche“, zwangen die Wiener Unternehmen, die Modernisierungs- und Rationalisierungsanstrengungen wesentlich zu verstärken.⁸

2.) wird anhand des Entropiemaßes gezeigt, dass sich die Wiener Branchenbeschäftigungsstruktur 1991-2008 der durchschnittlichen Struktur europäischer Großstädte annäherte. Wien nahm also in besonderem Maße an der deutlichen Strukturkonvergenz im europäischen Städtesystem teil.

3.) Gleichzeitig nahm der Branchenspezialisierungsgrad Wiens, gemessen am Hirschman-Herfindahl-Index, nicht etwa ab, sondern zu. Aus den Ergebnissen 2 und 3 kann geschlossen werden, dass die Branchenspezialisierungstendenz in Wien verstärkt mit jenen anderer hoch entwickelter Großstädte im europäischen System gleichgerichtet ist.

4.) Die branchenbezogene Spezialisierung erfolgte in Wien zwischen

1991 und 2008 v. a. in Richtung auf wissensintensive Marktdienste, genauer gesagt auf die überwiegend unternehmensbezogenen „Sonstigen Marktdienste“, und zugunsten des Fremdenverkehrs.

5.) Mayerhofer et al. (2010) ordnen erstmals die Branchen gemäß ÖNACE-2008-Klassifikation nach ihrer Qualifikationsintensität, und zwar sowohl die Sachgüter- als auch die Dienstleistungsbranchen. Hinsichtlich der Entwicklung der unselbstständigen Beschäftigung zwischen 2000 und 2008 zeigt sich, dass im Wiener Dienstleistungssektor die Branchen mit mittlerer, angestelltenorientierter Qualifikation (+1,6% p. a.) und die Branchen mit hoher Qualifikation (+0,8% p. a.) die höchsten Zuwachsraten verzeichneten und in der Sachgüterproduktion ausschließlich die Beschäftigung in Branchen mit hoher Qualifikation zunahm (+1,6% p. a.), während sie in allen anderen Sachgüterbranchen deutlich abnahm. Diese Resultate belegen zum einen die Bedeutung des Strukturwandels zwischen Branchen für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Wiens und zum anderen die sektorunabhängig generelle Richtung des Beschäftigungsstrukturwandels in Wien, nämlich zugunsten von wissensintensiven Aktivitäten.

Janger (2013) zeigt anhand der Indikatoren (1) strukturbereinigte F&E-Intensität des Unternehmenssektors und (2) Qualität der Exporte der Sachgüterbranchen die qualitäts- und wissensbezogene Branchenaufwertung (*upgrading*) in Österreich, d. h. die Verbesserung der Qualitäts- und Wissensintensität der Produktion innerhalb der Branchen.

Diese branchenbezogene Aufwertung resultiert aus der fortschreitenden Spezialisierung auf wissensintensive Sparten und/oder dem Aufstieg auf der Produktqualitätsleiter in den einzelnen Sparten. Beides bedingt die Ausweitung von Innovations- und F&E-Aktivitäten, also die Verschiebung zu Berufen und Tätigkeiten mit höheren Qualifikationsanforderungen, d. h. verstärkten Bedarf an mittel und hoch qualifizierten Beschäftigten.

Die angeführten empirischen Resultate belegen den Beitrag von Branchenstrukturwandel und brancheninternem Strukturwandel zu den Verschiebungen der Beschäftigungsstruktur in Richtung auf wissensintensive Aktivitäten und somit zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft.

3. Berufsstruktureller Wandel der Beschäftigung in Wien – generelle Tendenzen

Bezüglich der Qualifikationen der Erwerbstätigen bietet der Mikrozensus zwei wichtige Indikatoren, nämlich zum einen Daten über den höchsten formalen Ausbildungsabschluss (im Rahmen der schulischen Ausbildung und im Rahmen der Berufsausbildung [Lehrabschluss, Meisterprüfung])

nach der internationalen Bildungsklassifikation ISCED-97 („International Standard Classification of Education“) und zum anderen Daten über den ausgeübten Beruf gemäß der internationalen Berufssystematik ISCO-08 („International Standard Classification of Occupations“), die das Element der Bildungsqualifikation stark berücksichtigt (siehe dazu Kapitel 3.1). Während die Bildungsabschlüsse der Berufstätigen lediglich das Potenzial des verfügbaren Humankapitals anzeigen, liefern Daten zur Berufsstruktur der Beschäftigung Hinweise auf das tatsächlich aktivierte Humankapital und das Ausmaß seiner Spezialisierung.

Hoch entwickelte Volkswirtschaften wie Österreich spezialisieren sich zunehmend auf wissensintensive Aktivitäten. In noch stärkerem Maße gilt das für hochrangige urbane Zentren in ebendiesen Ländern, so auch für Wien, wie in Kapitel 2 anhand einschlägiger Literatur gezeigt wurde. Zum Nachweis der fortschreitenden Spezialisierung auf wissensintensive Aktivitäten werden dort erstens Indikatoren des (Beschäftigungs-)Strukturwandels zwischen Branchen und zweitens Indikatoren für den Strukturwandel innerhalb von Branchen herangezogen. Weitere Indikatoren, welche über die Richtung des Strukturwandels und mithin die Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit von hoch entwickelten und hochrangigen urbanen Zentren Aufschluss geben können, sind der Wandel der Bildungs- bzw. der Berufsstruktur der Beschäftigung. Mit anderen Worten: Verbesserungen der Bildungs- bzw. der Berufsstruktur der städtischen Beschäftigung zeigen fortschreitende Spezialisierung der urbanen Wirtschaft auf wissensintensive Dienstleistungs- und Fertigungsbereiche an. In diesem Beitrag gilt das Augenmerk dem Indikator Berufsstrukturwandel der Beschäftigung.

Änderungen der Struktur der berufsbezogenen Qualifikationen der Erwerbstätigen resultieren aus:⁹

1.) dem Strukturwandel zwischen Branchen (ÖNACE-Abteilungen) (Branchenstruktureffekt);

2.) dem Strukturwandel innerhalb der einzelnen Branchen. Dieser wiederum kann verschiedene Ursachen haben:

a) Verschiebungen zwischen Sparten (ÖNACE-Gruppen) innerhalb der einzelnen Branchen (Spartenstruktureffekt);

b) Veränderungen der Unternehmensstruktur innerhalb der einzelnen Sparten, durch Ein- bzw. Austritt von Unternehmen und/oder Verschiebungen zu schneller wachsenden Unternehmen (Unternehmensstruktureffekt);

c) Berufsstrukturverschiebungen in den einzelnen Unternehmen (Berufsstruktureffekt). Solche ergeben sich aus fortschreitender Arbeitsteilung und Spezialisierung, aus der Diffusion neuer Techniken, insbesondere der universellen Anwendung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken (IKT) (qualifikationsverzerrter technischer Fort-

schritt¹⁰), damit verbundenen und zusätzlichen organisatorischen Anpassungen¹¹ sowie überhaupt aus Prozess- und Produktinnovationen.

d) Veränderungen der Tätigkeitsstruktur in einzelnen Berufen (Tätigkeitsstruktureffekt), ebenfalls aus den unter c) genannten Gründen. Die Tätigkeiten werden anspruchsvoller und komplexer hinsichtlich der Aufgabeninhalte und Qualifikationsanforderungen,¹² ihre Struktur verschiebt sich in den hoch entwickelten Ländern tendenziell zugunsten von analytischen Nichtroutinetätigkeiten, interaktiven Nichtroutinetätigkeiten und manuellen Nichtroutinetätigkeiten sowie zulasten von kognitiven Routinetätigkeiten und manuellen Routinetätigkeiten.¹³

Die in Kapitel 2 angesprochene qualitäts- und wissensbezogene Aufwertung von Branchen und der Aufstieg von Unternehmen auf der Produktqualitätsleiter in den einzelnen Sparten spiegeln sich in den Effekten 2a) bis 2d) wider, denn derartiger brancheninterner Strukturwandel bedingt verstärkte Nachfrage nach Personen mit höherer berufsbezogener Qualifikation. Während anhand der Veränderungen der branchenbezogenen Berufsstrukturen der Beschäftigung Aufschlüsse über die Richtung des Strukturwandels in den einzelnen Wirtschaftsklassen gewonnen werden können, erlauben die Mikrozensusdaten aus verschiedenen Gründen keine Aussagen über die Bedeutung der Effekte 2a) bis 2d) im Einzelnen.

3.1 Berufe nach ÖISCO-08

Seit 2011 kommt in Österreich die neue Systematik der Berufe ÖISCO-08 zur Anwendung.¹⁴ Die ÖISCO-08 ist die nationale Version der „ISCO-08 International Standard Classification of Occupations“ der ILO. Sie löste die vorhergegangene Klassifikation ÖISCO-88 ab.

Die ISCO-Berufssystematik, welche im Vergleich zu früheren Berufsklassifikationen (etwa der „Österreichischen Berufssystematik“ ÖBS) verstärkt das Element der Bildungsqualifikation (höchster formaler Bildungsabschluss) berücksichtigt, sieht auf der höchsten Aggregationsebene auch in der aktuellen Version ÖISCO-08 zehn „Berufshauptgruppen“ (Einsteller) vor. Die Erfassungsbereiche der einzelnen Berufshauptgruppen gemäß ÖISCO-08 sind jedoch in keinem Fall deckungsgleich mit den Erfassungsbereichen der jeweiligen Vorläufer-Berufshauptgruppen aus ÖISCO-88.¹⁵ Die Anzahl der Untergliederungen in den (unverändert) drei Hierarchieebenen darunter (Berufsgruppen, Berufsuntergruppen, Berufsgattungen) wurde jeweils deutlich erhöht. Auf der zweiten Hierarchieebene beträgt die Anzahl der „Berufsgruppen“ nun 43 statt bisher 28:

<1> „Führungskräfte“: Die bisher auf der Zweisteller-Ebene für den Bereich der Privatwirtschaft bestehende Unterscheidung zwischen „Geschäftsleitern und Geschäftsbereichsleitern in großen Unternehmen“ und „Leitern kleiner Unternehmen“ wurde beseitigt. Die neue Struktur besteht

aus vier Berufsgruppen: <11> „Geschäftsführer, Vorstände, leitende Verwaltungsbedienstete und Angehörige gesetzgebender Körperschaften“, <12> „Führungskräfte im kaufmännischen Bereich“, <13> „Führungskräfte in der Produktion und bei speziellen Dienstleistungen“, <14> „Führungskräfte in Hotels und Restaurants, im Handel und in der Erbringung sonstiger Dienstleistungen“. Im Gegensatz zu den Berufshauptgruppen 2 bis 9 ist die Hauptgruppe 1 nicht einem bestimmten ausbildungsbezogenen Anforderungsniveau zugeordnet. (Laut MZ-AKE hatten im Durchschnitt der Jahre 2011 und 2012 von den Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) am Arbeitsort Wien in der Berufshauptgruppe <1> 48% einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, 18% eine BHS-Matura, 15% einen Lehrabschluss und jeweils 7% eine AHS-Matura bzw. einen BMS-Abschluss.)

<2> „Akademische Berufe“: <21> „Naturwissenschaftler, Mathematiker und Ingenieure“, <22> „Akademische und verwandte Gesundheitsberufe“, <23> „Lehrkräfte“, <24> „Betriebswirte und vergleichbare akademische Berufe“, <25> „Akademische und vergleichbare Fachkräfte in der Informations- und Kommunikationstechnologie“, <26> „Juristen, Sozialwissenschaftler und Kulturberufe“. Für die Zuordnung eines Berufs zur Hauptgruppe <2> ist eine Qualifikation auf tertiärem Bildungsniveau erforderlich, und zwar ein Abschluss einer Universität, Hochschule, Fachhochschule oder Akademie. In der ISCO-88 wurden KindergärtnerInnen und VolksschullehrerInnen je nach Ausbildung in Berufshauptgruppe <2> oder <3> klassifiziert. Sie werden nun einheitlich der Hauptgruppe <2> zugeordnet.

<3> „Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe“: <31> „Ingenieurtechnische und vergleichbare Fachkräfte“, <32> „Assistenzberufe im Gesundheitswesen“, <33> „Nicht akademische betriebswirtschaftliche und kaufmännische Fachkräfte und Verwaltungsfachkräfte“, <34> „Nicht akademische juristische, sozialpflegerische, kulturelle und verwandte Fachkräfte“, <35> „Informations- und Kommunikationstechniker“. Der Hauptgruppe <3> werden Berufe mit folgenden Bildungsanforderungen zugeordnet: Abschluss eines Kollegs, BHS-Matura, AHS-Matura oder Abschluss einer Akademie für medizinisch-technische Dienste.

Voraussetzung für die Einstufung eines Berufs in den Hauptgruppen <4> bis <8> ist ein BMS- oder Lehrabschluss.

<4> „Bürokräfte und verwandte Berufe“: <41> „Allgemeine Büro- und Sekretariatskräfte“, <42> „Bürokräfte mit Kundenkontakt“, <43> „Bürokräfte im Finanz- und Rechnungswesen, in der Statistik und in der Materialwirtschaft“, <44> „Sonstige Bürokräfte und verwandte Berufe“.

<5> „Dienstleistungsberufe und Verkäufer“: <51> „Berufe im Bereich personenbezogener Dienstleistungen“, <52> „Verkaufskräfte“, <53> „Betreuungsberufe“, <54> „Schutzkräfte und Sicherheitsbedienstete“.

<6> „Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei“: <61>

„Fachkräfte in der Landwirtschaft“, <62> „Fachkräfte in Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd“, <63> „Landwirte, Fischer, Jäger und Sammler für den Eigenbedarf“.

<7> „Handwerks- und verwandte Berufe“: <71> „Bau- und Ausbaufachkräfte sowie verwandte Berufe, ausgenommen Elektriker“, <72> „Metallarbeiter, Mechaniker und verwandte Berufe“, <73> „Präzisionshandwerker, Drucker und kunsthandwerkliche Berufe“, <74> „Elektriker und Elektroniker“, <75> „Berufe in der Nahrungsmittelverarbeitung, Holzverarbeitung und Bekleidungsherstellung und verwandte handwerkliche Fachkräfte“.

<8> „Bediener von Anlagen und Maschinen und Montageberufe“: <81> „Bediener stationärer Anlagen und Maschinen“, <82> „Montageberufe“, <83> „Fahrzeugführer und Bediener mobiler Anlagen“.

<9> „Hilfsarbeitskräfte“: <91> „Reinigungspersonal und Hilfskräfte“, <92> „Hilfsarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei“, <93> „Hilfsarbeiter im Bergbau, im Bau, bei der Herstellung von Waren und im Transportwesen“, <94> „Hilfskräfte in der Nahrungsmittelzubereitung“, <95> „Straßenhändler und auf der Straße arbeitende Dienstleistungsberufe“, <96> „Abfallentsorgungsarbeiter und sonstige Hilfsarbeitskräfte“. Berufe der Hauptgruppe <9> erfordern keine über die Pflichtschule hinausgehende formale oder arbeitsplatzspezifische Ausbildung.

<0> „Angehörige der regulären Streitkräfte“: <01> „Offiziere in regulären Streitkräften“, <02> „Unteroffiziere in regulären Streitkräften“, <03> „Angehörige der regulären Streitkräfte in sonstigen Rängen“. Innerhalb dieser Berufshauptgruppe erfordert jede der drei Berufsgruppen ein anderes ausbildungsbezogenes Anforderungsniveau gemäß ISCO, nämlich das vierte (Offiziere), das zweite (Unteroffiziere) bzw. das erste (sonstige Ränge).

3.2 Datenquelle Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

Einzige Quelle zu den ausgeübten Berufen der Erwerbstätigen ist nun die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.¹⁶ Der Mikrozensus ist eine Haushaltsbefragung. Die Stichprobenbasis für den Mikrozensus ist das Zentrale Melderegister (ZMR), d. h. befragt und erfasst werden potenziell alle Personen, die in Österreich wohnhaft und gemeldet sind (Inländerkonzept), unabhängig davon, ob sich ihr Arbeitsort im Inland oder im Ausland befindet. Die Stichprobe umfasst pro Quartal jeweils rd. 45.000 Personen. Da es sich bei der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung um eine Stichprobenerhebung handelt, sind die Ergebnisse mit Zufallsschwankungen behaftet. Werte mit weniger als hochgerechnet 6.000 Personen sind stark zufallsbehaftet, und Werte mit weniger als hochgerechnet 3.000 Personen sind statistisch nicht interpretierbar.

Nach dem ILO-Konzept gilt eine Person dann als erwerbstätig, wenn sie

in der Referenzwoche zumindest eine Stunde gearbeitet hat. Um jedoch Verzerrungen durch die Häufung von geringfügig Beschäftigten in bestimmten Dienstleistungsbranchen (Aufblähen der dortigen Kopfzahlen, Überzeichnen des betreffenden Arbeitsvolumens) zu korrigieren, werden in der vorliegenden Untersuchung wenn möglich die geringfügig Beschäftigten (definiert als Personen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 12 Stunden) aus dem betrachteten Personenkreis ausgeschlossen.

Personen in Elternkarenz mit aufrechter Dienstverhältnis, deren Karenz nicht länger als 22 Monate dauert, sowie Lehrlinge zählen ebenfalls zu den Erwerbstätigen.

Von der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung nicht erfasst werden hingegen

- Personen, die in Österreich arbeiten, aber nicht gebietsansässig sind (EinpendlerInnen aus dem Ausland);
- Präsenz- und Zivildienstler;
- Erwerbstätige in Anstalts Haushalten;
- Erwerbstätige unter 15 Jahren.

Leiharbeitskräfte werden im Mikrozensus nicht generell in der ÖNACE-2008-Abteilung 78 „Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften“, sondern in jener Wirtschaftstätigkeit klassifiziert, in der sie tatsächlich arbeiten.

Im Falle einer Mehrfachbeschäftigung geben die Auskunftserteilenden im Mikrozensus selbst an, welches Beschäftigungsverhältnis als die Haupterwerbstätigkeit angesehen werden soll.

3.3 Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung 2001-2012

Die Grundgesamtheit dieser Untersuchung sind, wenn nicht Hinweise auf eine Abweichung erfolgen, die am Arbeitsort Wien tätigen Erwerbspersonen ohne die geringfügig Beschäftigten (definiert über eine Wochenarbeitszeit von 1 bis 11 Stunden). Erfasst werden somit die in Wien wohnansässigen und beschäftigten Berufstätigen sowie die aus den anderen Bundesländern zur Arbeit nach Wien einpendelnden Berufstätigen, nicht aber die in Wien wohnansässigen, aber außerhalb Wiens arbeitenden Berufstätigen.

Im Hinblick auf ihren Erwerbsstatus besteht die obige Grundgesamtheit aus folgenden Personenkategorien:

- Erwerbstätige:
 - Selbstständig Erwerbstätige und Mithelfende:
 - Selbstständige. Selbstständige sind InhaberInnen von Betrieben bzw. Personen, die auf eigene Rechnung arbeiten.
 - Mithelfende Familienangehörige. Dies sind Personen, die ohne förmliches Arbeitsverhältnis im Betrieb eines Familienangehörigen mithelfen.

- Unselbstständig Erwerbstätige (einschließlich KarenzgeldbezieherInnen, aber ohne Präsenz- und Zivildienstler und ohne geringfügig Beschäftigte):
 - Angestellte, Vertragsbedienstete und BeamtInnen;
 - ArbeiterInnen;¹⁷
 - Lehrlinge;
- Arbeitslose.

Tabelle 1 zeigt die Zahl der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) am Arbeitsort Wien im Jahr 2001 und im Durchschnitt der Jahre 2011 und 2012 nach ÖISCO-08-Berufshauptgruppen, die Anteile derselben an der Gesamtheit und die jeweiligen Anteilsänderungen im Beobachtungszeitraum (siehe dazu auch Abb. 1). Tabelle 2 präsentiert die entsprechenden Daten bezüglich der 42 ÖISCO-08-Berufsgruppen.

1.) Die Tertiärisierung der Beschäftigung kann anhand von drei Merkmalen der Berufstätigen gemessen werden: erstens anhand des Produktionsschwerpunkts des Betriebs, dem ein Berufstätiger angehört, zweitens anhand der Berufszugehörigkeit und drittens anhand der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit. Da über die Tätigkeitsverteilung in Österreich keine Daten vorliegen, bleiben nur die ersten beiden Möglichkeiten der Messung.

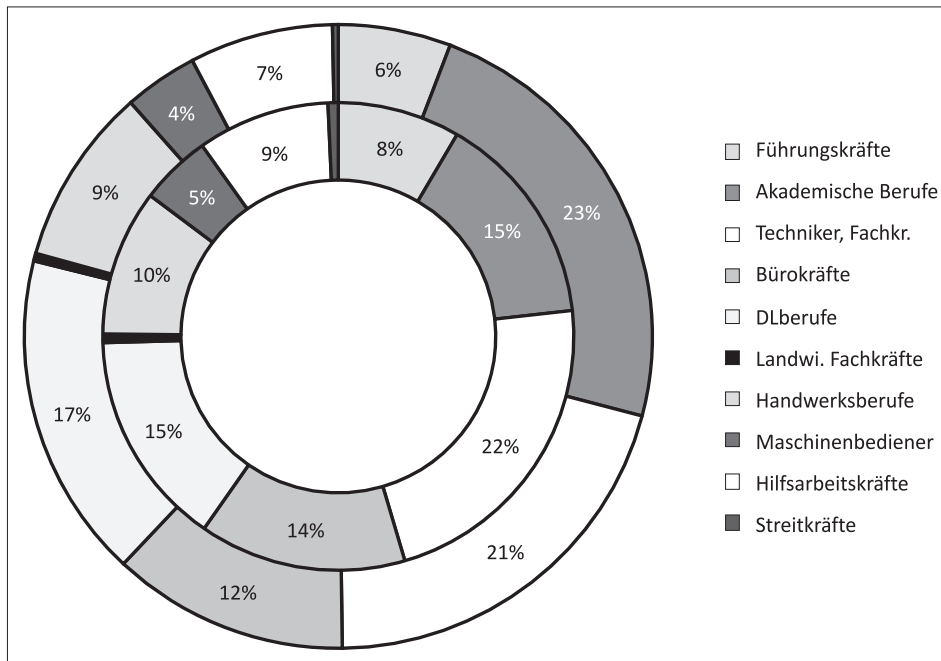
Tabelle 1: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien nach ÖISCO-08-Berufshauptgruppen 2001 und 2011/12

Berufshauptgruppen	Zahl d. Erwerbspers. (Tsd.)		Anteil an Gesamt (%)		Anteilsänd. (%-punkte)
	VZ 2001	MZ Ø 2011/12	VZ 2001	MZ Ø 2011/12	
(1) Führungskräfte	67,7	52,9	8,4	5,8	-2,6
(2) Akademische Berufe	119,6	212,3	14,8	23,3	8,5
(3) Techniker u. gleichrang. nichttechn. Berufe	179,5	189,0	22,2	20,8	-1,5
(4) Bürokräfte u. verwandte Berufe	115,0	110,7	14,2	12,2	-2,1
(5) Dienstleistungsberufe u. Verkäufer	120,4	153,7	14,9	16,9	2,0
(6) Fachkräfte in Land- u. Forstwirtschaft	5,0	3,5	0,6	0,4	-0,2
(7) Handwerks- u. verwandte Berufe	81,4	84,2	10,1	9,3	-0,8
(8) Bediener v. Anlagen u. Masch., Monteure	39,9	35,0	4,9	3,8	-1,1
(9) Hilfsarbeitskräfte	73,7	67,5	9,1	7,4	-1,7
(0) Angehörige d. regulären Streitkräfte	5,9	1,5	0,7	0,2	-0,6
Gesamt	808,2	910,2	100,0	100,0	

Quellen: Volkszählung 2001 bzw. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2011 und 2012 (jeweils Durchschnittswerte der beiden Jahre); eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten. Grundgesamtheit: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ 1-11 Std.)

Die berufsbezogenen Daten der VZ 2001 wurden im Nachhinein von ÖISCO-88 auf ÖISCO-08 umgeschlüsselt.

Abbildung 1: Anteile der Berufshauptgruppen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen (ohne geringf. Beschäftigte) am Arbeitsort Wien 2001 und 2011/12 (innerer Ring: 2001; äußerer Ring: 2011/12)



Quelle: Tabelle 1.

Der Anteil des Dienstleistungssektors (ÖNACE-2003-Abteilungen <50-99>) an der Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) am Arbeitsort Wien erhöhte sich von 82,1% (2001) auf 82,9% (2009/10).¹⁸

Zur empirischen Bestandsaufnahme der Tertiärisierung der Beschäftigung unter Bezugnahme auf das Merkmal des ausgeübten Berufs wurden alle Berufsgruppen laut ISCO-08-Systematik jeweils einer von drei Kategorien zugeordnet: den Land- und forstwirtschaftlichen Berufen, den Fertigungsberufen oder den Dienstleistungsberufen:

- Land- und forstwirtschaftliche Berufe: Fachkräfte in der Land- und Forstwirtschaft <6>, Land- und forstwirtschaftliche Hilfsarbeiter <92>;
- Fertigungsberufe: Handwerks- und verwandte Berufe <7>, Bediener stationärer Anlagen und Maschinen <81>, Montageberufe <82>, Hilfsarbeiter im Bergbau, Baugewerbe, in der Warenherstellung und im Transportwesen <93>, Hilfskräfte in der Nahrungsmittelzubereitung <94>;
- Dienstleistungsberufe: Führungskräfte <1>, Akademische Berufe <2>, Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe <3>, Büro-

kräfte und verwandte Berufe <4>, Dienstleistungsberufe und Verkäufer <5>, Fahrzeugführer und Bediener mobiler Anlagen <83>, Reinigungspersonal und Hilfskräfte <91>, Straßenhändler und verwandte Dienstleistungskräfte <95>, Abfallentsorgungsarbeiter, sonstige Hilfsarbeitskräfte <96>, Angehörige der regulären Streitkräfte <0>.

Tabelle 2: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien nach ÖISCO-08-Berufsgruppen 2001 und 2011/12

Berufshauptgruppen	Zahl d. Erwerbspers. (Tsd.)		Anteil an Gesamt (%)		Anteilsänd. (%-punkte)
	VZ 2001	MZ Ø 2011/12	VZ 2001	MZ Ø 2011/12	
(11) Gesch.führer, Vorstände, leit. Verw.bed.	5,4	5,1	0,7	0,6	-0,1
(12) Führungskräfte im kaufmänn. Bereich	24,6	25,0	3,0	2,7	-0,3
(13) Führungskräfte in d. Prod. u. bei spez. DL	23,8	14,9	3,0	1,6	-1,3
(14) Führ.kräfte im FV, Handel, sonst. DL	13,9	7,8	1,7	0,9	-0,9
(21) Naturwiss., Mathematiker u. Ingenieure	17,6	28,6	2,2	3,1	1,0
(22) Akad. u. verwandte Gesundheitsberufe	16,0	20,9	2,0	2,3	0,3
(23) Lehrkräfte	32,7	47,4	4,0	5,2	1,2
(24) Betriebswirte u. vergleichb. akad. Berufe	19,4	42,6	2,4	4,7	2,3
(25) Akad. u. vergleichb. Fachkr. in d. IKT	11,8	27,9	1,5	3,1	1,6
(26) Juristen, Sozialwiss., Kulturberufe	22,0	44,8	2,7	4,9	2,2
(31) Ingenieurtechn. u. vergleichb. Fachkräfte	42,8	36,9	5,3	4,1	-1,2
(32) Assistenzberufe im Gesundheitswesen	30,5	35,5	3,8	3,9	0,1
(33) Nichtakad. kaufm., Verwaltungsfachkr.	83,7	88,2	10,4	9,7	-0,7
(34) Nichtakad. jurist., sozialpfleg., kult. Fachkr.	15,3	14,2	1,9	1,6	-0,3
(35) Informations-, Kommunikationstechniker	7,2	14,1	0,9	1,5	0,7
(41) Allgemeine Büro- und Sekretariatskräfte	58,2	55,6	7,2	6,1	-1,1
(42) Bürokräfte mit Kundenkontakt	25,1	22,5	3,1	2,5	-0,6
(43) Bürokr. im Finanz-, Rechnungsw., Mat.wi.	24,2	25,1	3,0	2,8	-0,2
(44) Sonstige Bürokräfte u. verw. Berufe	7,6	7,6	0,9	0,8	-0,1
(51) Berufe im Bereich personenbez. DL	43,6	54,7	5,4	6,0	0,6
(52) Verkaufskräfte	54,9	63,8	6,8	7,0	0,2
(53) Betreuungsberufe	16,2	22,5	2,0	2,5	0,5
(54) Schutzkräfte u. Sicherheitsbedienstete	5,7	12,6	0,7	1,4	0,7
(61) Fachkräfte in d. Landwirtschaft	4,9	3,4	0,6	0,4	-0,2
(62) Fachkräfte in d. Forstwirtschaft	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
(71) Baufachkräfte sowie verwandte Berufe	26,2	36,0	3,2	3,9	0,7
(72) Metallarbeiter, Mechaniker, verw. Berufe	26,6	16,9	3,3	1,9	-1,4
(73) Präzisions-, Kunsthandwerker, Drucker	4,8	4,5	0,6	0,5	-0,1
(74) Elektriker u. Elektroniker	12,8	18,9	1,6	2,1	0,5
(75) Ber. d. Nahr.m.-, Holzverarb., Bekleid.her.	11,1	8,0	1,4	0,9	-0,5

Berufshauptgruppen	Zahl d. Erwerbspers. (Tsd.)		Anteil an Gesamt (%)		Anteilsänd. (%-punkte)
	VZ 2001	MZ Ø 2011/12	VZ 2001	MZ Ø 2011/12	
(81) Bediener stationärer Anlagen u. Masch.	8,7	6,0	1,1	0,7	-0,4
(82) Montageberufe	3,1	2,3	0,4	0,2	-0,1
(83) Fahrzeugführer, Bediener mob. Anlagen	28,1	26,7	3,5	2,9	-0,5
(91) Reinigungspersonal u. Hilfskräfte	37,1	31,8	4,6	3,5	-1,1
(92) Hilfsarbeiter in d. Land- und Forstwirtsch.	0,3	0,3	0,0	0,0	0,0
(93) Hilfsarb. im Bau, Warenherst., Transport	21,6	18,8	2,7	2,1	-0,6
(94) Hilfskr. in d. Nahrungsmittelzubereitung	8,1	9,4	1,0	1,0	0,0
(95) Straßenhändler, verw. DLkräfte	0,3	0,2	0,0	0,0	0,0
(96) Abfallentsorg.arb., sonst. Hilfsarbeitskr.	6,4	7,0	0,8	0,8	0,0
(01) Offiziere in regulären Streitkräften	1,3	0,8	0,2	0,1	-0,1
(02) Unteroffiziere in regulären Streitkräften	3,0	0,6	0,4	0,1	-0,3
(03) Angehörige d. Streitkräfte in so. Rängen	1,7	0,1	0,2	0,0	-0,2
Gesamt	808,2	910,2	100,0	100,0	

Quellen: Volkszählung 2001 bzw. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2011 und 2012 (jeweils Durchschnittswerte der beiden Jahre); eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

Grundgesamtheit: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ 1-11 Std.)

Die berufsbezogenen Daten der VZ 2001 wurden im Nachhinein von ÖISCO-88 auf ÖIS-CO-08 umgeschlüsselt.

Der Anteil der Erwerbspersonen in Dienstleistungsberufen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen erhöhte sich in Wien in den 2000er-Jahren ausgehend von einem bereits sehr hohen Niveau weiter, nämlich von 84,1% (2001) auf 86,3% (2011/12). Das Ausmaß der berufsbezogenen Tertiärisierung der Beschäftigung geht somit nicht unerheblich über das Ausmaß der sektorbezogenen Tertiärisierung der Beschäftigung hinaus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nicht nur der weit überwiegende Teil der in Betrieben des tertiären Sektors tätigen Erwerbspersonen Dienstleistungsberufe ausübt, sondern auch rund die Hälfte der in Betrieben der Sachgüterproduktion tätigen Personen. Der Anteil der Fertigungsberufe fiel im Beobachtungszeitraum von 15,2% auf 13,2%, eine Folge der anhaltenden Deindustrialisierung der Beschäftigung Wiens und der fortgesetzten „inneren Tertiärisierung“ der Beschäftigung in den Betrieben, Sparten und Branchen der Sachgüterproduktion.

2.) Die Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien verschob sich während der 2000er-Jahre deutlich zugunsten der hoch qualifizierten Angestelltenberufe: Der Anteil der drei Hauptgruppen <1> Führungskräfte, <2> Akademische Berufe und <3> Technische und nichttechnische Fachkräfte an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen stieg von 45,4% um 4,4 Prozentpunkte

auf 49,8% (siehe Tabelle 1). Bereits rund die Hälfte der am Arbeitsort Wien Beschäftigten ist somit den hoch qualifizierten WissensbearbeiterInnen in Berufen mit mindestens Maturaniveau zuzuordnen.

Hervorzuheben ist, dass der Anteilszuwachs der hoch qualifizierten Angestelltenberufe zwischen 2001 und 2011/12 ausschließlich auf die Dynamik der Beschäftigungsentwicklung im Bereich der am höchsten qualifizierten Berufskategorie, nämlich der Akademischen Berufe, zurückgeht. Deren Anteil nahm von 14,8% um nicht weniger als 8,5 Prozentpunkte auf 23,3% zu.

Dieser sehr starke Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung in Richtung auf die am höchsten qualifizierten Angestelltenberufe ist als eindeutiger Beleg für den Strukturwandel der Wiener Wirtschaft zugunsten von wissens- und humankapitalintensiven Aktivitäten zu werten.

Die Erwerbspersonenquote der Managementberufe verringerte sich während der Beobachtungsperiode um 2,6 Prozentpunkte. Im absoluten und relativen Rückgang der Zahl der Führungskräfte spiegelt sich vermutlich die Tendenz zu flacherer Hierarchie in den Betrieben wider.

Die Zahl der Techniker und nichttechnischen Fachkräfte auf Maturaniveau erhöhte sich zwar, ihr Anteil ging aber um 1,5 Prozentpunkte zurück. In dieser Berufshauptgruppe stand Anteilsverlusten der Ingenieurtechnischen Fachkräfte <31>, der Nichtakademischen kaufmännischen und Verwaltungsfachkräfte <33> und der Nichtakademischen juristischen, sozialpflegerischen und kulturellen Fachkräfte <34> ein Anteilsgewinn der Informations- und Kommunikationstechniker <35> gegenüber, während der Anteil der Assistenzberufe im Gesundheitswesen <32> an der Gesamtheit der Berufstätigen nahezu unverändert blieb (siehe Tabelle 2).

Die anhaltende Zunahme der Beschäftigung von Technischen und nichttechnischen Fachkräften zeigt, dass zumindest im Aggregat keine Substitution von Angestellten in Fachkräfteberufen durch Angestellte in Akademischen Berufen erfolgte. Ob in einzelnen Dienstleistungsbranchen derartige Verdrängungsprozesse stattfanden, wird noch zu prüfen sein (siehe Kapitel 4).

Innerhalb der Hauptgruppe der Akademischen Berufe verzeichneten alle sechs Berufsgruppen Anteilszuwächse an der Gesamtheit der Erwerbspersonen, wobei die höchsten Quotenanstiege auf die Betriebswirte und vergleichbare akademische Berufe <24> sowie die Juristen, Sozialwissenschaftler und Kulturberufe <26> entfielen.

Im Bereich der Managementberufe schließlich verloren drei von vier Berufsgruppen Beschäftigungsanteile. Lediglich der Anteil der obersten Kategorie, der Berufsgruppe der Geschäftsführer, Vorstände und leitenden Verwaltungsbediensteten <11>, blieb fast unverändert.

3.) Der Anteil der Angestelltenberufe insgesamt (Berufshauptgruppen <1-5>) an der Gesamtheit der am Arbeitsort Wien tätigen Erwerbsperso-

nen (ohne geringfügig Beschäftigte) nahm auch in den 2000er-Jahren weiter zu, nämlich von 74,5% um 4,4 Prozentpunkte auf 78,9%. Dieser Zuwachs geht ausschließlich auf die Beschäftigungsdynamik im Bereich der hoch qualifizierten Angestelltenberufe <1-3> zurück, deren Erwerspersonenquote wie festgestellt um 4,4 Prozentpunkte stieg, während jene der mittel qualifizierten Angestelltenberufe (Hauptgruppen <4> und <5>) bei rund 29% verharnte.

Im Bereich der mittel qualifizierten Angestelltenberufe wiederum, die einen Lehr- oder BMS-Abschluss voraussetzen, standen einander zwei Entwicklungstendenzen gegenüber, die einander hinsichtlich der Anteilsänderungen fast aufhoben. Zum einen verringerte sich die Zahl der Büroangestellten <4>, und ihr Beschäftigungsanteil fiel um 2 Prozentpunkte. Zum anderen stieg die Zahl der in Dienstleistungsberufen und im Verkauf tätigen Erwerbspersonen <5> deutlich, und ihre Berufstätigenquote erhöhte sich um 2 Prozentpunkte.

Die meisten der Berufe der Hauptgruppe <5> weisen einen hohen Anteil an interaktiven Nichtroutinetätigkeiten auf. Baethge (2011, S. 450f) definiert interaktive Tätigkeiten als solche, „die unmittelbar bedürfnisbezogen auf ein konkretes Gegenüber gerichtet sind, dessen Wille die Richtschnur für das Arbeitshandeln abgibt“. Das Bedürfnis der KundInnen im Warenaustausch, der KlientInnen in der Betreuung, der PatientInnen im Pflegewesen usw. zu präzisieren und gemeinsam Wege zu seiner Befriedigung zu erarbeiten, macht den Kern interaktiver Dienstleistungsarbeit aus. Das Gegenüber ist nicht nur Adressat, sondern zugleich Mitproduzent der Tätigkeit.

In der Hauptgruppe der Bürokräfte <4> verzeichneten alle vier Berufsgruppen Anteilsverluste, wobei jene der Allgemeinen Büro- und Sekretariatskräfte <41> mit Abstand am höchsten ausfielen (siehe Tabelle 2). Bezüglich der Hauptgruppe <5> sind für alle vier Berufsgruppen – Personenbezogene Dienstleistungsberufe <51>, Verkaufskräfte <52>, Betreuungsberufe <52>, Sicherheitsbedienstete <53> – Anteilsgewinne zu konstatieren.

Alles in allem sind im Bereich der Angestelltenberufe somit drei Haupttendenzen auszumachen: erstens der sehr ausgeprägte Strukturwandel zugunsten der Akademischen Berufe, also der am höchsten qualifizierten WissensbearbeiterInnen, zweitens eine bedeutende Verschiebung zugunsten der mittel qualifizierten, überwiegend interaktiven Angestelltenberufe und drittens eine erhebliche Verlagerung zulasten der mittel qualifizierten Büroangestellten.

4.) Für die Polarisierungsthese, die besagt, dass sich die Beschäftigung in dienstleistungsorientierten Berufsgruppen tendenziell polarisiere, hohen Zuwächsen in Berufsfeldern mit hohen Qualifikationsanforderungen auch hohe Zuwächse in wenig anspruchsvollen Dienstleistungsberu-

fen gegenüberstünden, findet sich in den Daten für Wien keine Evidenz. Wie aus Tabelle 1 zu entnehmen ist, verringerte sich der Erwerbspersonenanteil der Hilfsarbeitskräfte <9> zwischen 2001 und 2011/12 um 1,7 Prozentpunkte. Und diese rückläufige Tendenz betraf in besonderem Maße Dienstleistungshilfskräfte: Der Anteil der quantitativ bei Weitem bedeutendsten Berufsgruppe der Dienstleistungshilfskräfte, nämlich jener der Reinigungs- und Hilfskräfte <91>, an der Gesamtheit der Berufstätigen am Arbeitsort Wien reduzierte sich um 1,1 Prozentpunkte (siehe Tabelle 2).

5.) Wie Mayerhofer et al. (2010, S. 100) konstatieren, ist die Deindustrialisierung (Rückgang des Beschäftigungsanteils der Sachgüterproduktion) in Wien „schon weiter fortgeschritten ... als selbst im hoch entwickelten Teilsample“ der europäischen Vergleichsstädte. Zwischen 1991 und 2008 verringerte sich der auf die Erwerbstätigen Bezug nehmende Lokalisationsquotient der Sachgütererzeugung (verarbeitende Industrie, produzierendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau) um 12,7 Prozentpunkte auf 66,7 (Vergleichswert der hoch entwickelten europäischen Großstädte: 82,0). Auch die Beschäftigung im Bauwesen ist nach noch überdurchschnittlichen Werten 1991 mittlerweile unter den Durchschnitt vergleichbarer Städte gefallen.

Beide Fakten – Niveau und Entwicklungstendenz der Beschäftigung im Sachgüterbereich – spiegeln sich auch in der Berufsstruktur der Beschäftigung bzw. deren Veränderung wider: Der Erwerbspersonenanteil der Handwerksberufe <7> und der Maschinenbediener <8> beträgt 2011/12 nur noch 13,1%, und zwischen 2001 und 2011/12 sank dieser Anteil um 1,9 Prozentpunkte.

Die Anteilsentwicklungen der einzelnen Berufsgruppen in den Hauptgruppen <7> und <8> verliefen nicht einheitlich: Während Baufachkräfte <71> sowie Elektriker und Elektroniker <74> jeweils Anteile gewannen, verloren alle anderen Gruppen, wobei die Metallarbeiter und Mechaniker <72> den mit Abstand höchsten Anteilsverlust erlitten.

Fassen wir zusammen: Der Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien während der 2000er-Jahre erfolgte sehr ausgeprägt zugunsten der am höchsten qualifizierten WissensbearbeiterInnen (Akademische Berufe), in geringerem Maße auch zugunsten der mittel qualifizierten, überwiegend interaktiven Dienstleistungsberufe (Betreuungsberufe, personenbezogene Dienstleistungsberufe, VerkäuferInnen, Sicherheitsbedienstete), und zulasten der mittel qualifizierten Büroangestellten, deren Routinetätigkeiten verstärkt der Automatisierung unterlagen, zulasten der mittel qualifizierten Fertigungsberufe und zulasten der Hilfskräfte.¹⁹

Empirische Studien wie jene von Autor et al. (2003) und Spitz (2005) zeigen, dass sich in den hoch entwickelten Ländern seit den 1980er-Jahren der Anteil der Arbeitsinputs für analytische Nichtrouinetätigkeiten, für in-

teraktive Nichtroutinetätigkeiten und für manuelle Nichtroutinetätigkeiten jeweils signifikant erhöhte, während kognitive Routinetätigkeiten und manuelle Routinetätigkeiten jeweils deutlich an Bedeutung verloren.

Diese Entwicklung zu komplexeren Tätigkeiten war überall zu finden: in allen Qualifikationsstufen, in allen Altersgruppen und auf der Ebene der einzelnen Berufe (Tätigkeitsstruktureffekt in einzelnen Berufen). Die ausgeprägteste Tendenz in Richtung auf analytische und interaktive Nichtroutinetätigkeiten zulasten von kognitiven Routinetätigkeiten betraf die hoch qualifizierten Beschäftigten (Universitäts- und FachhochschulabsolventInnen).

Interpretiert werden diese Ergebnisse im Sinne der Hypothese des tätigkeits- und qualifikationsverzerrten technischen Fortschritts („Routinisierungshypothese“) von Autor et al. (2003): Die empirischen Resultate bestätigen die Rolle der neuen Universaltechnik, der modernen IKT, als Treiber dieser Veränderungen der Tätigkeitsstruktur. Während die IKT-Produktionsmittel tendenziell Arbeitskräfte, welche v. a. kognitive und manuelle Routinetätigkeiten ausführen, substituieren, sind IKT-Produktionsmittel und mittel und hoch qualifizierte Arbeitskräfte, die in erster Linie analytische und/oder interaktive Nichtroutinetätigkeiten ausführen, komplementär.

Im Großen und Ganzen entsprechen die für Wien festgestellten Veränderungen der Berufsstruktur der Beschäftigung während der 2000er-Jahre in den Haupttendenzen den obigen Ergebnissen: sehr starker Anteilszuwachs der Arbeitskräfte in Akademischen Berufen, deren Profile in hohem Maße aus analytischen Nichtroutinetätigkeiten bestehen; erheblicher Anteilszuwachs von mittel qualifizierten Arbeitskräften in Dienstleistungsberufen, deren Profile vor allem interaktive und manuelle Nichtroutinetätigkeiten enthalten (Betreuungsberufe, personenbezogene Dienstleistungsberufe, VerkäuferInnen usw.); deutliche Anteilsverluste jeweils von Beschäftigten in Angestelltenberufen mit hohem Anteil kognitiver Routinetätigkeiten (Bürokräfte), von mittel sowie gering qualifizierten Beschäftigten in Fertigungsberufen und von gering qualifizierten Beschäftigten in Dienstleistungshilfsberufen mit jeweils hohen Anteilen manueller Routinetätigkeiten.

Ob diese Veränderungen in der Wiener Berufsstruktur der Beschäftigung auf Branchenstruktureffekte und/oder brancheninternen Strukturwandel zurückgehen, wird noch zu klären sein. Daten zu den Tätigkeitsstrukturen liegen, wie bereits erwähnt, für Österreich leider nicht vor.

6.) Wie unterscheiden sich die Entwicklungstendenzen der Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien während der 2000er-Jahre von jenen in den 1990er-Jahren?²⁰

- Die Strukturverschiebung zu den hoch qualifizierten Angestelltenberufen <1-3> verlangsamte sich in den 2000er-Jahren deutlich gegen-

über der Vordekade. Während der Anteil der Akademischen Berufe zwischen 2001 und 2011/12 etwa doppelt so stark stieg wie in den 1990er-Jahren, verloren sowohl die Führungskräfte als auch die Technischen und nichttechnischen Fachkräfte Beschäftigungsanteile – ganz im Gegensatz zu den 1990er-Jahren, als sich der Anteil der beiden Hauptgruppen jeweils um rd. 2,5 Prozentpunkte erhöhte.

- Im Unterschied zu den 2000er-Jahren, als der Anteil der mittel qualifizierten Angestelltenberufe <4-5> weitgehend unverändert blieb, weil der Anteilsrückgang im Bereich der Büroangestellten durch den Anteilszuwachs im Bereich der Dienstleistungs- und Verkaufsberufe ausgeglichen wurde, war der entsprechende Anteil in den 1990er-Jahren um fast 2 Prozentpunkte gefallen. Die Hauptgruppe <5> der überwiegend interaktiven Dienstleistungsberufe hatte in diesem Jahrzehnt einen leichten Anteilsverlust erfahren.
- Aus den bisher dargelegten Diskrepanzen ergibt sich, dass die Gesamttendenz in Richtung auf die Angestelltenberufe <1-5> in den 1990er-Jahren noch ausgeprägter (rd. 7 Prozentpunkte Anteilszuwachs) war als in der Folgedekade (+4,4 Prozentpunkte).
- Der Anteil der Hilfskräfte an der Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) war in den 1990er-Jahren leicht gefallen, während in den 2000er-Jahren der entsprechende Anteilsverlust rd. 2 Prozentpunkte betrug.
- Die Anteilseinbuße der Handwerksberufe und Maschinenbediener <7-8> fiel zwischen 1991 und 2001 (–6,6 Prozentpunkte) mehr als dreimal so stark aus wie in den 2000er-Jahren.

4. Branchenstrukturwandel als Ursache berufsstruktureller Verschiebungen

In den folgenden drei Kapiteln soll untersucht werden, ob und in welchem Ausmaß Branchenstruktureffekte und/oder brancheninterner Berufsstrukturwandel zu den festgestellten Verschiebungen der Berufsstruktur der Beschäftigung am Arbeitsort Wien in Richtung auf hoch qualifizierte Angestelltenberufe, d. h. wissensintensive Aktivitäten, beigetragen haben.

In Bezug auf die Richtung der Branchenstruktureffekte wird dabei folgendermaßen vorgegangen:

1.) Die tertiären Wirtschaftsklassen Österreichs (47 ÖNACE-2008-Abteilungen²¹⁾ werden nach ihrer Wissens- und Humankapitalintensität sortiert, und zwar anhand von zwei Maßzahlen: a) nach dem Anteil der ÖISCO-08-Berufshauptgruppen <1-3> (Führungskräfte, Akademische Berufe, Technische und nichttechnische Fachkräfte) an der jeweiligen Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) und b)

nach dem Anteil der Personen mit zumindest Maturaabschluss (höchster formaler Ausbildungsabschluss AHS-Matura, BHS-Matura, Kolleg-, Akademie-, Fachhochschul- oder Universitätsdiplom).²²

2.) Aus dem resultierenden Streudiagramm werden mittels Clusteranalyse tertiäre Branchengruppen gebildet, die jeweils nach ihrer Wissens- und Humankapitalintensität, gemessen anhand der zwei obigen Kennzahlen, möglichst ähnlich sind.

3.) Diese auf der Grundlage von österreichischen Daten erstellte Gruppierung der tertiären Branchen nach der Wissensintensität wird im nächsten Schritt für die Analyse der Richtung der Beschäftigungsentwicklung im Wiener Dienstleistungssektor zwischen 2001 und 2010-2012 herangezogen. Gewannen tertiäre Branchengruppen hoher Wissens- und Humankapitalintensität in signifikantem Maße Beschäftigungsanteile, während gering wissensintensive Dienstleistungsbranchengruppen Anteilseinbußen verzeichneten, so wäre dies als Beleg für einen positiven Beitrag von Branchenstruktureffekten zum Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung in Richtung auf hoch qualifizierte Angestelltenberufe zu werten.

Tabelle 3 zeigt die 47 (konsolidierten²³) tertiären Wirtschaftsklassen (ÖNACE-2008-Abteilungen) Österreichs mit den jeweiligen Anteilen hoch qualifizierter Angestelltenberufe (ÖISCO-08-Berufshauptgruppen <1-3> Führungskräfte, Akademische Berufe, Technische und nichttechnische Fachkräfte) bzw. der MaturantInnen (höchster formaler Bildungsabschluss gemäß ISCED-97 <3A> AHS-Matura, <4> BHS-Matura, <5B> Akademie, Kolleg oder <5A, 6> Fachhochschule, Universität) an der Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) im Durchschnitt der Jahre 2010-2012. Datenquellen sind die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen der betreffenden drei Jahre.

Eine kompetente Leistung in den Berufen der Hauptgruppe <2> setzt einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss voraus, in den Berufen der Hauptgruppe <3> eine Matura, und in den Berufen der Hauptgruppe <1> erfordert sie Fähigkeiten des dritten oder vierten ISCO-Anforderungsniveaus.²⁴ Obwohl fast alle Berufe der Hauptgruppen <1-3> somit auf Maturaniveau oder darüber liegen, weichen die beiden branchenbezogenen Kennzahlen der Wissens- und Humankapitalintensität in vielen Fällen z. T. erheblich voneinander ab. In 34 von 47 tertiären Wirtschaftsklassen liegt der Anteil der hoch qualifizierten Angestelltenberufe über dem jeweiligen MaturantInnenanteil. Dies bedeutet, dass in diesen Wirtschaftsklassen mehr oder weniger große Teile der hoch qualifizierten Beschäftigten einen Beruf über ihrem formalen Bildungsniveau ausüben. Im Bereich der Informationsdienstleistungen <63> bspw. beträgt der MaturantInnenanteil 64,7%, der Anteil der Erwerbspersonen in hoch qualifizierten Angestelltenberufen jedoch 81,5%. In 13 Dienstleistungsbranchen wiederum übertrifft der MaturantInnenanteil jenen der Berufshauptgruppen <1-3> jeweils

Tabelle 3: Anteil der ÖISCO-08-Berufshauptgruppen <1-3> und der MaturantInnen an der jeweiligen Gesamtheit der Erwerbspersonen der tertiären ÖNACE-2008-Abteilungen in Österreich 2010-2012 (in %)

		ISCO 1-3	Matura
Sehr hohe Qualifikation	(72) Forschung und Entwicklung	89,2	84,1
	(62) DL der Informationstechnik	89,0	72,7
	(85) Erziehung und Unterricht	83,0	75,9
	(60) Rundfunkveranstalter	87,9	71,0
	(75) Veterinärwesen	75,0	76,2
	(90) Kreative, künstlerische DL	80,0	68,7
	(70) Unternehmensberatung	76,9	71,4
	(63) Informationsdienstleistungen	81,5	64,7
Hohe Qualifikation	(73) Werbung und Marktforschung	76,8	65,5
	(69) Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüf.	71,8	64,4
	(71) Technische Büros, Labors	73,6	61,5
	(59) Filmbranche; Tonstudios, Musikverlage	67,5	66,7
	(74) Sonst. freiberufl., wiss., techn. DL	73,8	58,9
	(51) Luftfahrt	45,6	77,3
Mittelhohe Qualifikation	(91) Bibliotheken, Archive, Museen	57,1	61,7
	(94) Int.vertretungen, Vereine, relig. Vereinig.	56,5	58,9
	(58) Verlagswesen	60,9	52,6
	(61) Telekommunikation	62,7	49,2
	(66) Börsen, Makler, Fondsmanagement	70,1	41,4
	(64) Finanzdienstleistungen	46,1	64,3
	(65) Versicherungen, Pensionskassen	60,1	50,0
	(86) Gesundheitswesen	64,9	42,0
	(68) Grundstücks- und Wohnungswesen	56,6	43,1
Mittlere Qualifikation	(88) Sozialwesen (ohne Heime)	50,1	44,5
	(93) Unterhaltung, Sport, Erholung	52,3	34,0
	(79) Reisebüros, Reiseveranstalter	27,2	54,2
	(84) Öff. Verwaltung, Verteidigung, SV	45,6	34,1
	(82) Sonst. wirtsch. DL f. Unternehmen	35,1	42,0
	(77) Vermietung von beweglichen Sachen	34,4	39,7
	(78) Arbeitskräftevermittlung, -überlassung	43,9	29,0
	(46) Großhandel	39,8	27,7
Mittelniedrige Qualifikation	(92) Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	30,3	35,1
	(87) Heime (ohne Erholungsheime)	38,0	22,6
	(95) Reparatur von Gebrauchsgütern	38,2	19,2
	(37) Abwasserentsorgung	34,0	22,0
	(52) Lagerei, sonst. DL f. Verkehr	31,4	24,6
	(80) Wach-, Sicherheitsdienste, Detekteien	25,2	24,9

		ISCO 1-3	Matura
Niedrige Qualifikation	(38+39) Abfallwirtschaft, Rückgewinnung etc.	23,8	19,6
	(47) Einzelhandel	23,0	19,2
	(55) Beherbergung	17,5	22,8
	(56) Gastronomie	18,9	17,7
	(45) Kfz-Handel, -Reparatur	21,9	12,0
	(49+50) Landverkehr; Schifffahrt	17,3	13,8
	(53) Postdienste	11,6	16,8
	(97) Private Haushalte mit Hauspersonal	2,2	25,8
	(81) Gebäudebetreuung	5,1	14,0
	(96) Sonst. persönliche DL	9,3	7,3

Quellen: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2010 bis 2012 (jeweils Durchschnittswerte der drei Jahre); eigene Berechnungen auf dieser Grundlage.

Grundgesamtheit: Erwerbspersonen ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ 1-11 Std.).

– ein Anzeichen dafür, dass Teile der Gruppe der hoch qualifizierten Beschäftigten unter ihrem Ausbildungsniveau eingesetzt werden. So beläuft sich in der ÖNACE-Abteilung <79> Reisebüros und Reiseveranstalter der MaturantInnenanteil auf 54,2%, aber nur die Hälfte davon sind in diesem Bildungsniveau entsprechenden Berufen tätig (Anteil von ÖISCO-08 <1-3> 27,2%).

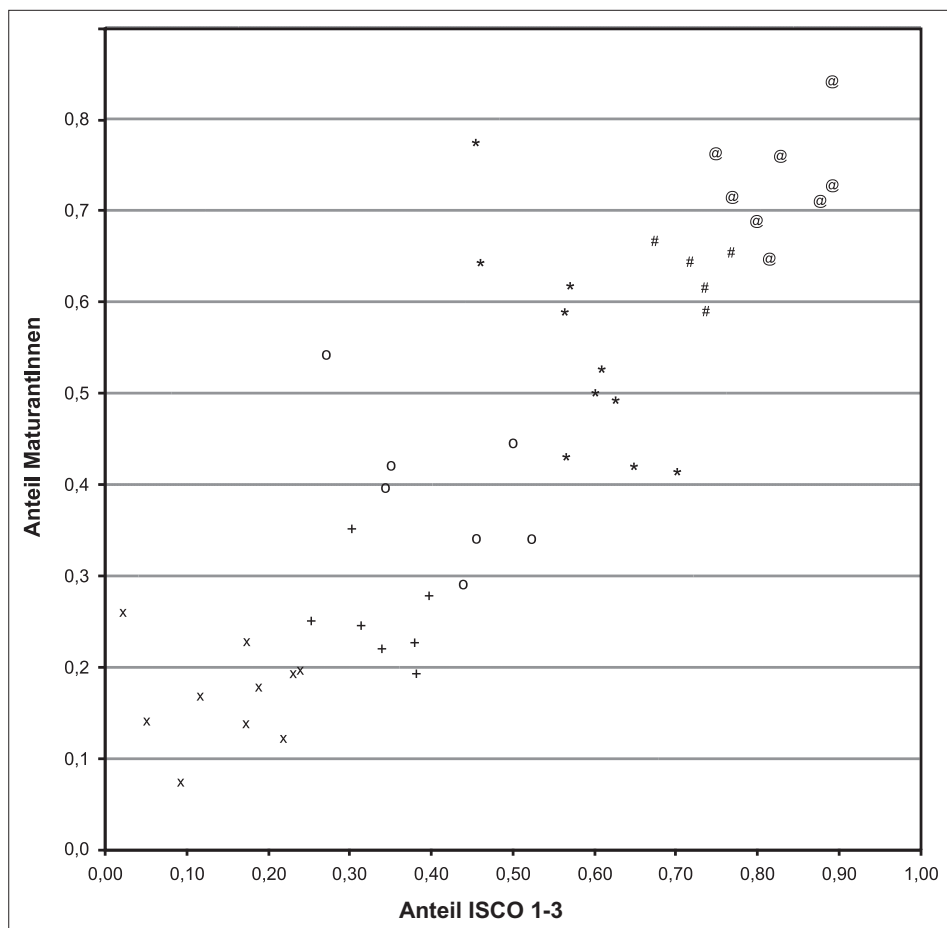
Zieht man den berufsbezogenen Indikator der Wissensintensität heran, so ergibt sich eine nicht unerheblich von der bildungsbezogenen Branchenrangordnung (gemäß MaturantInnenanteil) abweichende Hierarchie der tertiären Wirtschaftsklassen. Die Bewertung der Wissens- und Humankapitalintensität der Dienstleistungsbranchen mittels beider Kennzahlen bringt zweifellos ein vollständigeres Bild der einzelnen Wirtschaftsklassen zutage.

Abbildung 2 beinhaltet das Streudiagramm der 47 (konsolidierten) österreichischen Dienstleistungsbranchen (ÖNACE-2008-Abteilungen) nach dem jeweiligen Erwerbspersonenanteil der ÖISCO-08-Berufshauptgruppen <1-3> (horizontale Achse) und jenem der MaturantInnen (vertikale Achse). Mittels Clusteranalyse wurden die tertiären Wirtschaftsklassen nach ihrer Wissens- und Humankapitalintensität gruppiert. Die hier verwendete einfache Clusteranalyse erfolgte mit dem Programm „NeuroXL Clusterizer“, das auf einer MS-Excel-Oberfläche aufsetzt. Unter allen ausgeführten Varianten wurde letztlich jene ausgewählt, die sechs Cluster bildet. Diese Variante kommt der Idealvorstellung möglichst kompakter Punktwolken am nächsten.

In Tabelle 3 sind die Dienstleistungsbranchen bereits in die sechs angesprochenen Gruppen gegliedert: von der Kategorie 1 der Wirtschaftsklassen mit sehr hoher Qualifikation der Beschäftigten (sehr hoher Anteil der hoch qualifizierten Angestelltenberufe und sehr hoher MaturantInnenan-

teil) bis zur Kategorie 6 der Wirtschaftsklassen mit niedriger Qualifikation der Beschäftigten (niedriger Anteil der ÖISCO-08-Hauptgruppen <1-3> und niedriger Anteil von Personen mit mindestens Maturaabschluss).

Abbildung 2: Streudiagramm der 47 tertiären ÖNACE-2008-Abteilungen in Österreich 2010-2012 nach dem Anteil der ÖISCO-08-Berufshauptgruppen <1-3> und jenem der MaturantInnen an der jeweiligen Gesamtheit der Erwerbspersonen



Datenquelle: siehe Tabelle 3.

Die folgende branchenbezogene Analyse der Beschäftigungsentwicklung in Wien zwischen 2001 und 2010-2012 beschränkt sich auf den Dienstleistungssektor der Stadtwirtschaft, auf den rd. 83% der Erwerbspersonen entfallen.²⁵

Wie entwickelten sich die Beschäftigtenanteile der sechs tertiären Branchengruppen in Wien zwischen 2001 und 2010-2012? Zur Beantwortung

Tabelle 4: Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) in den tertiären Branchen am Arbeitsort Wien 2001 und 2010-2012

	ÖNACE-2008-Abteilungen	Erwerbspers. (Tsd.)		Anteil an Gesamt (%)		Anteilsänd. (%-punkte)
		VZ 2001	MZ 2010-12	VZ 2001	MZ 2010-12	
Sehr hohe Qualifikation	(90) Kreative, künstlerische DL	9,1	12,1	1,1	1,3	0,2
	(85) Erziehung und Unterricht	52,7	67,3	6,5	7,4	0,9
	(75) Veterinärwesen	0,2	0,4	0,0	0,0	0,0
	(72) Forschung und Entwicklung	4,1	6,1	0,5	0,7	0,2
	(70) Unternehmensberatung	7,8	11,3	1,0	1,2	0,3
	(63) Informationsdienstleistungen	4,0	4,6	0,5	0,5	0,0
	(62) DL der Informationstechnik	18,3	23,8	2,3	2,6	0,3
	(60) Rundfunkveranstalter	3,9	5,0	0,5	0,5	0,1
	Kategorie 1	100,2	130,5	12,4	14,3	1,9
Hohe Qualifikation	(74) Sonst. freiberufl., wiss., techn. DL	4,1	6,3	0,5	0,7	0,2
	(73) Werbung und Marktforschung	7,9	10,2	1,0	1,1	0,1
	(71) Technische Büros, Labors	15,1	15,7	1,9	1,7	-0,1
	(69) Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüf.	16,8	21,9	2,1	2,4	0,3
	(59) Filmbranche; Tonstudios, Musikverlage	3,2	3,0	0,4	0,3	-0,1
	(51) Luftfahrt	1,4	1,4	0,2	0,2	0,0
	Kategorie 2	48,5	58,5	6,0	6,4	0,4
Mittelhohe Qualifikation	(94) Int.vertretungen, Vereine, relig. Vereinig.	12,9	13,8	1,6	1,5	-0,1
	(91) Bibliotheken, Archive, Museen	3,2	4,4	0,4	0,5	0,1
	(86) Gesundheitswesen	54,3	68,4	6,7	7,5	0,8
	(68) Grundstücks- und Wohnungswesen	13,8	15,8	1,7	1,7	0,0
	(66) Börsen, Makler, Fondsmanagement	4,2	8,8	0,5	1,0	0,4
	(65) Versicherungen, Pensionskassen	11,3	9,7	1,4	1,1	-0,3
	(64) Finanzdienstleistungen	28,5	37,0	3,5	4,1	0,5
	(61) Telekommunikation	14,5	12,6	1,8	1,4	-0,4
	(58) Verlagswesen	5,5	6,0	0,7	0,7	0,0
	Kategorie 3	148,3	176,5	18,4	19,4	1,0
Mittlere Qualifikation	(93) Unterhaltung, Sport, Erholung	4,0	5,5	0,5	0,6	0,1
	(88) Sozialwesen (ohne Heime)	13,0	12,8	1,6	1,4	-0,2
	(84) Öff. Verwaltung, Verteidigung, SV	64,5	74,7	8,0	8,2	0,2
	(82) Sonst. wirtsch. DL f. Unternehmen	2,8	4,0	0,3	0,4	0,1
	(79) Reisebüros, Reiseveranstalter	3,7	5,6	0,5	0,6	0,2
	(78) Arbeitskräftevermittlung, -überlassung	2,8	4,4	0,3	0,5	0,1
	(77) Vermietung von beweglichen Sachen	2,7	2,0	0,3	0,2	-0,1
	Kategorie 4	93,5	109,1	11,6	12,0	0,4

	ÖNACE-2008-Abteilungen	Erwerbspers. (Tsd.)		Anteil an Gesamt (%)		Anteilsänd. (%-punkte)
		VZ 2001	MZ 2010-12	VZ 2001	MZ 2010-12	
Mittelniedrige Qualifikation	(95) Reparatur von Gebrauchsgütern	0,9	1,5	0,1	0,2	0,0
	(92) Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	2,2	2,6	0,3	0,3	0,0
	(87) Heime (ohne Erholungsheime)	7,6	12,0	0,9	1,3	0,4
	(80) Wach-, Sicherheitsdienste, Detekteien	3,9	5,4	0,5	0,6	0,1
	(52) Lagerei, sonst. DL f. Verkehr	7,7	11,8	1,0	1,3	0,3
	(37) Abwasserentsorgung	0,2	0,3	0,0	0,0	0,0
	(46) Großhandel	58,2	40,8	7,2	4,5	-2,7
	Kategorie 5	80,8	74,4	10,0	8,2	-1,8
Niedrige Qualifikation	(97) Private Haushalte mit Hauspersonal	0,8	1,8	0,1	0,2	0,1
	(96) Sonst. Persönliche DL	10,5	9,3	1,3	1,0	-0,3
	(81) Gebäudebetreuung	23,5	25,9	2,9	2,8	-0,1
	(56) Gastronomie	29,4	37,3	3,6	4,1	0,5
	(55) Beherbergung	8,7	11,8	1,1	1,3	0,2
	(53) Postdienste	9,1	7,4	1,1	0,8	-0,3
	(49+50) Landverkehr; Schifffahrt	29,9	25,2	3,7	2,8	-0,9
	(47) Einzelhandel	65,1	69,1	8,1	7,6	-0,5
	(38+39) Abfallwirtschaft; Rückgewinnung	3,3	1,3	0,4	0,1	-0,3
	(45) Kfz-Handel, -Reparatur	17,0	11,9	2,1	1,3	-0,8
	Kategorie 6	197,4	201,0	24,4	22,1	-2,4
	Gesamt	808,2	911,1	100,0	100,0	

Quellen: VZ 2001; Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2010-2012 (jeweils Durchschnittswerte der drei Jahre); eigene Berechnungen auf dieser Grundlage.

Grundgesamtheit jeweils: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte:

VZ: Lebensunterhaltskonzept; MZ: Erwerbspersonen ohne jene mit einer WAZ <12 Std.

dieser Frage werden die einschlägigen Daten aus der Volkszählung 2001 und aus den Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen der Jahre 2010 bis 2012 herangezogen. Grundgesamtheit ist jeweils die Gesamtheit der Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte.

Die Gesamttendenz ist eindeutig: Während die vier tertiären Branchengruppen mit sehr hoher bis mittlerer Qualifikation der Beschäftigten jeweils Anteile an der Gesamtheit der Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien gewannen, verloren die beiden Branchengruppen mit mittelniedriger bzw. niedriger Qualifikation der Arbeitskräfte jeweils deutlich an Gewicht. (Der Anteil aller 49 tertiären ÖNACE-2008-Abteilungen bzw. 47 konsolidierten Dienstleistungsbranchen blieb zwischen 2001 (82,7%) und 2010-2012 (82,3%) weitgehend unverändert.) In Wien fand somit in den 2000er-Jahren eine signifikante Verschiebung der Branchenstruktur der Beschäftigung in Richtung auf wissens- und humankapitalintensive Dienstleis-

tungsaktivitäten statt. Diese Branchenstruktureffekte trugen positiv zum festgestellten Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung zugunsten von hoch qualifizierten Angestelltenberufen bei.

Mit Abstand am deutlichsten erhöhte sich der Beschäftigtenanteil der tertiären Branchengruppe mit sehr hoher Qualifikation der Arbeitskräfte, nämlich von 12,4% um 1,9 Prozentpunkte auf 14,3% (siehe Tabelle 4).

Die bedeutendsten Beiträge zum Anteilszuwachs der Dienstleistungsbranchen mit sehr hoher bis mittelhoher Qualifikation der Beschäftigten leisteten das Bildungs- und das Gesundheitswesen (+0,9 %-pkt. bzw. +0,8 %-pkt.) sowie die Finanzdienstleistungen. Deutliche Anteilszuwächse an der Gesamtheit der Erwerbspersonen verzeichneten unter den besonders humankapitalintensiven tertiären Branchen zudem die Unternehmensberatung, die Dienstleistungen der Informationstechnik, die Wirtschaftsklasse Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung sowie die Wirtschaftsklasse Börsen, Makler, Fondsmanagement. Erhebliche Anteilsverluste hinzunehmen hatten unter den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen lediglich die Telekommunikation und das Versicherungswesen.

Die höchsten Beiträge zum Anteilsrückgang der beiden tertiären Branchengruppen mit mittelniedriger bzw. niedriger Qualifikation der Arbeitskräfte entfielen auf den Großhandel (–2,7 %-pkt.), den Landverkehr (–0,9 %-pkt.), die Wirtschaftsklasse Kfz-Handel und -Reparatur (–0,8 %-pkt.) sowie den Einzelhandel. Auch der Erwerbspersonenanteil der Postdienste und des Bereichs Abfallwirtschaft und Rückgewinnung fiel jeweils deutlich. Starke Anteilsgewinne unter den wenig wissens- und humankapitalintensiven Dienstleistungsbranchen verzeichneten die Gastronomie und das Heimwesen.

5. Brancheninterner Strukturwandel als Ursache berufsstrukturellen Wandels

Wenden wir uns nun der Frage zu, ob neben dem Strukturwandel zwischen Branchen auch die brancheninternen Verschiebungen in der Berufsstruktur der Beschäftigung zu dem festgestellten Strukturwandel zugunsten der sehr hoch qualifizierten WissensbearbeiterInnen und der mittel qualifizierten, überwiegend interaktiven Dienstleistungsberufe beigetragen haben.

Der qualifikationsbezogene Beschäftigungsstrukturwandel innerhalb der einzelnen Branchen resultiert – wie bereits konstatiert – aus Verschiebungen zwischen Sparten, aus Veränderungen der Unternehmensstruktur in den einzelnen Sparten, aus technik-, organisations- und marktbedingten Berufsstrukturverschiebungen in den einzelnen Unternehmen sowie aus Veränderungen der Tätigkeitsstrukturen in den einzelnen Berufen.

Wegen des erwähnten zweifachen Klassifikationsbruchs (bei ÖISCO und ÖNACE) liegen in Bezug auf Wien keine miteinander konsistenten Kreuzklassifikationen der Beschäftigung nach Berufen und Wirtschaftsklassen für Beginn und Ende des Beobachtungszeitraums vor. Die größtmögliche Abdeckung des Beobachtungszeitraums ist zu erzielen, wenn man hinsichtlich der Berufssystematik die ÖISCO-88-Gliederung und hinsichtlich der Branchensystematik die ÖNACE-2003-Klassifikation heranzieht. Einschlägige Daten aus der Volkszählung 2001 und den Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen der Jahre 2009 und 2010 erlauben einen Vergleich der branchenbezogenen Berufsstrukturen der Beschäftigung (Erwerbspersonen ohne geringfügig Beschäftigte) am Arbeitsort Wien des Jahres 2001 mit den entsprechenden Durchschnittswerten der Jahre 2009/10 (siehe Tabellen 5 und 6). Diese Daten über die Veränderungen der branchenbezogenen Berufsstrukturen der Beschäftigung geben, wie bereits festgestellt, Aufschlüsse über die Richtung des Berufsstrukturwandels in den einzelnen tertiären Wirtschaftsklassen, ermöglichen aber keine Aussagen über die Bedeutung der oben angeführten Einzelkomponenten des brancheninternen Beschäftigungsstrukturwandels.

Tabelle 5 zeigt die Anteile der hoch qualifizierten Angestelltenberufe (ÖISCO-88-Berufshauptgruppen <1-3> Führungskräfte, Akademische Berufe, Technische und nichttechnische Fachkräfte), der mittel qualifizierten Angestelltenberufe (Berufshauptgruppen <4+5> Büroangestellte, Personenbezogene Dienstleistungsberufe und Verkaufskräfte), der Angestelltenberufe insgesamt (Hauptgruppen <1-5>) und der mittel qualifizierten Fertigungsberufe (ÖISCO-88-Berufshauptgruppen <7+8> Handwerksberufe; Anlage-, Maschinen-, Fahrzeugbediener, Montierer) an der jeweiligen Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) in den einzelnen (konsolidierten²⁶) tertiären Wirtschaftsklassen am Arbeitsort Wien 2001 und 2009/10.

In 13 von 21 tertiären Wirtschaftsklassen stieg der Beschäftigungsanteil der hoch qualifizierten Angestelltenberufe. Sehr starke relative Zuwächse (>10 %-pkt.) sind für Forschung und Entwicklung, Versicherungswesen und Realitätenwesen zu vermerken. Unter den fünf beschäftigungsstärksten Branchen verzeichneten die Unternehmensbezogenen Dienste und das Unterrichtswesen einen starken Anstieg (5-10 %-pkt.), Einzelhandel und Gesundheitswesen einen leichten Zuwachs (<5 %-pkt.), und in der Öffentlichen Verwaltung stagnierte die Quote der hoch qualifizierten Angestelltenberufe. Ein starker Rückgang dieses Anteils erfolgte lediglich in zwei tertiären Wirtschaftsklassen, nämlich den wenig wissensintensiven und sehr heterogenen Klassen „Lagerung, Spedition, Reisebüros“ und „Wäscherei, Körperpflege, Reinigung“.

In der großen Mehrzahl der tertiären Wirtschaftsklassen erfolgte in den 2000er-Jahren innerhalb des Segments der hoch qualifizierten Angestell-

Tabelle 5: Veränderungen der Berufsstrukturen der Beschäftigung in den tertiären Wirtschaftsklassen am Arbeitsort Wien 2001-2009/10: Anteile der Berufssegmente an der jeweiligen Gesamtzahl der Erwerbspersonen (in %)

Berufssegment	Hoch qual. Angest.ber.		Mittel qual. Angest.ber.		Angestelltenberufe		Fertigungsberufe mittl. Qualif.	
	2001	2009/10	A 01-10 % pkte.	2001	2009/10	A 01-10 % pkte.	2001	2009/10
Wirtschaftsklassen (konsolidierte ÖNACE-2003-Abteilungen)								
Kfz-Handel u. -Repar., Tankst. <50>	27,2	30,3	3,1	21,2	21,7	0,5	48,4	51,9
Großhandel <51>	63,5	61,0	-2,5	21,8	24,4	2,6	85,3	85,3
Einzelhandel, Reparatur <52>	39,2	40,9	1,8	45,8	46,7	0,9	84,9	87,6
Beherberg.- u. Gaststättenwesen <55>	22,0	18,6	-3,4	54,0	63,2	9,2	76,0	81,8
Verkehrswesen <60-62>	19,4	20,8	1,5	18,1	18,7	0,6	37,5	39,6
Lagerung, Spedition, Reisebüros <63>	46,5	40,1	-6,4	31,9	28,6	-3,3	78,4	68,6
Nachrichtenübermittlung <64>	43,9	51,8	7,9	37,0	30,3	-6,6	80,9	82,2
Versicherungswesen <66>	65,2	79,1	13,9	30,7	15,9	-14,8	96,0	95,0
Bankwesen <65, 67>	46,0	44,7	-1,2	49,4	52,8	3,4	95,4	97,5
Realitätenwesen, Vermietung <70-71>	35,9	45,9	10,1	15,7	18,8	3,2	51,6	64,8
Datenverarbeitung <72>	82,6	87,5	4,8	12,6	10,3	-2,3	95,3	97,8
Forschung u. Entwicklung <73>	74,7	94,8	20,1	17,7	5,2	-12,4	92,3	100,0
Unternehmensbez. Dienstl. <74>	52,6	59,5	6,9	20,5	19,7	-0,8	73,1	79,2
Öffentl. Verwaltung, Sozialvers. <75>	40,9	40,5	-0,4	43,9	44,1	0,2	84,8	84,6
Unterrichtswesen <80>	74,6	79,6	5,1	17,4	16,4	-1,0	92,0	96,0
Gesundheits- u. Sozialwesen <85>	52,0	52,6	0,6	33,3	36,7	3,4	85,3	89,2
Entsorgung <90>	14,8	19,4	4,6	12,1	11,0	-1,1	26,9	30,4
Interessenvertretungen, Vereine <91>	51,1	48,5	-2,6	38,7	40,2	1,5	89,8	88,7
Kultur, Sport u. Unterhaltung <92>	64,9	69,3	4,4	20,4	15,5	-4,9	85,3	84,7
Wäscherei, Körperpfll., Bäder <93>	18,5	10,1	-8,4	59,2	69,5	10,3	77,7	79,6
Haushaltsdienste <95>	3,3	2,2	-1,1	19,0	28,1	9,1	22,3	30,3
Dienstleistungen <50-95>	48,2	51,0	2,8	31,3	32,5	1,2	79,5	83,5
Gesamt	45,7	48,3	2,6	28,0	29,2	1,3	73,7	77,5

Quellen: VZ 2001; Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2009 und 2010 (jeweils Durchschnittswerte der beiden Jahre); eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten. – Grundgesamtheit: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ <12 Std.).

Tabelle 6: Veränderungen der Berufsstrukturen der Beschäftigung in den tertiären Wirtschaftsklassen am Arbeitsort Wien 2001-2009/10: Anteile der Angestellten-Berufshauptgruppen an der jeweiligen Gesamtzahl der Erwerbspersonen (in %)

Angestellten-Berufshauptgruppen		Führungskräfte		Akademische Berufe		Fachkräfte		Büroangestellte		Pers.bez. DLberufe						
		2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.			
Wirtschaftsklassen (konsolidierte ÖNACE-2003-Abteilungen)																
Kfz-Handel u. -Repar., Tankst. <50>		11,7	11,0	-0,7	1,0	1,4	0,4	14,5	17,9	3,4	11,7	11,0	-0,7	9,5	10,7	1,2
Großhandel <51>		20,1	16,4	-3,7	5,0	7,0	2,0	38,4	37,6	-0,8	16,2	15,6	-0,6	5,6	8,8	3,2
Einzelhandel, Reparatur <52>		16,2	12,7	-3,5	2,7	4,2	1,5	20,2	24,0	3,8	10,5	9,0	-1,6	35,2	37,7	2,5
Beherberg.- u. Gaststättenwesen <55>		15,5	13,9	-1,5	0,8	1,0	0,3	5,7	3,6	-2,1	7,7	7,6	-0,1	49,4	55,6	9,2
Verkehrswesen <60-62>		7,1	10,3	3,1	1,4	1,8	0,4	10,8	8,7	-2,1	14,7	10,9	-3,8	3,5	7,8	4,4
Lagerung, Spedition, Reisebüros <63>		10,1	11,4	1,3	2,2	3,9	1,8	34,2	24,7	-9,5	28,4	24,3	-4,1	3,5	4,2	0,7
Nachrichtenübermittlung <64>		11,6	11,5	-0,1	6,9	9,0	2,1	25,5	31,3	5,8	35,9	29,0	-6,9	1,1	1,4	0,3
Versicherungswesen <66>		8,5	2,8	-5,7	10,7	14,5	3,8	46,1	61,8	15,8	29,8	15,9	-13,8	1,0	0,0	-1,0
Bankwesen <65, 67>		8,9	7,8	-1,1	7,1	11,6	4,5	29,9	25,3	-4,6	47,8	52,7	4,9	1,6	0,1	-1,5
Realitätenwesen, Vermietung <70-71>		8,0	8,4	0,4	3,4	6,0	2,5	24,4	31,5	7,1	13,2	18,1	4,9	2,5	0,8	-1,7
Datenverarbeitung <72>		15,9	15,3	-0,6	29,2	34,5	5,4	37,5	37,6	0,1	10,7	10,3	-0,3	1,9	0,0	-1,9
Forschung u. Entwicklung <73>		10,4	5,0	-5,4	35,7	50,4	14,6	28,5	39,4	10,9	12,5	5,2	-7,2	5,2	0,0	-5,2
Unternehmensbez. Dienstl. <74>		9,2	6,9	-2,3	17,1	27,3	10,2	26,3	25,4	-1,0	17,1	15,0	-2,1	3,4	4,7	1,3
Öffentl. Verwaltung, Sozialvers. <75>		5,2	2,6	-2,6	12,5	14,2	1,7	23,2	23,7	0,5	29,2	28,7	-0,5	14,7	15,4	0,7
Unterrichtswesen <80>		3,3	3,2	-0,1	50,9	57,6	6,6	20,3	18,8	-1,5	6,8	8,7	1,9	10,5	7,7	-2,8
Gesundheits- u. Sozialwesen <85>		1,9	1,4	-0,4	16,9	18,5	1,7	33,3	32,6	-0,7	7,8	8,0	0,2	25,5	28,6	3,2
Entsorgung <90>		5,7	10,8	5,1	1,6	1,4	-0,2	7,5	7,1	-0,4	10,9	11,0	0,1	1,3	0,0	-1,3
Interessenvertretungen, Vereine <91>		11,3	6,0	-5,3	17,9	18,8	0,9	21,8	23,7	1,8	31,9	33,7	1,8	6,8	6,4	-0,4
Kultur, Sport u. Unterhaltung <92>		7,8	9,1	1,3	34,1	40,4	6,3	23,0	19,8	-3,2	13,9	10,9	-3,1	6,5	4,6	-1,9
Wäscherei, Körperpfll., Bäder <93>		8,7	1,4	-7,3	0,8	1,0	0,3	9,0	7,6	-1,4	5,2	5,8	0,5	54,0	63,7	9,7
Haushaltsdienste <95>		1,5	2,2	0,7	0,1	0,0	-0,1	1,6	0,0	-1,6	1,1	0,0	-1,1	17,9	28,1	10,2
Dienstleistungen <50-95>		9,7	7,8	-1,9	13,8	18,6	4,9	24,8	24,6	-0,2	17,0	16,4	-0,6	14,3	16,1	1,8
Gesamt		9,9	8,0	-2,0	12,2	16,8	4,6	23,6	23,5	-0,1	15,8	15,6	-0,2	12,2	13,6	1,4

Quellen: VZ 2001; Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2009 und 2010 (jeweils Durchschnittswerte der beiden Jahre); eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten. – Grundgesamtheit: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ <12 Std.).

tenberufe eine erhebliche Umschichtung zulasten der Führungskräfte und der Technischen und nichttechnischen Fachkräfte sowie zugunsten der Akademischen Berufe (siehe Tabelle 6): Der Beschäftigungsanteil der Führungskräfte verringerte sich in 15 von 21 Dienstleistungsbranchen, jener der Fachkräfte in 12 tertiären Wirtschaftsklassen. Hingegen stieg der Anteil der Erwerbspersonen in Akademischen Berufen in 19 von 21 tertiären Wirtschaftsklassen am Arbeitsort Wien, und in den beiden übrigen erfuhr er fast keine Änderung. Somit ist erwiesen, dass auch der brancheninterne Berufsstrukturwandel zur Verschiebung der Berufsstruktur der Beschäftigung in Richtung auf die Akademischen Berufe beitrug.

Sehr starke relative Zuwächse (>10 %-pkt.) erfolgten in den beiden hoch wissens- und humankapitalintensiven Wirtschaftsklassen Forschung und Entwicklung sowie Unternehmensbezogene Dienstleistungen.

Aus den Anteilsverlusten der Fachkräfte in zwölf Dienstleistungsbranchen bei gleichzeitigen Anteilsgewinnen der Akademische Berufe ausübenden Erwerbspersonen darf nicht auf Verdrängungseffekte zwischen beiden Beschäftigtengruppen geschlossen werden. In fast allen tertiären Wirtschaftsklassen Wiens stieg zwischen 2001 und 2009/10 die Zahl der Technischen und nichttechnischen Fachkräfte. Ausnahmen bildeten der Großhandel, das Verkehrswesen und der Fremdenverkehr. Im Großhandel erfolgte keine Substitution von Fachkräften durch Beschäftigte in Akademischen Berufen, denn einer deutlichen Abnahme der Zahl der Fachkräfte (-6.200) stand eine weitgehende Stagnation im Beschäftigtensegment der Akademischen Berufe gegenüber. Ähnliches gilt für das Verkehrswesen: Während sich die Zahl der Fachkräfte um mehr als ein Drittel (-1.300) reduzierte, blieb die Zahl der Erwerbspersonen in Akademischen Berufen fast unverändert. Nur für den Fremdenverkehr können geringe Verdrängungseffekte zwischen Beschäftigten in Akademischen Berufen und Fachkräften nicht ausgeschlossen werden: Dort sank die Zahl der Technischen und nichttechnischen Fachkräfte von 2.200 auf 1.800, während sich jene der Akademische Berufe ausübenden Erwerbspersonen von 300 auf 500 erhöhte.

Zu jenen Dienstleistungsbranchen, in denen zwischen 2001 und 2009/10 die Zahl der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) am Arbeitsort Wien deutlich zurückging, zählten neben dem Großhandel und dem Verkehrswesen die Nachrichtenübermittlung, das Versicherungswesen sowie Kfz-Handel und -Reparatur. Auch in den letzten drei Wirtschaftsklassen erfolgte keine Substitution von Fachkräften durch Beschäftigte in Akademischen Berufen: Im Bereich Kfz-Handel und -Reparatur blieb sowohl die Zahl der Fachkräfte als auch jene der Akademische Berufe ausübenden Erwerbspersonen unverändert. Und in der Versicherungsbranche und der Nachrichtenübermittlung erhöhte sich die Zahl der Fachkräfte jeweils.

Der Beschäftigungsanteil der mittel qualifizierten Angestelltenberufe nahm, wie aus Tabelle 5 zu entnehmen ist, in 11 tertiären Wirtschaftsklassen zu, in einer blieb er fast konstant, und in 9 verringerte er sich. Diese Anteilsänderung resultierte in vielen Fällen aus gegenläufigen Tendenzen: In 10 Dienstleistungsbranchen erhöhte sich jeweils der Beschäftigungsanteil der Personenbezogenen Dienstleistungsberufe und Verkaufskräfte und reduzierte sich jener der Büroangestellten. Insgesamt stieg der Beschäftigungsanteil der Personenbezogenen Dienstleistungsberufe, deren Tätigkeitsprofile von interaktiven Tätigkeiten dominiert werden, in 12 von 21 tertiären Branchen, und jener der Büroangestellten, deren Tätigkeitsprofile hohe Anteile von kognitiven Routinetätigkeiten aufweisen, die der Standardisierung und Automatisierung eher zugänglich sind, ging in 14 von 21 tertiären Wirtschaftsklassen zurück. Sowohl der Rückgang der Erwerbspersonenzahl in der Versicherungsbranche als auch jener in der Nachrichtenübermittlung ist überwiegend auf die Rationalisierung im Bereich der Büroangestellten zurückzuführen.

Der brancheninterne Strukturwandel trug, das zeigen die obigen Ergebnisse, auch zur im Kapitel 3 konstatierten Verschiebung der Wiener Beschäftigungsstruktur zugunsten der interaktiven Angestelltenberufe mittlerer Qualifikation bei.

In der beschäftigungsstärksten Wirtschaftsklasse des Wiener Dienstleistungssektors, den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen, stieg die Zahl der Erwerbspersonen in den 2000er-Jahren sehr stark, nämlich von 75.300 2001 auf 98.900 2009/10. Die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen <74> sind eine überaus heterogene Wirtschaftsklasse. Sie schließt zum einen wissensintensive Dienste wie Rechts- und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung, Marktforschung, Technische Büros, naturwissenschaftliche Untersuchung, Design u. a. ein, welche sich durch einen hohen Anteil an besonders qualifizierten Berufstätigen auszeichnen, zum anderen aber auch Dienstleistungssparten mit überwiegend gering qualifizierten Arbeitskräften (Reinigung, Bewachung etc.). Der Beschäftigungsanteil der Akademischen Berufe erhöhte sich von 17,1% um 10,2 %-pkt. auf 27,3% (Tabelle 6). Gleichzeitig reduzierte sich der Anteil der Technischen und nichttechnischen Fachkräfte von 26,3% um 1 %-pkt. auf 25,4%, obwohl die Zahl der Fachkräfte von 19.800 auf 25.100 zunahm. Die Zahl der Führungskräfte verharrte bei rd. 7.000, ihr Anteil an der Branchengesamtheit fiel aber von 9,2% um 2,3 %-pkt. auf 6,9%. Die Zahl der Erwerbspersonen in Personenbezogenen Dienstleistungsberufen und im Verkauf verdoppelte sich fast von 2.500 auf 4.700, ihr Anteil stieg von 3,4% um 1,3 %-pkt. auf 4,7%. Selbst die Zahl der Büroangestellten erhöhte sich in den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen, nämlich von 12.900 auf 14.900. In diesem besonders dynamischen Bereich der produktionsbezogenen Dienstleistungen nahm also die Be-

schäftigung abgesehen von den Führungskräften in allen Segmenten der Angestelltenberufe zu. Der Beschäftigungsanteil der Angestelltenberufe insgesamt stieg von 73,1% um 6,1 %-pkt. auf 79,2% (siehe Tabelle 5).

Die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen zählten zu jenen 15 Wirtschaftsklassen des Wiener tertiären Sektors, in denen sich der Anteil der Angestelltenberufe an der jeweiligen Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) zwischen 2001 und 2009/10 erhöhte. In zwei Wirtschaftsklassen blieb dieser Anteil fast unverändert, und in vier Branchen nahm er ab.

Das aus den Handwerksberufen <7> und den Maschinen-, Anlagen-, Fahrzeugbedienern und Monteuren <8> bestehende Segment der „Fertigungsberufe mittlerer Qualifikation“ nimmt in nur zwei Wiener Dienstleistungsbranchen die dominante Position in der Beschäftigung ein, nämlich im Verkehrswesen und in Kfz-Handel und -Reparatur (vgl. Tabelle 5). In Letzterer stieg der Beschäftigungsanteil der Fertigungsberufe sogar, und in Ersterer blieb er konstant. Auch in zwei weiteren tertiären Wirtschaftsklassen mit relativ großer Bedeutung von mittel qualifizierten Fertigungsberufen erhöhte sich deren Anteil jeweils, und zwar im Bereich von Lagerung und Spedition <63> sowie in der Entsorgung <90>. In der Mehrzahl der Wiener Dienstleistungsbranchen, nämlich in 13, nahm allerdings der Beschäftigungsanteil des Segments der mittel qualifizierten Fertigungsberufe jeweils ab, in 2 änderte er sich kaum, in 6 stieg er.

Auch zum anteilmäßigen Rückgang der Beschäftigung von Hilfskräften im Wiener Dienstleistungssektor trugen brancheninterne Berufsstruktureffekte bei: In 15 von 21 Wirtschaftsklassen fiel ihr Anteil, in 2 blieb er weitgehend unverändert, und in 4 nahm er zu. In drei tertiären Wirtschaftsklassen entfallen auf die Hilfskräfte hohe Beschäftigungsanteile: in den beiden kleinen Branchen Entsorgung und Haushaltsdienste sowie in Realitätenwesen und Vermietung <70-71>.

6. Komponentenzerlegung der Beschäftigungsänderungen nach Berufshauptgruppen und Wirtschaftsabteilungen 2001-2009/10

Zur quantitativen Einschätzung der Beschäftigungseffekte des Strukturwandels zwischen Branchen und jener der brancheninternen Berufsstrukturverschiebungen auf die Veränderung der Berufsstruktur der Beschäftigung kann die Methode der Komponentenzerlegung (*Shift-Share-Analyse*) verwendet werden.

Verschiebungen in der Berufsstruktur der Beschäftigung setzen sich gemäß dieser Analyse-methode aus Änderungen der Branchenstruktur bei unveränderten Berufsprofilen innerhalb der einzelnen Branchen (Branchenstruktureffekt, kurz: Brancheneffekt) und aus einem Wandel der Be-

rufsanteile in den einzelnen Branchen bei konstanter Verteilung der Gesamtbeschäftigung auf die Branchen (Berufsstruktureffekt, kurz: Berufseffekt) zusammen. Bei der Trennung zwischen Branchen- und Berufseffekt wird angenommen, dass sich eine nachfrageinduzierte Expansion der Beschäftigung einer Branche nicht auch auf das Berufsprofil derselben auswirkt, d. h. es werden stillschweigend lineare Produktionsfunktionen unterstellt.

Eine Änderung der Beschäftigung B im Beruf j der Branche i zwischen den Zeitpunkten 0 und t : $(B_{ij}^t - B_{ij}^0)$, wird in vier hypothetische Bestandteile zerlegt:

- Der Niveaueffekt (NIV) gibt die Beschäftigungsänderung im Beruf j der Branche i im Ausmaß der Veränderungsrate der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung an.
- Der Brancheneffekt (BRA) zeigt die Beschäftigungsänderung im Beruf j der Branche i an, wenn diese proportional der Nettoänderung (tatsächliche Änderungsrate der Branchenbeschäftigung abzüglich Änderungsrate der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung) der Gesamtbeschäftigung der Branche i erfolgte.
- Der Berufseffekt (BER) misst die Beschäftigungsänderung im Beruf j der Branche i , die sich durch Veränderung des Anteils des Berufs j an der Beschäftigung der Branche i bei konstanter Branchenbeschäftigung ergäbe.
- Der Residual- oder Interaktionseffekt (INT) ist die (in der Regel kleine) Differenz zwischen der Summe der bislang genannten drei Effekte und der tatsächlichen Beschäftigungsänderung im Beruf j der Branche i .

Kasten: Komponentenzerlegung

$$B_{ij}^t - B_{ij}^0 = \text{NIV} + \text{BRA} + \text{BER} + \text{INT}$$

$$\text{NIV} = \left(\frac{B_{ij}^0}{B_i^0} \right) \left(\frac{B^t}{B^0} B_i^0 - B_i^0 \right)$$

$$\text{BRA} = \left(\frac{B_{ij}^0}{B_i^0} \right) \left(B_i^t - \frac{B^t}{B^0} B_i^0 \right)$$

$$\text{BER} = \left(\frac{B_{ij}^t}{B_i^t} - \frac{B_{ij}^0}{B_i^0} \right) B_i^0$$

$$\text{INT} = \left(\frac{B_{ij}^t}{B_i^t} - \frac{B_{ij}^0}{B_i^0} \right) B_i^t - B_{ij}^0$$

Im folgenden Unterkapitel 6.1 werden die Ergebnisse der Komponentenzerlegung auf der urbanwirtschaftlichen Ebene präsentiert und diskutiert (Komponentenzerlegung nach 44 Wirtschaftsklassen und 10 Berufshauptgruppen). Unterkapitel 6.2 fasst die entsprechenden Gesamtergebnisse für die Berufshauptgruppen zusammen.

6.1 Die urbanwirtschaftliche Ebene

Führt man die Komponentenzerlegung der Änderungen der Beschäftigung (Erwerbspersonen ohne geringfügig Beschäftigte) am Arbeitsort Wien zwischen 2001 und 2009/10 für das Merkmal Branche auf der Ebene der Wirtschaftsabteilungen (44 konsolidierte ÖNACE-2003-Abteilungen) und für das Merkmal Beruf auf der Ebene der Berufshauptgruppen (10 ÖISCO-88-Berufshauptgruppen) durch, so ergibt sich, dass – gemessen an den Absolutbeträgen aller Beschäftigungsänderungen (ohne Niveaufekte!) – 44,8% aller Beschäftigungsänderungen auf die Brancheneffekte und 42,9% auf die Berufseffekte zurückgingen (Interaktionseffekte 12,4%; siehe Tabelle 7).

Tabelle 7: Komponentenzerlegung der Beschäftigungsänderungen zwischen 2001 und 2009/10 nach Wirtschaftsabteilungen und Berufshauptgruppen: urbanwirtschaftliche Ebene

	Absbetr.	%
Summe d. Absbetr. d. Brancheneffekte über alle Berufshauptgrp. u. Wkl.	175.238	44,8
Summe d. Absbetr. d. Berufseffekte über alle Berufshauptgrp. u. Wkl.	167.873	42,9
Summe d. Absbetr. d. Interaktionseffekte über alle Berufshauptgrp. u. Wkl.	48.368	12,4
Gesamtsumme d. Absbetr. d. Branchen-, Berufs- u Interaktionseffekte	391.480	100,0

Quellen: VZ 2001 und Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2009 und 2010 (jeweils Durchschnittswerte der beiden Jahre); eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

Grundgesamtheit: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ <12 Std.).

Wirtschaftsklassen: (konsolidierte) ÖNACE-2003-Abteilungen; Berufshauptgruppen gemäß ÖISCO-88.

Die stärksten Brancheneffekte resultierten zum einen aus dem sehr intensiven Branchenstrukturwandel innerhalb des tertiären Sektors (positive Brancheneffekte entspringend v. a. den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen, dem Gesundheitswesen, dem Bankwesen, der Lagerung und Spedition sowie dem Fremdenverkehr, aber auch dem Unterrichtswesen sowie Kultur und Unterhaltung; negative Brancheneffekte zurückgehend in erster Linie auf Großhandel und Verkehrswesen, in zweiter Linie auf Kfz-Handel und -Reparatur sowie die Nachrichtenübermittlung), zum anderen aus dem besonders starken Rückgang der Beschäftigung in der

Tabelle 8: Komponentenzersetzung der Beschäftigungsänderungen am Arbeitsort Wien 2001-2009/10 nach Wirtschaftsklassen u. Berufshauptgruppen: Ergebnisse für die Berufshauptgruppen

Berufshauptgruppen	Erwerbs- personen 2001	abs. Veränd. 01-09/10	Niveau- effekt in % der absoluten Veränderung	Branchen- effekt	Berufs- effekt	Interakti.- effekt		Erwerbs- personen 2009/10
						Veränderung		
<1> Privatwirtschaftliche Führungskräfte, leit. Verwaltungsbedienstete	80.204	-7.359	-143,0	51,1	141,8	50,1		72.845
<2> Akademische Berufe	98.538	55.354	23,4	13,5	47,8	15,3		153.892
<3> Techn. Fachkräfte, nichttechn. Fachkräfte, nichtakad. Lehrkräfte	190.941	24.041	104,2	-5,9	12,6	-10,9		214.982
<4> Büroangestellte	127.410	14.972	111,7	11,1	-22,6	-0,2		142.382
<5> Personenbezogene Dienstleistungsberufe, Verkäufer	98.581	26.114	49,5	9,9	39,3	1,3		124.695
<6> Fachkräfte in der Land- und Forstwirtschaft	3.805	1.673	29,8	13,9	53,6	2,6		5.478
<7> Bauberufe, Bergleute, Metallarb., Mechan., so. Handwerksberufe	76.595	3.774	266,3	-18,1	-156,3	8,1		80.369
<8> Bediener von Anlagen, Maschinen u. Fahrzeugen, Montierer	38.068	-4.351	-114,8	152,6	49,1	13,1		33.717
<9> Hilfsarbeitskräfte	88.172	-3.556	-325,3	-9,3	395,3	39,4		84.616

Berufshauptgruppen	Erwerbs- personen 2001	abs. Veränd. 01-09/10	Niveau- effekt	Branchen- effekt	Berufs- effekt	Interakti.- effekt		Erwerbs- personen 2009/10
						absolute Veränderung		
<1> Privatwirtschaftliche Führungskräfte, leit. Verwaltungsbedienstete	80.204	-7.359	10.524	-3.761	-10.433	-3.689		72.845
<2> Akademische Berufe	98.538	55.354	12.929	7.469	26.482	8.474		153.892
<3> Techn. Fachkräfte, nichttechn. Fachkräfte, nichtakad. Lehrkräfte	190.941	24.041	25.054	-1.417	3.035	-2.631		214.982
<4> Büroangestellte	127.410	14.972	16.718	1.667	-3.378	-36		142.382
<5> Personenbezogene Dienstleistungsberufe, Verkäufer	98.581	26.114	12.935	2.578	10.271	329		124.695
<6> Fachkräfte in der Land- und Forstwirtschaft	3.805	1.673	499	233	897	43		5.478
<7> Bauberufe, Bergleute, Metallarb., Mechan., so. Handwerksberufe	76.595	3.774	10.050	-683	-5.898	304		80.369
<8> Bediener von Anlagen, Maschinen u. Fahrzeugen, Montierer	38.068	-4.351	4.995	-6.640	-2.135	-570		33.717
<9> Hilfsarbeitskräfte	88.172	-3.556	11.569	332	-14.058	-1.400		84.616

Datenquellen: VZ 2001 und Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2009 und 2010 (jeweils Durchschnittswerte der beiden Jahre); eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

Grundgesamtheit: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ <12 Std.).
Wirtschaftsklassen: (konsolidierte) ÖNACE-2003-Abteilungen; Berufshauptgruppen gemäß ÖISCO-88.

konsolidierten Sachgüterbranche Büromaschinen und Nachrichtentechnik, nicht aus einer breiten Deindustrialisierungstendenz.

Die höchsten positiven Berufseffekte betreffen die Akademischen Berufe in den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen und im Unterrichtswesen, die Technischen und nichttechnischen Fachkräfte im Einzelhandel, die Personenbezogenen Dienstleistungsberufe und Verkaufskräfte im Fremdenverkehr und im Gesundheitswesen sowie die Hilfsarbeitskräfte in der Öffentlichen Verwaltung. Die stärksten negativen Berufseffekte wurden ermittelt für die Führungskräfte im Einzelhandel und im Großhandel sowie für die Hilfsarbeitskräfte in Realitätenwesen und Vermietung sowie in den Unternehmensbezogenen Diensten.

6.2 Gesamtergebnisse für die Berufshauptgruppen

In der Folge werden die Ergebnisse der oben dargelegten Komponentenzerlegung der Beschäftigungsänderungen 2001-2009/10 nach Berufshauptgruppen und Wirtschaftsabteilungen für die einzelnen Berufshauptgruppen dargelegt und diskutiert.

Tabelle 8 zeigt die Resultate der Komponentenzerlegung der Beschäftigungsänderungen 2001-2009/10 für die neun untersuchten Berufshauptgruppen. (Die ISCO-Hauptgruppe <0> Soldaten wurde hier außer Acht gelassen.)

Die Zahl der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) in Akademischen Berufen (Hauptgruppe <2>) beispielsweise stieg im Beobachtungszeitraum um 55.354. Diese absolute Veränderung lässt sich in die vier oben genannten Komponenten zerlegen: 47,8% (26.482 Personen) der Zunahme ergeben sich allein aus den Veränderungen des Berufshauptgruppenanteils in den einzelnen Wirtschaftsklassen unter der Annahme konstanter Beschäftigung in diesen (Berufseffekt). 13,5% (7.469 Personen) lassen sich auf die Abweichung der Beschäftigungsänderung in den einzelnen Wirtschaftsklassen von der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate der Beschäftigung unter der Annahme konstanter Berufsstrukturen in den Wirtschaftsklassen zurückführen (Brancheneffekt). 23,4% (12.929 Personen) der Zunahme entsprechen der Veränderung im Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate der Beschäftigung (Niveaueffekt). 15,3% (8.474 Personen) schließlich gehen auf den Interaktionseffekt zurück (Residualgröße).

Bei Berufshauptgruppen mit Beschäftigungsabnahme (z. B. „Bediener von Anlagen, Maschinen und Fahrzeugen, Montierer“ <8>) ist bei der Interpretation zu beachten, dass der Niveaueffekt aufgrund der urbanwirtschaftlichen Beschäftigungsausweitung auch dort positiv ist und der Gesamtdifferenz hinzugezählt werden muss, welche dann in die verbleibenden drei Komponenten zerlegt wird. Im konkreten Fall der Berufshaupt-

gruppe <8> ist der Interaktionseffekt nur leicht negativ (13,1%), sodass auf Branchen- und Berufseffekt gemeinsam 201,7% der Beschäftigungsänderung 2001-2009/10 entfallen.

Einen positiven Berufseffekt weisen von den acht quantitativ relevanten Berufshauptgruppen nur drei auf, nämlich die hoch qualifizierten Angestelltengruppen <2> Akademische Berufe und <3> Technische und nichttechnische Fachkräfte sowie von den mittel qualifizierten Angestellten jene mit stark interaktivem Tätigkeitsprofil, also die Personenbezogenen Dienstleistungsberufe und Verkaufskräfte <5>.

Die am höchsten qualifizierten Angestelltenberufe <2> und die interaktiven Angestelltenberufe mittlerer Qualifikation <5> waren die einzigen Hauptgruppen, die sowohl von der Verschiebung der Berufsstrukturen innerhalb der Wirtschaftsklassen (Berufseffekt) begünstigt waren als auch von der überdurchschnittlichen Expansion von Wirtschaftsklassen, in denen die betreffenden Dienstleistungsberufe besonders stark vertreten waren (Brancheneffekt).

Die Akademischen Berufe <2> sind als „Wachstumsberufe“ zu klassifizieren, also als solche, die in allen oder in der Mehrzahl der Branchen Anteilsgewinne aufweisen (positiver Berufseffekt). Es handelt sich dabei um Berufsgruppen, die v. a. infolge der Diffusion der modernen IKT und der damit verbundenen und anderer organisatorischer Wandlungen, der verstärkten zwischenbetrieblichen und internationalen Arbeitsteilung und Spezialisierung an Bedeutung gewinnen.

Im Falle der Privatwirtschaftlichen Führungskräfte und leitenden Verwaltungsbediensteten (Berufshauptgruppe <1>) fielen Branchen- und Berufseffekt negativ aus, wobei der Berufseffekt (d. h. in erster Linie die Tendenz zu flacheren Hierarchien) die klar dominante Komponente der Beschäftigungsänderungen war.

Die Zunahme der Beschäftigung von Technischen und nichttechnischen Fachkräften sowie nichtakademischen Lehrkräften (Hauptgruppe <3>) wurde vor allem durch den Niveaueffekt bestimmt, der Brancheneffekt war leicht negativ, der Berufseffekt leicht positiv.

Im Falle der Büroangestellten (Hauptgruppe <4>) war in Bezug auf den Beschäftigungsanstieg zwischen 2001 und 2009/10 der Niveaueffekt klar dominant, der Beitrag des Brancheneffekts fiel leicht positiv aus, und der Berufseffekt (Rationalisierungen im Verwaltungsbereich durch IKT-Einsatz etc.) war negativ.

Bei den fertigungsnahen Berufshauptgruppen <7> Handwerksberufe und <8> Bedienungspersonal von Maschinen und Anlagen waren jeweils sowohl der Brancheneffekt als auch der Berufseffekt negativ. Diese Berufsgruppen verloren also durch Schrumpfung der Sachgüterbranchen (Brancheneffekt) und durch Rationalisierungen, Produktionsverlagerungen, Auslagerungen sowie andere Entwicklungen, die zu entsprechenden

Verschiebungen der Berufsstrukturen innerhalb der Wirtschaftsbereiche führten (Berufseffekt). Bei den Handwerksberufen überwog dabei der Berufseffekt, beim Maschinenbedienungspersonal der Brancheneffekt.

Alles in allem können die Handwerksberufe als „Rationalisierungsberufe“ gekennzeichnet werden. Diese stehen mit ihren Charakteristika den Wachstumsberufen diametral gegenüber: Sie zeichnen sich durch einen markant negativen Berufseffekt in den meisten Wirtschaftsbereichen aus, der Brancheneffekt ist ebenfalls negativ oder schwach positiv.

In den 2000er-Jahren ging die Zahl der Hilfsarbeitskräfte <9> leicht zurück, was sich aus einer Kombination von (definitionsgemäß bei urbanwirtschaftlichem Beschäftigungswachstum) positivem Niveaueffekt und noch etwas höherem negativen Berufseffekt ergab.

7. Zusammenfassung: Berufsstrukturwandel als Indikator für die Richtung der urbanwirtschaftlichen Spezialisierung

Die Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien verschob sich zwischen 2001 und 2012 deutlich zugunsten der hoch qualifizierten Angestelltenberufe. Bereits rund die Hälfte der Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ist den Angestelltenberufen mit mindestens Maturaniveau (Führungskräfte, Akademische Berufe, Technische und nichttechnische Fachkräfte) zuzuordnen. Getragen wurde die Beschäftigungsdynamik in diesem Berufssegment vorwiegend von der Entwicklung im Bereich der Akademischen Berufe: Die betreffende Erwerbspersonenzahl verdoppelte sich während des Beobachtungszeitraums nahezu, und ihr Anteil stieg von 15% auf 23%. Dieser sehr starke Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung in Richtung auf die am höchsten qualifizierten Angestelltenberufe ist als eindeutiger Beleg für den Strukturwandel der Wiener Wirtschaft zugunsten von wissens- und humankapitalintensiven Aktivitäten zu werten. Auch die Zahl der Technischen und nichttechnischen Fachkräfte nahm weiterhin zu, nämlich um rd. 10.000. Die starke Dynamik der Nachfrage nach hoch qualifizierten Angestellten in Akademischen Berufen ist also nicht die Folge von Verdrängungseffekten gegenüber den Fachkräften, denn auch auf Branchenebene lassen sich so gut wie keine Hinweise auf derartige Substitutionseffekte finden.

Neben dem sehr ausgeprägten Strukturwandel zugunsten der Akademischen Berufe sind im Bereich der Angestelltenberufe zwei weitere Haupttendenzen auszumachen: eine Verschiebung zugunsten der mittel qualifizierten, überwiegend interaktiven Angestelltenberufe und eine Verlagerung zulasten der mittel qualifizierten Büroangestellten, deren kognitive Routinetätigkeiten verstärkt der Standardisierung und Automatisierung unterlagen.

Entsprechend der in Wien schon sehr weit fortgeschrittenen Deindustrialisierung verringerten sich auch der Beschäftigungsanteil der mittel qualifizierten Fertigungsberufe und jener der Hilfskräfte, wobei sich die Zahl der ersteren kaum änderte, jene der letzteren aber signifikant fiel.

Änderungen der berufsbezogenen Qualifikationsstruktur der Beschäftigung ergeben sich zum einen aus dem Strukturwandel zwischen Branchen, zum anderen aus dem brancheninternen Berufsstrukturwandel.

Die Analyse des Branchenstrukturwandels innerhalb des Wiener Dienstleistungssektors, auf den rd. 83% der Erwerbspersonen entfallen, bringt eine eindeutige Gesamttendenz zutage: Während die vier tertiären Branchengruppen mit sehr hoher bis mittlerer Qualifikation der Beschäftigten jeweils Anteile an der Gesamtheit der Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien gewannen, verloren die beiden Branchengruppen mit mittelniedriger bzw. niedriger Qualifikation der Arbeitskräfte jeweils deutlich an Gewicht. In Wien fand somit in den 2000er-Jahren eine signifikante Verschiebung der Branchenstruktur der Beschäftigung in Richtung auf wissens- und humankapitalintensive Marktdienstleistungen statt und auf ebensolche öffentliche Dienstleistungen (Bildungswesen, Gesundheitswesen etc.), welche für die Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Herausforderungen von entscheidender Bedeutung sind. Diese Branchenstruktureffekte trugen positiv zum festgestellten Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung zugunsten von hoch qualifizierten Angestelltenberufen bei.

Der Anteil der Erwerbspersonen in Akademischen Berufen stieg am Arbeitsort Wien in 19 von 21 tertiären Wirtschaftsklassen, und in den beiden übrigen erfuhr er fast keine Änderung. Somit ist erwiesen, dass sich auch der brancheninterne Berufsstrukturwandel zugunsten der Verschiebung der Berufsstruktur der Beschäftigung in Richtung auf die am höchsten qualifizierten Angestelltenberufe auswirkte. Gleiches gilt bezüglich des Anteilszuwachses der interaktiven Angestelltenberufe mittlerer Qualifikation.

Die „Routinisierungshypothese“ (Autor et al. (2003)) bezüglich der Auswirkungen des tätigkeits- und qualifikationsverzerrten technischen Fortschritts bietet einen Erklärungsansatz für die in Wien festgestellten Beschäftigungsstrukturverschiebungen.

Führt man eine Komponentenzerlegung der Änderungen der Beschäftigung am Arbeitsort Wien zwischen 2001 und 2009/10 für das Merkmal Branche auf der Ebene der Wirtschaftsabteilungen und für das Merkmal Beruf auf der Ebene der Berufshauptgruppen durch, so ergibt sich, dass – ohne Niveaueffekte – jeweils etwa die Hälfte aller Beschäftigungsänderungen auf die Brancheneffekte bzw. auf die Berufseffekte zurückging.

Die am höchsten qualifizierten Angestelltenberufe, d. h. die Akademischen Berufe, und die interaktiven Angestelltenberufe mittlerer Qualifika-

tion, also die Personenbezogenen Dienstleistungsberufe und Verkaufsberufe, waren die einzigen Hauptgruppen, die sowohl von der Verschiebung der Berufsstrukturen innerhalb der Wirtschaftsklassen begünstigt waren als auch von der überdurchschnittlichen Expansion von Wirtschaftsklassen, in denen die betreffenden Dienstleistungsberufe besonders stark vertreten waren. Die Akademischen Berufe sind als „Wachstumsberufe“ zu klassifizieren, also als solche, die in allen oder in der Mehrzahl der Branchen Anteilsgewinne aufweisen.

Anmerkungen

- ¹ Siehe dazu Bock-Schappelwein et al. (2012, 2013). Zu den empirischen Werten von Indikatoren, welche die Spezialisierung auf wissensintensive Wirtschaftszweige (Spitzentechnik-Industriezweige, Hochtechnik-Industriezweige, wissensintensive Dienstleistungen) messen, in den EU-Ländern siehe Schiersch, Gornig (2013).
- ² Siehe dazu Maier, Tödting (2006) Kapitel 5, S. 95ff.
- ³ Vgl. Mayerhofer, Fritz, Pennerstorfer (2010) 99ff.
- ⁴ Siehe Mayerhofer, Fritz, Pennerstorfer (2010); Mesch (2007a).
- ⁵ Vgl. Janger (2012) 628.
- ⁶ Zu den Ursachen der Tertiärisierung der Beschäftigung siehe: Baumol (2001); Kratena (2005); Mesch (2005a); Schettkat, Yocarini (2003).
- ⁷ Vgl. Mayerhofer (2005).
- ⁸ Siehe dazu Mayerhofer (2006, 2007); Mayerhofer et al. (2007).
- ⁹ Vgl. dazu Bock-Schappelwein et al. (2012) 43ff.
- ¹⁰ Siehe Violante (2008).
- ¹¹ Die allgemeine Diffusion einer neuen Universaltechnik (moderne IKT) und die damit einhergehenden organisatorischen Änderungen bedingten erhebliche Umschichtungen in den beruflichen Strukturen so gut wie aller Branchen. Diese Diffusion beschleunigte und intensiverte sich in den Neunzigerjahren und hielt in den 2000er-Jahren an. Siehe zusammenfassend Mesch (2007b) Kap. 4.12, S. 157ff.
- ¹² Vgl. Bock-Schappelwein (2013), Bock-Schappelwein et al. (2012), Baethge (2011).
- ¹³ Vgl. Spitz (2005).
- ¹⁴ Siehe dazu Statistik Austria (2011), Zeller (2010).
- ¹⁵ Zu den Beziehungen der Berufshauptgruppen aus ISCO-88 zu jenen aus ISCO-08 siehe im Einzelnen Zeller (2010), Übersicht 2, S. 1121.
- ¹⁶ Zu den Ausführungen in diesem Abschnitt siehe v. a. Chalupa, Knittler (2013). Bis 2001 bildeten die Volkszählungen die wichtigste Datenquelle bezüglich der Berufe.
- ¹⁷ Die Zuordnung zu Arbeitern bzw. Angestellten sollte jeweils nach der kollektivvertraglichen Einstufung im Betrieb erfolgen, im öffentlichen Dienst je nach dienstrechtlicher Stellung (Beamte/r, Angestellte/r, Vertragsbedienstete/r).
- ¹⁸ Berechnet auf der Grundlage der VZ 2001 und der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2009 und 2010 (Durchschnittswert der beiden Jahre).
- ¹⁹ Zu den Veränderungen der Berufsstruktur in Österreich siehe Mesch (2005b, 2005c, 2007b); Horvath et al. (2012).
- ²⁰ Zu Letzteren siehe Mesch (2007a), insbesondere Tabelle 17 auf S. 50.
- ²¹ Zu den Klassifikationsunterschieden zwischen ÖNACE 2003 und ÖNACE 2008 siehe Karner, Rainer (2009).
- ²² Zu den Branchentypologien des WIFO siehe Mayerhofer, Palme (2001); Peneder (2007, 2010); Janger (2012, 2013).

- ²³ Die ÖNACE-2008-Abteilungen <49> Landverkehr und <50> Schifffahrt bzw. <38> Abfallwirtschaft, Rückgewinnung und <39> Beseitigung von Umweltverschmutzungen wurden wegen der sehr geringen Größe der jeweils letzteren zusammengefasst.
- ²⁴ Siehe dazu im Einzelnen Statistik Austria (2011).
- ²⁵ Da in der Sachgüterproduktion neben Ingenieuren, Informationstechnikern usw. mit akademischem Abschluss oder HTL-Matura mittel qualifizierte FacharbeiterInnen in Fertigungsberufen mit stärker berufsspezifischer Ausbildung (Lehre, Fachschule) für die Erhaltung bzw. Weiterentwicklung der branchen- bzw. spartenspezifischen Wissensbasis, inkrementelle Innovationen und den Aufstieg auf der jeweiligen Produktqualitätsleiter große Bedeutung zukommt, müsste für eine adäquate Einschätzung der Wissens- und Humankapitalintensität der Branchen andere Indikatoren als im Dienstleistungssektor angewendet werden.
- ²⁶ Zusammengezogen wurden erstens die ÖNACE-2003-Abteilungen <60> Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen, <61> Schifffahrt und <62> Flugverkehr, zweitens die Abteilungen <65> Kreditwesen und <67> „Mit dem Kreditwesen verbundene Tätigkeiten“ sowie drittens die Abteilungen <70> Realitätenwesen und <71> Vermietung beweglicher Sachen.

Literatur

- Autor, David; Levy, Frank; Murnane, Richard, The Skill Content of Recent Technological Change: An Empirical Exploration, in: Quarterly Journal of Economics 118/4 (2003) 1279-1333.
- Baethge, Martin, Qualifikation, Kompetenzentwicklung und Professionalisierung im Dienstleistungssektor, in: WSI Mitteilungen 9 (2011) 447-455.
- Baumol, William J., Paradox of the services: exploding costs, persistent demand, in: Raa, Schettkat (Hrsg.) (2001) 3-28.
- Bock-Schappelwein, Julia, Stellenwert von Aus- und Weiterbildung sowie fachübergreifenden und sozialen Kompetenzen in einem Umfeld technologischer und wirtschaftlicher Veränderungen, in: WIFO-Monatsberichte 86/2 (2013) 149-157.
- Bock-Schappelwein, Julia; Hölzl, Werner; Janger, Jürgen; Reinstaller, Andreas, Die Rolle von Bildung für die wirtschaftlichen Perspektiven Österreichs, in: WIFO-Monatsberichte 86/2 (2013) 121-133.
- Bock-Schappelwein, Julia; Janger, Jürgen; Reinstaller, Andreas, Bildung 2025 – Die Rolle von Bildung in der österreichischen Wirtschaft (= WIFO-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, Wien 2012).
- Chalupa, Johannes; Knittler, Käthe, Erwerbstätige in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und im Mikrozensus. Konzeptionelle und quellenbedingte Unterschiede, in: Statistische Nachrichten 3 (2013) 238-246.
- Horvath, Thomas; Huemer, Ulrike; Kratena, Kurt; Mahringer, Helmut, Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2010 bis 2016 (= WIFO-Studie im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich, Wien 2012).
- Janger, Jürgen, Strukturwandel und Wettbewerbsfähigkeit in der EU, in: WIFO-Monatsberichte 85/8 (2012) 625-640.
- Janger, Jürgen, Strukturwandel als Indikator für die Qualifikationsnachfrage der Wirtschaft, in: WIFO-Monatsberichte 86/2 (2013) 135-147.
- Karner, Thomas; Rainer, Norbert, Die Implementierung der ÖNACE 2008 im Unternehmensregister der STATISTIK AUSTRIA, in: Statistische Nachrichten 7 (2009) 607-617.
- Kratena, Kurt, Strukturwandel und Dynamik im tertiären Sektor – eine Input-Output-Analyse, in: Mesch (Hrsg., 2005) 87-146.

- Maier, Gunther; Tödtling, Franz, Regional- und Stadtökonomik I. Standorttheorie und Raumstruktur (Wien ⁴2006).
- Maier, Gunther; Tödtling, Franz; Trippl, Michaela, Regional- und Stadtökonomik II. Regionalentwicklung und Regionalpolitik (Wien ³2006).
- Mayerhofer, Peter, Structural Preconditions of City Competitiveness. Some Empirical Results for European Cities (= WIFO Working Paper 260, Wien 2005).
- Mayerhofer, Peter, Wien in einer erweiterten Union. Ökonomische Effekte der Ostintegration auf die Wiener Stadtwirtschaft (Wien, Münster 2006).
- Mayerhofer, Peter, Wiens Beschäftigungssystem unter neuen Rahmenbedingungen, in: Wirtschaft und Gesellschaft 31/1 (2007) 11-40.
- Mayerhofer, Peter, Stadtwirtschaft im Wandel: Strukturelle Veränderungen und sektorale Positionierung Wiens im nationalen und internationalen Vergleich (WIFO, Wien 2013).
- Mayerhofer, Peter (Koord.); Fritz, Oliver; Pennerstorfer, Dieter, Dritter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens (WIFO-Studie, Wien 2010).
- Mayerhofer, Peter; Fritz, Oliver; Platsch, D., 'Twin-City' Wien – Bratislava. Teil 2: Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsmarkt der zentraleuropäischen 'Twin-City' Wien – Bratislava im europäischen Vergleich: Eine Bestandsanalyse (= WIFO-Studie, Wien 2007).
- Mayerhofer, Peter; Palme, Gerhard, Sachgüterproduktion und Dienstleistungen: Sektorale Wettbewerbsfähigkeit und regionale Integrationsfolgen, Teilprojekt 6/1, in: dies. (Koord.), PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung (= WIFO-Studie, Wien 2001).
- Mesch, Michael, Einleitung: Zur Tertiärisierung der österreichischen und der Wiener Wirtschaft, in: Schmee, Mesch (2000a) 11-38.
- Mesch, Michael, Die Tertiärisierung der österreichischen und der Wiener Wirtschaft: ein kurzer Überblick, in: Prenner, Mesch (2000b) 1-28.
- Mesch, Michael (Hrsg.), Der Wandel der Beschäftigungsstruktur in Österreich. Branchen – Qualifikationen – Berufe (Wien 2005).
- Mesch, Michael, Strukturwandel in Produktion und Beschäftigung: ein Überblick, in: Mesch (Hrsg.) (2005a) 15-86.
- Mesch, Michael, Der Wandel der beruflichen Struktur der österreichischen Beschäftigung 1991-2001, in: Mesch (Hrsg.) (2005b) 219-285.
- Mesch, Michael, Die Berufslandschaft in Österreich 1991-2001. Die Beschäftigung nach Berufshauptgruppen und Wirtschaftsbereichen, in: Wirtschaft und Gesellschaft 31/1 (2005c) 41-80.
- Mesch, Michael, Die Bildungs- und die Berufsstrukturen der Beschäftigung in den Wirtschaftsklassen Wiens 1991-2001 (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 101, Wien 2007a).
- Mesch, Michael, Der Wandel der Branchen- und Berufsstruktur der österreichischen Beschäftigung seit Anfang der 1990er-Jahre (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 104, Wien 2007b).
- Peneder, Michael, A sectoral taxonomy of educational intensity, in: Empirica 34/3 (2007) 189-212.
- Peneder, Michael, Technological regimes and the variety of innovation behaviour: Creating integrated taxonomies of firms and sectors, in: Research Policy 39/3 (2010) 323-334.
- Raa, Thijs ten; Schettkat, Ronald (Hrsg.), The Growth of Service Industries. The Paradox of Exploding Costs and Persistent Demand (Cheltenham 2001).
- Schettkat, Ronald; Yocarini, Lara, The Shift to Services: A Review of the Literatur (= IZA Discussion Paper No. 964, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn 2003).
- Schiersch, Alexander; Gornig, Martin, Eurozone: Konvergenz bei Spitzentechnologien, Divergenz bei wissensintensiven Dienstleistungen, in: DIW Wochenbericht 37 (2013).

- Schmee, Josef; Mesch, Michael (Hrsg.), Dienstleistungsstandort Wien. Beschäftigung – Innovation – Wettbewerbsfähigkeit (Frankfurt am Main u. a. 2000).
- Spitz, Alexandra, Technical Change, Job Tasks and Rising Educational Demands: Looking Outside the Wage Structure (= ZEW Arbeitspapier, Mannheim 2005).
- Statistik Austria, Systematik der Berufe – ÖISCO-08 (Wien 2011).
- Statistik Austria (Hrsg.), Arbeitskräfteerhebung 2011. Ergebnisse des Mikrozensus (Wien 2012); http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/3/index.html.
- Violante, Giovanni L., Skill-Biased Technical Change, in: Durlauf, Steven; Blume, Lawrence (Hrsg.), The New Palgrave Dictionary of Economics (Basingstoke 2008).
- Zeller, Margaretha, Die neue Systematik der Berufe – ÖISCO-08, in: Statistische Nachrichten 12 (2010) 1119-1125.

Zusammenfassung

Die Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien verschob sich zwischen 2001 und 2012 deutlich zugunsten der hoch qualifizierten Angestelltenberufe. Bereits rund die Hälfte der Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ist den Angestelltenberufen mit mindestens Matura-niveau (Führungskräfte, Akademische Berufe, Technische und nichttechnische Fachkräfte) zuzuordnen. Diese sehr starke Beschäftigungsverlagerung in Richtung auf die am höchsten qualifizierten Angestelltenberufe ist als eindeutiger Beleg für den Strukturwandel der Wiener Wirtschaft zugunsten von wissens- und humankapitalintensiven Aktivitäten zu werten.

Wie eine Komponentenzersetzung zeigt, trugen Branchen- und Berufsstruktureffekte etwa in gleichem Maße zu den Verschiebungen in der Branchen-Berufs-Matrix der Beschäftigung in den 2000er-Jahren bei.

In der Branchenstruktur der Beschäftigung ist ein signifikanter Wandel in Richtung auf wissens- und humankapitalintensive Marktdienstleistungen festzustellen und auf ebensolche öffentliche Dienstleistungen (Bildungswesen, Gesundheitswesen etc.), welche für die Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Herausforderungen von entscheidender Bedeutung sind.

Die am höchsten qualifizierten Angestelltenberufe und die interaktiven Angestelltenberufe mittlerer Qualifikation werden nicht nur durch positive Brancheneffekte begünstigt, sondern auch durch Anteilszuwächse in den einzelnen Branchen. Die „Routinisierungshypothese“ (Autor et al. (2003)) bezüglich der Auswirkungen des tätigkeits- und qualifikationsverzerrten technischen Fortschritts bietet einen Erklärungsansatz für diese Beschäftigungsstrukturverschiebungen.

Abstract

Between 2001 and 2012 the occupational structure of the labor force in Vienna shifted significantly towards high-skilled white-collar occupations. Professionals, technicians and associated professionals, and managers already constitute half of the labor force at the workplace Vienna. The very strong employment shift towards professionals is interpreted as unambiguous evidence of structural change in the direction of knowledge-intensive and human capital-intensive service activities.

Applying shift-share-analysis it is shown that within industry occupational shifts as well as between industries shifts of roughly the same magnitude contributed to the aggregate changes in the occupation-industry-matrix of the labor force.

The observed shifts towards high-skilled white-collar occupations and mid-skilled, interactive white-collar occupations and away from mid-skilled white-collar occupations carry-

ing out routine clerical tasks as well as away from mid-skilled and low-skilled blue-collar occupations is consistent with the refined theory of technical progress provided by the "routinization"-hypothesis advanced by Autor et al. (2003): computers and other IT-equipment complement both high-skilled non-routine analytical tasks and mid-skilled non-routine interactive tasks, but substitute for mid-skilled routine cognitive tasks and for mid-skilled and low-skilled routine manual tasks.

„Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen“

Band 6
Rudolf Hilferding:
Finanzkapital und organisierter Kapitalismus

Günther Chaloupek, Heinz D. Kurz, William Smaldone

Heinz D. Kurz

Rudolf Hilferdings Das Finanzkapital

William Smaldone

Rudolf Hilferding, „Organisierter Kapitalismus“, und die Politik der Weimarer Sozialdemokratie

Günther Chaloupek

Karl Renners Konzeption des „demokratischen Wohlfahrtsstaats“

Graz 2011, 104 Seiten, € 14,90.

Bestellungen bei: Leykam Buchverlagsgesellschaft m.b.H. Nfg. & Co. KG,
Ankerstraße 4, A-8057 Graz, Tel. +43 (0) 5 0109-6530 bis 6533, 6535,
Fax: +45 (0) 5 0109-6539, e-mail: verlag@leykam.com

Kinderbetreuung und Beschäftigung von Frauen – Eine Analyse für Kärnten

Petra Rodiga-Laßnig, Birgit Aigner-Walder

1. Einleitung

Das Bundesland Kärnten ist vom demografischen Wandel, d. h. dem global erkennbaren Alterungsprozess der Gesellschaft, innerösterreichisch am stärksten betroffen. Mit einem Wert von 26,0% verfügt das Bundesland bereits aktuell über den höchsten Anteil an Personen ab 60 Jahren in Österreich, bei einem Bundesdurchschnitt von 23,1%.¹ Im Jahr 2030 werden entsprechend der vorliegenden Prognosen bereits 36,5% der Kärntner Bevölkerung mindestens 60 Jahre alt sein (mittlere Variante²). Zeitgleich kommt es zu einem Rückgang der potenziellen Erwerbsbevölkerung (15-60 Jahre) von 60,3% auf 50,9%, wobei in Kärnten durch die negative Geburtenbilanz und der für eine Kompensation derselben unzureichend hohen positiven Wanderungsbilanz bereits aktuell ein leichter Rückgang der Bevölkerung insgesamt verzeichnet wird.

Die beschriebenen demografischen Trends werden die wirtschaftliche Entwicklung Kärntens in vielfältiger Art und Weise beeinflussen. Abgesehen von den Herausforderungen, welche sich durch die Alterung der Bevölkerung sowie die Abwanderung aus ländlichen Gebieten für die Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge (z. B. Altenpflege, Kindergärten) durch die öffentliche Hand ergeben,³ kann insbesondere auch mit Lücken auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden. So stehen einerseits Pensionierungswellen der Baby-Boom-Generation bevor und fehlen andererseits durch geburtenschwächere Jahrgänge Nachwuchskräfte. Aktuelle Berechnungen gehen davon aus, dass im Jahr 2030 in Kärnten über 40.000 Arbeitskräfte fehlen werden.⁴

In Bezug auf den Arbeitsmarkt wird eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen als ein potenzieller Lösungsansatz angesehen, um bestehende Angebotslücken zu schließen. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen nach wie vor unter jener der Männer liegt und zudem vielfach lediglich Teilzeiterwerbstätigkeit vorliegt. Für einen Ausbau der Erwerbsbeteiligung von Frauen kommt jedoch vor allem auch einer adäquaten Kinderbetreuung eine entscheidende Rolle zu. Der vorliegende Beitrag widmet sich daher der Fragestellung, wie relevant

Faktoren in Bezug auf die Kinderbetreuung für die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen sind. Die Ergebnisse basieren auf einer umfassenden empirischen Erhebung in Kärnten.

Der Aufbau des Beitrags, um die forschungsleitende Fragestellung zu beantworten, gliedert sich dabei wie folgt: Nach dem einleitenden Kapitel folgt in Kapitel zwei eine kurze sekundärstatistische Einführung in die Thematik Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit von Frauen. Kapitel drei stellt die Grundzüge der empirischen Erhebung vor bzw. erläutert die daraus gewonnene Datenbasis. In Kapitel vier werden ausgewählte deskriptive Ergebnisse zum Status quo von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung in Kärnten vorgestellt; die gesamten Auswertungen finden sich unter Rodiga-Laßnig und Aigner-Walder (2013). Nach der deskriptiven Analyse werden in Kapitel fünf die Ergebnisse einer inferenzstatistischen Untersuchung zu den Determinanten der Erwerbstätigkeit von Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern dargestellt. Im Konkreten wird einerseits eine logistische Regression geschätzt, um die Einflussfaktoren auf die Erwerbstätigkeit generell zu analysieren, und weiters wird versucht, die Determinanten für das Ausmaß der Erwerbstätigkeit anhand einer Modellschätzung zu spezifizieren. Den Abschluss bildet ein kurzes Resümee.

2. Erwerbstätigkeit von Frauen und Kinderbetreuungsangebot

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen. Lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren bis zum Jahr 1987 noch unter 50%, so betrug diese im Jahr 2012 67,3%. Durch den kontinuierlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote der Frauen ist es zu einer stetigen Annäherung an jene der Männer gekommen. Dennoch betrug die Differenz zwischen den Geschlechtern im Jahr 2012 noch über 10 Prozentpunkte (Frauen: 67,3%; Männer: 77,8%⁵). Die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen im Laufe des Lebenszyklus ist dabei nach wie vor stark von den Pflichten in Bezug auf die Kinderbetreuung beeinflusst. Knapp 90% aller Frauen verlassen den Arbeitsmarkt für Zwecke der Kinderbetreuung, und der Großteil davon reduziert die Arbeitszeit nach Rückkehr von der Elternkarenz bzw. dem Mutterschutz.⁶

In vielen Fällen ist eine Teilzeiterwerbstätigkeit für Mütter die einzige Möglichkeit für eine Rückkehr auf den Arbeitsmarkt: Im mittleren Alter (30-39 Jahre) liegt der Anteil jener Frauen, welche aktiv einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen, um ca. 10% unter jener von Frauen zwischen 25 und 29 Jahren; erst ab einem Alter von rund 40 Jahren, d. h. nach der „Familienpause“, steigt die Vollzeiterwerbstätigkeit wieder an. Während im mittleren Alter neun von zehn Männern Vollzeit arbeiten, gilt dies lediglich für

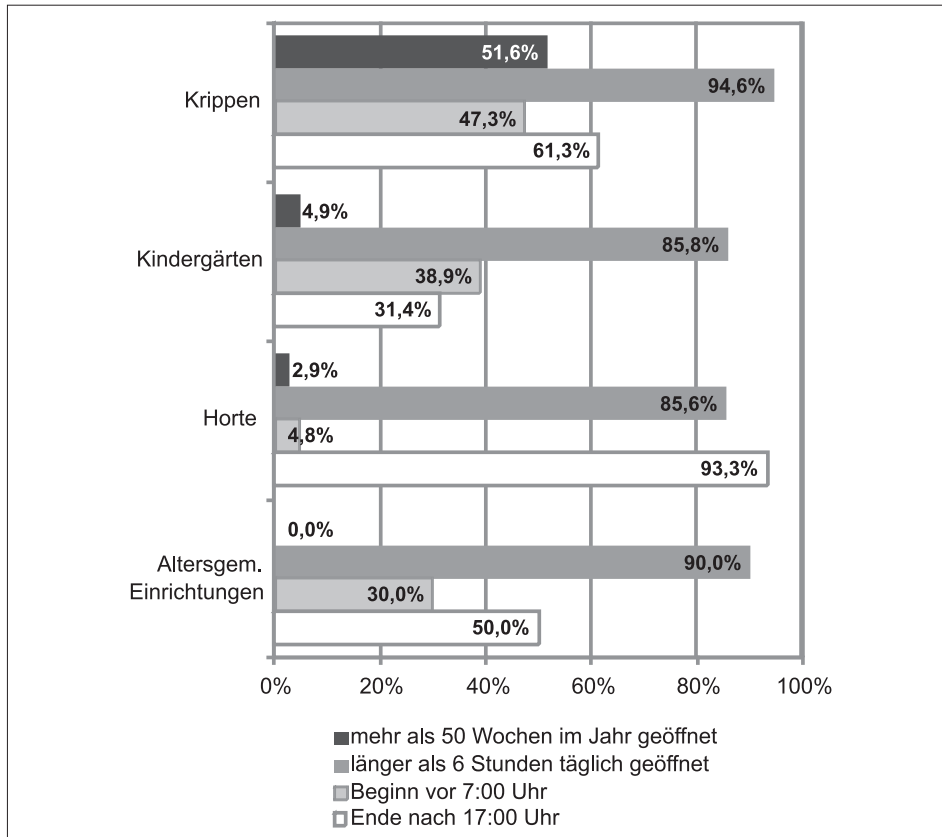
ein Drittel der Frauen. 64,5% der österreichischen Frauen mit Kindern arbeiten Teilzeit, verglichen mit 27,9% der Frauen ohne Kinder und 7,7% der Männer.⁷

Die Zurverfügungstellung institutioneller Kinderbetreuungseinrichtungen sowie familienfreundliche Arbeitsbedingungen bieten ein hohes Potenzial, um die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen zu erhöhen. Empirische Untersuchungen zeigen, dass Frauen früher nach der Geburt ihres Kindes und in einem höheren Ausmaß arbeiten würden, sofern qualitative und kosteneffiziente institutionelle Betreuungsplätze verfügbar wären.⁸ Als Herausforderungen bezüglich der Kinderbetreuung werden von den Frauen primär genannt, dass institutionelle Angebote fehlen (58,4%), die Öffnungszeiten der Angebote nicht den Erfordernissen entsprechen (z. B. am späten Nachmittag) sowie die häufige Schließung dieser während Ferienzeiten ein Problem darstellt. Darüber hinaus zeigt sich, dass der Bedarf nach institutionellen Kinderbetreuungsplätzen steigt, sofern die Mutter alleinerziehend ist.⁹ Ein europaweiter Vergleich der Kinderbetreuungsquote verweist darauf, dass Österreich in Bezug auf die Betreuung der 0- bis 2-Jährigen deutlich unter dem EU-27-Durchschnitt liegt (14% zu 30%); jene der 3- bis 6-jährigen Kinder entspricht dem europäischen Durchschnitt (Ö: 85%; EU-27: 84%¹⁰).

Im Bundesland Kärnten liegt die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen mit 65,1% unter dem österreichischen Durchschnitt (67,3%¹¹). Auch das fehlende Kinderbetreuungsangebot wird im Süden von Frauen deutlich häufiger genannt (67,0% zu 58,4%¹²). Die Angebotsseite des Kinderbetreuungsangebotes in Kärnten ist aus der Kindertagesheimstatistik, welche jährlich veröffentlicht wird, ersichtlich.¹³ So gab es in Kärnten im Schuljahr 2011/12 insgesamt 226 Kindergärten, in denen 11.229 Kinder betreut wurden, 93 Krippen, in denen 2.370 Kinder betreut wurden, und 104 Horte, in denen 4.100 Kinder nach der Schulpflicht betreut wurden. Weiters bestanden 20 altersgemischte Einrichtungen, in denen insgesamt 1.505 Kinder betreut wurden. Insgesamt wurden damit 18.020 Kinder in einer institutionellen Einrichtung betreut, das entspricht einem Anteil von 23,3% aller Kinder unter 15 Jahren in Kärnten (77.308).

Wie in Abbildung 1 ersichtlich, bestätigt sich die von den Frauen als problematisch dargestellte Situation in Bezug auf die Öffnungszeiten als auch die Ferienzeiten. In der Abbildung werden die wesentlichen Angebotsmerkmale (Anzahl der Betriebswochen, tägliche Öffnungszeiten, Öffnungszeiten in der Früh und Öffnungszeiten am Abend) für die verschiedenen Betreuungsformen in Kärnten dargestellt: Knapp die Hälfte der Krippen hat eine fast ganzjährige Betriebszeit; bei den Kindergärten sind es nicht einmal 5% und bei den Horten bzw. altersgemischten Einrichtungen noch weniger. Zwar hat der überwiegende Teil der Betreuungseinrichtungen mehr als 6 Stunden täglich geöffnet, aber nur 61,3% der Krippen

Abbildung 1: Angebotsmerkmale der Kinderbetreuung in Kärnten nach Betreuungsform (in %)



Quelle: Statistik Austria (2012b), eigene Darstellung.

und nur 31,4% der Kindergärten schließen nach 17:00 Uhr. Das stellt vor allem jene Frauen, welche keine typischen Büro-Arbeitszeiten vorfinden, vor Herausforderungen, um Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung zu vereinbaren, wie auch die folgenden empirischen Ergebnisse zeigen.

3. Methodik

Mit dem Ziel, die Situation von Kärntner Frauen in Bezug auf ihre Arbeitsmarktbeteiligung und die Betreuung ihrer Kinder zu analysieren, wurde eine umfassende empirische Untersuchung durchgeführt. Im Fokus der Untersuchung standen die folgenden Fragen:

- Welchen Schwierigkeiten hinsichtlich der Betreuung ihrer Kinder sehen sich Frauen im Zuge der Erwerbstätigkeit ausgesetzt?

- Welche Faktoren beeinflussen die Erwerbstätigkeit bzw. das Ausmaß der Erwerbstätigkeit von Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern?
- Wollen oder können nicht erwerbstätige Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern nicht arbeiten, und welche Ursachen gibt es dafür?

Der modular aufgebaute Fragebogen enthielt 45 Fragen zu den Themenfeldern Betreuung von Kindern, Kinder als Teil des eigenen Lebenskonzepts, Erwerbsbeteiligung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie soziodemografische Fragestellungen.

Eine repräsentative 5%-Stichprobe aus der Grundgesamtheit der Kärntner Frauen im Alter von 20 bis 49 Jahren wurde gezogen. Hervorzuheben ist, dass im Zuge der Stichprobenziehung keine Trennung nach Erwerbstätigkeit und dem Vorhandensein von Kindern getroffen wurde. Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie von erwerbstätigen Frauen gibt es eine Vielzahl von Untersuchungen, während die Situation von nicht erwerbstätigen Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern in der Literatur kaum berücksichtigt wird.

Der Fragebogen wurde im Jänner 2013 postalisch an 5.554 Kärntner Frauen versendet. Bis März 2013 wurden insgesamt 1.121 Fragebögen retourniert; das entspricht einer Rücklaufquote von 20,2%. 6 Fragebögen waren unvollständig, sodass für die Analyse 1.115 Fragebögen einbezogen werden konnten. Die Stichprobe zeigt in Hinblick auf die regionale Verteilung (auf Bezirksebene) als auch die Altersverteilung der Kärntner Frauen kaum Abweichungen von der Grundgesamtheit. Das verfügbare Datensample ist damit im hohen Maße repräsentativ. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Frauen mit Kindern unter 15 Jahren; dies entspricht einer Stichprobe von 685 Frauen bzw. 61,4%.

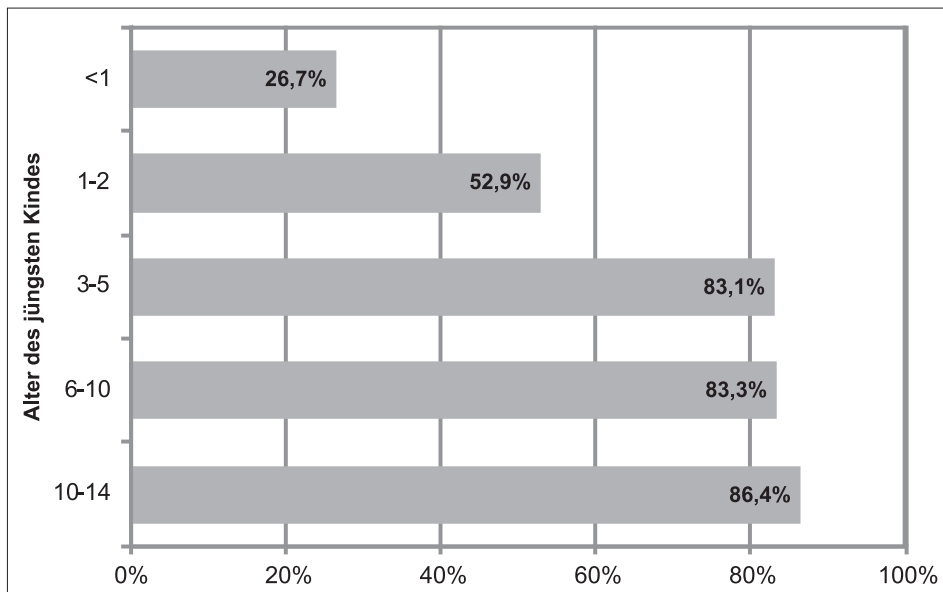
Die durchschnittliche Anzahl an Kindern in der Stichprobe beträgt 1,9 Kinder, bei einer maximalen Anzahl von sechs Kindern. Im Mittel waren die befragten Frauen 36,6 Jahre alt. 14,9% waren zwischen 20 und 29 Jahre, 50,2% zwischen 30 und 39 Jahre und 34,8% zwischen 40 und 49 Jahre alt. Der überwiegende Teil der befragten Frauen verfügt über eine abgeschlossenen Lehre oder Fachschule (38,4%), gefolgt von einem Abschluss auf Maturaniveau (29,8%). 25,5% haben eine tertiäre Ausbildung (Universität, Fachhochschule, Pädagogische Hochschule) abgeschlossen und 6,3% keine abgeschlossene Ausbildung oder lediglich einen Pflichtschulabschluss. 60,7% sind verheiratet, 25,3% leben in einer Lebensgemeinschaft und 14% sind Alleinerziehende (ledig, verwitwet oder geschieden). 50,5% der Frauen leben im Zentralraum Kärntens, d. h. entweder in den Bezirken Klagenfurt Stadt, Klagenfurt Land, Villach Stadt oder Villach Land.

4. Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen und Kinderbetreuung – Ergebnisse der empirischen Erhebung

685 der befragten Frauen haben mindestens ein betreuungspflichtiges Kind unter 15 Jahren, wobei das jüngste Kind der befragten erwerbstätigen Frauen im Durchschnitt 5,5 Jahre alt ist (bei einer Standardabweichung von 4,1 Jahren). 684 Frauen gaben Auskunft über ihre Erwerbstätigkeit: 59,6% sind unselbstständig beschäftigt, 7,6% sind selbstständig beschäftigt, 1,8% sind Landwirtinnen und 30,9% sind nicht erwerbstätig. Der Anteil erwerbstätiger Frauen hängt dabei statistisch signifikant ($\chi^2 = 174,41$, $p = 0,000$) vom Alter des jüngsten Kindes ab (vgl. Abbildung 2). Vor allem wenn das jüngste Kind jünger als drei Jahre ist, ist der Anteil der erwerbstätigen Mütter niedrig (<1 Jahr: 26,7%; 1-2 Jahre: 52,9%).

Das Beschäftigungsausmaß der befragten unselbstständigen Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern unter 15 Jahren schwankt zwischen 3 Stunden und 55 Stunden pro Woche. Im Mittel beträgt das Erwerbsausmaß 26,7 Stunden pro Woche (bei einer Standardabweichung von 9,7 Stunden pro Woche). Die Mehrheit der unselbstständig erwerbstätigen Frauen ist in weiblich dominierten Branchen beschäftigt: Sonstige Dienstleistungen (16,4%), Gesundheitswesen (14,5%) und Einzelhandel (9,2%).

Abbildung 2: Anteil erwerbstätiger Mütter in Abhängigkeit des Alters des jüngsten Kindes



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung.

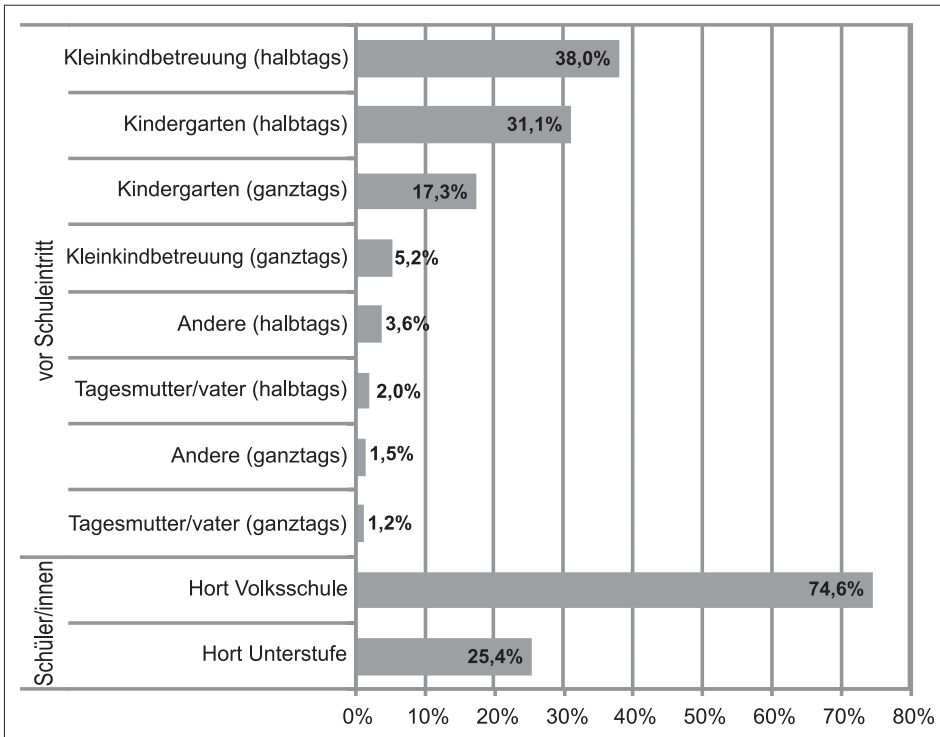
54,0% der erwerbstätigen Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern nehmen eine institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung (Krabbelgruppe, Kindertagesstätte, Kindergarten, Tagesmutter/-vater oder Nachmittagsbetreuung in der Schule) in Anspruch. Die Mehrheit der in einer Institution betreuten Kinder vor Schuleintritt wird in einer halbtags geführten Form betreut: Kleinkindbetreuung (38,0%) und Kindergarten (31,1%). An dritter Stelle folgt mit 17,3% der Ganztageskindergarten. Schulische Nachmittagsbetreuung wird vor allem für Volksschulkinder in Anspruch genommen (74,6%) (vgl. Abbildung 3).

Hervorzuheben ist damit, dass fast die Hälfte (46,0%) aller erwerbstätigen Mütter mit betreuungspflichtigen Kindern unter 15 Jahren keine institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung in Anspruch nimmt. Zudem ist, wenn eine institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung für das jüngste Kind in Anspruch genommen wird, eine halbtags geführte Form die am häufigsten in Anspruch genommene. Diese Tatsache lässt sich darauf zurückführen, dass einerseits der überwiegende Teil der befragten Frauen Teilzeit arbeitet – das Ausmaß der Erwerbstätigkeit beträgt im Mittel 26,7 Stunden pro Woche – und dass andererseits ein flächendeckendes Angebot an ganztagesgeführten Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Kärnten fehlt (vgl. Kapitel 2). Insbesondere in den ländlichen Regionen schließen die Kindergärten wie auch die Schulen zu Mittag bzw. am frühen Nachmittag.¹⁴

Von den erwerbstätigen Müttern, die eine institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung für ihr jüngstes Kind in Anspruch nehmen, haben 67,1% zumindest eine Schwierigkeit mit dem von ihnen in Anspruch genommenen Kinderbetreuungsangebot. Das größte Problem ist laut Angaben der erwerbstätigen Mütter, deren Kind in einer institutionellen Kinderbetreuungseinrichtung betreut wird, das Betreuungsangebot während den Ferienzeiten (67,4%), gefolgt von der Möglichkeit einer flexiblen Nutzung des Angebots (44,8%) und dem Betreuungsangebot am Nachmittag (42,4%). Diese Ergebnisse decken sich mit bisherigen Studienergebnissen für Österreich.¹⁵

Bei Einbeziehung aller erwerbstätigen Mütter, also auch jener, die keine institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung für ihr jüngstes Kind in Anspruch nehmen, geben 38,6% an, Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu haben. Für 56,0% dieser Mütter stehen die Probleme in Zusammenhang mit dem vorhandenen Kinderbetreuungsangebot für ihr jüngstes Kind. Welche Schwierigkeiten von den erwerbstätigen Müttern am häufigsten genannt wurden, zeigt Abbildung 4. Die größten Probleme für erwerbstätige Mütter mit betreuungspflichtigen Kindern sind das fehlende Angebot während der Ferienzeiten (54,9%), das fehlende Angebot am späten Nachmittag bzw. Abend (44,5%) und die fehlende Möglichkeit einer flexiblen Nutzung des Angebotes (44,6%). Teilzeitarbeit

Abbildung 3: Form der für das jüngste Kind in Anspruch genommenen institutionellen Kinderbetreuung



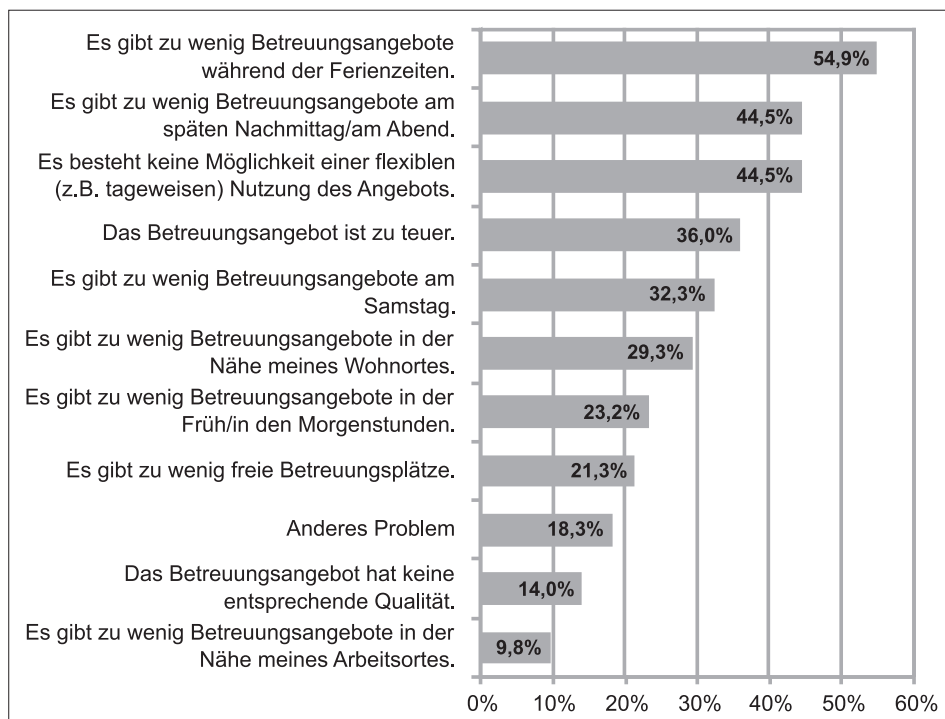
Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung.

bedeutet vielfach, atypische Arbeitszeiten vorzufinden (beispielsweise zwei oder drei volle Tage pro Woche), während das institutionelle Kinderbetreuungsangebot meist nur zwei Formen der Betreuung anbietet: halbtags (bis Mittag bzw. früher Nachmittag) oder ganztags. Für teilzeitarbeitende Mütter überschreiten die Kosten für die Nutzung eines Ganztagesangebots die finanziellen Möglichkeiten (36,0% der Frauen gaben die Kosten als Problem an), wodurch sie – wenn verfügbar – auf die Unterstützung der Familie zurückgreifen (müssen).

Die Notwendigkeit der Unterstützung durch die Familie zeigt sich auch in den weiteren Ergebnissen: 56,1% der erwerbstätigen Mütter geben an, in Zusammenhang mit ihrer Erwerbstätigkeit familiäre Unterstützung bei der Betreuung des jüngsten Kindes in Anspruch zu nehmen. In 90,0% der Fälle erfolgt die Unterstützung durch Verwandte, vorwiegend von den Großeltern (49,1%) oder durch den Ehemann/Partner (41,1%). Eher selten wird auf die Hilfe von Freunden, Bekannten oder Nachbarn zurückgegriffen, um Erwerbstätigkeit und familiäre Pflichten zu vereinbaren.

Wenn die Unterstützung der Familie in Anspruch genommen wird, be-

Abbildung 4: Schwierigkeiten mit dem Kinderbetreuungsangebot für das jüngste Kind

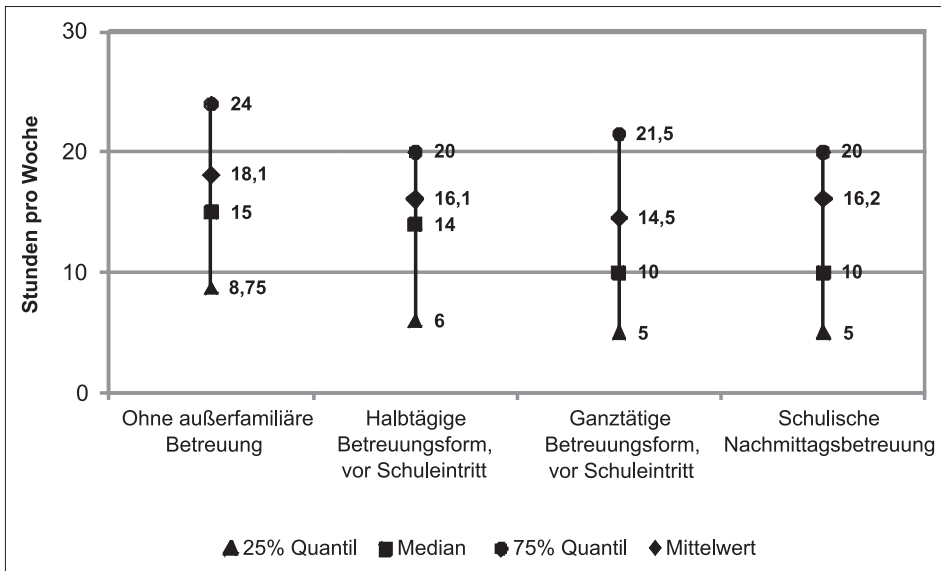


Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung.

trägt diese laut Angaben der befragten Frauen im Durchschnitt 16,7 Stunden pro Woche (Std/Wo), bei einer Standardabweichung von 12,9 Std/Wo. Die Unterstützung variiert je nach in Anspruch genommenem Betreuungsangebot (vgl. Abbildung 5). Sofern kein außerfamiliäres Betreuungsangebot in Anspruch genommen wird, beträgt die Unterstützung im Mittel 18,1 Std/Wo, bei einer Standardabweichung von 13,0 Std/Wo. Die Unterstützung ist geringer, wenn ein institutionelles Kinderbetreuungsangebot in Anspruch genommen wird: Im Falle einer halbtätigen Betreuungsform vor Schuleintritt beträgt die durchschnittliche Unterstützung durch das familiäre Netzwerk 16,1 Std/Wo, bei einer Standardabweichung von 12,4 Std/Wo. Bei einer ganztätigen Betreuungsform vor Schuleintritt liegt die familiäre Unterstützung bei durchschnittlich 14,5 Std/Wo, bei einer Standardabweichung von 12,5 Std/Wo. Nach Schuleintritt umfasst die Unterstützung 16,2 Std/Wo, bei einer Standardabweichung von 15,5 Std/Wo. Aufgrund der hohen Variabilität in den Daten sind in der Abbildung 5 auch der Median und die Interquartilsdistanz dargestellt. Besonders interessant ist die Tatsache, dass sich kein statistisch signifikanter Unterschied des

Unterstützungsausmaßes bezüglich der unterschiedlichen Betreuungsformen feststellen lässt ($\chi^2 = 7,16$, $p = 0,067$). Dies kann als Indiz dafür angesehen werden, dass sich das vorhandene Kinderbetreuungsangebot nicht mit den familiären Bedürfnissen der erwerbstätigen Mütter deckt.

Abbildung 5: Ausmaß der Unterstützung durch das persönliche Netzwerk der erwerbstätigen Mutter (in Stunden pro Woche)

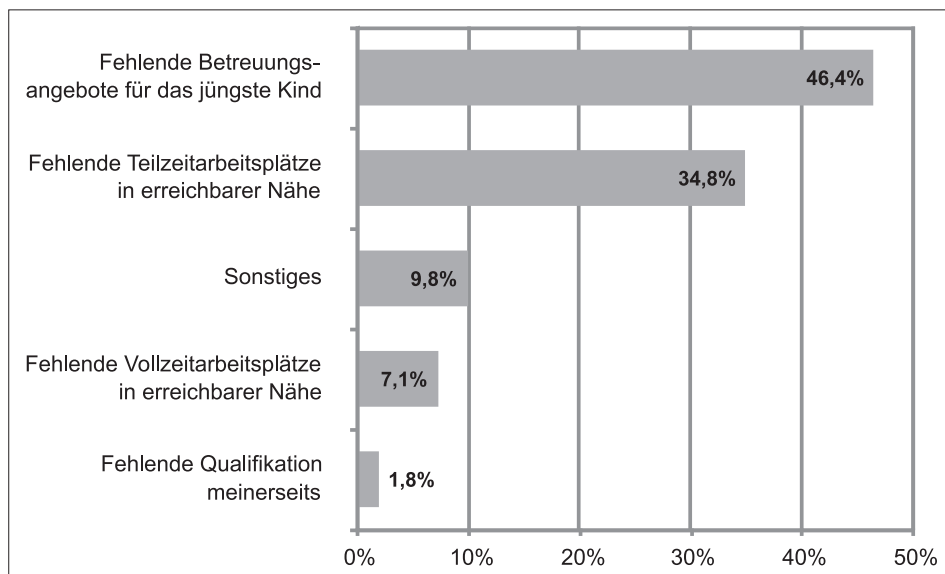


Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung.

Von jenen Frauen, welche betreuungspflichtige Kinder haben, gaben 212 an, nicht erwerbstätig zu sein; dies entspricht 30,9% der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren. Der Großteil davon (98,1%) spezifizierte ihre derzeitige Lebenssituation, mit folgendem Ergebnis: Die Mehrheit (55,8%) ist in Elternkarenz bzw. Mutterschutz. 28,4% gaben an, haushaltsführend und 11,1%, arbeitslos zu sein. Die fehlenden 4,9% verteilen sich auf Schülerinnen bzw. Studentinnen, in (Früh-)Pension befindliche Frauen sowie weitere (z. B. in Bildungskarenz). Von jenen Frauen, welche in Elternkarenz, haushaltsführend oder arbeitslos sind, gaben rund drei Viertel an, dass sie gerne wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen würden bzw. planen, dies zu tun. Rund ein Viertel plant nicht, wieder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, wobei als Hauptgrund dafür angegeben wird, sich selbst um die Betreuung der Kinder kümmern zu wollen. Für jene Frauen, welche eine (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt anstreben, ist jedoch das Kinderbetreuungsangebot die größte Herausforderung: 46,4% gaben dies an, womit fehlenden Betreuungsangeboten eine größere Relevanz als fehlenden Arbeitsplätzen (insgesamt 41,9%) beigemessen wird (vgl. Ab-

bildung 6). Hochgerechnet wären rund 4.500 Frauen in Kärnten bereit, in den Arbeitsmarkt einzutreten, wenn es ein entsprechendes Betreuungsangebot für ihr jüngstes Kind gäbe.¹⁶

Abbildung 6: Größtes Hindernis für nicht erwerbstätige Frauen für den (Wieder-)Einstieg in die Erwerbstätigkeit



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung.

Im folgenden Kapitel wird untersucht, welche Faktoren einen wesentlichen Einfluss auf die Tatsache haben, ob eine Frau, deren jüngstes Kind unter 15 Jahren alt ist, erwerbstätig ist oder nicht. Darüber hinaus werden die Determinanten für das Ausmaß der Erwerbstätigkeit (wöchentliche Arbeitszeit) analysiert.

5. Determinanten für die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen

5.1 Determinanten für die Erwerbstätigkeit von Müttern in Kärnten

In die Analyse nach den Bestimmungsfaktoren für eine Erwerbstätigkeit von Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern in Kärnten wurde eine Vielzahl von Variablen aufgenommen. Ausgehend von den Erkenntnissen der deskriptiven Analyse der in Anspruch genommenen Betreuungsform – fast die Hälfte (46,0%) aller erwerbstätigen Mütter mit betreuungspflichtigen Kindern unter 15 Jahren nehmen keine institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung in Anspruch – und das Ausmaß der Unterstützung durch das persönliche Netzwerk – der Unterschied der wöchentlichen Unterstützung

durch das persönliche Netzwerk zwischen den Betreuungsformen ist nicht signifikant – wird der Fokus auf die Einflussgrößen „Betreuungsform“ und „(Zusätzliche) Unterstützung durch das persönliche Netzwerk“ gelegt. Beide Indikatoren unterstützen die Hypothese, dass das zur Verfügung stehende Kinderbetreuungsangebot nicht den Erfordernissen erwerbstätiger Mütter mit betreuungspflichtigen Kindern entspricht.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, ob eine Frau, deren jüngstes Kind unter 15 Jahre ist, erwerbstätig ist oder nicht. Die abhängige Variable „erwerbstätig“ ist „1“ bei unselbständiger oder selbständiger Erwerbstätigkeit (inkl. Landwirtinnen) oder „0“, sofern die Frau haushaltsführend, in Karenz oder arbeitslos ist. Es erfolgt keine Unterscheidung in Teilzeit- oder Vollzeiterwerbstätigkeit. Insgesamt haben in der Stichprobe 685 Frauen zumindest ein Kind unter 15 Jahren. Eine Person hat keine Angabe zu ihrer Erwerbstätigkeit getätigt, womit 684 Datensätze in die Analyse einbezogen wurden. 472 Frauen oder 69,0% gaben an, erwerbstätig zu sein, 212 Frauen oder 31,0% gaben an, nicht erwerbstätig zu sein.

Als unabhängige Variablen wurden die folgenden in die Analyse miteinbezogen: das Alter des jüngsten Kindes (in Jahren), die Anzahl der Kinder (1, 2 oder mehr als 2 Kinder), die höchste abgeschlossene Ausbildung (keine abgeschlossene Ausbildung oder Pflichtschulabschluss, abgeschlossene Lehre oder Fachschule, Matura [AHS, BHS, Lehre mit Matura] und höhere Ausbildung [Uni, FH, PH]), Betreuungsform (keine Betreuung, Betreuung innerhalb der Familie, halbtätige institutionelle Betreuung vor Schuleintritt, ganztätige institutionelle Betreuung vor Schuleintritt, schulische Nachmittagsbetreuung), Wohnort (Zentralraum oder außerhalb des Zentralraums), Familienstand (alleinerziehend oder verheiratet bzw. in Lebensgemeinschaft), Wohnsituation (Mehrgenerationenhaus oder Sonstiges [Miet- oder Eigentumswohnung, Einfamilienhaus, Wohngemeinschaft, Schüler-/Studentenheim]) sowie zusätzliche Unterstützung im Rahmen der Kinderbetreuung durch das persönliche Netzwerk (ja oder nein).

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick der Modellvariablen. Das Durchschnittsalter der befragten Personen beträgt 36,6 Jahre. 82,2% der befragten Frauen haben ein Kind oder zwei Kinder und 17,8% haben mehr als zwei Kinder, wobei das jüngste Kind durchschnittlich 5,5 Jahre alt ist. 34,3% nehmen keine Betreuung für ihr jüngstes Kind in Anspruch, 23,6% der Frauen geben an, dass ihr jüngstes Kind innerhalb der Familie betreut wird, eine halbtätige institutionelle Betreuung vor Schuleintritt wird von 20,6%, eine ganztätige institutionelle Betreuung vor Schuleintritt wird von 11,2% und eine schulische Nachmittagsbetreuung von 10,2% in Anspruch genommen.

Von den befragten Frauen haben 6,3% angegeben, keine oder nur eine Pflichtschule abgeschlossen zu haben, 38,4% haben eine Lehre oder eine Fachschule absolviert, 29,8% verfügen über eine Ausbildung mit Matura

und 25,5% über eine höhere Ausbildung (Uni, FH, PH). 50,5% leben im Kärntner Zentralraum, 49,5% außerhalb des Kärntner Zentralraumes. 16,5% geben an, in einem Mehrgenerationenhaus zu wohnen. 14,5% sind alleinerziehend, und 56,1% geben an, für die Kinderbetreuung (zusätzliche) Unterstützung durch das persönliche Netzwerk in Anspruch zu nehmen, d. h. sie erhalten Unterstützung durch den Ehemann/Partner, die Großeltern oder andere Verwandte (z. B. Abholen des Kindes vom Kindergarten), um ihrer Erwerbstätigkeit nachkommen zu können.

Tabelle 1: Statistik der Modellvariablen

	n	%	Minimum	Maximum	Mittelwert	Standard- abweichung
Erwerbstätigkeit	684					
Unselbstständig oder selbstständig erwerbstätig (inkl. Landwirtinnen)	472	69,0				
Nicht erwerbstätig	212	31,0				
Alter (in Jahren)	684		21	49	36,6	6,23
Alter des jüngsten Kindes (in Jahren)	685		<1 Jahr	14	5,5	4,10
Anzahl der Kinder	684					
1 oder 2 Kinder	562	82,2				
Mehr als 2 Kinder	122	17,8				
Betreuungsform	685					
Keine Betreuung	235	34,3				
Betreuung innerhalb der Familie	162	23,6				
Halbtägige institutionelle Betreuung vor Schuleintritt	141	20,6				
Ganztägige institutionelle Betreuung vor Schuleintritt	77	11,2				
Schulische Nachmittagsbetreuung	70	10,2				
Höchste abgeschlossene Ausbildung	682					
Keine abgeschlossene Ausbildung oder Pflichtschulabschluss	43	6,3				
Abgeschlossene Lehre oder Fachschule	262	38,4				
Matura (AHS, BHS, Lehre mit Matura)	262	29,8				
Höhere Ausbildung (Uni, FH, PH)	174	25,5				
Region	685					
Zentralraum	346	50,5				
Außerhalb des Zentralraums	339	49,5				
Familienstand	685					
Alleinerziehend	99	14,5				
Nicht alleinerziehend	586	85,5				
Wohnsituation	684					
Mehrgenerationenhaus	113	16,5				
Miet-, Eigentumswohnung, Eigenheim etc.	571	83,5				
(Zusätzliche) Unterstützung durch das persönliche Netzwerk	685					
Ja	384	56,1				
Nein	301	43,9				

Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung.

In Tabelle 2 sind die Ergebnisse der Modellschätzung angegeben. Angewendet wurde eine logistische Regression. Das vollständige Modell (Modell 1) enthält auch die nicht signifikanten Variablen, d. h. jene, deren Erklärungsbeitrag statistisch nicht signifikant ist. Demnach zeigen das Alter der befragten Person, der Umstand alleinerziehend zu sein und der Wohnort keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Tatsache, erwerbstätig zu sein oder nicht, und werden für das reduzierte Modell (Modell 2) weggelassen.

Das reduzierte Modell beinhaltet nur mehr die statistisch signifikanten Einflussgrößen: Alter des jüngsten Kindes, höchste abgeschlossene Ausbildung der befragten Frau, die Betreuungsform für das jüngste Kind, die Unterstützung durch das persönliche Netzwerk, die Wohnsituation (<5% Niveau) und die Anzahl der Kinder (<10% Niveau).

Die Variable „höchste abgeschlossene Ausbildung“ zeigt einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable Erwerbstätigkeit. Je höher die abgeschlossene Ausbildung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Frau mit betreuungspflichtigen Kindern, erwerbstätig zu sein. Hat eine Frau eine Lehre oder eine Fachschule abgeschlossen, steigt die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein, im Vergleich zur Referenzkategorie „keine abgeschlossene Ausbildung oder Pflichtschulabschluss“ um das 3,6-Fache, hat sie eine Ausbildung mit Matura, um das 6,0-Fache, und bei einer akademischen Ausbildung um das 6,3-Fache.

Auch das Alter des jüngsten Kindes spielt eine wesentliche Rolle, ob eine Mutter erwerbstätig ist oder nicht. Der geschätzte Koeffizient ist positiv und zeigt an, dass je älter das jüngste Kind ist, desto eher ist die Mutter erwerbstätig: Jedes zusätzliche Altersjahr des jüngsten Kindes erhöht die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein, um das 1,5-Fache.

Die Betreuungsform für das jüngste Kind hat ebenfalls einen signifikanten Einfluss auf die Erwerbstätigkeit einer Frau. Die Referenzkategorie ist „keine Betreuung wird in Anspruch genommen“. Für alle Betreuungsformen sind die geschätzten Koeffizienten im Vergleich zur Referenzkategorie hoch signifikant, d. h. wird eine Betreuungsform in Anspruch genommen, geht das mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit der Frau einher. Am stärksten positiv wirkt sich die Möglichkeit einer Betreuung im Familienverband aus. Wenn eine Mutter die Möglichkeit hat, ihr jüngstes Kind innerhalb der Familie betreuen zu lassen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein, um das 142,8-Fache. Hat eine Mutter vor Schuleintritt eine halbtägige Betreuungsform für ihr Kind gewählt, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein, um das 23,7-Fache, während sich bei Inanspruchnahme einer ganztägigen Betreuungsform vor Schuleintritt die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein, um das 120,2-Fache erhöht. Die Inanspruchnahme einer schulischen Nachmittagsbetreuung erhöht die Wahrscheinlichkeit um das 14,9-Fache.

Tabelle 2: Ergebnisse der Modellschätzung der logistischen Regression

Unabhängige Variable	Modell 1			Modell 2		
	Koeff.	Signf.	Exp (Koeff)	Koeff.	Signf.	Exp (Koeff)
Alter (in Jahren)	0,049	0,107	1,050			
Höchste abgeschlossene Ausbildung		0,014				
Abgeschlossene Lehre oder Fachschule	1,205	0,011	3,337	1,277	0,007	3,585
Matura (AHS, BHS, Lehre mit Matura)	1,634	0,002	5,125	1,791	0,000	5,996
Höhere Ausbildung (Uni, FH, PH)	1,596	0,004	4,933	1,847	0,001	6,342
Alter des jüngsten Kindes (in Jahren)	0,330	0,000	1,391	0,379	0,000	1,460
Betreuungsform		0,000			0,000	
Betreuung innerhalb der Familie	4,987	0,000	146,428	4,962	0,000	142,832
Halbtätige institutionelle Betreuung vor Schuleintritt	3,206	0,000	24,688	3,166	0,000	23,705
Ganztätige institutionelle Betreuung vor Schuleintritt	4,856	0,000	128,542	4,789	0,000	120,227
Schulische Nachmittagsbetreuung	2,665	0,000	14,365	2,704	0,000	14,945
(Zusätzliche) Unterstützung durch das persönliche Netzwerk (ja)	0,768	0,012	2,156	0,771	0,011	2,162
Alleinerziehend (ja)	-0,097	0,811	0,908			
Zentralraum (ja)	-0,090	0,745	0,914			
Mehrgenerationenhaus (ja)	0,852	0,034	2,343	0,844	0,032	2,326
Mehr als 2 Kinder (ja)	-0,773	0,002	0,462	-0,579	0,067	0,560
Konstante	-6,330	0,000	0,002	-5,029	0,000	0,007
n	679			680		
Nagelkerkes R-Quadrat	0,692			0,690		
Hosmer-Lemeshow Test	0,308			0,251		
% korrekte Klassifikation	89,4			89,3		

Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung.

Die höchste Chance, erwerbstätig zu sein, liegt damit vor, wenn Mütter für ihr jüngstes Kind die Möglichkeit einer innerfamiliären Betreuung vorfinden. Familienbasierte Kinderbetreuung scheint die von den Frauen bevorzugte Betreuungsform sein: Kosten sind dabei ein wichtiger Faktor, aber auch die Flexibilität und der Mangel von institutionellen, ganztätig geführten Kinderbetreuungseinrichtungen, speziell in den ländlichen Regionen.¹⁷ Darüber hinaus ist die Chance, erwerbstätig zu sein, bei einer ganztätigen Betreuungsform vor Schuleintritt fünfmal höher als bei der Inanspruchnahme einer halbtätigen Betreuungsform vor Schuleintritt. Wenn Frauen nicht auf eine familienbasierte Kinderbetreuung zurückgreifen können, erhöht die Verfügbarkeit von ganztägigen institutionellen Betreuungsformen die Wahrscheinlichkeit der Erwerbstätigkeit von Frauen signifikant.

Eine weitere relevante Einflussgröße ist die (zusätzliche) Unterstützung

durch das persönliche Netzwerk. Die Verfügbarkeit derselben erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Mutter, erwerbstätig zu sein, um das 2,2-Fache. Trotz der Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsangeboten sind erwerbstätige Mütter auf die Unterstützung des persönlichen Netzwerkes angewiesen. Der Grund dafür mag auch in dem vorhandenen Kinderbetreuungsangebot liegen: Sogar Ganztagesangebote decken sich nicht immer mit den Bedürfnissen von erwerbstätigen Müttern. Sektoren mit einer überdurchschnittlichen Frauenerwerbquote wie der Einzelhandel, das Gesundheitswesen sowie der Tourismus sind durch späte Dienstschlusszeiten sowie Nacht- bzw. Schichtarbeit gekennzeichnet.

Auch die Wohnsituation beeinflusst die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein, signifikant: Lebt die Frau in einem Mehrgenerationenhaus, steigt die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein, um das 2,3-Fache an. Generationsübergreifende Wohnformen unterstützen also die Erwerbstätigkeit von Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern.

Zudem spielt die Anzahl der Kinder eine Rolle hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein. Eine Kinderzahl von drei und mehr Kindern reduziert das relative Risiko, erwerbstätig zu sein, um das 1,7-Fache, wenngleich die Signifikanz dieser Variable nur bei 6,7% liegt.

5.1 Determinanten für das Ausmaß der Erwerbstätigkeit von Müttern in Kärnten

Nach der Analyse des Einflusses von Faktoren auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen generell soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, welche Determinanten das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern in Kärnten beeinflussen. Die abhängige Variable ist damit die Anzahl der Erwerbsstunden pro Woche von unselbstständig beschäftigten Frauen mit Kindern unter 15 Jahren. Selbstständige Frauen und Landwirtinnen wurden von der Untersuchung ausgeschlossen, da sich einerseits eine Spezifizierung der Arbeitszeit in den genannten Formen der Berufstätigkeit als schwierig erweist und andererseits von einer höheren Flexibilität in Bezug auf die Arbeitszeit ausgegangen werden kann. Insgesamt gaben 755 bzw. 67,8% der befragten Frauen an, unselbstständig erwerbstätig zu sein. Davon haben 408 (54,0%) Kinder unter 15 Jahren. Vier Frauen gaben keine Information zu ihrer Arbeitszeit an, womit für die Analyse eine Stichprobengröße von 403 Frauen verbleibt.

Die befragten unselbstständig erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren arbeiten durchschnittlich 26,6 Stunden pro Woche, bei einer Standardabweichung von 9,7 Stunden sowie einem Minimum von 3 Stunden und einem Maximum von 55 Stunden. Für die Modellschätzung wurden folgende unabhängigen Variablen gewählt: Alter der Frau (in Jahren),

Anzahl der Kinder, Alter des jüngsten Kindes (in Jahren), Anzahl an institutionellen Betreuungsstunden pro Woche, Anzahl an familiären Betreuungsstunden pro Woche, höchste abgeschlossene Ausbildung der Frau, Familienstand (alleinerziehend oder nicht alleinerziehend), höchste abgeschlossene Ausbildung des Ehemannes bzw. Lebenspartners sowie das Ausmaß an Erwerbstätigkeit desselben (Vollzeit oder Sonstiges) und der Wohnort (Zentralraum oder außerhalb des Zentralraums). Tabelle 3 gibt einen deskriptiven Überblick zu den Modellvariablen.

Tabelle 3: Statistik der Modellvariablen

	n	%	Minimum	Maximum	Mittelwert	Standard- abweichung
Arbeitsstunden von unselbstständig erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren pro Woche	403		3	55	26,60	9,66
Alter (in Jahren)	403		23	49	37,60	5,98
Anzahl der Kinder	403		1	6	1,76	0,76
Alter des jüngsten Kindes (in Jahren)	403		<1 Jahr	14	6,60	3,81
Betreuung institutionell (Stunden pro Woche)	398		0	45	12,60	13,7
Betreuung familiär (Stunden pro Woche)	402		0	51	8,70	10,7
Höchste abgeschlossene Ausbildung	402					
Abgeschlossene Lehre oder Fachschule	173	43,0				
Matura (AHS, BHS, Lehre mit Matura)	132	32,8				
Höhere Ausbildung (Uni, FH, PH)	97	24,1				
Familienstand	403					
Alleinerziehend	66	16,4				
Nicht alleinerziehend	337	83,6				
Höchste abgeschlossene Ausbildung des Ehemannes/Lebenspartners	335					
Abgeschlossene Lehre oder Fachschule	165	49,3				
Matura (AHS, BHS, Lehre mit Matura)	101	30,1				
Höhere Ausbildung (Uni, FH, PH)	69	20,6				
Ausmaß an Erwerbstätigkeit des Ehemannes/Lebenspartners	339					
Vollzeit	266	78,5				
Sonstige	73	21,5				
Region	403					
Zentralraum	214	53,1				
Außerhalb des Zentralraums	189	46,9				

Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung.

Die befragten Frauen sind durchschnittlich 37,6 Jahre alt, bei einer Standardabweichung von 6,0 Jahren. Die Frauen in der Stichprobe weisen im Mittel 1,8 Kinder auf, bei einem Minimum von einem Kind und maximal 6 Kindern. Das jüngste Kind ist durchschnittlich 6,6 Jahre alt, und für dieses werden wöchentlich im Durchschnitt 12,6 Stunden Betreuung in institutio-

nellen Kinderbetreuungseinrichtungen in Anspruch genommen, wobei die Spannweite von 0 bis 45 Stunden pro Woche reicht. Zudem werden im Schnitt 8,7 Betreuungsstunden vom familiären Netzwerk (Großeltern, Partner, Freunde) genutzt, wobei das Minimum bei 0 und das Maximum bei 51 Stunden liegen.¹⁸

In Bezug auf die höchste abgeschlossene Ausbildung zeigt sich, dass für den Großteil der Frauen (43,0%) eine Lehre oder Fachschule die höchste abgeschlossene Ausbildung darstellt.¹⁹ Für 32,8% der Frauen stellt die Matura das höchste abgeschlossene Ausbildungsniveau dar, und 24,1% haben eine höhere Ausbildung an einer Universität, Fachhochschule oder Pädagogischen Hochschule vorzuweisen. 16,4% der befragten erwerbstätigen Frauen sind alleinerziehend, d. h. ledig, geschieden oder verwitwet, während 83,6% in einer Lebensgemeinschaft leben oder verheiratet sind. Die Lebenspartner bzw. Ehemänner arbeiten überwiegend Vollzeit (78,5%), und rund 50% haben ebenfalls höchstens einen Lehr- oder Fachschulabschluss vorzuweisen. 53,1% der Frauen leben im Kärntner Zentralraum (Klagenfurt Stadt und Klagenfurt Land sowie Villach Stadt und Villach Land).

In Tabelle 4 sind die Ergebnisse der multiplen linearen Regressionsanalyse dargestellt. Modell 1 zeigt die Ergebnisse der Schätzgleichung. Dabei ist erkennbar, dass der Großteil der unabhängigen Variablen einen signifikanten Einfluss auf die Anzahl an Arbeitsstunden pro Woche von Kärntner Frauen mit Kindern unter 15 Jahren hat. Als nicht signifikant erweisen sich das Alter der Frau, die Region sowie die höchste abgeschlossene Ausbildung und das Ausmaß an Erwerbstätigkeit des Ehemannes bzw. Lebenspartners. Dem Ehemann bzw. Lebenspartner scheint anhand der vorliegenden Daten damit eine untergeordnete Rolle in Bezug auf das Ausmaß der Erwerbstätigkeit der Frauen zuzukommen.

In Modell 2 sind die Schätzergebnisse des auf die signifikanten Variablen reduzierten Modells abgebildet. Dabei zeigt sich, dass die Anzahl an Kindern einen hoch signifikanten negativen Einfluss auf das Ausmaß an Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern unter 15 Jahren hat. Pro zusätzlichem Kind sinkt die wöchentliche Arbeitszeit um 1,5 Stunden, ceteris paribus. Positiv auf das Arbeitsausmaß wirkt sich hingegen das Alter des jüngsten Kindes aus: Mit jedem zusätzlichen Altersjahr steigt die Erwerbstätigkeit um 1,4 Stunden pro Woche, wobei auch dieses Ergebnis hoch signifikant ist.

In Bezug auf die Kinderbetreuung zeigt sich, dass sowohl die Inanspruchnahme von institutionellen als auch familiären Betreuungsstunden eine positive Wirkung auf das Erwerbsausmaß von Frauen mit Betreuungspflichtigen Kindern hat. Die positive Wirkung erweist sich dabei bei einer familiär organisierten Kinderbetreuungsstunde geringfügig höher, wobei beide Werte hoch signifikant sind. Dennoch erstaunt, dass gemäß

den Ergebnissen eine zusätzliche Stunde Betreuungszeit für das jüngste Kind die wöchentliche Erwerbszeit der Frauen um lediglich rund eine halbe Stunde erhöht. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu beachten, dass einerseits Transaktionszeiten im Sinne von Fahrten zur Arbeit oder zur Betreuungseinrichtung im Rahmen des Ausmaßes der Erwerbstätigkeit nicht erfasst sind, jedoch auch in dieser Zeit eine Betreuung für das Kind gewährleistet sein muss. Andererseits ist darauf hinzuweisen, dass im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nur jene Betreuungsstunden erfasst sind, welche sich bei schulpflichtigen Kindern auf Angebote nach dem Schulunterricht beziehen. Dementsprechend ist von einer leichten Verzerrung der Werte auszugehen.

Als hoch signifikant erweist sich zudem ein erhöhtes Erwerbsausmaß von 3,0 Stunden pro Woche, sofern die Frau über den Abschluss einer tertiären Bildungseinrichtung (Uni, FH oder PH) verfügt. Auch Frauen, welche eine Matura vorzuweisen haben, arbeiten entsprechend den Ergebnissen 1,2 Stunden pro Woche mehr im Vergleich zur Referenzgruppe (höchstens Lehr- oder Fachschulabschluss); das Ergebnis ist jedoch nicht signifikant. Letztendlich lässt sich auch noch festhalten, dass alleinerziehende Frauen wöchentlich durchschnittlich 1,7 Stunden mehr arbeiten.

Tabelle 4: Ergebnisse der Schätzung

Unabhängige Variable	Modell 1		Modell 2	
	Koeff.	Signf.	Koeff.	Signf.
Alter (in Jahren)	-0,003	0,973		
Anzahl der Kinder	-1,388	0,011	-1,526	0,003
Alter des jüngsten Kindes (in Jahren)	1,398	0,000	1,402	0,000
Betreuungsstunden institutionell	0,401	0,000	0,402	0,000
Betreuungsstunden familiär	0,451	0,000	0,442	0,000
Höchste abgeschlossene Ausbildung				
Matura (AHS, BHS, Lehre mit Matura)	1,355	0,138	1,204	0,171
Höhere Ausbildung (Uni, FH, PH)	3,456	0,003	2,953	0,003
Familienstand				
Alleinerziehend	2,553	0,063	1,708	0,102
Höchste abgeschlossene Ausbildung Ehemann/Lebenspartner				
Matura (AHS, BHS, Lehre mit Matura)	-0,177	0,859		
Höhere Ausbildung (Uni, FH, PH)	-1,074	0,400		
Ausmaß an Erwerbstätigkeit des Ehemannes/Lebenspartners				
Vollzeit	1,457	0,147		
Region				
Zentralraum	0,703	0,380		
Konstante	8,033	0,009	9,616	0,000
n	397		397	
Adjustiertes R ²	0,388		0,390	

Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung.

Das Resultat liegt gerade nicht mehr innerhalb des 10%-Signifikanzniveaus, korrespondiert jedoch mit dem höheren Anteil an Vollzeiterwerbstätigkeit von alleinerziehenden Frauen.²⁰

Zur Anpassungsgüte des Modells kann abschließend gesagt werden, dass knapp 40% der Gesamtvariabilität durch das Modell erklärt werden können. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Inkludierung entsprechender Daten zur Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen als auch Kinderbetreuungsplätzen vor Ort zu einem erheblichen Anstieg des adjustierten R^2 führen würde; diese angebotsseitigen Variablen wurden jedoch nicht erhoben.

6. Schlussfolgerungen

Der vorliegende Beitrag beschäftigte sich mit der Frage, inwieweit Kinder und die Inanspruchnahme von institutioneller Kinderbetreuung die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen beeinflussen. Dazu wurden im Rahmen einer umfassenden empirischen Erhebung Daten von Frauen in Kärnten im Alter zwischen 20 und 49 Jahren zu ihrer Arbeitsmarktbeteiligung sowie der Organisation der Betreuung ihrer Kinder erhoben. Die Ergebnisse zeigen signifikante Unterschiede im Arbeitsmarktverhalten von Frauen in Abhängigkeit von der Anzahl und dem Alter der Kinder, als auch die Bedeutung institutioneller Kinderbetreuungseinrichtungen, um die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen zu erhöhen.

Der Anteil von erwerbstätigen Frauen ist vergleichbar gering, sofern das jüngste Kind unter 3 Jahre alt ist. Von jenen Frauen, welche arbeiten und Kinder unter 15 Jahre haben, gaben 38,6% an, Schwierigkeiten damit zu haben, Familie und Beruf zu vereinbaren, wobei diese Schwierigkeiten zu 60% Probleme in Bezug auf das Kinderbetreuungsangebot darstellen. Die größten Herausforderungen für jene Frauen, welche eine institutionelle Betreuung für ihr jüngstes Kind in Anspruch nehmen, zeigen sich bei der Verfügbarkeit der Dienstleistung in Ferienzeiten, zu geringen Öffnungszeiten am späten Nachmittag/Abend und fehlender Flexibilität in der Inanspruchnahme (z. B. tageweise Nutzung der Einrichtung). Auch für jene Frauen, welche aktuell nicht erwerbstätig sind, aber einen (Wieder-)Einstieg auf dem Arbeitsmarkt planen, stellt die Kinderbetreuung für das jüngste Kind das größte Hindernis dar.

Die durchgeführten Modellanalysen zeigen, dass sowohl die Erwerbstätigkeit einer Frau mit betreuungspflichtigen Kindern als auch das Ausmaß der Erwerbstätigkeit deutlich von Variablen in Bezug auf Kinder und Kinderbetreuung beeinflusst werden. So haben die Anzahl an Kindern, das Alter des jüngsten Kindes, die Betreuungsform, eine zusätzliche Unterstützung durch das persönliche Netzwerk in der Kinderbetreuung und die

Wohnsituation – abgesehen vom Ausbildungsniveau der Frau – einen signifikanten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein. Das Ausmaß der Erwerbstätigkeit wird hingegen signifikant von der Anzahl an Kindern, dem Alter des jüngsten Kindes, der in Anspruch genommenen institutionellen als auch familiären Betreuungsstunden für das jüngste Kind, das Ausbildungsniveau der Frau als auch deren Familienstand bestimmt. Die Ergebnisse lassen damit den Schluss zu, dass ein adäquater Ausbau der Kinderbetreuung dazu beitragen kann, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen, und damit einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der bestehenden demografischen Herausforderungen am Arbeitsmarkt leisten könnte.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Statistik Austria (2013a).
- ² Vgl. Statistik Austria (2013b).
- ³ Vgl. Aigner-Walder und Bliem (2012).
- ⁴ Vgl. Bliem, Aigner-Walder und Klinglmair (2012).
- ⁵ Vgl. Statistik Austria (2013c).
- ⁶ Vgl. Statistik Austria (2011).
- ⁷ Vgl. Statistik Austria (2012a).
- ⁸ Vgl. beispielsweise Fuchs (2006) oder Statistik Austria (2011).
- ⁹ Vgl. Statistik Austria (2011).
- ¹⁰ Vgl. Aigner-Walder (2013).
- ¹¹ Vgl. Statistik Austria (2013c).
- ¹² Vgl. Statistik Austria (2011).
- ¹³ Vgl. Statistik Austria (2012b).
- ¹⁴ Vgl. ebendort.
- ¹⁵ Vgl. Statistik Austria (2011).
- ¹⁶ Vgl. Rodiga-Laßnig und Aigner-Walder (2013).
- ¹⁷ Vgl. Statistik Austria (2011).
- ¹⁸ Dabei ist anzumerken, dass die familiären Betreuungsstunden gekürzt wurden, sofern diese gemeinsam mit den institutionell genutzten Betreuungsstunden das Ausmaß der wöchentlichen Erwerbstätigkeit (inkl. 10 Stunden an potentieller Pendelzeit) überschritten haben. Sofern keine institutionelle Betreuungseinrichtung in Anspruch genommen wird, wurde die familiäre Betreuungszeit entsprechend dem maximal verfügbaren Ausmaß an institutioneller Betreuungszeit auf max. 45 Stunden pro Woche reduziert.
- ¹⁹ 13 Frauen davon haben lediglich einen Pflichtschulabschluss und 3 Frauen keinen Schulabschluss vorzuweisen.
- ²⁰ Vgl. Statistik Austria (2011).

Literatur

- Aigner-Walder, Birgit, Serie Demographischer Wandel (VII): Die Rolle der Frau, in: Konjunkturreport des IHS Kärnten 13/2 (2013) 5-7.
- Aigner-Walder, Birgit; Bliem, Markus, Demographie und Daseinsvorsorge in Kärnten. Herausforderungen und Lösungsansätze auf kommunaler Ebene (IHS Kärnten, Klagenfurt 2012).

- Bliem, Markus; Aigner-Walder, Birgit; Klinglmair, Robert, Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Kärnten (IHS Kärnten, Klagenfurt 2012).
- Fuchs, Michael, Kinderbetreuungsplätze in Österreich, „Fehlen keine oder bis zu 650,000?“ Bedarfsanalyse im Auftrag der Industriellenvereinigung (Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien 2006).
- Rodiga-Laßnig, Petra; Aigner-Walder, Birgit, Kinderbetreuung in Kärnten, Status quo und Bedarf (IHS Kärnten, Klagenfurt 2013).
- Statistik Austria, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Modul der Arbeitskräfteerhebung 2010 (Wien 2011).
- Statistik Austria, Familien- und Haushaltsstatistik, Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2011 (Wien 2012a).
- Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik 2011/12 (Wien 2012b).
- Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes (Wien 2013a).
- Statistik Austria, Bevölkerungsprognose (Wien 2013b).
- Statistik Austria, Arbeitsmarktstatistiken. Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung und der Offenen-Stellen-Erhebung (Wien 2013c).

Zusammenfassung

Der demografische Wandel im Sinne der Alterung der Bevölkerung wird vielfach als Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes gesehen, wobei abgesehen von künftigen Finanzierungsfragen in Bezug auf das Sozialsystem vor allem der Arbeitsmarkt im Vordergrund steht. Eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen wird dabei als eine potenzielle Lösungsmaßnahme zur Deckung der Lücken am Arbeitsmarkt diskutiert. Die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen liegt nach wie vor hinter jener der Männer zurück. Das Bundesland Kärnten, welches vom demografischen Wandel innerösterreichisch am stärksten betroffen ist, zeichnet sich zudem durch eine unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung von Frauen aus. Im Rahmen dieses Beitrags wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Frauenerwerbsbeteiligung von Kindern und Kinderbetreuungseinrichtungen abhängig ist. Dazu werden die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Kärntner Frauen zwischen 20 und 49 Jahren präsentiert. Die Analyse zeigt hoch signifikante Unterschiede im Erwerbsverhalten in Abhängigkeit von Kindern als auch die Bedeutung der institutionellen Kinderbetreuung für die Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Abstract

The demographic change in the sense of the ageing of the population is often seen as a threat for economic development (e.g. labour market shortage, provision and financing of social security). Concerning the labour market, an extended participation of women is often mentioned as one of various measures to cover the expected shortage in labour supply caused by the pension waves of the baby-boom generation. In Austria, Carinthia – the most southern region – is especially affected by the demographic change, with an already decreasing population and one of the highest shares of people aged 60 and more. Additionally, the labour market participation of women in Carinthia is lower than the Austrian average. Within the paper we analyse the relationship between the provision of childcare and labour market participation of women. The results of a representative survey of women in Carinthia aged between 20 and 49 years are presented. The paper shows highly significant differences in the employment behaviour of women depending on children as well as the importance of institutional childcare services to increase the labour market participation of women.

BÜCHER

Die Rückkehr des Rentiers*

Rezension von: Thomas Piketty, *Capital in the Twenty-First Century*,
Harvard University Press, Cambridge, MA, 2014, 685 Seiten, gebunden, \$ 39,95;
ISBN 978-0-674-43000-6.

„Refusing to deal with numbers rarely serves the interest of the least well-off.“
(Piketty [2014] 577)

Thomas Piketty legt mit seinem provokant betitelten Buch ein innovatives Werk mit beachtlicher politischer und sozialer Sprengkraft vor. Dies aus mehreren Gründen: Erstens basiert Pikettys Auseinandersetzung mit der historischen Entwicklung von Einkommen und Vermögen auf akribischen empirischen Vorarbeiten, die die Geschichte von Reichtum, Vermögen und Kapital auf gänzlich neue Weise beleuchten. Zweitens scheut Piketty nicht den Versuch, diese empirisch fundierten Einsichten theoretisch einzubetten und liefert dabei zahlreiche wichtige Argumente und Ansatzpunkte zur Reflexion, Kritik und Weiterentwicklung bestehender Theorien der Einkommens- und Vermögensverteilung. Drittens zeigt Piketty schonungslos die politischen und sozialen Folgen der von ihm analysierten und herausgearbeiteten Verteilungsdynamiken auf und schlägt eine Reihe klarer, konsequenter und weitreichender Maßnahmen vor, um eben diese Dynamiken einzudämmen.

Gerade die von Piketty vorwiegend zusammengestellten historischen Zeitreihen stellen, trotz der ihnen anhaftenden Unsicherheiten und Mängel, ohne Zweifel eine zentrale Innovation auf dem Gebiet der Verteilungsforschung dar. Während der Beitrag des Buches auf dem Gebiet der Datenakquise und -bearbeitung unbestreitbar scheint, lassen sowohl die theoretische Einbettung dieser Resultate als auch die daraus gezogenen politischen Schlussfolgerungen durchaus Wünsche offen. Dies ist freilich – gegeben die Breite des Vorhabens, den weitreichenden Anspruch des Buches und die trockene, empiristische Herangehensweise des Autors – nicht weiter überraschend.

Wenn Piketty über Vermögen spricht, dann meint er damit zumeist lobenswerterweise nicht bloß eine ökonomische Bestandsgröße, sondern bezeichnet auch eine soziale Ordnungsdimension sowie einen gesellschaftlichen Machtfaktor. Piketty ist sich der Notwendigkeit eines interdisziplinären Zusammenwirkens zur Erklärung sozialer Phänomene bewusst und betont die Abhängigkeit der Ökonomie von anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen ebenso wie die Rolle von Macht und Herrschaft in sozialen Zusammenhängen. *„Economics as a separate science is unrealistic [...]. It is one element – a very important element, it is true – in a wider study, the science of power“*, meinte einst der Philosoph Bertrand Rus-

sell (1938, S. 108) über die ökonomische Disziplin. Thomas Piketty folgt ihm in dieser Hinsicht und sieht seine eigene Forschung im Grenzbereich zwischen Ökonomie und Geschichtswissenschaft angesiedelt.

Diese grundsätzliche Betonung von Machtfragen und die interdisziplinäre Orientierung des Autors sind beide unbestreitbar und wichtig, werden in der konkreten textlichen Umsetzung aber oftmals vom Bemühen des Autors erdrückt, zeitgenössische ökonomische Standardtheorien zu Verteilungsfragen im Lichte seiner Daten neu zu diskutieren. Trotz aller gegenteiligen Andeutungen und kritischen Evaluationen bleiben *Mainstream*-ökonomische Sichtweisen der dominante theoretische Inhalt dieses Buches, auch wenn von diesen Sichtweisen im Lichte der präsentierten Daten zumeist kaum Substantielles übrig bleibt. Damit zeigt sich auch ein grundsätzliches Dilemma dieses Buches: Piketty stellt die richtigen Fragen zur gegebenen Zeit. Er verfügt aber nur teilweise über das richtige Werkzeug, um diese auch zu adressieren; die von ihm gesammelten Daten tragen eher zur Demolierung denn zur konstruktiven Weiterentwicklung der von ihm herangezogenen neoklassischen Theorien bei. Dennoch hat der von Piketty eindrucksvoll vorgetragene Anspruch, Verteilungsaspekte wieder verstärkt ins Zentrum der ökonomischen Analyse zu stellen, paradigmatisches Gewicht: Schließlich stellt er auf neue, innovative und scharf zugespitzte Weise die Gretchenfrage, ob eine stabile Entwicklung des Kapitalismus langfristig möglich ist – und liefert so eine völlig unaufgeregte und doch beißende Form der Kapitalismuskritik.

Die Rückkehr des patrimonialen Kapitalismus

Vorneweg das Definitorische: Piketty setzt in seiner Analyse „Kapital“ gleich mit „Vermögen“: Das Kapital eines Haushalts ist ident mit der Summe seiner Vermögenstitel, ganz egal welcher Art diese Vermögenstitel sind.¹ Dieser Kapitalbegriff ist dabei für ökonomische Diskussionen, in der gerne zwischen produktivem und nicht-produktivem Kapital unterschieden wird, unüblich, aber doch leicht verständlich: Jeder Vermögenstitel wirft einen gewisse Art von Ertrag ab (im Fall der selbst genutzten Immobilie ist dieser etwa gleich den Mietkosten eines äquivalenten Objekts), und dieser Ertrag lässt sich im Durchschnitt über alle Vermögensformen ex post aus den Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ablesen. Damit muss die Ertragsrate des Kapitals r nicht aus der mikrobasierten Analyse abertausender einzelner Portfolios bestimmt werden, sondern ergibt sich einfach, indem der aggregierte Vermögensbestand dem gesamten Kapitaleinkommen (Profite, Dividenden, Zinszahlungen etc.) gegenübergestellt wird.

Die zentrale Aussage des Piketty'schen *opus magnum* beruht auf einer Analyse langfristiger Verteilungstendenzen. Zwei derartige Tendenzen stehen dabei besonders im Fokus: der relative Anstieg des aggregierten Kapital- bzw. Vermögensbestand im Vergleich zum Nationaleinkommen entwickelter Volkswirtschaften einerseits und die zunehmende Konzentration eben dieser Vermögenswerte andererseits. Widmen wir uns also diesen beiden Tendenzen etwas ausführlicher.

Die erste von Piketty ins Feld geführte Tendenz bezeichnet eine Situation, in der die Ertragsrate des Kapitals (r) die Wachstumsrate des Nationaleinkommens (g)

übersteigt. In Folge wachsen Kapital- und Vermögensbestand eines Landes stets stärker als dessen Wirtschaftsleistung. Die Relation zwischen Kapitalstock und Nationaleinkommen – das „*capital-income ratio*“ β in Pikettys Terminologie – steigt also, solange gilt, dass $r > g$. Bleiben r und g dabei konstant, ergibt sich in der nächsten Periode ein automatischer Anstieg des relativen Anteils der Kapitalerträge am Nationaleinkommen (α bei Piketty), und es kommt zu einer systemimmanenten und kontinuierlichen Umverteilung von Arbeitseinkommen zu Kapitalerträgen. Die erste von Piketty konstatierte Verteilungstendenz beruht dabei rein auf empirischen Beobachtungen und den dazugehörigen buchhalterischen Identitäten.² Kapital und Vermögen wachsen im historischen Normalfall schneller als das Nationaleinkommen (d. h. die Relation $r > g$ ist empirisch gesehen erfüllt und daher steigt β) und dies geht aus logischen Gründen einher mit einer sukzessiven Umverteilung des Nationaleinkommens in Richtung Kapitalerträge (jeder Anstieg von β führt *ceteris paribus* zu einem korrespondierenden Anstieg in α , da $\alpha = r\beta$; siehe Anmerkung 2).

Aus Sicht der neoklassischen Standardtheorie ist dies keineswegs problematisch, sollte doch jede derart rasante Ausweitung des Kapitalstocks letztlich mit einer Reduktion der Ertragsrate r einhergehen und so das Verhältnis zwischen Kapital und Nationaleinkommen wieder ins Gleichgewicht bringen. Doch Piketty widerspricht: Durch die technologische Entwicklung sind hochgradig differenzierte und vielschichtige Investitionsmöglichkeiten entstanden, die den alten Grundsatz „*too much capital kills the return on capital*“ grundlegend aushebeln.

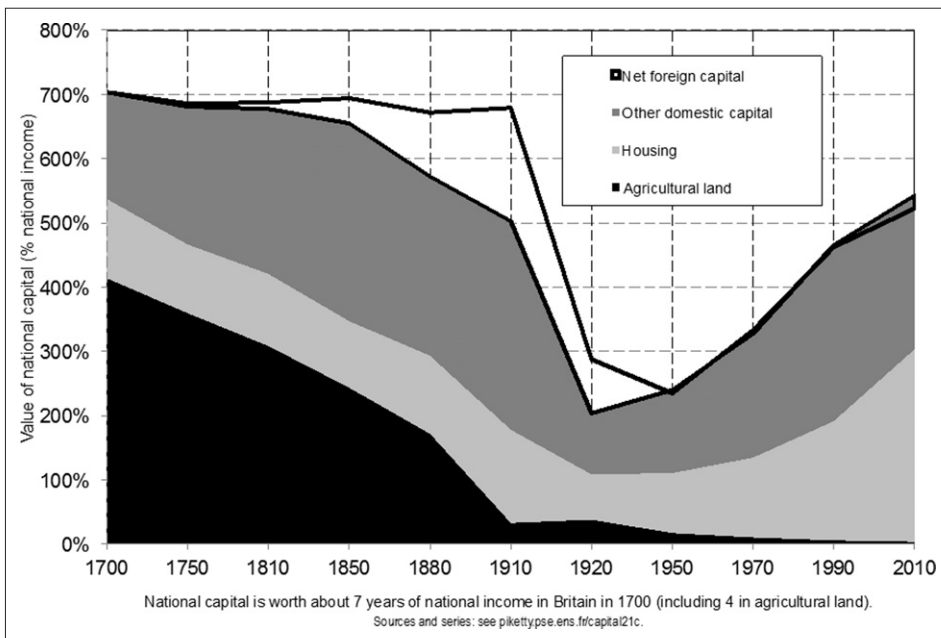
„*This is perhaps the most important lesson of this study thus far: [...] because capital has many uses one can accumulate enormous amounts of it without reducing its return to zero*“³ (S. 224).

Die Vielzahl an Investitionsmöglichkeiten führt letztlich dazu, dass die Ertragsrate des Kapitals nicht so rasch zurückgeht, wie in der Standardtheorie gemeinhin angenommen. Viel wahrscheinlicher sei es, dass die Wachstumsrate des Nationaleinkommens weitgehend stagniert oder sogar zurückgeht. Hier verweist Piketty auf den historischen Umstand, dass die technologisch am weitesten fortgeschrittenen Ökonomien niemals eine Pro-Kopf-Wachstumsrate von 1,5% überschritten haben – höhere Wachstumsraten sind daher nur in Aufholphasen möglich, also in jenen historischen Ausnahmesituationen, in denen Nationen an die „*world technological frontier*“ aufschließen. Die Ertragsrate des Kapitals hingegen ist nach Piketty aus historischer Sicht kaum jemals unter 4% gefallen und liegt zur Zeit sogar noch ein Stück höher. Bei einem $\beta = 6$, wie es für das heutige Europa charakteristisch ist, und einem Kapitalanteil am Nationaleinkommen von 30% ergibt sich eine Ertragsrate r von 5%. Die zugrunde liegende Argumentation ist hierbei staubtrocken und überzeugend. Das von Piketty angenommene Standardszenario eines Pro-Kopf-Wachstums von 1,2% wirkt vor dem Hintergrund seiner Ausführungen sogar noch optimistisch. Brisant daran ist nach Piketty Folgendes: „*an annual growth of 1% implies major social change*“ (S. 95). Eine solche Entwicklung lässt einen noch rasanteren Anstieg von β – der Relation von Kapitalbestand und Nationaleinkommen – erwarten und würde die von Piketty konstatierte Tendenz einer systemimmanenten Umverteilung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen weiter verschärfen.

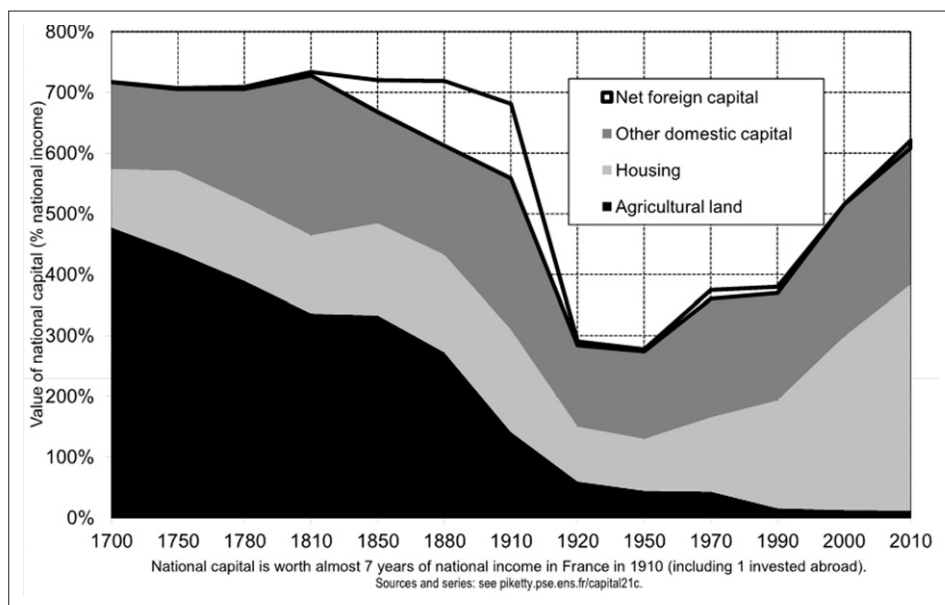
Das zur Untermauerung dieses Arguments eingesetzte Datenmaterial ist ebenso umfangreich wie beeindruckend. Im Kern fokussiert Piketty vor allem auf die langfristige Entwicklung von β , die er besonders eingehend am Beispiel Frankreichs und Großbritanniens diskutiert und dabei auch die Komposition des Vermögens – also seine Aufteilung auf verschiedene Vermögenskomponenten wie Grund und Boden, Immobilien, physisches Kapital und Auslandsvermögen – aufschlüsselt und erörtert. Pikettys zentrales Resultat ist simpel: Im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts war das Verhältnis von Vermögensbestand zum Nationaleinkommen exorbitant hoch und erreichte einen Wert von $\beta = 7$. Der gesamte Vermögensbestand war also siebenmal so hoch wie das jährliche Nationaleinkommen, bis er zu Beginn des 20. Jahrhunderts dramatisch zu sinken begann, um in der Phase der beiden Weltkriege einen historischen Tiefpunkt zu erreichen (nach dem Zweiten Weltkrieg bewegt sich β in beiden Ländern zwischen 2 und 3).

Spätestens seit den 1960er-Jahren kehrte sich der Trend der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts um: Soziale Stabilität und technologische Innovation erlaubten eine rasche Kapitalakkumulation und sorgten für eine prägende historische Erfahrung der Nachkriegsgeneration: Erstmals seit Jahrhunderten hing der erreichbare ökonomische Wohlstand nicht so sehr von der Größe der zu erwarteten Erbschaften, sondern primär von der eigenen Arbeitsleistung ab. Durch das veränderte Verhältnis von Kapital und Nationaleinkommen nach den beiden Weltkriegen kam es zu der historischen Situation, dass sozialer Aufstieg durch eigene Arbeit für breite Teile der Bevölkerung erstmals zu einer realistischen Option wurde. Doch

Abbildung 1: Vermögen in Großbritannien 1700-2010



Quelle: Abb. 3.1 in Piketty (2014).

Abbildung 2: Vermögen in Frankreich 1700-2010

Quelle: Abb. 3.2 in Piketty (2014).

Piketty sieht dieses historische „*window of opportunity*“ erneut geschlossen und verweist auf den rasanten Anstieg seines „*capital-income ratio*“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, das seinerseits wiederum auf eine wachsende ökonomische und soziale Bedeutung von Kapitaleinkommen und Erbschaften bzw. Schenkungen verweist.

Kommen wir nun zur zweiten von Piketty betonten Verteilungstendenz, die sich unter dem Stichwort des „Matthäus-Effekts“⁴ abhandeln lässt. Die dahinterliegende Einsicht – „wer hat, dem wird gegeben“ – gilt nach Piketty nämlich vor allem für die Verteilung von Arbeitseinkommen und Kapitalerträgen, und zwar sowohl in absoluter als auch in relativer Hinsicht: Das bedeutet, dass größere Vermögen nicht nur absolut größere Kapitaleinkommen erhalten, sondern auch imstande sind, höhere Ertragsraten zu lukrieren als vergleichsweise kleinere Vermögen. Große Vermögen wachsen damit absolut wie relativ schneller als kleine oder keine, und die Vermögenskonzentration steigt an – ein Prozess, der durch die wachsende quantitative Bedeutung von Erbschaften und Schenkungen,⁵ die ihrerseits wiederum extrem ungleich verteilt sind, weiter verstärkt wird.⁶ Die nachstehende Tabelle gibt der besseren Orientierung halber einen Überblick zum Stand der Vermögenskonzentration in Europa und den USA im Vergleich zu anderen historischen oder fiktiven Verteilungskonstellationen.

Eine parallele Entwicklung beobachten wir bei den Arbeitseinkommen. Hier liegen die Steigerungsraten der Top-Einkommen ein Vielfaches über jenen der Durchschnittseinkommen – ein Phänomen, das in den angelsächsischen Ländern besonders ausgeprägt ist. Der damit verursachte Trend zu einer verstärkten Spreizung der Arbeitseinkommen hat zumindest in den letztgenannten Ländern

Tabelle 1: Konstellationen der Vermögenskonzentration

Share of different groups in total capital	Low inequality (never observed; ideal society?)	Medium inequality (= Scandinavia, 1970s-1980s)	Medium-high inequality (= Europe 2010)	High inequality (= U.S. 2010)	Very high inequality (= Europe 1910)
The top 10% „Upper class“	30%	50%	60%	70%	90%
<i>Including: the top 1% („dominant class“)</i>	<i>10%</i>	<i>20%</i>	<i>25%</i>	<i>35%</i>	<i>50%</i>
<i>Including: the next 9% („well-to-do class“)</i>	<i>20%</i>	<i>30%</i>	<i>35%</i>	<i>35%</i>	<i>40%</i>
The middle 40% „Middle class“	45%	40%	35%	25%	5%
The bottom 50% „Lower class“	25%	10%	5%	5%	5%
Corresponding Gini coefficient (synthetic inequality index)	0.33	0.58	0.67	0.73	0.85
In societies with „medium“ inequality of capital ownership (such as Scandinavian countries in the 1970s-1980s), the top 10% richest in wealth own about 50% of aggregate wealth, the bottom 50% poorest about 10%, and the middle 40% about 40%. The corresponding Gini coefficient is equal to 0.58. See technical appendix.					

Quelle: Tabelle 7.2 in Piketty (2014).

dramatische Ausmaße erreicht: Während die durchschnittlichen Reallöhne in den USA der letzten 30 Jahre tendenziell stagnieren oder gar sinken, beansprucht das oberste Prozent der EinkommensbezieherInnen inzwischen einen Anteil von 25% der gesamten ausbezahlten Einkommen.⁷

Diese beiden Tendenzen – der relative Anstieg der Bedeutung von Kapital und Vermögen im Wirtschaftsleben (symbolisiert durch ein steigendes β) sowie die zunehmende Konzentration von Vermögen und Einkommen – lassen Pikettys grobe Prognosen für die ökonomische Entwicklung im 21. Jahrhundert nur wenig rosig erscheinen. Konkret antizipiert Piketty die „Rückkehr eines patrimonialen Kapitalismus“, in dem Vermögen und Erbschaften wieder eine zentrale Rolle in Ökonomie und Alltagsleben spielen. Als Vergleichsfolie für eine solche Gesellschaft dient Piketty vornehmlich das Europa des 19. Jahrhunderts, das von hoher Kapitalintensität, großer Vermögenskonzentration sowie der Absenz von Inflation und geringem Wirtschaftswachstum (in der Höhe von etwa einem Prozent) gekennzeichnet war. In diesem ökonomischen System spielte das Patrimonium, d. h. die „väterliche Erbschaft“, tatsächlich die zentrale Rolle für die soziale Stellung und Lebensgestaltung eines Menschen. Insbesondere ging es um die Frage der Höhe der durch die Hinterlassenschaft vermittelten Rente und ob diese ein zwangloses und arbeitsfreies Auskommen ermögliche. Sozialen Aufstieg rein durch eigene Arbeit und Leistung und ohne entsprechendes Startkapital zu schaffen, war in diesem ökonomischen Kontext geradewegs undenkbar; viel wahrscheinlicher schien sozialer Aufstieg, wenn überhaupt, durch kluges Heiratsverhalten mach- und realisierbar. Diese zentrale Facette einer Rentiersgesellschaft wird von Piketty treffend als das „Rastignac-Dilemma“ benannt⁸ – nach Eugene de Rastignac, einem jungen talentierten Sohn minderen Adels, aus Honoré de

Balzacs Roman „Vater Goriot“. Diesem Rastignac, der voll beruflichem Ehrgeiz eine Karriere im Bereich der Justiz oder Medizin anstrebt, erhält von einem seiner Zeitgenossen, einem Zyniker und Verbrecher namens Vautrin, eine Lektion der besonderen Art. Für Piketty steht diese Lektion stellvertretend für den lebensweltlichen Einfluss von Kapital und Vermögen im 19. Jahrhundert, und er fasst diese wie folgt zusammen:

„In substance, Vautrin explains to Rastignac that it is illusory to think that social success can be achieved through study, talent and effort. [...] The verdict is clear: even if he ranks at the top of his class and quickly achieves a brilliant career in law, which will require many compromises, he will still have to get by on a mediocre income and give up all hope of being truly wealthy. [...] By contrast, the strategy for social success that Vautrin proposes to Rastignac is quite a bit more efficient. By marrying Mademoiselle Victorine, a shy young woman who lives in the boarding-house and has eyes only for the handsome Eugene, he immediately lay hands on a fortune of a million francs [yielding] ten times the level of comfort to which he could hope to aspire only years later on a royal prosecutor's salary“ (S. 239f).

Es bleibt zu ergänzen, dass sich der junge Rastignac gegen Vautrins⁹ Vorschlag entscheidet – letztlich aber nur deshalb, weil noch ein Mord am Bruder der jungen Victorine erforderlich wäre, um ihre Erbensprüche auch tatsächlich sicherzustellen, was dem jungen Mann dann doch zu viel war. Das Rastignac-Dilemma steht damit nicht nur metaphorisch für die Natur des „patrimonialen Kapitalismus“, sondern auch stellvertretend für die zahlreichen Verweise Pikettys auf die britische und französische Literatur des 19. Jahrhunderts (vor allem Jane Austen und Honoré de Balzac), mit deren Hilfe er auf sehr kluge Art und Weise seine datenbasierten Einsichten zu illustrieren versucht.¹⁰

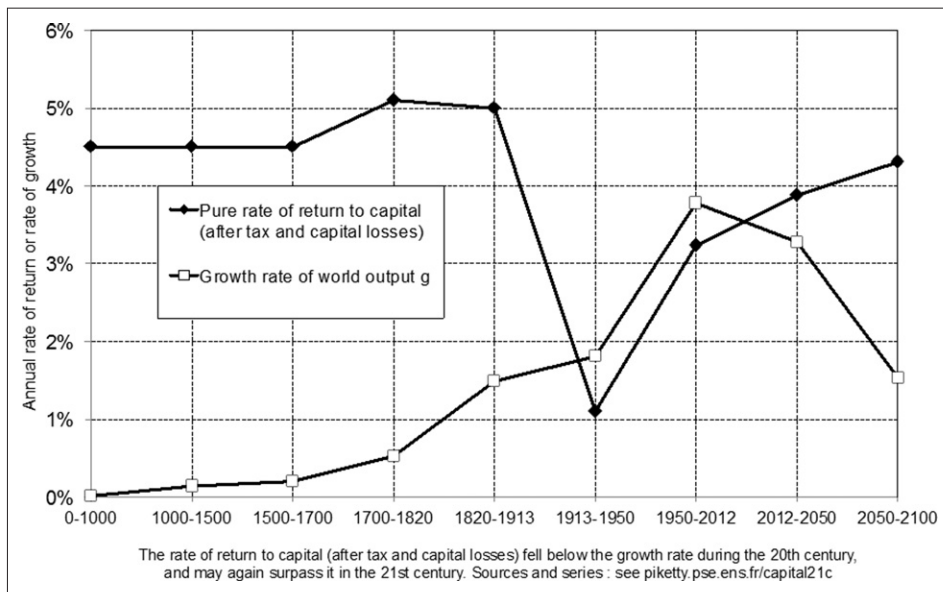
Allerdings haben wir die Schwelle zurück in die Vergangenheit noch nicht überschritten. Die Rückkehr des patrimonialen Kapitalismus im Gewande des 21. Jahrhunderts ist eine Prognose auf Basis aktueller Verteilungstendenzen: Sie ist damit weder direkte Gegenwartsanalyse noch strikte Gesetzmäßigkeit. Aber sie ist, nach Piketty, unter Umständen viel näher, als wir denken. Während wir im Bereich der Vermögenskonzentration in Europa noch ein gutes (und in den USA zumindest noch kleines) Stück von den Verteilungsverhältnissen des 19. Jahrhunderts entfernt sind (vgl. dazu auch Tabelle 1), hat das Verhältnis von Kapitalbestand zu Nationaleinkommen (β) beinahe wieder die Größenordnungen des 19. Jahrhunderts erreicht (siehe Abbildung 1) – und dies bei weiter steigender Tendenz.¹¹

Piketty diskutiert im Kontext dieser beiden Verteilungstendenzen auch extensiv mögliche ausgleichende Faktoren wie Bildung, Fertilitäts- und Heiratsverhalten, Migration und Bevölkerungswachstum oder Veränderungen in der Lebenserwartung, kommt allerdings zu dem Schluss, dass diese Faktoren auf die generelle Verteilungstendenz entweder keinen entscheidenden Einfluss nehmen oder aber diese sogar noch verstärken. Letzteres ist dann der Fall, wenn die entsprechenden Einflussfaktoren selbst soziale Ungleichheiten reproduzieren, wie etwa im Kontext der Bildung, des Heiratsverhaltens oder der Fertilität.

Eine Rückkehr des patrimonialen Kapitalismus wäre dabei kein Zufall. Sie ist einerseits notwendig eine langfristige Sache; Vermögensakkumulation braucht Zeit

und soziale wie politische Stabilität. Andererseits waren genau diese ehernen Gesetze der Kapitalakkumulation gerade im 20. Jahrhundert besonders großen Schwankungen unterworfen: Die beiden Weltkriege führten zu Zerstörung und Entwertung bestehender Vermögensbestände (illustriert durch einen starken Rückgang von β in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts), die nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten nationalen Wirtschaftsordnungen in Europa regulierten und besteuerten Kapital und errichteten Umverteilungsmaßnahmen in Form umfassender sozialer Sicherungssysteme. Dies führt zu einem rasanten Anstieg der Staatsquote von knapp 10% zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis hin zu 30-40% in den 1970er-Jahren und einem signifikanten Ausbau von Arbeitsrecht und Lohngerechtigkeit. Diese immanent umverteilenden Faktoren trugen dazu bei, die Relation von Kapitalstock und Nationaleinkommen (β) zuerst zu verringern und anschließend ihren Wiederanstieg zu verzögern, indem die effektive Ertragsrate des Kapitals durch geänderte Machtverhältnisse nach unten gedrückt wurde. In Kombination mit dem signifikanten Wirtschaftswachstum der Nachkriegsära kam es zu einer historischen Singularität, die sich nach Piketty als $g > r$ zusammenfassen lässt (vgl. Abb. 3).

Abbildung 3: Kapitalertragsrate und Wirtschaftswachstum



Quelle: Abb. 10.10 in Piketty (2014).

Dieses historische Novum – das Wachstum des Nationaleinkommens überstieg die Ertragsrate des Kapitals – trug dabei auch zur Geburt der europäischen Mittelschicht bei. Erstmals konnten breite Teile der Bevölkerung signifikantes Eigentum durch eigene Arbeitsleistung akquirieren. Auch wenn das Phänomen der Mittelschicht auf die reichere Hälfte der Bevölkerung beschränkt ist,¹² handelt es sich dabei um eine bemerkenswertere Entwicklung, in deren Rahmen der Vermögens-

anteil der obersten 1% zugunsten des Rests der oberen Hälfte der Vermögensverteilung zurückging (vgl. hierzu auch Tabelle 1). Das „Goldene Zeitalter des Kapitalismus“ in Europa, wie die von Vollbeschäftigung und hohem Wachstum geprägte Phase zwischen 1945 und 1973 gerne genannt wird, ist damit im Wesentlichen als eine Erfolgsgeschichte der Zähmung von Kapital und Vermögen zu sehen.

Piketty und die Theorie

Beide von Piketty artikulierte Tendenzen sind in der ökonomischen Literatur wohlbekannt – schließlich ergeben sich diese direkt aus saldenmechanischen Notwendigkeiten bzw. makroökonomischen Identitäten (die erste Tendenz) bzw. aus bereits veröffentlichten empirischen Daten (die zweite Tendenz). Die erstgenannte Tendenz eines wachsenden β etwa findet sich in ähnlicher Form bereits bei Meade (1964),¹³ der den Umstand betont, dass für die Reproduktion des Kapitals nicht rein dessen Ertragsrate, sondern auch das Ausmaß des verkonsumierten und daher nicht re-investierten Kapitaleinkommens entscheidend ist. Die zentrale Piketty'sche Relation $r > g$ wird damit genau genommen zu $(1-c_c)r > g$, wobei c_c den Anteil des konsumierten Kapitaleinkommens symbolisiert. Piketty selbst weist auf diesen Aspekt erst relativ spät explizit hin (S. 351) – ein Umstand, der die ökonomisch geschulte Leserin stellenweise etwas skeptisch zurücklässt. Pikettys implizite Rechtfertigung für diese Auslassung ist allerdings durchaus beachtenswert; er bemerkt korrekterweise, dass gerade bei sehr großen Vermögen c_c aus praktischen Gründen – es ist schlichtweg schwierig, mehr als einige Millionen Euro pro Jahr zu verkonsumieren – vernachlässigbar klein ist (S. 525).

Die theoretische Einbettung des Arguments ist insgesamt ambivalent: Positiv und innovativ erscheint Pikettys explizite Betonung einer Notwendigkeit der Analyse von Verteilungstendenzen und das reichhaltige und neuartige Datenmaterial, das zur Diskussion dieser Tendenzen herangezogen wird. Von diesem Versuch, die Analyse und Diskussion von Verteilungstendenzen zu revitalisieren, zeugen auch jene beiden Zusammenhänge, die von Piketty als „*fundamental laws of capitalism*“ bezeichnet werden. Beide angesprochenen Zusammenhänge sind dabei der vorhandenen ökonomischen Literatur entnommen: Das „*first fundamental law of capitalism*“ ist im Wesentlichen die schon eingeführte buchhalterische Identität der Form $\alpha = r\beta$ (vgl. Fußnote 1) und gibt die erste von Piketty ins Feld geführte Verteilungstendenz wieder: Steigt die Relation von Vermögensbestand zu Nationaleinkommen (β), so steigt bei konstanter Ertragsrate r per Definition auch der Einkommensanteil von Kapitaleinkünften auf Kosten der Löhne. Pikettys „*second fundamental law of capitalism*“ hingegen gibt einen rein hypothetischen, langfristigen Gleichgewichtszustand der Relation von Kapitalstock und Nationaleinkommen (β) an. Dieser ergibt sich nach Phelps (1961) aus der Relation zwischen Sparquote und Wachstumsrate ($\beta = s/g$), oder anders ausgedrückt: Bei zusehends niedrigerem Wirtschaftswachstum (d. h. einem immer kleineren g) ist dem Wachstum von β kaum eine Grenze gesetzt.

Die zentralen theoretischen Aussagen Pikettys sind in diesem Kontext also weder neuartig noch brechen sie mit den vorherrschenden ökonomischen Konven-

tionen. Die innovative Kapazität des Piketty'schen Werks liegt also auch in diesem Punkt eher in den empirischen Beiträgen begründet, die den beiden angeführten „*laws of capitalism*“ ihre Brisanz verleiht: Die konstatierte Kombination aus sinkendem Wirtschaftswachstum, sehr hohem Kapital- und Vermögensbestand und konstant hoher Ertragsrate des Kapitals füllen die von Piketty ins Feld geführten Gleichungen erst mit der nötigen Dramatik. Hier macht sich das Fehlen alternativer Sichtweisen zur *Mainstream*-Ökonomie schmerzhaft bemerkbar: Der wohl stärkste Einwand gegen die Piketty'sche Sichtweise auf kapitalistische Dynamiken kommt dabei aus der Keynes'schen Theorie, die in Pikettys Losung „*Capital is back, because low growth is back*“ eine einseitige Kausalität erkennt, wo doch Wechselwirkung vorherrschend sein sollte: Die in Piketty skizzierten Verteilungstendenzen führen aus Sicht eines klassischen, auf effektiver Nachfrage basierenden keynesianischen Standardmodells ganz automatisch zu sinkenden Wachstumsraten, weil eine Umverteilung von unten nach oben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage schwächt. Auch wenn ein solches Argument aus Sicht dieses Rezensenten nicht per se geeignet ist, die Piketty'sche Diagnose zu invalidieren, mutet die völlige Absenz jeglicher Diskussion einer möglichen gegengerichteten oder wechselseitigen Kausalität durchaus seltsam an.

Auch auf anderen Feldern ökonomischer Theorie – etwa der Frage nach den Quellen der stetig auseinanderlaufenden Einkommensverteilung – bewegt sich Piketty größtenteils in bekannten, standardökonomischen Feldern. Die Darstellung folgt dabei folgender Logik: Verteilungsrelevante Konzepte der institutionell dominanten neoklassischen Ökonomie – Grenzproduktivitätstheorie, *skill-biased technological change*, *life-cycle theory of wealth* und die *economics of „superstars“* – werden ausufernd diskutiert und prägen die theoretischen Ausführungen nachhaltig. Verteilungsrelevante Konzepte anderer Sozialwissenschaften und der heterodoxen Ökonomie werden geflissentlich ausgeblendet und nicht rezipiert. Die einzige Ausnahme bildet Marx – allerdings scheinbar nur deshalb, weil sich Piketty hier dringend zur energischen Distanzierung genötigt sieht. Andere Rezensenten haben diese etwas eigenwillige Behandlung des rauschebärtigen Klassikers bereits diskutiert und die Rezeption von Marx irgendwo zwischen „ablehnend und unnötig bissig“ (Galbraith [2014]) und „schlichtweg falsch“ (Vernengo [2014]) eingeordnet. Auch wenn diese Orientierung der Brutalität des amerikanischen Polit-Diskurses geschuldet sein mag – die explizite Zurückweisung der durchaus vorhandenen Brücke zwischen Marxens „Kapital“ und Pikettys „Capital“ bleibt wenig überzeugend. Hätte Piketty also die nunmehr in den USA stattfindende öffentliche Brandmarkung seiner Person als „Marxist“¹⁴ vermeiden wollen, wäre vermutlich ein anderer Titel vonnöten gewesen.

Aus dieser Kombination ergibt sich die wesentliche Schwäche des Buches: seine theoretische Eintönigkeit. Besonders gut sichtbar wird diese im Kontext seiner Erklärung des Anstiegs der Einkommensungleichheit (insbesondere des Anwachsens des Einkommensanteils des obersten Perzentils) – hier zeigt sich eine in Pikettys Auseinandersetzung immer wieder auftretende dilemmatische Konstellation in besonders klarer Form: Erstens sind die zur Kontextualisierung herangezogenen Argumente neoklassischer Theorie zumeist nur wenig geeignet die empirischen Resultate zu erklären, was von Piketty zumeist auch eingestanden

wird. Demgegenüber steht das offensichtliche Bemühen, die ökonomische Fachwelt und die von ihr artikulierten Theorien nicht allzu heftig zu düpieren. Praktisch erfordert dies, den nicht so recht zu den Daten passen wollenden Theorien doch noch irgendeine anderweitige Erklärungsleistung zuzugestehen, um eine Brückierung von Disziplin und Kollegium jedenfalls zu vermeiden. Aus dieser seltsamen Mischung aus kritischer, datengetriebener Forschung und falsch verstandener theoretischer Rücksicht ergibt sich die gefährliche Tendenz, Widersprüche hervorzurufen. So wird die Grenzproduktivitätstheorie und die damit verbundene Hypothese eines *skill-biased technological change*, nach der Lohndifferenziale auf Ausbildungsunterschieden beruhen, die mit zunehmender technologischer Entwicklung immer stärker zum Tragen kommen, zu Beginn des entsprechenden Kapitels in Bausch und Bogen verworfen („*to be blunt, this theory does not explain anything*“, S. 304) und als tautologisch gebrandmarkt (S. 314). Am Ende des entsprechenden Abschnitts wird genau dieselbe Theorie jedoch nahezu vollständig rehabilitiert: „*As noted, the theory of marginal productivity and the race between technology and education offers a plausible explanation of the long-run evolution of the wage distribution, at least up to a certain level of pay and within a certain degree of precision*“ (S. 333). Ob dieser Ansatz nun entweder tautologisch und ohne Erklärungskraft sei oder aber den allergrößten Teil der beobachteten empirischen Daten solide erklärt, bleibt damit letztlich dem Verdikt der geneigten Leserin überlassen.

Zweitens führt die hier angedeutete neoklassische Geschlossenheit der Argumentation zu dem unglücklichen Umstand, dass potenziell bereichernde Argumente aus soziologischer oder heterodoxer Forschung pauschal unberücksichtigt bleiben. So hätte die soziologische Forschung wohl einiges zu Bedeutung und Reproduktion ökonomischen wie nicht-ökonomischen Kapitals zu sagen gehabt¹⁵ – sie bleibt aber bis auf eine einsame Bourdieu-Referenz im Kontext einer kursorischen Behandlung des französischen Bildungssystems unberücksichtigt. Ebenso durch den neoklassischen Raster fällt jeder Versuch einer tiefgreifenden Diskussion des Zusammenhangs von Vermögen und Macht, der zwar ab und an mitgedacht, aber niemals explizit theoretisch aufgegriffen wird, obwohl hierzu auch innerökonomisch schon einiges gesagt wurde.¹⁶ Einen weiten Bogen macht Piketty um heterodoxe ökonomische Konzepte: Das seinem Ansatz eigentlich auf den Leib geschriebene Argument von der „Finanzialisierung“ des entwickelten Kapitalismus¹⁷ findet eine einzige, unreferenzierte Erwähnung. Das Konzept sozial vermittelter Konsum- und Einkommensaspirationen¹⁸ – eigentlich ein Paradekandidat zur Erklärung der signifikant steigenden Einkommen in einer gewissen ökonomischen Elite – schafft es immerhin bis in eine Fußnote. Die bekannte Kapitalkontroverse der 60er- und 70er-Jahre wird von Piketty zwar kurz angeschnitten, doch bloß, um diese in ihrer Bedeutung herunterzuspielen (siehe hierzu Galbraith [2014]). Auch die Piketty sicherlich vertraute französische Regulationstheorie, die einige seiner historischen Ansichten teilt oder gar vorwegnimmt,¹⁹ erfährt keinerlei Wertschätzung in „*Capital in the Twenty-First Century*“.

Die Frage, inwieweit derartige Auslassungen intendiert oder unbewusst sind, bleibt dabei weitgehend offen, obgleich es teilweise den Anschein macht, als hätten auch vermeintlich kontroversielle *Mainstream*-ökonomische Konzepte unter

einer gewissen Tendenz zur (Selbst-)Zensur zu leiden gehabt: So erhalten in der Behandlung der Entwicklung der Einkommensverteilung weder der Zusammenhang zwischen Verhandlungsmacht und Globalisierung im Bereich der Lohnarrangements²⁰ noch das Stiglitz'sche Konzept des „*rent-seeking*“ großartige Beachtung.²¹ Des Rezensenten Verdacht weckt insbesondere der Rückblick auf einen Vortrag von Thomas Piketty im Jahr 2011: Bereits damals diskutierte Piketty die aus seiner Sicht zentralen Triebkräfte der von ihm beobachteten Verteilungstendenzen und präsentierte dazu zwei strukturelle Ursachen: die in „*Capital*“ oftmals auftauchende Relation $r > g$ einerseits und den Mechanismus der „*grabbing hand*“ andererseits. Die „*grabbing hand*“ – so Piketty anno 2011 – bezeichnet ganz simpel eine Kombination aus Schamlosigkeit, sozialer Ignoranz und Gier, die eintritt, sobald Personen die Möglichkeit haben, auf formellem oder informellem Wege ihre Bezüge selbst festzusetzen, und stellt eine zentrale Ursache für das zusehends stärker werdende Gefälle zwischen dem obersten Prozent der EinkommensbezieherInnen und dem Rest der Gesellschaft dar. In „*Capital*“ wird nunmehr zwar ähnlich argumentiert, aber des Pudels Kern nur mehr umschrieben; die doch recht griffige und anschauliche Formulierung von der „*grabbing hand*“ ward nicht mehr gesehen.²²

Wie problematisch sind nun diese konzeptionellen Glättungen und das darin feststellbare Bemühen um Anschlussfähigkeit, Akzeptanz und Seriosität? Die Antwort auf diese Frage hängt im Wesentlichen von der Perspektive ab: Für den von Piketty sicherlich intendierten Fokus auf die empirischen Resultate und die zentrale Botschaft des Buches – „*inequality matters*“ – ist dies nicht unbedingt ein Rückschlag. Dem zentralen Anspruch Pikettys, nämlich Verteilungsfragen als zentrale soziale und ökonomische Fragen zu begreifen und diese trotz oder gerade wegen ihrer Wichtigkeit mittels unaufgeregter deskriptiv-statistischer Methoden zu analysieren, ist mit dieser Strategie vermutlich weder geschadet noch geholfen. Allerdings schmälert dieses Bemühen um Anschlussfähigkeit etwas das emanzipatorische Potenzial des Buches, da es die dominanten, durchwegs engen und streng abgeschirmten Denkroutinen neoklassischer Ökonomie nicht substanziell hinterfragt. Jede Leserin, die sich also eine neue Auflage einer „Kritik der bürgerlichen Ökonomie“, also einen anspruchsvollen Angriff auf den neoklassischen Elfenbeinturm erwartet, wird enttäuscht werden. Nichtsdestotrotz birgt Pikettys Arbeit viel kritisches Potenzial, das dazu verwendet werden kann, die „unübersehbare Bevorzugung und Förderung eines Mainstreams neoklassischer Prägung an Universitäten, Forschungsinstituten und staatlichen und internationalen Wirtschaftsorganisationen“ (Rothschild [2008] S. 25) mit voller Legitimität in Frage zu stellen. Dieses Potenzial muss jedoch – zumindest im Hinblick auf die ökonomische Theoriebildung – wohl erst noch in vollem Ausmaß geschöpft werden.²³

Auch wenn die theorierelevanten Abschnitte in Pikettys Werk von einer gleichberechtigten Darstellung verschiedener theoretischer oder disziplinärer Ansätze (und damit dem eigentlichen Pikettyschen Anspruch) weit entfernt sind, hat diese Form der Präsentation einen entscheidenden Vorteil: Hält man die missionarischen Absichten hinsichtlich der eigenen disziplinären Kultur gering, lässt sich die vorhandene Glaubwürdigkeit und der damit vorgetragene Veränderungsan-

spruch auf ein zentrales Anliegen konzentrieren. Diese ist für Piketty letztlich nicht die Ebene der Wirtschaftswissenschaft, sondern jene der Wirtschaftspolitik, in der Piketty – auf Basis staubtrockener Analyse wohlgerne – jeden an anderer Stelle möglicherweise fehlenden Radikalismus wettmacht.

Politische Implikationen

Anstelle eines umfassenden, alternativen Theoriekonzepts findet sich bei Piketty also ein großer sozialreformistischer Anspruch auf weitgehend empirischer Basis. Er folgt, wie von Thomas Steinfeld in der „Süddeutschen Zeitung“ richtig bemerkt, also weniger der Linie Marxens als jener der sozialistischen Utopisten, indem er sich an idealtypischen, großformatigen Politikvorschlägen versucht.

Mit Recht verweist Piketty diesbezüglich auf die Steuerpolitik als zentrales und entscheidendes wirtschaftspolitisches Instrument: Nur durch exorbitant hohe Spitzensteuersätze (im Bereich von 80%-90%, wie sie bis in die 1970er Jahre in den USA und Großbritannien die Regel waren) ließe sich etwa die Tendenz der „grabbing hand“ – einer sukzessiven Umverteilung von niedrigen und mittleren Einkommen zu Spitzeneinkommen im obersten Segment – eindämmen. In der Politik denkt Piketty dann auch wieder interdisziplinär und verweist auf den Umstand, dass derartige Steuersätze nicht primär der Generierung von Steueraufkommen, sondern vielmehr der sozialen Disziplinierung ökonomischer Eliten dienen. Einen ganz ähnlichen Gedanken formuliert Piketty hinsichtlich einer möglichen Stärkung der untersten Einkommensgruppen, wenn er argumentiert, eine substanzielle Verbesserung für die schwächsten ArbeitsmarktteilnehmerInnen sei letztlich immer nur durch Anhebungen des gesetzlichen Mindestlohns zustande gekommen. Hier drückt sich der Gedanke aus, mittels exorbitanter Spitzensteuersätze im oberen und ambitionierten Mindestlöhnen im unteren Bereich des Einkommensspektrums praktisch wirksame Schranken einzuziehen, um Lohndifferenziale effektiv politisch regulieren und steuern zu können.

Ebensolches gilt auch für Pikettys primäres Argument der zunehmenden Vermögensakkumulation und -konzentration, das in Zeiten sinkenden Wachstums nach Piketty nur durch eine Substanzbesteuerung auf hohe Vermögen zu regulieren sei. Piketty denkt hier mathematisch wie auch verwaltungstechnisch die Dinge konsequent zu Ende. Aus mathematischer Sicht wären zur Eindämmung der von Piketty prognostizierten Tendenzen durchaus hohe Steuersätze vonnöten – ein mehrmals wiederkehrender Vorschlag nennt etwa einen Freibetrag von einer Million Euro, einen Steuersatz von 1% auf Vermögen zwischen einer und fünf Millionen und einen Steuersatz von 2% auf alle Vermögen über 5 Millionen Euro. Aus verwaltungstechnischer Sicht wäre – gegeben mögliche Ausweich- und Vermeidungseffekte – eine globale Einführung einer solchen Steuer optimal (um Vermeidungsmöglichkeiten zu minimieren), die Einführung einer transparenten Verwaltung privater Vermögensdaten aber unerlässlich. Dieses letzte Detail steht auch im Zusammenhang mit der einzigen Erwähnung Österreichs in Pikettys „Capital“: Österreichs Einsatz und innereuropäische Überzeugungskraft in Sachen Bankgeheimnis wird von Piketty explizit als fehlgeleitet und problemverschärfend gewertet.

Vermögenssteuern sind für Piketty nicht nur eine Frage der Umverteilung im

Sinne einer technisch notwendigen Regulierung kapitalistischen Wirtschaftens, sondern auch eine Frage demokratischer Transparenz und Diskursqualität. Nach Piketty liefern nur steuerbasierte Daten eine verlässliche Ausgangsbasis zur Schätzung des Aufkommens und der Verteilung der vorhandenen Vermögen eines gegebenen Gemeinwesens.²⁴ Insofern wäre allein die Erhebung eines entsprechenden Steuerkatasters für Piketty ein Gewinn: Erst das Vorhandensein derartiger Daten ermögliche einen sachlichen und transparenten öffentlichen Diskurs über die tatsächliche und gewünschte Verteilung von Vermögen – und damit die Möglichkeit für reflektierte Diskussion und gelungene demokratische Entscheidungsfindung.

Stellung nimmt Piketty auch zur Frage des öffentlichen Vermögens und der öffentlichen Schulden. Er stellt fest, dass die europäischen Länder im Vergleich zur Höhe der privaten Vermögen nur sehr kleine Nettovermögen aufweisen. Für Piketty ist dies primär ein Verteilungsproblem zwischen öffentlichem und privaten Sektor, und dies aus einem simplen Grund: Rein quantitativ betrachtet ist der alte und vermeintlich schwerfällige Kontinent Europa im globalen Vergleich unfassbar reich (dies findet ihren Ausdruck in den hohen β -Werten, die Piketty für die meisten europäischen Länder angibt); es bestehen nur Probleme hinsichtlich der Verteilung dieses Reichtums, und zwar nicht bloß zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen öffentlicher und privater Hand. Staatsschulden sind für Piketty dabei weniger ein prinzipielles, sondern vielmehr ein operatives Problem, da die damit verbundenen Zinszahlungen den politischen Handlungsspielraum einschränken und zugleich eine Umverteilung von SteuerzahlerInnen zu Rentiers bewirken. Konsequenterweise sieht Piketty auch hier die Lösung in einer Besteuerung der Vermögen, idealerweise in Form einer einmaligen Vermögensabgabe von sehr vermögenden Privathaushalten in Höhe der jeweiligen öffentlichen Defizite. Ins Bild passt hier, dass für Piketty ein starker Staat, der einnahmen- wie ausgaben-seitig umverteilt, keine Last darstellt, die den freien Markt in seinem Wirken behindert, sondern vielmehr erst die Grundlagen dafür schafft, dass freie Marktwirtschaft und offene Gesellschaft langfristig koexistieren können.

Entgegen der möglichen Erwartungen an den Titel des Buches spielen spezielle Fragen der Finanzwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle in Pikettys Analyse. Der wesentliche Grund hierfür ist, dass Piketty die Entwicklung des Nettovermögens – also den Saldo zwischen Assets und Verbindlichkeiten – ins Zentrum seiner Analyse stellt. Piketty referiert kurz die Idee einer Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken („endogene Geldschöpfung“), die impliziert, dass allen Finanzguthaben entsprechende Schuldtitel gegenüberstehen müssen, und verweist auf die Tendenz, dass durch endogene Geldschöpfung die Gesamtmenge der Finanztitel auf ein Volumen aufgebläht wird, das noch weitaus höher ist als der aggregierte Vermögensbestand (für Großbritannien etwa mehr als das 20-Fache des Nationaleinkommens).

Nachdem sich Piketty aber vor allem auf die Frage des Nettovermögens bezieht, fallen diese Aspekte der finanzialisierten Wirtschaft per Definition aus dem Piketty'schen Analyserahmen. Die Entwicklung und Rolle des Finanzsektors bleibt daher in Pikettys „Capital“ aus definitorischen Gründen nur ein Randthema: Die Analyse von Praktiken und Innovationen des Finanzsektors, etwa im Sinne

Hyman Minskys (1986), hätten zwar ihrerseits mögliche Erklärungen für die von Piketty postulierte konstant hohe Kapitalertragsrate (r) liefern können, werden aber in „Capital“ nicht explizit diskutiert. Aus demselben definitorischen Grund widmet Piketty auch der Frage der Schulden und ihrer Verteilung nur minimalen Raum; in diesem Kontext bietet sich die parallele Lektüre von David Graebers „Debt: The First 5.000 Years“ (2012) an, das sich an einer Analyse der Geschichte der Schulden versucht und dabei weitgehend komplementäre Resultate erzielt. Insbesondere Graebers Analyse des Zusammenhangs zwischen ungebremsster Vermögensakkumulation und Schuldenkrisen füllt hier eine wertvolle Lücke, die von Piketty unbeachtet bleibt: Obgleich die Möglichkeit kontinuierlicher sozialer Instabilität implizit in seinem Ansatz angelegt ist, denkt er diese, im Gegensatz zu Minsky und Graeber, nur selten konsequent zu Ende.

Kapitalregulierung ist für Piketty dennoch entscheidend, allerdings weniger auf der Ebene einer direkten Regulierung von Banken oder deren Produkten: Extensiv diskutiert er hier, ganz im Einklang mit seinen steuerlichen Vorschlägen, die Frage der Transparenz und des wechselseitigen Austausches von Bankdaten und Daten anderer Finanzdienstleister, sowie die unbedingte Notwendigkeit steuerlicher Transparenz, d. h. die Bekämpfung jeder Form der Steuerhinterziehung und -vermeidung durch Steueroasen und internationale Firmenkonstrukte.²⁵

Fazit

„Capital in the Twenty-First Century“ ist ein überaus reichhaltiges und lehrreiches Buch. Es stellt nicht nur eine wichtige Frage – jene nach den ökonomischen Quellen und Folgewirkungen zunehmender Ungleichheit –, sondern liefert auch viele potenzielle Bausteine für mögliche Antworten auf diese Frage. Das Buch ist bescheiden und intelligent; es vermeidet autoritative Vorwegnahmen und dogmenhafte Allüren. Nur selten war ein derart trockenes Buch so erfrischend zu lesen. Für die wirtschaftspolitische Debatte ist das Buch deshalb ein Meilenstein. Die dringend notwendige theoretische Öffnung wirtschaftswissenschaftlicher Debatten steht allerdings weiterhin aus.

Jakob Kapeller

Anmerkungen

* Für wertvolle Hinweise zu einer früheren Fassung dieses Textes danke ich Wilfried Altzinger, Leonhard Dobusch, Stefan Kranzinger, Walter Ötsch, Matthias Schnetzer und Bernhard Schütz.

¹ Ausgenommen von dieser Definition sind lediglich Hausrat, Fahrzeuge und sonstige Wertgegenstände (also auch typische Statussymbole wie Yachten oder Kunstsammlungen).

² Formal lässt sich der genaue Zusammenhang dieser Argumente und Variablen wie folgt zusammenfassen: β ist definiert als das Verhältnis von Kapital- und Vermögensbestand K und Nationaleinkommen Y , d. h. $\beta = \frac{K}{Y}$. α wiederum ist definiert als Anteil der Kapitalerträge (rK) am Nationaleinkommen, d. h. als $\alpha = \frac{rK}{Y} = r\beta$. Bleibt also die Ertragsrate r konstant, dann ergibt sich aus einem Anstieg von β ein korrespondierender Anstieg von α . Vermittels dieses theoretischen Apparatus, der rein aus makroökonomischen Identitä-

ten besteht, lässt sich (unter der vereinfachenden Annahme, dass alle Kapitalerträge reinvestiert werden) die zentrale Ungleichheitsrelation $r > g$ einfach ableiten.

- ³ Technisch ausgedrückt: die Substitutionselastizität zwischen Kapital und Arbeit ist konstant größer als eins.
- ⁴ Die Verwendung des Terminus Matthäus-Effekt geht auf Robert K. Merton zurück, der damit ursprünglich die Verteilung von Prestige und Aufmerksamkeit im akademischen Betrieb zu erklären suchte (Merton [1968]). Das dahinterstehende Grundprinzip wurde dabei in der soziologischen Forschung auch auf andere Gesellschaftsbereiche ausgedehnt (Rigney [2010]).
- ⁵ Piketty versucht die Bedeutung von Erbschaften quantitativ zu erfassen, indem er die Summe der gesamten Erbschaften einer Periode dem jeweiligen Nationaleinkommen gegenüberstellt. Für den französischen Fall (den einzigen, für den adäquate Daten vorliegen) zeigt sich, dass die gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Erbschaften im 19. Jahrhundert historisch gesehen einmalig hoch war: Die Erbschaften einer Periode summierten sich zu etwa 20-25% des Nationaleinkommens. Durch die Schocks der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts reduzierte sich dieser Anteil auf ein historisches Tief von etwa 5%, um bis heute wieder auf einen Anteil von ca. 15% anzusteigen – mit, nach Piketty, weiter steigender Tendenz (S. 399).
- ⁶ Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die verhältnismäßig starke Konzentration von Vermögen (die ihrerseits noch wesentlich ungleicher verteilt sind als Einkommen), die sich im Normalfall nur mittels Exponentialfunktionen beschreiben lässt, auch mit weitaus weniger starken Annahmen erklärt werden kann (siehe Gibrat [1931] für ein frühes Beispiel). Diese wesentliche Grundeinsicht – Vermögen und Kapital tendieren dazu an der Spitze exponentiell verteilt zu sein – gilt dabei im Übrigen für alle historisch relevanten Gesellschaftsformationen seit der Antike. Der zentrale Mechanismus scheint dabei auf der intergenerationalen Weitergaben von speicherbaren Vermögensbeständen, d. h. der Vererbung von Eigentum, zu beruhen (vgl. Borgerhoff Mulder [2009]).
- ⁷ Atkinson et al. (2011).
- ⁸ Eine weitere Ausprägung des Rastignac-Dilemmas war für die Entwicklung innerhalb der gesellschaftlichen Elite, d. h. des mehr oder weniger vermögenden Adels relevant. Nach Alexander von Toqueville (1856) führte die starke politische und ökonomische Konzentration im Frankreich des 19. Jahrhunderts zu dem Umstand, dass es dem ruralen Adel oft aussichtsreicher schien, bei Hofe Intrigen zu spinnen und Geschäften nachzugehen, als sich um die Entwicklung ihrer Ländereien zu sorgen. Toqueville sieht in dieser Tendenz einen zentralen Grund für die verhältnismäßig dynamischere ökonomischere Entwicklung Großbritanniens.
- ⁹ Hinter der Person des Vautrin verbirgt sich im Übrigen niemand geringerer als der ehemalige Sträfling Jacques Collins, der erst in den Balzac-Romanen „Verlorene Illusionen“ und „Glanz und Elend der Kurtisanen“ seine Börsartigkeit vollumfänglich zum Ausdruck bringt. Auch in diesen Werken bildet das Rastignac-Dilemma den Ausgangspunkt der Handlung.
- ¹⁰ Auch die russische Literatur desselben Zeitalters wäre tauglich, die Piketty'sche Prognose zu illustrieren. Man denke nur an Nikolai Gogols „Tote Seelen“.
- ¹¹ Historisch gesehen lag β im Europa des 19. Jahrhunderts bei einem Wert von etwa 7, während β in den USA zur selben Zeit einen Wert von etwa 4,5 erreichte. Dieser strukturelle Unterschied ist nach Piketty vor allem auf die unterschiedlichen demografischen Entwicklungen zurückzuführen.
- ¹² Die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt nach wie vor kein relevantes Eigentum; ihr Besitzanteil hat sich also auch durch die intensiven Schocks des 20. Jahrhunderts nicht verändert.
- ¹³ Meades Ansatz fokussiert auf den Aspekt der personalen und nicht jenen der funktionalen Einkommensverteilung, lässt sich aber leicht auf den zweiten Fall umlegen.

- ¹⁴ So etwa in der „New York Times“ unter dem Titel „Marx rises again“ (Douthat [2014]) oder in der „National Review“ als „The New Marxism“ (Pethokoukis [2014]).
- ¹⁵ Neckel (2010).
- ¹⁶ Rothschild (1971), Rothschild (2005).
- ¹⁷ Vgl. Stockhammer (2004).
- ¹⁸ Veblen (1899).
- ¹⁹ Boyer (2000, 2010).
- ²⁰ Rothschild (2005).
- ²¹ Stiglitz (2012).
- ²² An einer besonders mutigen Stelle spricht Piketty von „*hands in the till*“ (S. 332).
- ²³ Allerdings scheint sich Piketty der Problematik der theoretischen Monotonie ökonomischen Denkens grundsätzlich bewusst zu sein (S. 31). So fungiert er auch als einer der Erstunterzeichner der kürzlich veröffentlichten Petition zur Etablierung einer offeneren und pluralistischen ökonomischen Wissenschaft (www.isipe.net), die von Studierenden aus 30 Ländern getragen wird.
- ²⁴ Dies ist ein wesentliches Motiv hinter der Studie von Eckerstorfer et al. (2013), die versucht, diesen Mangel an adäquaten steuerbasierten Daten im österreichischen Fall durch statistische Projektionen zu kompensieren.
- ²⁵ Vgl. auch Ötsch et al. (2014).

Literatur

- Atkinson, Anthony; Piketty, Thomas; Saez, Emmanuel, Top incomes in the long run of history, in: *Journal of Economic Literature* 49/1 (2011) 3-71.
- Borgerhoff Mulder, Monique; Bowles, Samuel; Hertz, Tom; Bell, Adrian; Beise, Jan; et al., Intergenerational wealth transmission and the dynamics of inequality in small-scale societies, in: *Science* 326 (2009) 682-688.
- Boyer, Robert, Is a Finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis, in: *Economy and Society* 29/1 (2000) 111-145.
- Boyer, Robert, Are there laws of motion of capitalism?, in: *Socio-Economic Review* 9/1 (2010) 59-81.
- Douthat, Ross, Marx rises again, in: *New York Times* (2014); http://www.nytimes.com/2014/04/20/opinion/sunday/douthat-marx-rises-again.html?hp&rref=opinion&_r=0 (dl. 22-04-14).
- Eckerstorfer, Paul; Halak, Johannes; Kapeller, Jakob; Schütz, Bernhard; Springholz, Florian; Wildauer, Rafael, Bestände und Verteilung der Vermögen in Österreich (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 122, Wien 2013); http://media.arbeiterkammer.at/PDF/MWuG_Ausgabe_122.pdf (dl. 22-04-2014).
- Galbraith, James K., Kapital for the 21st century?, in: *Dissent* (Spring 2014); <http://www.dissentmagazine.org/article/kapital-for-the-twenty-first-century> (dl. 22-04-14).
- Gibrat, Robert, *Les Inégalités Économiques* (Paris 1931).
- Graeber, David, *Debt: The first 5000 years* (London 2012).
- Meade, James E., *Efficiency, Equality and the Ownership of Property* (London 1964).
- Merton, Robert K., The Matthew Effect in Science, in: *Science* 159 (1968) 56-63.
- Minsky, Hyman P., *Stabilizing an Unstable Economy* (New Haven, CT, 1986).
- Neckel, Sigward, Refeudalisierung der Ökonomie – Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft (= MPIfG Working Paper 10/6, Köln 2010).
- Ötsch, Walter; Grözing, Gerd; Beyer, Karl; Bräutigam Lars (Hrsg.), *The Political Economy of Offshore Jurisdictions* (Marburg 2014).

- Pethokoukis, Jerry, The New Marxism, in: National Review (2014);
<http://www.nationalreview.com/article/374009/new-marxism-james-pethokoukis> (d. 22-04-14).
- Phelps, Edmund, The Golden Rule of Accumulation: A Fable for Growthmen, in: American Economic Review 51/4 (1961) 638-643.
- Rigney, Daniel, The Matthew effect – How advantage begets further advantage (New York 2010).
- Russell, Bertrand, Power (London (2004 [1938])).
- Rothschild, Kurt W., Power in economics (Harmondsworth 1971).
- Rothschild, Kurt W., New Worlds – New Approaches: A Note on Future Research Strategies, in: Kyklos 58/3 (2005) 439-447.
- Rothschild, Kurt W., Apropos Keynesianer, in: Hagemann, H.; Horn, G.; Krupp, H. (Hrsg.), Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Festschrift für Jürgen Kromphardt (Marburg 2008) 19-29.
- Steinfeld, Thomas, Rendite schlägt Wachstum, in: Süddeutsche Zeitung (22.4. 2014).
- Stiglitz, Joseph E., The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future (New York 2012).
- Stockhammer, Engelbert, Financialisation and the slowdown of accumulation, in: Cambridge Journal of Economics 28/5 (2004) 719-741.
- Toqueville, Alexander, The Old Regime and the French Revolution (Chicago (1998 [1856])).
- Veblen, Thorstein B., The Theory of the Leisure Class (London (1970[1899])).
- Vernengo, Matias, Galbraith on Piketty's Capital (2014);
<http://nakedkeynesianism.blogspot.co.at/2014/03/galbraith-on-pikettys-capital.html> (dl. 22-04-14).

Die politische Ökonomie von *Offshore*-Finanzplätzen

Rezension von: Walter Otto Ötsch,
Gerd Grözing, Karl Michael Beyer,
Lars Bräutigam (Hrsg.), *The Political
Economy of Offshore Jurisdictions*,
Metropolis, Marburg 2014, 219 Seiten,
broschiert, € 34,80;
ISBN 978-3-731-61035-9.

Schon die Wahl der passenden Bezeichnung für den Untersuchungsgegenstand ist eine schwierige Angelegenheit, wie Michaela Schmidt und Walter Otto Ötsch in ihrer Einleitung zu dem vorliegenden Sammelband betonen: Und in der Tat, zu vielfältig sind die diversen legalen und illegalen Transaktionen, die unter Einschaltung von *Offshore*-Finanzplätzen weltweit abgewickelt werden. Zu unterschiedlich sind auch die individuellen Geschäftsmodelle sowie die betreffenden Länder selbst: So weist Laura Seelkopf in ihrem Beitrag darauf hin, dass sich auf der langen Liste von Steueroasen sowohl unabhängige Staaten als auch abhängige Gebiete (etwa die britischen Kanalinseln) befinden, und dass sowohl Autokratien als auch Demokratien als *Offshore*-Plätze fungieren können (wobei erstere eine verschwindend kleine Minderheit darstellen).

Eines aber zeichnet sie alle aus, ob man sie nun *tax havens* (Steueroasen), *offshore financial centres* (*Offshore*-Finanzplätze) oder *secrecy jurisdictions* (Länder mit striktem Bankgeheimnis) nennt: Sie bieten nicht gebietsansässigen vermögenden Privatpersonen oder Multinationalen Unternehmen Niedrig- oder Nullsteuersätze und/oder

lasche Regulierungen und so die Möglichkeit, legal oder illegal Steuern zu vermeiden, Schwarzgeld weiß zu waschen oder andere Finanztransaktionen abzuwickeln, die die Finanzmärkte destabilisieren können (Stichwort Schattenbanken), teilweise auch illegal sind.

Den privaten Gewinnen der beteiligten privaten und institutionellen AnlegerInnen sowie multinationalen Unternehmen einschließlich deren AnteilseignerInnen stehen hohe soziale Kosten gegenüber: Neben den erwähnten potenziellen Risiken für die Stabilität des Finanzsystems umfassen diese die Verschiebung der Steuerlast auf immobile Faktoren und hier vor allem auf Arbeitseinkommen und privaten Konsum (mit entsprechenden problematischen beschäftigungs- und verteilungspolitischen Konsequenzen); die Erosion der allgemeinen Steuermoral sowie der grundsätzlichen Legitimität der Besteuerung; sowie Wettbewerbsnachteile für binnenorientierte kleinere und mittelständische Unternehmen wie auch Finanzinstitutionen, die sich nicht der diversen Angebote von *Offshore*-Finanzplätzen bedienen bzw. in solchen tätig sind.

Nicht zuletzt leisten, worauf jüngst einige OECD-ÖkonomenInnen hingewiesen haben, Steueroasen einen bedeutenden Beitrag zur wachsenden Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, indem sie die Besteuerung Vermögender und HocheinkommensbezieherInnen erschweren.¹ Auch die entgangenen Steuereinnahmen für Industrie-, vielfach aber auch Entwicklungsländer sind – so schwierig ihre Schätzung ist – vermutlich beträchtlich. Vor dem Hintergrund des Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte ist dies wohl der Hauptgrund, wes-

halb sich seit Ende 2012 OECD, G20 und EU verstärkt der Bekämpfung der internationalen Steuerflucht annehmen.

Bislang ist über die konkreten Methoden, die Beteiligten sowie das quantitative Ausmaß der involvierten Geldströme (etwa über den Umfang der von Multinationalen Unternehmen in Steueroasen verschobenen Gewinne und der dort von Privatpersonen dem Zugriff des Fiskus des Wohnsitzlandes entzogenen Vermögen und die daraus resultierenden Steuerausfälle, über das Volumen von Geldwäsche oder sonstiger illegaler Finanztransaktionen) nur wenig bekannt.

Das liegt einerseits in der Natur der Sache. Andererseits beschäftigten sich bis vor Kurzem ausschließlich Beratungsunternehmen und NROs mit der Thematik: eine zentrale Ursache für die große Bandbreite der auf mehr oder weniger belastbaren methodischen Ansätzen beruhenden vorliegenden Schätzungen zum Ausmaß der internationalen Kapitalflucht und der daraus resultierenden Steuerausfälle. Erst seit einigen Jahren bemüht sich auch die akademische Forschung darum, die Volumina der von Multinationalen Unternehmen in Niedrig- oder Nullsteuerländer verschobenen Gewinne zu quantifizieren.² Zur Höhe der in Steueroasen gehaltenen Privatvermögen hat kürzlich der Piketty-Schüler Gabriel Zucman als erster Forscher eine Schätzung im Rahmen einer – im Übrigen in einer sehr renommierten Fachzeitschrift veröffentlichten – wissenschaftlichen Publikation vorgelegt.³

Umso begrüßenswerter ist der vorliegende Sammelband, der sich dem Phänomen der *Offshore*-Finanzplätze aus unterschiedlichen Perspektiven nähert und vorwiegend akademische

Forschungsbeiträge vereint. Die Motive von Steueroasen, mit Hilfe von Steuervorteilen um nicht gebietsansässige AnlegerInnen zu buhlen, beleuchtet Laura Seelkopf. Sie zeigt, dass für kleine offene Volkswirtschaften, insbesondere wenn sie demokratisch verfasst sind, die gesamtwirtschaftlichen Vorteile einer Niedrig- oder Nullbesteuerungsstrategie die direkten Steuerausfälle bei Weitem übertreffen können. Eine diskurstheoretische Analyse bietet Silke Ötsch, die die Bedeutung von Metaphern und Rhetorik für die Legitimisierung der Existenz von *Offshore*-Finanzplätzen und ihrer schädlichen Praktiken herausarbeitet. In diesem Kontext weist Walter Otto Ötsch ergänzend auf das den Diskurs beeinflussenden ambivalente Konzept des Marktes hin.

Konkrete Praktiken bilden den zweiten Schwerpunkt des Bandes. Ingo Fiedler schildert im Detail, wie mit Hilfe von *Online*-Wetten Geldwäsche betrieben werden kann, und geht auch auf unterschiedliche Möglichkeiten der Geldwäsche ein. Markus Meinzer bietet einen Überblick über Systeme des automatischen Informationsaustausches in 15 OECD-Ländern, die weiter verbreitet seien als üblicherweise angenommen. Die Differenzierung zwischen und Messung von legalen, illegitimen und illegalen Finanzströmen aus armen Ländern ist das Anliegen Petr Janskýs, der den vom „Tax Justice Network“ verwendeten „Financial Secrecy Index“ präsentiert und erläutert. Die oft übersehenen Verknüpfungen zwischen Schattenbanken und *Offshore*-Finanzplätze und ihre Rolle in der jüngsten weltweiten Finanzkrise decken Karl Michael Beyer und Lars Bräutigam auf.

Für österreichische LeserInnen von

besonderem Interesse sind die beiden Beiträge, die sich der Frage widmen, ob auch Österreich als eine Steueroase zu betrachten sei. Martina Neuwirth zufolge sei Österreich zumindest in Hinblick auf seine Auskunfts politik gegenüber ausländischer Steuerbehörden sowie aufgrund der bis vor kurzem relativ kompromisslosen Verteidigung des Bankgeheimnisses und der daraus resultierenden Blockade europäischer Kooperationsbemühungen als Steueroase einzuordnen. Ähnlich die Einschätzung Österreichs als partielle Steueroase durch Otto Farny, die sich auf die Existenz eines strengen Bankgeheimnisses sowie die Gewährung bestimmter Steuerprivilegien für ausländische und inländische Steuerpflichtige gründet.

Eigenschaften einer partiellen Steueroase weist auch die Niederlande auf, wie Brigitte Unger ausführt: So seien es bestimmte Steuersparkonstruktionen, die speziell für Multinationale Unternehmen gewährt würden, aufgrund derer die Niederlande gelegentlich auf internationalen Steueroasen-Listen auftauche.

Abgerundet wird der Band schließlich durch den Beitrag von Peter Hornung, der als beteiligter Journalist über das sogenannte *Offshore Leaks*-Projekt berichtet.

Der Band schließt einige bestehende Forschungslücken über Methoden und Praktiken sowie Geschäftsmodelle von *Offshore*-Finanzplätzen. Er leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag nicht nur zur Bewusstseinsbildung, sondern auch zur Systematisierung und Differenzierung der politischen De-

batte über mögliche Gefahren und Probleme, die von *Offshore*-Finanzplätzen ausgehen: Angesichts dessen, dass nicht nur die öffentliche Debatte, sondern auch die politischen EntscheidungsträgerInnen allzu oft von der Komplexität des Phänomens *Offshore*-Finanzplätze überfordert sind, ist dieser Beitrag gar nicht groß genug einzuschätzen. Gleichzeitig können im Rahmen eines solchen Konferenzbandes viele bedeutende Fragen nur aufgeworfen, viele andere nur ansatzweise beantwortet werden. Dabei ist ein weiteres Verdienst des Bandes, diese weiterführenden Fragen zu formulieren und dabei auch der akademischen Forschung wertvolle Hinweise zu geben, in welche Richtung weitere Forschungsbemühungen gehen sollten.

Margit Schratzenstaller

Literatur

Förster, Michael; Llana-Nozal, Ana; Nafilyan, Vahé, Trends in top incomes and their taxation in OECD countries (= OECD Working Paper 159, Paris 2014).

OECD, Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung – Situationsbeschreibung und Lösungsansätze (Paris 2014).

Zucman, Gabriel, The missing wealth of nations, in: Quarterly Journal of Economics 128/3 (2013) 1321-1364.

Anmerkungen

- ¹ Siehe Förster, Llana-Nozal, Nafilyan (2014).
- ² Siehe für einen Überblick über die – wenigen – aktuellen Arbeiten OECD (2014).
- ³ Siehe Zucman (2013).

Japanisches Wirtschaftsdenken im 19. Jh.

Rezension von: Hannah Kreis,
Das Wirtschaftsdenken in Japan.

Eine Studie zur japanischen Rezeption
europäischer Wirtschaftstheorien im
ausgehenden 19. Jahrhundert, Metropolis,
Marburg 2013, 263 Seiten, broschiert,
€ 34,80; ISBN 978-3-731-61033-5.

Im Rahmen der vorliegenden Studie wird gezeigt, dass die Lehre der Wirtschaftswissenschaften im ausgehenden 19. Jahrhundert in Japan besonders durch die Rezeption zweier wirtschaftlicher Theorien geprägt ist. In der ersten Hälfte der Meiji-Zeit ist es die klassische Lehre der Nationalökonomie, in der zweiten Hälfte ist es die der Deutschen Historischen Schule.

Angesichts der dürftigen Primär- und Sekundärliteratur im nicht japanischsprachigen Raum ist es ein Desiderat, diesen Abschnitt in der Geschichte des ökonomischen Denkens in Japan hier genauer zu untersuchen. Die Autorin beschränkt sich dafür auf das Zeitfenster, das am Ende der Tokugawa-Herrschaft (1603-1868) beginnt und die komplette Meiji-Ära (1868-1912) umfasst.

In Japan werden europäische wirtschaftswissenschaftliche Schriften punktuell rezipiert. Man übersetzt und liest, was dem zeitgenössischen Interesse am ehesten zu entsprechen scheint. Zunächst liest man die Schriften der jüngeren Vertreter der Deutschen Historischen Schule. Bei der Rezeption der Klassik widmet man sich zunächst dem, was in übersetzter Form vorhanden ist, und beginnt dann,

von diesen Werken ausgehend, die Literatur der geistigen Väter zu lesen. Die Rezeption des wirtschaftlichen Wissens in Japan entspricht somit nicht der Chronologie seiner Genese in Europa: In den 1870er-Jahren wird John Stuart Mill, in den 1880er-Jahren Adam Smith und in den 1890er-Jahren der Physiokrat Francois Quesnay in Japan bekannt.

Um den Zusammenhang zwischen allgemeinen Denkmustern, ökonomischem Denken und der Organisation des Wirtschaftens in Japan im 19. Jahrhundert genauer zu bestimmen, erforscht die Autorin, inwieweit Kultur und Wirtschaft interagieren und ob das Wirtschaftsdenken kulturellen Einflüssen unterliegt. Gefragt wird danach, ob der Konfuzianismus als ethische Grundlage gelten kann, die die ökonomische Gesinnung japanischer Wissenschaftler in den Anfängen der Industrialisierung prägt.

Nun lassen sich im untersuchten Zeitraum deutlich zwei eigene Denktraditionen in der Rezeption wirtschaftstheoretischer Grundlagen in Japan unterscheiden. Das Charakteristische an der Ersten ist, so die Autorin, dass sie sich durch Extrovertiertheit auszeichnet. Damit ist gemeint, dass die Rezeption in der ersten Hälfte der Meiji-Zeit durch einen „Blick nach außen“ bestimmt wird. Der Vergleich mit dem westlichen Ausland schärft den Blick für die Situation im Inland. Dieser Rezeptionsstrang wird hier durch Fukuzawa Yukichi (1835-1901) personifiziert, der die in der Ferne gewonnenen neuen Eindrücke reflektiert.

Für die zweite Hälfte der Meiji-Zeit lässt sich eine introvertierte Herangehensweise feststellen, die sich durch einen „Blick nach innen“ auszeichnet. Rezipiert wird nun nicht mehr in erster

Linie, um eine Entwicklung nachzuholen und sich dabei eines fremden Entwicklungskonzeptes zu bedienen, sondern um die durch die nachholende Entwicklung entstandene Situation im Landesinneren zu verbessern. Kein externer Reiz, sondern ein interner Stimulus gibt den Anstoß, sich für die Ideen einer neuen Wirtschaftstheorie zu interessieren. Der zweite Rezeptionsstrang wird hier durch die Person Kanai Noburu (1865-1933) dargestellt.

Das Gemeinsame an beiden Rezeptionssträngen ist, so die Autorin, dass beide neues Wissen integrieren. Jedoch dient dieses Wissen nicht dazu, vorhandenes Wissen zu verdrängen. Dem bereits vorhandenen Wissensstock wird sogar eine höhere Bedeutung beigemessen. Keiner der beiden Rezipienten löst sich völlig aus dem Korsett patriotischer Verpflichtungen. Die Angst vor der Nivellierung japanischer Eigentümlichkeiten, gar vor einem japanischen Identitätsverlust ist in dieser Zeit zu groß, um sich vollständig auf neue Denkstrukturen einzulassen und sich den damit einhergehenden wirtschaftspolitischen Forderungen zu stellen.

Es ist interessant zu beobachten, wie sich ethische Gesichtspunkte durch den betrachteten Zeitraum hindurch in den Aussagen und dem Wirken der Rezipienten spiegeln: Hier ist eine Asymmetrie zwischen beiden Rezeptionslinien festzustellen. So kann Fukuzawa Yukichi nur zu neuem Wissen gelangen, indem er sich zunächst von seiner ethischen Prägung, dem Konfuzianismus, bewusst und vehement emanzipiert. Geistig befreit wendet er sich neuem Wissen zu, auch wenn er sich in seinen späteren Jahren wieder auf den Konfuzianismus einlassen und ihn schätzen wird. Der andere, Kanai

Noburu, kommt zuallererst aufgrund der konfuzianischen Bildungsgrundlagen, die ihm in seinem Elternhaus vermittelt werden, auf den Gedanken, wie geistig gewinnbringend es für ihn sein könnte, neues Wissen abseits der im Elternhaus beschrittenen Pfade zu erlangen.

So haben wir es in Japan im ausgehenden 19. Jahrhundert mit einer Rezeption europäischer Wirtschaftstheorien vor der kulturellen Folie des Konfuzianismus zu tun. Gleichwohl ist jeweils genau zu bestimmen, in welcher Weise dieser die Rezeption prägt. Die These vom interdependenten Zusammenhang von Kultur und Wirtschaft wird dementsprechend im Rahmen dieser Arbeit bestätigt und differenziert.

Um zu diesen Einsichten zu gelangen, bildet das zweite Kapitel die inhaltliche Basis. In ihm werden die kulturellen Wurzeln betrachtet, und es beleuchtet die ökonomischen Strukturen, die bereits vorhanden sind. Da in der vorliegenden Arbeit jedoch die ökonomischen Implikationen des Konfuzianismus von Interesse sind, wird im Anschluss untersucht, in welchen Kontexten sich Konfuzius zu ökonomischen Sachverhalten äußert. Nachdem auf diese Weise eine geistige Basis geschaffen worden ist, stehen nun die ökonomischen Grundlagen im Fokus, die in Japan schon vor Beginn der Meiji-Zeit vorhanden sind. Schließlich bilden sie das Fundament für die anschließende Rezeption europäischer Wirtschaftstheorien.

Von Interesse ist, welche ökonomischen Konzepte schon vor den ersten Rezeptionsversuchen bekannt sind und auf welchen Wissensständen die europäische Wirtschaftstheorie in Japan aufbaut. In diesem Zusammen-

hang verweist die Autorin darauf hin, dass das in der angelsächsischen Literatur häufig verwendete Bild, die pathetische Darstellung vom plötzlichen Auftauchen eines großen, schwarzen US-amerikanischen Dampfschiffes an der Küste Japans, das eine schockartige Konfrontation suggerieren soll, nicht zutrifft: Die ökonomischen Grundlagen sind schon lange im Voraus vorhanden. Sie verhelfen Japan zu einer Transformation, die jedoch weder stufenweise oder noch linear, sondern eher als spiralförmige Transformation zu verstehen ist. Dabei werden die Windungen nach oben immer enger, entsprechend dem – im Zeitverlauf gesehen – immer schnelleren Anpassungsprozess.

Als Beispiele dienen die Ausführungen Arai Hakusekis, der bereits während der Tokugawa-Zeit quantitativ-theoretische Zusammenhänge erkennt. Festzuhalten bleibt darüber hinaus, dass das Land bis ins 19. Jahrhundert hinein von „Augenblickspolitik“ geprägt ist und keiner umfassenden Lehre folgt. Der Außenhandel wird von dem konfuzianischen Gelehrten Yokoi Shounan als Nullsummenspiel betrachtet, was an merkantile Strukturen erinnert.

Die Kapitel 3 und 4 sind dem eigentlichen Interessensgebiet der Untersuchung gewidmet, nämlich dem, wie europäische wirtschaftliche Theorien in Japan rezipiert werden. Auf unterschiedlichen Ebenen, personeller, institutioneller und textueller, kristallisiert sich heraus, dass der Beginn der Meiji-Zeit durch die Rezeption der klassischen Nationalökonomie geprägt ist: Auf der institutionellen Ebene ist der Ansatz des ökonomischen Liberalismus in akademischen Gruppierungen verbreitet.

Hauptaugenmerk wird auf die Meiroku-Gruppe gelegt, ein Zirkel angesehener Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die europäische Fremdsprachen beherrschen. Die Zeitschriften der Meiroku-Gruppe bieten einen Einblick in die Übersetzung und Reflexion westlicher ökonomischer Quellen. Die Mitglieder dieser Gruppe bringen ihr Wissen in die Institutionen ein und fördern damit den wissenschaftlichen Austausch. Die neue, westliche Perspektive auf die Ökonomie hilft ihnen, wirtschaftspolitische Ereignisse in einem größeren Rahmen einordnen zu können. Das Hauptanliegen ist es, zu erläutern, wie man sich den Herausforderungen stellen soll, die die Teilnahme am internationalen Handel mit Wirtschaftsgütern bereithält.

Als Institutionenbeispiel zieht die Autorin das japanische Pendant des deutschen „Vereins für Socialpolitik“ heran und untersucht, welche Geltung diese Gesellschaft in Japan hat und wie deren Mitglieder, Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Publizistik, von der Deutschen Historischen Schule inspiriert werden. Wie ihr deutsches Vorbild richtet sich die Gesellschaft einerseits gegen die zu Beginn der Meiji-Zeit gewünschte Politik des *Laissez-faire* in der Sozialpolitik und andererseits gegen die sozialrevolutionären Ideen des aufkommenden Sozialismus. Der Verein entsteht in Japan jedoch nicht als Reaktion auf einschneidende gesellschaftliche Veränderungen. Er ist kein Agitationsverein. Vielmehr soll er im Vorfeld dem Schutz des Arbeiters dienen, um auf diese Weise revolutionäre gesellschaftliche Bestrebungen im Keim zu ersticken (Kapitel 4.1).

Dem Gründer des Vereins, Kanai Noburu, ist der zweite Teil des vierten

Kapitels gewidmet. Sein Leben lässt sich anhand der Ausführungen eines seiner späteren Schüler, Kawai Eijirou, nachzeichnen, die zu diesem Zweck erstmals übersetzt werden. Hier erschließt sich die Biografie einer Person, der dank der konfuzianischen Ideale ihres Elternhauses ein hoher Bildungsanspruch vermittelt wird. Diesen Anspruch behält Kanai Noburu auch während seiner Studienzeit an der Universität Tokio bei, als er sich mit den Schriften der klassischen Ökonomen auseinandersetzt, bevor er auf seinen Lehrer Karl Rathgen (1856-1921)¹ trifft. Dieser regt ihn an, einen mehrjährigen Auslandsaufenthalt in Deutschland anzutreten. Seinen Tagebuchaufzeichnungen lässt sich entnehmen, dass er dort direkt an den Lehrstühlen der Anhänger der Älteren und Jüngeren Historischen Schule lernt. Die von Beginn seiner akademischen Karriere in Japan herrührenden Semesterpläne mitsamt ihrem Lehr- und Lesepensum sind aussagekräftige Quellen, die zeigen, wie sich Kanai Noburu mit den Gedanken der Deutschen Historischen Schule auseinandersetzt und diese in seine Lehre einbringt (Kapitel 4.2).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die japanische Rezeption in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts mit der Aufnahme der Anschauungen der Deutschen Historischen

Schule einen neuen Akzent erfährt, gleichzeitig aber auch auf traditionelle Ansichten rekurriert. Es gilt hier auch zu betonen, dass im 19. Jahrhundert in Japan nicht nur um der wirtschaftlichen Prosperität willen westliche ökonomische Ideen aufgegriffen werden, sondern auch, um sich den gesellschaftlichen Idealen von politischer wie nationaler Freiheit und individualethischer Selbstbestimmung zu nähern. So werden durch das Studium der deutschen Literatur und Philosophie durch japanische Studenten die Werke Goethes und Schillers und die philosophischen Schriften Nietzsches und Kants in die japanische Sprache übertragen. Mit dieser Untersuchung wurde der Grundstein gelegt, die Anfänge der japanischen Nationalökonomie aufzuarbeiten. Ein äußerst lesenswertes und empfehlenswertes Buch.

Josef Schmee

Anmerkung

- ¹ Deutscher Nationalökonom und Gründungsrektor der Universität Hamburg. Von 1882 bis 1890 unterrichtete er Öffentliches Recht, Statistik und Verwaltungswissenschaften an der Kaiserlichen Universität Tokio. Nach seiner 1892 in Berlin erfolgten Habilitation (Thema: Japans Volkswirtschaft und Staatshaushalt) wurde Rathgen 1895 ordentlicher Professor an der Universität Marburg und vertrat von 1900 bis 1907 Max Webers Lehrstuhl in Heidelberg.

Kontinuitäten und Brüche: die christliche Arbeiterbewegung 1933-1946

Rezension von: Georg-Hans Schmit,
Die Christliche Arbeiterbewegung
1933-1946. Vom Untergang der
Demokratie bis zum Beginn der Zweiten
Republik (= Berichte und Forschungen
zur Gewerkschaftsgeschichte 3), Verlag
des ÖGB, Wien 2013, 304 Seiten,
kartoniert, € 38;
ISBN 978-3-703-51604-7.

Die vorliegende Publikation ist die überarbeitete Fassung einer an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien vorgelegten Dissertation. Der Politologe Hans-Georg Schmit beschäftigt sich darin mit der Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung in den Jahren 1933 bis 1946. Er hat diesen Zeitraum der österreichischen Geschichte auch deshalb so gewählt, weil er sich durch die rasche Abfolge von Zäsuren und Systembrüchen besonders gut dafür eignet, Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Politik und Programmatik der christlichen Arbeiterbewegung herauszuarbeiten.

Diesem Vorhaben folgt im Großen und Ganzen auch die Gliederung der Publikation: Nach einem einleitenden Kapitel zur Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung von ihrer Gründungsphase im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Ersten Republik behandeln die drei Hauptabschnitte dann die Entwicklung während des Austrofaschismus und Nationalsozialismus sowie den Wiederaufbau und Neubeginn in den Jah-

ren 1945 und 1946 nach der Wiedererrichtung der demokratischen Republik.

Christliche Arbeiterbewegung meint im untersuchten Zeitraum ein Konglomerat von Verbänden, die untereinander organisatorisch, personell und programmatisch verschränkt waren und sich eng an die christlichsoziale Bewegung und an die katholische Kirche anlehnten. Katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften waren ihre wichtigsten Organisationsformen, wobei die Arbeitervereine im Laufe der Entwicklung gegenüber den Gewerkschaften zunehmend an Bedeutung verloren. Die beiden päpstlichen Sozialenzykliken „*Rerum Novarum*“ (1891) und „*Quadragesimo Anno*“ (1931) sowie das verbandseigene „*Linzer Programm*“ von 1923 und später dann das „*Wiener Programm*“ des ÖAAB aus dem Jahr 1946 können als die Eckpfeiler ihres grundsatzpolitischen Rahmenprogramms angesehen werden.

Aus der Ausrichtung der christlichen Arbeiterbewegung nach einer Partei, in der die ökonomisch Selbstständigen den Ton angaben einerseits und der Verpflichtung auf die Vertretung von Arbeiterinteressen andererseits entsprangen immer wieder Spannungen, die vor allem in Zeiten ökonomischer und politischer Krisen virulent wurden. Sie traten auf unterschiedlichen Ebenen auf, betrafen die Beziehungen zur Christlichsozialen Partei, führten zu innerverbandlichen Turbulenzen, betrafen vor allem auch das Verhältnis zur mehrheitlich sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft, namentlich zu den Freien Gewerkschaften, das bis zum Untergang der Ersten Republik primär von Konflikt und Konkurrenz bestimmt war. Sozialpartnerschaftliche und volksgemeinschaftliche Ideen ver-

mochten diese Spannungen zu mildern, konnten sie aber nicht aus der Welt schaffen.

Während der austrofaschistischen Ära agierte die christliche Arbeiterbewegung, so der Befund des Autors in Anlehnung an die Einschätzung Anton Pelinkas in einer zu diesem Thema nach wie vor grundlegenden Studie,¹ als „loyale Opposition“. Sie war keine treibende Kraft auf dem Weg in die Diktatur, sie hatte dagegen aber auch keine prinzipiellen Einwände. Vermeintliche Übereinstimmungen zwischen den nebulösen ständestaatlichen Plänen des Regimes und den eigenen, aus dem Gedankengut der katholischen Soziallehre abgeleiteten berufsständischen Vorstellungen erleichterten die Anpassung an die neuen Verhältnisse ebenso wie die uneingeschränkte Unterstützung, welche die katholische Kirche dem diktatorischen Kurs angedeihen ließ.

Die christliche Arbeiterbewegung bekannte sich 1934 voll und ganz zur Legalität und zum Tenor der Maiverfassung und verteidigte die österreichische Diktatur auch gegenüber ausländischen Kritikern. Sie setzte Gesten der Loyalität, demonstrierte politisches Wohlverhalten und wurde dafür von der Regierung belohnt. Durch diktatorische Maßnahmen erhielten die christlichen Arbeiter im Austrofaschismus aus den Händen der Regierung Positionen, die vorher aufgrund demokratischer Wahlen die Freien Gewerkschafter besetzt hatten. Sie wurden Führungsmacht in den jeglicher Autonomie beraubten Arbeiterkammern, sie übernahmen die Leitung in der staatlich dekretierten und kontrollierten Einheitsgewerkschaft, und sie ersetzten nach dem im Zuge der Februarkämpfe 1934 erfolgten Verbot von Sozialdemokratie

und Freien Gewerkschaften die aus ihren Funktionen entfernten sozialdemokratischen Betriebsräte.

Hatten die christlichen Arbeiter also keine prinzipiellen Schwierigkeiten, sich mit dem faschistischen System zu arrangieren, so blieb auf der anderen Seite die traditionelle Frontstellung gegenüber der Linken während des Austrofaschismus erhalten. Die christliche Arbeiterbewegung setzte nach dem 4. März 1933 keine ernsthaften Initiativen zur Vermittlung zwischen Regierung und nach wie vor mehrheitlich sozialistischer Arbeiterschaft. Das Konzept zur Verständigung mit der in die Illegalität gedrängten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hieß „Bekehrung“ von den „Irrlehren“ des Marxismus, war schon im Ansatz fragwürdig und wurde im Wesentlichen bis Anfang 1938 durchgehalten. Es erschwerte die angesichts der Bedrohung Österreichs durch den Nationalsozialismus dringend gebotene Aussöhnung mit der Linken erheblich.

Der notwendige Brückenschlag nach links kam so nur zögerlich voran und erfolgte letztlich auch zu spät. Erst Anfang März 1938 hatten sich die christlichen Arbeiter mit der illegalen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auf die Durchführung freier Wahlen in der staatlichen Einheitsgewerkschaft einigen können, die Johann Staud, der Präsident des Gewerkschaftsbundes, dann am 10. März im Rundfunk auch in Aussicht stellte. Wenige Tage später erfolgte bereits der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich.

Die Funktionäre der Einheitsgewerkschaft, die noch in letzter Minute ein Bündnis mit der Linken gegen den drohenden „Anschluss“ angestrebt hatten, gehörten zu den ersten Opfern des nationalsozialistischen Terrors. Die Orga-

nisationen der christlichen Arbeiterbewegung wurden zerschlagen, mehrere ihrer Funktionäre verhaftet oder in Konzentrationslager verschleppt.

Christliche Gewerkschafter und Angehörige der Arbeitervereine gehörten schließlich auch zu denen, die Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft geleistet haben. Es ist ein Verdienst des Autors, dass es ihm trotz der prekären Quellenlage gelungen ist, ein übersichtliches Bild von der Formierung und Entwicklung der unterschiedlichen Widerstandsgruppen der christlichen Arbeiterbewegung in Wien und in den Bundesländern zu zeichnen. Auch der Hinweis, dass die grundsätzlichen Weichenstellungen für die Zukunft der christlichen Arbeiterbewegung noch während der letzten Kriegsjahre getroffen wurden, verdient Beachtung. Spätestens im Frühjahr 1944 fiel die Entscheidung zur Bildung einer überparteilichen gewerkschaftlichen Einheitsorganisation und damit auch zum Verzicht auf die Wiedererrichtung des Systems konkurrierender Richtungsgewerkschaften. Die Verständigung darüber, die christliche Arbeiterbewegung nicht als einheitliche (und selbstständige) Arbeiterpartei zu schaffen, sondern sie in Form eines Bundes in eine künftige christlich-soziale Gesamtpartei einzugliedern, war noch einige Jahre früher erfolgt. Auch eine zunehmende Emanzipation von der katholischen Kirche zeichnete sich bereits während der Jahre 1938-1945 ab.

Die noch vor der Gründung der ÖVP erfolgte Errichtung des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes (ÖAAB) am 14. April 1945 war das Werk einer Gruppe christlicher Gewerkschafter, die auch schon in den Jahren vor 1938 eine tragende Rolle

gespielt hatte. Die katholischen Arbeitervereine erlangten entsprechend der zunehmenden Distanzierung von der Kirche kaum mehr Bedeutung. Lois Weinberger, der sich schon 1940/41 als Kopf der verschiedenen christgewerkschaftlichen Widerstandsgruppen positioniert hatte, löste als Führungsfigur der christlichen Arbeiterbewegung den greisen Leopold Kunschak ab, der mit Ehrenfunktionen abgefunden wurde. Johann Staud, der Präsident der Einheitsgewerkschaft, war schon 1939 im Konzentrationslager Flossenbürg umgekommen.

Eine kleine Elite christlicher Gewerkschafter vermochte die christliche Arbeiterbewegung im ÖAAB zu vereinen. Sie war gleichzeitig hoch aktiv bei der Gründung der ÖVP, welcher der ÖAAB dann neben Wirtschafts- und Bauernbund als gleichberechtigte Teilorganisation eingegliedert wurde. Eine tiefgreifende Veränderung stellte die Einbeziehung der ehemaligen christlichen Gewerkschaften in den als überparteiliche Organisation gegründeten Österreichischen Gewerkschaftsbund dar, weil sie ein bewusstes Abgehen vom alten System der Richtungsgewerkschaften brachte und die jahrzehntelange gegenseitige Konkurrenz im Gewerkschaftslager zugunsten eines institutionalisierten Zusammenwirkens mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftern hintanstellte. Den teilweisen Brüchen im organisatorisch-politischen Bereich standen starke personelle und ideologische Kontinuitäten gegenüber.

Insgesamt ist dem Autor eine übersichtliche Zusammenschau der zur Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung vorhandenen Literatur gelungen, die er durch Sichtung und Aufnahme bisher unbearbeiteter Quellenbestände aus verschiedenen Archi-

ven und Privatbeständen auch um einige Facetten bereichert hat. Das Buch ist nicht nur GewerkschaftsaktivistInnen und HistorikerInnen der Arbeiterbewegung zu empfehlen. Es ist auch für ein ganz allgemein an österreichischer Zeitgeschichte interessiertes Publikum mit Gewinn zu lesen.

Karl Stubenvoll

Anmerkung

- ¹ Pelinka, Anton, Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938 (Wien 1972).

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen
der Arbeiterkammer Wien“
Reihe Band 16**

**Alternative Strategien der Budget-
konsolidierung in Österreich
nach der Rezession**

Georg Feigl, Achim Truger (Hrsg.)

Georg Feigl
Einleitender Überblick

Achim Truger, Katja Rietzler, Henner Will, Rudolf Zwiener
Alternative Strategien der Budgetkonsolidierung in Österreich nach der
Rezession

Kommentare zur Studie des IMK

Margit Schratzenstaller

Ewald Walterskirchen

Peter Brandner

Günther Chaloupek

Achim Truger

Schlussbemerkung: Die gesamtwirtschaftlichen Risiken der forcierten
Budgetkonsolidierung bestehen fort

Wien 2010, 107 Seiten, € 16,–.

Bestellungen bei:

LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien, Marxergasse 25

Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexis.at

Der Februar 1934 aus schriftstellerischer Perspektive

Rezension von: Erich Hackl, Evelyn
Polt-Heinzl (Hrsg.), Im Kältefieber.
Februargeschichten 1934. Anthologie,
Picus Verlag, Wien 2014, 320 Seiten,
gebunden, € 22,90;
ISBN 978-3-711-72009-2.

Was geschah im Februar 1934? Für diejenigen, die nicht (mehr) ganz firm sind in der österreichischen Geschichte der Zwischenkriegszeit, seien ganz kurz und vereinfachend Vorgeschichte, Ereignisse und Konsequenzen zusammengefasst:

Am 7. März 1933 löste die Regierung des christlichsozialen Kanzlers Dollfuß in einem „kalten“ Staatsstreich das Parlament auf und eignete sich absolutistische Regierungsgewalt an. In der Folge wurden unter permanentem Verfassungsbruch rund 300 Verordnungen aufgrund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917 erlassen. Diese Notverordnungen liefen auf eine Demontage der allgemeinen Freiheitsrechte und der fortschrittlichen Sozialgesetzgebung hinaus.

An der Basis des Republikanischen Schutzbundes, der paramilitärischen Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), wurde der Ruf nach bewaffneter Verteidigung der Verfassung und der parlamentarischen Demokratie laut. Doch die Führung der Sozialdemokraten lehnte das ab, sie hatte immer noch eine friedliche Lösung vor Augen. Es fehlte eine klare Strategie, wie man den antidemokrati-

schen Tendenzen Dollfuß' begegnen könnte. Am 30. Mai 1933 dekretierte das ständisch-autoritäre Regime das Verbot des Schutzbundes. Dieser bestand als illegale Organisation weiter.

Im Winter 1933/4 verstärkte die Exekutive ihre Bemühungen, die nach Ende des Weltkriegs (u. a. zur Umgehung der für das Bundesheer geltenden Beschränkungen) errichteten Waffenlager des Schutzbundes zu beschlagnahmen. In den Morgenstunden des 12. Februar 1934 fand im Linzer Hotel Schiff, der sozialdemokratischen Landeszentrale, eine polizeiliche Waffensuche statt. Der oberösterreichische Schutzbundkommandant Richard Bernaschek gab seinen Männern den Befehl zum Widerstand. In Wien beschloss inzwischen ein Exekutivkomitee der SDAP, den Generalstreik auszurufen und den Schutzbund bundesweit zu mobilisieren.

In Wien verschanzten sich die bewaffneten Arbeiter, Arbeitslosen und Schutzbundangehörigen in den großen Gemeindebauten. Die Regierung setzte neben Polizei, Gendarmerie, Heimwehr- und Sturmscharenheiten mehr als 4.000 Bundesheersoldaten ein. Letztere brachten im Kampf um die Gemeindebauten, in denen sich unzählige Zivilisten aufhielten, nicht nur Infanteriewaffen, sondern auch Artilleriegeschütze zur Anwendung. Außerhalb von Wien und Linz wurde vor allem in weiteren oberösterreichischen Städten sowie im obersteirischen Industriegebiet um Bruck an der Mur und Kapfenberg gekämpft, wo Koloman Wallisch den Schutzbund anführte.

Der bewaffnete Widerstand der Arbeiter war mangels einheitlicher Führung und infolge fehlender Ressourcen zur Verbindungsaufnahme zwischen den isolierten Kampfeinheiten desor-

ganisiert bis zum Chaotischen. Er währte nur wenige Tage. Die Niederlage der Schutzbündler und Arbeiter war eine vollständige – eine der finstersten Stunden der österreichischen Arbeiterbewegung. Die Kampfhandlungen forderten rund 400 Menschenleben, und die Zahl der Verletzten betrug wohl weit über 1.000.

Die Behörden nahmen etwa 10.000 Verhaftungen vor. In insgesamt neun Fällen vollstreckte der Henker das standrechtlich verhängte Todesurteil. Zu den Hingerichteten zählte auch Koloman Wallisch.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde noch am 12. Februar verboten, ihre Organisationen aufgelöst, das Vermögen beschlagnahmt. Das „Rote Wien“ wurde unter Verwaltung eines Bundeskommissärs gestellt.

Der Bürgerkrieg und seine Folgen schwächten die Widerstandskraft Österreichs gegenüber der zunehmenden Aggression des nationalsozialistischen Deutschland nachhaltig. Im März 1938 wurde der Okkupation kein Widerstand geleistet.

Im öffentlichen Diskurs der Nachkriegszeit gehörten die Ereignisse des Februar 1934 zu den heikelsten Themen. Die Entscheidungsträger waren unter dem Eindruck einerseits von Krieg, Nazi-Herrschaft und deren Gräueln sowie andererseits der gewaltigen außen- und innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die nur gemeinsam zu bewältigen waren, bemüht, die Gräben der Vergangenheit nicht aufzureißen. Es gab so etwas wie ein stillschweigendes Übereinkommen hinsichtlich einer These der geteilten Schuld.

Anfang der 1980er-Jahre bemühten sich junge Intellektuelle und HistorikerInnen um ein gegenüber den etablier-

ten Diskursen kritisches, differenziertes öffentliches Geschichtsbild der 30er-Jahre, welches mit den Ergebnissen historischer Forschung, die die These von der geteilten Schuld längst widerlegt hatte, in Übereinstimmung stehen sollte. Sichtbarer Ausdruck dieser Bemühungen, die an kritische linke Traditionen anknüpfen wollten, waren die zwei großen Ausstellungen in Wien, „Mit uns zieht die neue Zeit“, über die Kultur der Arbeiterbewegung 1918-34, und „Die Kälte des Februar. Österreich 1933-1938“, beide konzipiert von Helene Maimann und Siegfried Mattl.

1984 erschien im Verlag Jugend und Volk die Anthologie „Februar 1934. Schriftsteller erzählen“, herausgegeben vom Literaturkritiker Ulrich Weinzierl, einem Spezialisten für die österreichische Literatur der Zwischenkriegszeit. Diese Anthologie vereinigt vierzehn literarische Texte. Nicht politische Aktivisten und Zeitzeugen kommen zu Wort, sondern Schriftsteller aus dem deutschsprachigen Raum erzählen vom österreichischen Bürgerkrieg. Bei den Texten handelt es sich um bereits zuvor veröffentlichte Erzählungen, Auszüge aus Romanen oder Autobiografien –, u. a. von großen AutorInnen wie Anna Seghers, Oskar Maria Graf, Manès Sperber und Stefan Zweig, oder um Originalbeiträge, etwa von Erich Fried und Dorothea Zeeemann. Jeder Text wird durch knappe Informationen über Autor/in und den Kontext eines Auszugs eingeleitet.

Die nun vorliegende Anthologie ist wesentlich umfangreicher als die soeben erwähnte, und die Auswahl der Texte folgte anderen Kriterien. HerausgeberInnen sind der Schriftsteller, Übersetzer und Publizist Erich Hackl, bekannt und berühmt durch Prosastü-

cke wie „Auroras Anlass“ (1987), „Abschied von Sidonie“ (1989), „Die Hochzeit von Auschwitz“ (2002), „Als ob ein Engel“ (2007) und „Familie Salzmann“ (2010), und die Literaturwissenschaftlerin Evelyn Polt-Heinzl, ausgewiesene Expertin für die österreichische Literatur der 1920er- und 1930er-Jahre („Österreichische Literatur zwischen den Kriegen. Plädoyer für eine Kanonrevision“, 2012).

Erich Hackl hebt in seiner Einleitung zwei Kriterien der Textauswahl hervor: Zum einen sollten die Beiträge von jenen handeln, die sich der Zerschlagung der Demokratie entgegenstellten und an den Kämpfen beteiligt oder von diesen unmittelbar betroffen waren. Zum anderen sollte der Bürgerkrieg in der Außenansicht und in der Optik von AusländerInnen betrachtet werden. Daher umfasst die Anthologie Texte von einigen der bedeutendsten europäischen SchriftstellerInnen: Miroslav Krleža, Anna Seghers, Prežihov Voranc, Tibor Déry, Oskar Maria Graf. Der Sammelband enthält auch viele literarische Entdeckungen österreichischer wie ausländischer AutorInnen und Texte, die erstmals auf Deutsch publiziert werden. Die Prosastücke beleuchten nicht nur das Kampfgeschehen, sondern auch die Vorgeschichte und die Konsequenzen.

Hackl und Polt-Heinzl sehen den Februaraufstand als Teil einer Kette kleiner und großer Rebellionen in der österreichischen Geschichte. Viele derselben sind im öffentlichen Bewusstsein kaum vorhanden. Eine wichtige Aufgabe der Geschichtswissenschaft und der Literatur bestehe darin,

demokratische Bestrebungen zu dokumentieren und weiterzugeben. Die Anthologie solle dazu beitragen. Und sie „soll ... auch Ehrenrettung betreiben, für die Februarkämpfer und ihre literarischen Chronisten, die so wenig bekannt sind“ (S. 18)

In dieser Zielsetzung stimmen die HerausgeberInnen beider Anthologien wohl überein: „Will Literatur ihren Anspruch, vom Menschen zu handeln und zu reden, also ihren humanistischen Anspruch, nicht aufgeben, so ist ihr Platz an der Seite der Verlierer, der Geschlagenen, der Unterdrückten, nie an jener der Triumphatoren, der Schläger und Unterdrücker.“ So formulierte Ulrich Weinzierl 1984 (S. 151); und sein Nachwort abschließend: „Diese Stücke sind Literatur, zu deren vornehmsten Aufgaben es immer noch gehört, die Leiden der Menschen für Denken und Fühlen aufzubewahren, dem Vergessen zu entreißen in einer Form, die dauert.“ Besser könnte man auch die Texte der nun vorliegenden Anthologie kaum charakterisieren.

Die HerausgeberInnen derselben versuchten durch Textauswahl und -anordnung zu erreichen, dass die Erzählungen und Romanfragmente „sich wie eine vielstimmige und perspektivenreiche Geschichte lesen lassen, als ein einziges, wenn auch gemeinschaftliches Werk“ (S. 18). Dieser Versuch ist in eindrucksvoller Weise gelungen. Aus der Zusammenschau der Mosaikteilchen, welche die einzelnen Beiträge bilden, resultiert ein farbiges, nuancenreiches, anschauliches und lebendiges Bild.

Martin Mailberg

Wie kam es zum Ersten Weltkrieg?

Rezension von: Christopher Clark,
Die Schlafwandler. Wie Europa in den
Ersten Weltkrieg zog, 7. Auflage,
Deutsche Verlags-Anstalt, München
2013, 895 Seiten, gebunden, € 39,99;
ISBN 978-3-421-04359-7.

Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das Deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trägt. In seinem neuen Werk kommt der Historiker Christopher Clark zu einer neuen Einschätzung. Das vorliegende Buch setzt sich zum Ziel, die Julikrise von 1914 als ein modernes Ereignis zu verstehen, als das komplexeste Ereignis der heutigen Zeit, womöglich bislang aller Zeiten.

Es befasst sich weniger mit der Frage, warum der Krieg ausbrach, als damit, wie es dazu kam. Die Fragen nach dem Warum und Wie sind logisch untrennbar miteinander verbunden, aber sie führen uns in verschiedene Richtungen. Die Frage nach dem Wie fordert uns auf, die Abfolge der Interaktionen näher zu untersuchen, die bestimmte Ergebnisse bewirkten. Hingegen lädt uns die Frage nach dem Warum ein, nach fernen und nach Kategorien geordneten Ursachen zu suchen: Imperialismus, Nationalismus, Rüstung, Bündnisse, Hochfinanz, Vorstellungen der nationalen Ehre, Mechanismen der Mobilisierung.

Der „Warum-Ansatz“ bringt zwar eine gewisse analytische Klarheit, aber er hat auch einen verzerrenden Effekt, weil er die Illusion eines ständig wach-

senden Kausaldrucks erzeugt. Die Faktoren türmen sich auf und drücken auf die Ereignisse; politische Akteure werden zu reinen ausführenden Organen der Kräfte, die sich längst etabliert haben und ihrer Kontrolle entziehen.

In der Geschichte, die dieses Buch erzählt, bestimmen handlungsfähige und -bereite Entscheidungsträger das Bild. Diese Entscheidungsträger (Könige, Kaiser, Außenminister, Botschafter, Militärs und eine Fülle hoher Beamter) bewegten sich mit behutsamen, wohlberechneten Schritten auf die Gefahr zu. Der Ausbruch des Krieges war der Höhepunkt in einer Kette von Entscheidungen, die von politischen Akteuren mit bewussten Zielen getroffen wurden. Diese Akteure waren bis zu einem gewissen Grad der Selbstreflexion fähig, sie erkannten eine Auswahl von Optionen und bildeten sich auf der Basis der besten Informationen, die ihnen vorlagen, ein Urteil.

Nationalismus, Rüstungswirtschaft, Bündnisse und europäische Hochfinanz waren allesamt Teil der Geschichte, aber diesen kann nur dann eine echte erklärende Bedeutung beigemessen werden, wenn aufgezeigt werden kann, dass sie Entscheidungen beeinflussten, die – zusammengekommen – den Krieg ausbrechen ließen.

Dieses Buch erzählt auch, wie der Krieg nach Europa kam. Es zeichnet die Pfade zum Krieg in einem mehrschichtigen Narrativ nach, das die wichtigsten Entscheidungszentren in Wien, Berlin, St. Petersburg, Paris, London und Belgrad umfasst, mit kurzen Exkursionen nach Rom, Konstantinopel und Sofia.

Es ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil konzentriert sich auf die beiden Antagonisten Serbien und Österreich-

Ungarn, deren Streit den Konflikt auslöste. Er zeichnet ihre Interaktionen bis zum Vorabend der Morde in Sarajevo nach. Der zweite Teil unterbricht den erzählerischen Ansatz und geht in vier Kapiteln vier Fragen auf den Grund: Wie kam die Polarisierung Europas in entgegengesetzte Bündnisblöcke eigentlich zustande? Wie gestalteten die Regierungen der europäischen Staaten die Außenpolitik? Wie kam es, dass der Balkan – eine Randzone fernab von den europäischen Zentren der Macht und des Geldes – zum Schauplatz einer so gigantischen Krise wurde? Wie brachte ein internationales System, das allem Anschein nach in eine Phase der Entspannung eintrat, einen allgemeinen Krieg hervor? Der dritte Teil beginnt mit dem Attentat in Sarajevo und schildert die Julikrise selbst, wobei die Wechselbeziehungen zwischen den wichtigen Entscheidungszentren untersucht und die Kalkulationen, Missverständnisse und Entscheidungen ans Licht gebracht werden, welche die Krise in die nächste Phase eintreten ließen.

Eine zentrale These dieses Buches lautet, dass die Ereignisse vom Juli 1914 nur dann zu verstehen sind, wenn die Wege, welche die Hauptentscheidungssträger beschritten hatten, beleuchtet werden und die Akteure ihre Sicht der Ereignisse schildern. Dazu genügt es allerdings nicht, so der Autor, einfach die Abfolge der internationalen Krisen Revue passieren zu lassen, die dem Kriegsausbruch vorausgingen – wir müssen uns vor Augen führen, wie jene Ereignisse empfunden und in Narrative eingewoben wurden, welche die Wahrnehmungen prägten und Verhalten motivierten.

Warum verhielten sich jene Männer, deren Entscheidungen Europa in den

Krieg führten, ausgerechnet so und sahen die Dinge auf diese Weise? Wie lassen sich das Gefühl der Angst und die dunklen Vorahnungen, die einem in so vielen Quellen begegnen, in Einklang bringen mit der Arroganz und Prahlerie, auf die wir stoßen – häufig zum Ausdruck gebracht von ein und derselben Person? Warum spielten so exotische Besonderheiten der Vorkriegszeit wie etwa die albanische Frage eine so große Rolle, und wie trafen sie in den Köpfen jener Personen, die die politische Macht innehatten, aufeinander? Als die Entscheidungsträger über die internationale Lage oder externe Bedrohungen diskutierten, sahen sie da die Realität oder projizierten sie ihre eigenen Ängste und Wünsche auf ihre Widersacher, oder beides?

Im vorliegenden Buch werden so anschaulich wie möglich die überaus dynamischen Entscheidungspositionen rekonstruiert, die von den Hauptakteuren im Vorfeld und während des Sommers 1914 eingenommen worden sind. Ausschlaggebend für die Komplexität der Ereignisse von 1914 waren die raschen Veränderungen im internationalen System: die plötzliche Entstehung eines albanischen Nationalstaats, das türkisch-russische Wettrüsten im Schwarzen Meer oder die Umorientierung der russischen Politik von Sofia auf Belgrad, um nur einige zu nennen. Das waren keine langfristigen historischen Übergänge, sondern kurzfristige Neuausrichtungen.

Die Folgen wurden durch die Fluidität der Machtverhältnisse innerhalb der europäischen Exekutiven noch verstärkt. Diese kurzfristigen Neuausrichtungen machten das System erheblich undurchsichtiger und unberechenbarer, und eine alles durchdringende Stimmung des gegenseitigen Miss-

trauens wurde gefördert, selbst unter den jeweiligen Bündnisblöcken – eine Entwicklung, die den Frieden gefährdete.

Im Jahr 1914 war das Vertrauen zwischen der russischen und britischen Führung relativ gering, und es nahm noch weiter ab. Das minderte jedoch nicht die Bereitschaft des Foreign Office, einen europäischen Krieg zu den von Russland festgelegten Bedingungen zu akzeptieren; im Gegenteil, es bekräftigte noch die Argumente für eine Intervention. Das Gleiche lässt sich über das französisch-russische Bündnis sagen. Ob Russland oder Deutschland in den Jahren 1912 bis 1914 eine klare Balkanpolitik hatte, ist fraglich – vielmehr sehen wir eine Vielfalt von Initiativen, Szenarien und Haltungen, deren allgemeine Tendenz manchmal kaum zu erkennen ist. Innerhalb der jeweiligen Exekutive bedeutete die Veränderlichkeit der Macht darüber hinaus, dass jene, die für die Gestaltung der Politik zuständig waren, dies unter einem beträchtlichen Druck im eigenen Land taten, weniger von Seiten der Presse oder öffentlichen Meinung oder auch von Industrie- und Finanzlobbygruppen, sondern von Seiten der Gegner innerhalb der eigenen Eliten und Regierungen. Und dies verstärkte ebenfalls das Gefühl der Dringlichkeit, das die Entscheidungsträger im Sommer 1914 auf Schritt und Tritt verfolgte.

Der Umstand, dass die Gegebenheiten auf dem Balkan eine so zentrale Rolle für den Ausbruch des Krieges spielten, mag selbstverständlich erscheinen, schon wenn man an den Ort der Morde denkt, welche die Krise auslösten. Aber zwei Punkte müssen besonders betont werden: Zunächst einmal darf nicht vergessen werden, dass

die Balkankriege die Beziehungen unter den größeren und kleineren Mächten auf eine hochbrisante Weise neu ausrichteten. In den Augen der österreichischen ebenso wie der russischen Führung erhielt das Ringen um die Kontrolle über die Ereignisse auf dem Balkan eine neue und bedrohliche Dimension, insbesondere nach der Winterkrise 1912/13. Eine Konsequenz, so der Autor, war die Balkanisierung des französisch-russischen Bündnisses. Frankreich und Russland konstruierten, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und aus verschiedenen Gründen, eine geopolitische Zündschnur entlang der österreichisch-serbischen Grenze.

Das Szenario des Katalysators Balkan war weder eine Politik noch ein Plan oder eine Verschwörung, die im Laufe der Zeit heranreifte, und es bestand auch keine unausweichliche oder lineare Beziehung zwischen den Positionen, die in den Jahren 1912 und 1913 vertreten wurden, und dem Kriegsausbruch ein Jahr später. Es ist nicht so, dass das Szenario des Katalysators (genau genommen des Katalysators Serbien) Europa auf den Krieg zutrieb, der tatsächlich 1914 ausbrach, vielmehr lieferte dieses Szenario nach Ausbruch der Krise den konzeptionellen Rahmen für ihre Interpretation. Russland und Frankreich verknüpften auf diese Weise die Schicksale zweier Großmächte in einer extrem asymmetrischen Weise mit dem ungewissen Los eines unruhigen und von Zeit zu Zeit zur Gewalt neigenden Staates.

Für Österreich-Ungarn, dessen regionale Sicherheitsvorkehrungen durch die Balkankriege zunichtegemacht worden waren, waren die Morde von Sarajevo kein Vorwand für einen bereits existierenden Invasionsplan

und Krieg. Sie waren ein transformatives Ereignis, das stark mit einer realen und symbolischen Gefahr aufgeladen war. Aus der Sicht des 21. Jahrhunderts, so der Autor weiter, lässt sich leicht sagen, dass Wien die von den Morden aufgeworfenen Fragen über ruhige bilaterale Verhandlungen mit Belgrad hätten klären müssen, aber vor der Kulisse von 1914 war das keine glaubwürdige Option.

Und wie steht es nun um die Frage der Schuld? Mit der Behauptung, so der Autor, dass das Deutsche Reich und seine Bündnispartner moralisch für den Ausbruch des Krieges verantwortlich seien, sorgte Artikel 231 des Versailler Vertrages dafür, dass die Frage der Kriegsschuld im Mittelpunkt der Diskussion um den Ursprung des Krieges blieb. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen haben niemals ihre Anziehungskraft verloren.

Die wohl einflussreichste Manifestation dieser Tradition ist die sogenannte „Fischer-Kontroverse“ – ein Kürzel für eine Reihe von Argumenten, die in den Sechzigerjahren Fritz Fischer, Imanuel Geiss und eine Schar jüngerer deutscher Historiker vorbrachten und nach denen Deutschland die Hauptschuld am Kriegsausbruch trug. Nach dieser Sichtweise (wenn man die vielen Varianten innerhalb der Fischer-Schule einmal beiseite lässt) stolperten oder schlitterten die Deutschen nicht in den Krieg. Sie entschieden sich für ihn – schlimmer noch, sie planten ihn im Voraus, in der Hoffnung, aus ihrer europäischen Isolation auszubrechen und den berüchtigten „Griff nach der Weltmacht“ zu wagen.

Aktuelle Untersuchungen zur folgenden Fischer-Kontroverse haben auf die Bezüge zwischen dieser Diskussion und dem spannungsreichen Prozess

hingewiesen, in dessen Verlauf deutsche Intellektuelle das belastende moralische Vermächtnis der NS-Ära verarbeiteten. Fischers Argumentation ist in vielen Punkten scharf kritisiert worden. Dennoch dominiert eine entschärfte Version der Fischer-These noch heute die Studien von Deutschlands Weg in den Krieg.

Eine Darstellung, die sich in erster Linie mit der Schuldfrage befasst, ist nicht deswegen problematisch, weil sie am Ende eventuell der falschen Partei die Schuld gibt, sondern weil ein schuldorientiertes Untersuchungsmodell oft mit Vorurteilen, so der Autor, einhergeht. Vor allem neigt eine solche Darstellung zu der Prämisse, dass in konfliktreichen Interaktionen ein Protagonist letztlich Recht und der andere Unrecht haben muss. War es von den Serben falsch, so fragt der Autor, eine Vereinigung des Serbentums anzustreben? Hatten die Österreicher Unrecht, als sie auf der Unabhängigkeit Albaniens bestanden? War eines dieser Unternehmen „falscher“ als das andere? Die Frage ist bedeutungslos. Ferner hat dieser anklägerische Ansatz den Nachteil, dass das Blickfeld eingeengt wird, indem man sich auf das politische Temperament und die Initiativen eines bestimmten Staates konzentriert, statt auf einen multilateralen Prozess der wechselseitigen Beeinflussung.

Der Kriegsausbruch von 1914 war kein Thriller, an dessen Ende wir den Schuldigen über einen Leichnam gebeugt auf frischer Tat ertappen. So gesehen war der Kriegsausbruch eine Tragödie, kein Verbrechen. Wenn man dies anerkennt, so heißt das keineswegs, dass wir die kriegsgerische und imperialistische Paranoia der österreichischen und deutschen Politiker kleinre-

den sollten, die zu Recht die Aufmerksamkeit Fritz Fischers und seiner historischen Schule auf sich zog. Aber die Deutschen und Österreicher waren nicht die einzigen Imperialisten, geschweige denn die einzigen, die unter einer Art Paranoia litten. Die Krise, die im Jahr 1914 zum Krieg führte, war die Frucht einer gemeinsamen politischen Kultur. Aber sie war darüber hinaus multipolar und wahrhaft interaktiv – genau das macht sie zu dem komplexesten Ereignis der Moderne, und eben deshalb geht die Diskussion um den Ursprung des Ersten Weltkriegs weiter, selbst ein Jahrhundert nach den tödlichen Schüssen Gavrilo Principis.

Eines liegt auf der Hand: Kein einziges der Anliegen, für die die Politiker von 1914 stritten, war die darauffolgende Katastrophe wert. Waren sich die Protagonisten überhaupt darüber im Klaren, um wie viel es tatsächlich ging? Früher hieß es, die Europäer hätten sich dem irrigen Glauben hingegeben, der nächste kontinentale Krieg werde ein kurzer, heftiger Kabinettskrieg nach dem Muster des 18. Jahrhunderts werden; die Männer wären noch vor Weihnachten wieder zu Hause, wie man so schön sagte.

In jüngster Zeit ist die Vorherrschaft dieser Illusion eines kurzen Krieges in Frage gestellt worden. Der deutsche Schlieffen-Plan war auf einen massiven, blitzschnellen Schlag gegen Frankreich ausgerichtet, aber selbst in Schlieffens eigenem Stab warnten einige Stimmen, dass der nächste Krieg

keine raschen Siege bringen werde, sondern eher ein zähes und blutiges, mühseliges Vorwärtsschleppen. Helmuth von Moltke hoffte zwar, dass ein europäischer Krieg nach seinem Ausbruch rasch entschieden werde, aber er räumte auch ein, dass sich die Kampfhandlungen unter Umständen über Jahre hinziehen und eine unvorstellbare Verheerung anrichten könnten. Französische und russische Generäle sprachen von einem Vernichtungskrieg und der Auslöschung der Zivilisation. Alle wussten es, aber haben sie es auch wirklich so empfunden?

Das ist, so der Autor weiter, womöglich der große Unterschied zwischen den Jahren 1914 und den Jahren nach 1945. In den Fünfziger und Sechzigerjahren hatten die Entscheidungsträger ebenso wie die Bevölkerung auf schmerzliche Weise die Bedeutung eines Atomkriegs kennengelernt: Bilder von der Atompilzwolke über Hiroshima und Nagasaki waren Gegenstand der Albträume gewöhnlicher Bürger. Vor 1914 war das anders. In den Köpfen vieler Staatsmänner hoben sich anscheinend die Hoffnung auf einen kurzen Krieg und die Angst vor einem langen gegenseitig auf und rückten so eine umfassendere Einschätzung der Risiken in weite Ferne.

In der langen Reihe von Neuerscheinungen zum Thema „Erster Weltkrieg“ nimmt das vorliegende Buch von Clark einen hervorragenden Platz ein.

Josef Schmee

Eine Sozialgeschichte der europäischen Großstadt

Rezension von: Friedrich Lenger,
Metropolen der Moderne. Eine euro-
päische Stadtgeschichte seit 1850,
C.H. Beck, München 2013, 757 Seiten,
gebunden, € 49,95;
ISBN 978-3-406-65199-1.

Der bekannte deutsche Wirtschafts- und Sozialhistoriker Friedrich Lenger bietet im vorliegenden Band eine äußerst konzise, zudem anregend zu lesende Sozialgeschichte der europäischen Großstädte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Der Band gliedert sich in drei große Abschnitte. Der ausführlichste ist der Metropolengeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs gewidmet, der zweite dem Zeitalter der beiden Weltkriege und der dritte schließlich der rezenten Geschichte von etwa der Mitte des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. In allen genannten Abschnitten werden Hauptthemen wie Verstädterung, Stadtplanung, Migration (Demografie), Wohnen, „Stadtkultur“ und der „Kampf um den städtischen Raum“ gesondert behandelt.

Lengers Sozialgeschichte der europäischen Großstadt beginnt um 1850 dort, wo von solchen auch schon gesprochen werden kann: in London und Paris. Tatsächlich eignen sich diese beiden Metropolen in besonderer Weise für den Einstieg in das Thema, einerseits aufgrund ihres Modernitätsvorsprungs und der daraus abgeleiteten Vorbildwirkung, andererseits um exemplarisch unterschiedliche Wege

von der „restringiert liberal-bürgerlichen“ in die „organisierte“ Moderne (Peter Wagner) aufzuzeigen.

Der großen Bedeutung dieses Formierungs- und Transitionsprozesses moderner großstädtischer Gesellschaften trägt der Autor auch durch die im Vergleich zu den anderen Abschnitten ausführlichere Behandlung des Zeitraums 1850-1914 Rechnung. Lenger verharret aber keineswegs, wie so viele Überblicksdarstellungen aus dem westeuropäischen und US-amerikanischen Raum, bei London und Paris oder aber etwa auch Berlin, Wien und Rom. Er ist erfreulicherweise immer wieder auch bemüht, trotz aller Restriktionen die sich aus den individuellen Sprachkenntnissen ergeben, insbesondere auch die ost- und südosteuropäische Großstadtentwicklung prominent in die Darstellung einzubeziehen und auf Parallelen und Spezifika dieser Entwicklung hinzuweisen.

Der theoretische Zugang von Lenger zum Thema ist ein modifiziert gesellschaftsgeschichtlicher in der Tradition von Max Weber oder Hans-Ulrich Wehler. Durch die Einbeziehung von Studien der „New Social History“ versteht es Lenger jedoch auch immer, Diskurse, soziale Praktiken, performante Strukturen in die Gesamtdarstellung einzubeziehen, ohne dabei in die nur Spezialisten zugängliche Terminologie von Studien im Geist des „*linguistic turn*“ abzugleiten. In diesem Sinn gelingt es ihm, die Komplexität und manchmal auch Widersprüchlichkeit jener Transformationsprozesse deutlich zu machen, an deren Ende die moderne europäische Großstadt steht – freilich ein Ende, das für zukünftige Veränderungen vieles offenlässt.

Wer Lengers Buch liest, versteht, dass Großstadt für die Zeitgenossen

viel mehr als Arbeitsort, Bevölkerungswachstum, „Städteassanierung“ und Wohnungsnot war, sondern auch Ermöglichung von individueller Lebensgestaltung, Zugang zu Freizeitkultur, zum „Experimentierfeld der Moderne“, gleichzeitig aber auch Austragungsort von gewaltsamen Konflikten, Ausgangspunkt von Revolutionen. Die Vermittlung dieser Elemente des metropolitanen Lebens gelingt durch Einbeziehung von gut ausgewählten Zitaten aus Literatur (z. B. George Orwell, Antoine St. Exup rie), Film (z. B. Fritz Lang) und den bildenden Künsten.

Lenger widerlegt auch notorisch widerkehrende Thesen der europäischen Gro stadtkritik, die bekanntlich ein breites Spektrum von konservativen Gro stadtapokalyptikern à la Oswald Spengler bis zu „gr nbewegten“ Aussteigern des ausgehenden 20. Jahrhunderts aufzuweisen hat. Wie Lenger zeigen kann, fand in der Zwischenkriegszeit vor der Machtübernahme der Nazis weder ein „europäischer Bürgerkrieg“ in Großstädten wie Berlin oder München statt, noch hat sich das Aufgehen der Großstadt in der Agglomeration in der rezenten Stadtentwicklung bewahrheitet.

Auch die in allen entwickelten Ökonomien der Gegenwart feststellbare Deindustrialisierung bedeutete keineswegs das Ende der Großstadt. Vielmehr ziehen „Dienstleistungsmetropolen“ nicht nur viele Binnen-, sondern auch nicht zuletzt „Fernwanderer“ ver-

mehrt an, ja beginnt sich sogar eine „Entleerung“ peripherer Zonen abzuzeichnen. Dazu haben insbesondere die postmodernen „Konsum- und Freizeitmetropolen“ einiges beigetragen. So stand das deindustrialisierte „Swinging London“ der 1960er-Jahre im Mittelpunkt einer Jugend- und Protestbewegung, um ein Jahrzehnt später mit den „Punks“ Modernisierungsverlierer magisch anzuziehen. Und selbst die angeblich so singularisierte Postmoderne konnte die Attraktivität der europäischen Metropolen allenfalls temporär mindern.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Band einen ausgezeichneten Überblick über die europäischen Gro stadtgeschichte liefert, aus dem nicht nur Historiker, sondern an rezenten Stadtentwicklungen interessierte Sozialwissenschaftler viele Anregungen gewinnen können. Wie nicht anders zu erwarten, ist die Auswahl der Themenschwerpunkte, obwohl inhaltlich breit gestreut, natürlich selektiv, und das eine oder andere hätte vielleicht etwas ausführlicher behandelt werden können. Ein wenig vermisst man auch am Ende der großen Abschnitte zusammenfassende Analysen. Diese kleinen Kritikpunkte können den insgesamt sehr positiven Eindruck von Lengers Buch jedoch nicht trüben. Friedrich Lenger hat unzweifelhaft ein Standardwerk verfasst.

Andreas Weigl

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen
der Arbeiterkammer Wien“
Reihe Band 17**

**75 Jahre „General Theory of Employment,
Interest and Money“**

Günther Chaloupek, Markus Marterbauer (Hrsg.)

Harald Hagemann, The General Theory of Employment, Interest and Money nach 75 Jahren – eine historische Perspektive

Elisabeth Springler, Historische Perspektive zu 75 Jahre General Theorie: Von der Vergegenheit und zurück

Sheila C. Dow, Monetary policy and regulation of financial markets – a Keynesian view

Heike Joebges, Keynesian recommendations for monetary policy and financial market regulation

Philip Arestis, Fiscal Policy: Time for the Renaissance of Keynesianism

Till van Treeck, Comments on Philip Arestis: Fiscal policy: Time for the Renaissance of Keynesianism

Jürgen Kromphardt, Lohnhöhe und Beschäftigung 75 Jahre nach der „General Theory“

Stefan Ederer, Kommentar zum Beitrag von Jürgen Kromphardt

Ewald Walterskirchen, Langfristige Perspektiven von Keynes und die aktuelle Wirtschaftsentwicklung

Paul Ramskogler, Die lange Frist bei Keynes

Gustav Horn, Die Krise des Euroraums aus keynesianischer Sicht

Ewald Nowotny, Sollen wir zu Keynes zurückkehren, und wenn ja, zu welchem?

Wien 2012, 176 Seiten, € 20,–.

Bestellungen bei:
LexisNexis Verlag ARD Orac,
A-1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140,
e-mail: verlag@lexisnexus.at